

Stadtarchiv Braunschweig

STADTARCHIV  
BRAUNSCHWEIG

DII 2a:

7





# Verhandlungen

der

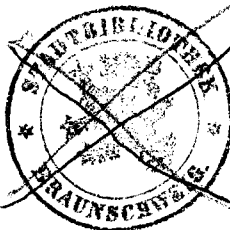
Stadtverordneten zu Braunschweig

im Jahre 1874.

---

Druck der Herzoglichen Waisenhaus-Buchdruckerei.





STADTARCHIV  
BRAUNSCHWEIG

# Register.

In den beigefügten Zahlen giebt je die erste das betreffende Protocoll, die andre dessen Seite an.

## A. Nach der Zeitfolge.

### Januar 29.

- |   |      |
|---|------|
| 1. Neuwahl des Vorsitzenden . . . . .   | 1,1. |
| 2. Ehrende Erwähnung der fünfundzwanzigjährigen Amtsführung des<br>Herrn Stadtrath Bammel . . . . .                                     | 1,2. |
| 3. Beschlußfassung über die Anlage drei neuer Bürgerschulen . . . . .   | 1,2. |
| 4. Verwilligungen zu Behuf der Einrichtung einer zweiten Mädchenklasse<br>in der dritten mittlern Bürgerschule am Sandwege . . . . .    | 1,5. |
| 5. Desgleichen für Reparaturen an der öffentlichen Badeanstalt . . . . .  | 1,5. |
| 6. Antrag Herrn Steinaus in Betreff gewisser Auslassungen Herrn<br>Schöttlers bei der Agitation für die Wahlen zum Reichstage . . . . . | 1,5. |
| 7. Gemeinschaftliche vertrauliche Sitzung des Magistrats und der St.-R.<br>zur Erledigung von Steuerreclamationen . . . . .             | 1,7. |
| 8. Vertrauliche Berathung der St.-R. über Steuerreclamationen . . . . .   | 1,7. |

### Februar 26.

- |  |       |
|--|-------|
| 9. Genehmigung des Kaufcontracts über einen Theil vom Areal der<br>Spielmannstweie . . . . .           | 2,1.  |
| 10. Verwilligung für den Kirchenbau der katholischen Gemeinde . . . . .                                | 2,2.  |
| 11. Beschlußfassung über den Bau der neuen städtischen Realschule . . . . .                            | 2,4.  |
| 12. Vermietbung der Kellerparzellen unter dem Schulgebäude östl. Bezirks . . . . .                     | 2,7.  |
| 13. Principielle Verwilligung zweier Gnadenmonate nach dem Eintritt städti-<br>scher Beamten . . . . . | 2,8.  |
| 14. Beschlußfassung über den sub 6 aufgeführten Antrag Herrn Steinaus . . . . .                        | 2,8.  |
| 15. Erledigung von Steuerreclamationen (vertraulich) . . . . .   | 2,12. |
| 16. Wahl der Beisitzer für die Einschätzungs-Deputationen (vertraulich) . . . . .                      | 2,12. |

### April 9.

- |  |      |
|--|------|
| 17. Verwilligung eines Reiseforschusses für den Zeichenlehrer der höhern<br>Töchterchule . . . . . | 3,1. |
| 18. Erhöhung des Zuschusses zu den Herstellungskosten des Adreßbuches . . . . .                    | 3,1. |

19. Beschlußnahme in Betreff verschiedener neuer Anlagen beim Gaswert 3,2.  
 20. Verwilligung von Gehalts erhöhungen für die Buchhalter bei der Gas-  
 anstalt und dem Wasserwerke . . . . . 3,3.

#### April 30.

21. Verhandlung über den Entwurf eines Reglements, die executivische Ein-  
 ziehung der Communalsteuer und des Services betr. . . . . 4,1.  
 22. Pensionirung der Gemeindefchullehrer Bach und Neukirch . . . . . 4,7.  
 23. Besetzung der Inspectorenstellen an der dritten mittlern und der dritten  
 untern Bürgerschule . . . . . 4,8.  
 24. Beschluß, die Adcitation des Magistrats zu dem vom Obergerichtsad-  
 vocaten Huch wegen unbefugten Baues auf der Grenze seines Grund-  
 stücks wider den Maurermeister Vollmer angestregten Proceß betr. . . . . 4,11.  
 25. Ermächtigung des Magistrats zur Führung des von dem Maurermeister  
 Claus wegen Unterfagung eines Baues an der Hamburger Straße gegen  
 die Stadt anhängig gemachten Proceßes . . . . . 4,13.  
 26. Beschluß über die Belegung der zum hiesigen Kreisfond weiter einge-  
 gangenen 75100 M. . . . . 4,14.

#### Juni 4.

27. Interpellation des Magistrats durch Herrn Bracke, die Verweigerung  
 ärztlicher Hilfe bei Nacht betr. . . . . 5,2.  
 28. Dergleichen wegen Raummangels in den Bürgerschulen . . . . . 5,3.  
 29. Beschlußfassung über die Heiz- und Ventilationsvorrichtungen in den  
 Bürgerschulen . . . . . 5,4.  
 30. Feststellung des Planes für den Bau der städtischen Realschule . . . . . 5,7.  
 31. Beschlußfassung über die vom Maurermeister Spengler angebotenen  
 Abtretungen zum Marktplatz bei St. Leonhard . . . . . 5,11.  
 32. Beschluß über eine Abweichung vom Städtterweiterungsplane in Betreff  
 des Weges von der Bertramstraße zum Marktplatz bei St. Leonhard . . . . . 5,14.

#### Juni 18.

33. Interpellation des Magistrats durch Herrn Voß in Betreff der städtischen  
 Viehmarktgerechtsame am Marktplatz bei St. Leonhard . . . . . 6,1.  
 34. Genehmigung des Voranschlags für den Wasserwerksbetrieb auf das  
 Jahr 1874 . . . . . 6,3.  
 35. Beschlußfassungen wegen Einschränkung des Messverkehrs auf dem  
 Lummelplatz . . . . . 6,4.  
 36. Verwilligungen zu Behuf des Nordwestdeutschen Bundesschießens . . . . . 6,7.  
 37. Verwilligung eines Zuschusses für Canalisirung der Triebe hinter Damm  
 und Katrepeln . . . . . 6,9.  
 38. Ermächtigung des Magistrats zur Führung des von der Wwe. Meyer  
 wegen Befestigung in Folge der Neupflasterung des Dammes wider  
 die Stadt anhängig gemachten Proceßes . . . . . 6,12.

39. Beschluß wegen einer von dem Bauunternehmer Henze nachgefügten Vergütung für die beim Bau der Husarenpferdeställe erlittenen Verluste . . . . . 6,14.  
 40. Steuerveranlagungen (vertraulich) . . . . . 6,18.

## Juli 30.

41. Brantwortung der unter 33 aufgeführten Interpellation . . . . . 7,1.  
 42. Beschlußfassung über den Bau einer Husarenkaserne . . . . . 7,6.  
 43. Genehmigung eines Vergleichs mit der Braunschweigischen Eisenbahngesellschaft über deren Beiträge zur städtischen Wegebaukasse . . . . . 7,10.  
 44. Ermächtigung des Magistrates zur Uebernahme des von dem Eisenbahnassistenten Athenstedt wegen Besitzstörung durch das Stadtbauamt wider die Stadt anhängig gemachten Processes und Ablehnung der inzwischen gestellten Forderungen des Klägers . . . . . 7,11.  
 45. Wahl einer Commission zur Vorberathung des dem verstorbenen Dr. phil. R. Schiller zu stiftenden Gedächtnisses . . . . . 7,14.  
 46. Beschluß über eine Eingabe beim Reich wegen Erwerbung der Burgkaserne . . . . . 7,14.  
 47. Genehmigung eines Verdingcontractes mit dem Fuhrherrn G. Brauns wegen Abfuhr des Straßen- und Hauskehrichts . . . . . 7,15.  
 48. Uebernahme des aus dem J. 1871 vorhandenen Deficits der Eingartierungskasse auf die Stadtkasse . . . . . 7,16.  
 49. Beschluß über die Canalisirung der Kasernenstraße . . . . . 7,17.

## August 27.

50. Wahl zu der Commission für Gewerbesteuerereinschätzungen . . . . . 8,1.  
 51. Verwilligung für die hiesige Versammlung deutscher Realschulmänner . . . . . 8,1.  
 52. Desgleichen für die Anschaffung von Unterrichtsmitteln bei der dritten mittlern Bürgerschule im Prinzenwinkel . . . . . 8,2.  
 53. Desgleichen für die Canalisirung der Triebe hinter den Häusern an der Nordseite des Hagenmarktes . . . . . 8,2.  
 54. Genehmigung des Kaufcontractes über drei Gärten am Marktplatz bei St. Leonhard . . . . . 8,3.  
 55. Beschluß über die Canalisirung der Nebenstraße . . . . . 8,4.  
 56. Mittheilung einer Zuschrift des Eisenbahnassistenten Athenstedt in Betreff seiner gegen die Stadt erhobenen Forderungen . . . . . 8,7.  
 57. Verwilligung zu Behuf der Gedankfeier . . . . . 8,7.  
 58. Genehmigung eines Pachtcontractes über die städtische Fischereigerechsamte . . . . . 8,12.  
 59. Antrag Herrn Muntzes auf Abfuhr des Straßen- und Hauskehrichts in der Außenstadt . . . . . 8,14.

## September 14. 17. ?

60. Antrag Herrn Reuters auf Einsetzung einer Commission zur Berathung über geeignete directe Verbindungen Braunschweigs mit den großen Eisenbahnverkehrslinien . . . . . 9,1.  
 61. Antrag Herrn Bochs auf Entschädigung für die ihm durch Anklage seitens der Versammlung erwachsenen Kosten . . . . . 9,17.

62. Besetzung der Pedellenstelle bei der dritten mittlern Bürgerschule am Prinzenwinkel	9,8.
63. Wahl der auf Antrag Herrn Reuters (s. unter 60) einzusetzenden Commission	9,9.
64. Verwilligung zu Behuf der Errichtung sechs neuer Klassen in den mittleren und unteren Bürgerschulen	9,9.
65. Genehmigung des Vergleichs wegen Aufhebung der Neustädter Wasserkunst	9,9.
66. Beschluß über eine Abweichung vom Stadterweiterungsplane an der Friedhofstraße	9,10.
67. Desgleichen über den Bau eines Spritzenhauses nebst Zubehör	9,10.
68. Gewährung von Hypothekendarlehen aus den dazu disponibeln städtischen Fonds	9,11.
69. Feststellung des Reglements über die executivische Einziehung der Communalsteuern und des Services	9,12.
70. Beschluß über die Canalisirung der Bertramstraße	9,16.
71. Genehmigung der Vorschläge des Magistrats in Betreff der fernern Verwaltung des städtischen Museums	9,18.
72. Erledigung von Steuerreclamationen (vertraulich)	9,18.

## October 29.

73. Reclamation Herrn Bocks gegen das Protocoll vom 17. September	10,1.
74. Interpellation des Magistrats durch Herrn Bracke über die bei der Aufnahme in die Bürgerrolle üblichen Grundsätze	10,2.
75. Genehmigung des Miethcontracts über die Wohnung im Hause N 10 am Wilhelmsplaze	10,3.
76. Verwilligung einer Beihilfe für die Wwe. des Zeichenlehrers Ehlers	10,3.
77. Dechargirung der Direction des Wasserwerks wegen der Rechnungsführung im Jahre 1873, Genehmigung der beantragten Verwendungen aus den Ueberschüssen dieses Jahres	10,4.
78. Genehmigung des Ankaufs der Burgcaferne	10,4.
79. Genehmigung des Baues eines provisorischen Steiger- und Schlauchtrockenthurmes	10,7.
80. Beschluß über gewisse Abänderungen in den Steuerclassificationstabellen nach Maßgabe der neuen Reichsmünzrechnung	10,7.
81. Feststellung des neuen Statuts über die Zusammensetzung des Stadtmagistrats u. sowie die Dienst- und Gehaltsverhältnisse der städtischen Beamten und Diener	10,8.
82. Erledigung von Steuerreclamationen (vertraulich)	10,19.

## November 19. Gemeinschaftliche Sitzung des Magistrats und der St.-B.

83. Neuwahl drei unbefolgender Magistratsmitglieder	11,1.
84. Genehmigung der Commissionsvorschläge in Betreff der Errichtung eines Denkmals für den verstorbenen Dr. phil. R. Schiller	11,2.
85. Erledigung von Steuerreclamationen (vertraulich)	11,3.

## December 3.

86. Reclamationen der Herren Steinau und Bock gegen das Protocoll vom 29. October . . . . . 12,1.
87. Interpellation des Magistrats durch Herrn Steinau wegen der bevorstehenden Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung, wegen der directen Eisenbahnverbindungen Braunschweigs mit Biffhorn-Neizen, mit Debitfeld und mit Hildesheim, und wegen der schwebenden Verhandlungen über die städtischen Eigenthums- und Nutzungsrechte am Kl. Exercier-  
plaze . . . . . 12,2.
88. Genehmigung des Kreisfondetats für 1875 . . . . . 12,5.
89. Genehmigung der Regierungspropositionen in Betreff eines Zuschusses zum Kaufpreise der Burgraserne . . . . . 12,6.
90. Genehmigung des Ankaufs der früheren Blindenanstalt . . . . . 12,9.
91. Beschlussfassung über den sub 59 aufgeführten Antrag Herrn Munters . . . . . 12,12.
92. Genehmigung eines Terrainkaufs zur Verbreiterung der Karlstraße . . . . . 13,17.
93. Genehmigung von Terrainerwerbungen zur Verbreiterung der Luisenstraße . . . . . 12,13.
94. Erledigung von Steuerreclamationen
95. Veranlagung der hiesigen Actiengesellschaften zur Com-  
munalsteuer } (vertraulich) 12,13.
96. Feststellung der für die verschiedenen Kategorien der Ge-  
werbs- und Fabrikgehilfen anzunehmenden Steuersätze.

## December 17.

97. Beschluss über die Abmeldung Herrn Bocks . . . . . 13,1.
98. Mittheilung eines Magistratschreibens, die generelle Zusammenstellung und die alphabetischen Verzeichnisse der Steuerpflichtigen betreffend . . . . . 13,2.
99. Beschluss wegen Einsetzung einer Commission zum Vorbericht über die Pflasterung und Canalisirung der Straße hinter dem Bahnhofe . . . . . 13,2.
100. Dechargirung der Direction des Gaswerks wegen der Rechnungsführung im Jahre 1872/3, Genehmigung der vorgeschlagenen Verwendung der Ueberschüsse . . . . . 13,4.
101. Feststellung der städtischen Etats auf das Jahr 1875 . . . . . 13,4.
102. Wahl der Commission zum Vorbericht über die Pflasterung und Cana-  
lisirung der Straße hinter dem Bahnhofe . . . . . 13,16.
103. Ehrende Anerkennung der langjährigen Thätigkeit des ausscheidenden  
Herrn Vorstehenden . . . . . 13,16.
104. Bewilligung einer Unterstützung
105. Steuerveranlagung von Actiengesellschaften } (vertraulich) . . . . . 13,17.
106. Erledigung von Steuerreclamationen

## B. Nach den Gegenständen.

### Abfuhr

vor den Thoren 8,14; 12,12.

Verdingcontract 7,15.

Abmeldung Herrn Bock's 13,1.

Actiengesellschaften, deren Veranlagung 13,17.

Adressbuch, Zuschuß dafür 3,1.

Anträge, selbständige, der Herren

Bock auf Kostenersatz 9,1 u. 17.

Munte auf Abfuhr vor den Thoren 8,14; 12,12.

Reuter auf Einsetzung einer Commission für die Herstellung directer Eisenbahnverbindungen Braunschweigs 9,1.

Stein au wegen der Auslassungen Herrn Schöttlers bei den Reichstagswahlen 1,5; 2,8.

Badeanstalt, Reparaturen daran 1,5.

Beisitzer der Einschätzungsdeputation, Wahl derselben 2,12.

Bertramstraße, deren Canalisirung 9,16.

Blindeinstitut, Erwerbungs seines Grundstücks 12,9.

Bürgerrolle, Grundsätze bei den Aufnahmen in dieselbe 10,2.

Bürgerschule, mittlere und untere:

Unterrichtsmittel 8,2.

Neue Klassen 1,5; 9,9.

Bauten dafür 1,2.

Heiz- und Ventilationsvorrichtungen 5,4.

Inspectoren 4,8.

Keller 2,7.

Pedell 9,8.

Raummangel 5,3.

Burgkaserne, deren Erwerbungs 7,11; 10,4; 12,6.

### Canalisirungen:

der Bahnhofstraße 13,2.

der Bertramstraße 9,16.

der Kasernenstraße 7,17.

der Nebenstraße 8,4.

der Triebe

hinter Damm und Katrepeln 6,9.

hinter den Häusern an der Nordseite des Hagenmarktes 8,2.

Classificationstabelle s. Communalsteuer.

### Commissionen:

für ein Denkmal Dr. Schillers 7,14.

für die Herstellung directer Eisenbahnverbindungen Braunschweigs 9,1 u. 9.

für die Einschätzungen zur Gewerbesteuer 8,1.

für die Pflasterung und Canalisirung der Bahnhofstraße 13,2 u. 16.

### Communalsteuer

der Actiengesellschaften 12,13.

der Gewerbe und Fabrikgehilfen 12,13.

Classificationstabelle 10,7.

executivische Einziehung 4,1; 9,12.

Reclamationen 1,7; 2,12; 9,18; 10,19; 11,3; 12,13; 13,17.

Zusammenfassungen 6,18.

Zusammenfassung und Verzeichnisse der Steuerpflichtigen 13,2.

### Contracte wegen

Erwerbungs dreier Gärten auf dem Marktplatz bei St. Leonhard 8,3.

Erwerbungs eines Grundstücks an der Karlstraße 13,17.

Erwerbungs von Terrain zur Verbreiterung der Luisestraße 12,13.

Erwerbung eines Stückes der Spielmannstrete 2,1.  
 Vermietung der Wohnung im Hause N° 10 am Wilhelmsplatz 10,3.  
 Vermietung des Keller unter dem Schulgebäude östl. Bezirks 2,7.  
 Verpachtung der städtischen Fischereigerechtsame 8,12.  
 der Abfuhr des Straßen- und Hauskehrichts 7,15.

Denkmal für Dr. A. Schiller 7,14; 11,12.

### Ehrenbezeugungen

für Herrn Stadtrath Bammel 1,2.  
 für den ausscheidenden Herrn Vorsitzenden 13,16.

Einquartierung: Uebernahme des Deficits der Einquartierungskasse auf die Stadtkasse 7,16.

### Einschätzung:

zur Gewerbesteuer s. Commissionen.  
 zur Communalsteuer s. Beisitzer.

Eisenbahngesellschaft, deren Beiträge zur Weggebauskasse 7,10.

Eisenbahnverbindungen Braunschweigs mit Hilbesheim, Gifhorn-Uelzen und Debsfelde 9,1; 12,2.

Etats für 1875:

des Kreisfonds 12,5.

der städtischen Kassen 13,4.

Exercierplatz, kleiner: städtische Gerechtsame an demselben, s. Interpellationen.

Feuerwehr s. Löschwesen.

Fischereigerechtsame 8,12

Friedhoffstraße, deren Regulierung 9 10.

### Gaswerk

neue Anlagen 3,2.

Betrieb 1872/3 13,4.

Gehalts erhöhungs für den Buchhalter und Kassirer 3,3.

Gehilfen, s. Communalsteuer.

Gemeinschaftliche Sitzungen des Magistrats und der Stadtverordneten 1,7; 11.

Gewerbesteuer einschätzungen, Wahl der Commission dafür 8,1

Gnadenmonate für die Hinterbliebenen städtischer Beamten 2,8.

Haus N° 10 am Wilhelmsplatz 10,3.

Heiz- und Ventilationsvorrichtungen 5,4.

Husarenkaserne: Neubau einer solchen 7,6.

Husarenpferdeställe: Besuch des Bauunternehmers um Ertravergütung 6,14.

Hypothekendarlehen 9,11.

Inspectoren, s. Bürgerschule.

Interpellationen des Magistrats

durch Herrn Vock wegen der Viehmarkts-gerechtsame zu St. Leonhard 6,1; 7,1.

durch Herrn Bracke

wegen vorgekommener Verweigerung ärztlicher Hilfe bei Nacht 5,2.

wegen des in den Bürgerschulen herrschenden Raummangels 5,3.

wegen der bei den Aufnahmen in die Bürgerrolle maßgebenden Grundstücke 10,2.

durch Herrn Steinau

wegen Verzögerung der Stadtverordneten-Neuwahl 12,2.

wegen der angestrebten Eisenbahnverbindungen Braunschweigs 12,2.

wegen der städtischen Gerechtsame am kl Exercierplatz 12,2.

Karlstraße, deren Verbreiterung 13,17.

Kasernenstraße, deren Canalisirung 7,17.

Katholische Gemeinde, deren Kirchenbau 2,2.

Keller unter dem Schulhause östl. Bezirks 2,7.

Kreisfond:

Belegung 4,14

Etat 12,5.

St. Leonhard, Marktplatz:

angebotene Abtretungen dazu 5,11.

Ankauf dreier Gärten 8,3.

Viehmarkts-gerechtsame 6,1; 7,1.

Weg dahin von der Bertramstraße 5,11; 7,11.



**Böschwiesen:**

Bau eines Spritzenhauses nebst Zubehör 9,10.

Bau eines provisorischen Steiger- und Schlauchtrockenthurmes 10,7.

Luisenstraße, deren Verbreiterung 12,13.

**Magistrat:** Neubahlen 11,1.

Messverkehr auf dem Tummelplatze 6,1.

Museum, städtisches, dessen Verwaltung 9,18.

**Neustädter Wasserkunst** 9,9.

**Neuwahlen:**

des Vorstehenden 1,1.

drei unbeförderter Magistratsmitglieder 11,1.

Nordwestdeutsches Bundesschießen 6,7.

**Rebell** an der Bürgerschule im Prinzenwinkel 9,8.

Pensionierung der Lehrer Bach und Neukirch 4,7.

**Pflasterungen:**

des Dammes 6,12.

der Straße hinter dem Bahnhofe 13,2.

**Proceße:**

Artenstedt c. Magistrat, wegen Besitzstörung 7,11; 8,7.

Claus c. Magistrat, desgl. 4,13.

Huch c. Bolmer und Magistrat, desgl. 4,11.

Meyer c. Magistrat, desgl. 6,12.

**Realschule:**

Neubau 2,4.

Bauplan 5,7.

Realschulmännerversammlung 8,1.

Rebenstraße, deren Canalisirung 8,4.

Reclamationen gegen das Protocol 10,1; 12,1.

Regierungsvorschläge in Betreff eines Zuschusses zum Ankauf der Burgcaferne 12,6.

Reglement, die executivische Einziehung der Communalsteuer und des Services betr. 4,1; 9,12.

Reichsmünzrechnung 10,7.

Reiseguschuß für den Zeichenlehrer der höhern Töcherschule 3,1.

**Schiller, Dr. R.,** Denkmal für denselben 7,14; 11,2.

Schulen f. Bürgerschule, Realschule, Töcherschule.

Schulinspectoren 4,8

Sedanfeier 8,7.

Servis, dessen execut. Einziehung 4,1; 9,12.

Spielmannstiwete 2,1.

Spritzenhaus 9,10.

Stadterweiterungsplan, Abweichungen davon in Betr. der Friedhofstraße 9,10.

in Betr. des Weges zwischen der Tramstraße und dem Marktplatze bei St. Leonhard 5,11.

Stadttheile vor den Thoren, Abfuhr 8,14; 12,12.

Statut, die Zusammensetzung des Magistrates u. sowie die Dienst- und Gehaltsverhältnisse der städtischen Beamten und Diener betr. 10,8.

Steiger- und Schlauchtrockenthurm 10,7.

Steuerreclamationen f. Communalsteuer.

Steuerveranlagungen f. ebd.

**Töcherschule, höhere:**

Plan einer Erweiterung derselben 12,9.

Reiseguschuß für den Zeichenlehrer 3,1.

**Triebe**

hinter Damm und Katrepeln 6,9.

hinter den Häusern an der Nordseite des Hagenmarktes 8,2.

Tummelplatz, der dortige Messverkehr 6,4.

**Unterstützungen** 10,3; 13,17.

**Ventilationseinrichtungen** 5,4.

Veranlagungen, f. Communalsteuer.

**Vergleiche:**

mit der Eisenbahngesellschaft über die Beiträge zur Begebaukasse 7,10.

mit den Interessenten der Neustädter Wasserkunst über deren Aufhebung 9,9.

Vermiethungen, Verpachtungen, f. Contracte.

**Versammlungen:**

Nordwestdeutsches Bundesschießen 6,7.

Deutscher Realschulmänner 8,1.

Deutscher Zeichenlehrer in Berlin 3,1.



**Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung**  
12,2.

**Wasserkunst, Neustädter, 9,9.**

**Wasserwerk:**

Betrieb 1873 10,4.

Gehaltserhöhung für den Buchhalter und

Kassier 3,3.

Voranschlag für 1875 6,3.

Begebaukasse, Beiträge dazu 7,10.

1874.

(Fortsetzung der Beilage zum 13. Stücke des 1874  
der Braunschweigischen Anzeigen.)

№ 1.

## Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 29. Januar 1874.

---

Entschuldigt sind die Herren Bracke, Flagge, Götte und Pini. Am Magistratsstische Herr Oberbürgermeister Caspari und die Herren Stadträthe Bammel, Bardenwerper, Carstens, Grote, Randoehr, Rittmeyer.

Die Protocolle vom 20. November und 18. December v. J. werden genehmigt.

Der Herr Vorsitzende theilt mit, daß der hiesige Erziehungsverein seinen zweiten Jahresbericht in einer größern Anzahl von Exemplaren zur Verfügung gestellt hat, und ordnet deren Vertheilung unter die Mitglieder der Versammlung an.

Der Tagesordnung gemäß

I. schreitet die Versammlung zur Neuwahl ihrer beiden Vorsitzenden.

Zum ersten Vorsitzenden wird — mit 17 von 21 Stimmen, indem eine Stimme auf Herrn Lucius, drei auf Herrn Schwarzenberg fallen — abermals Herr Haeußler ernannt.

Herr Haeußler dankt der Versammlung, daß sie ihm ihr Vertrauen bewahrt habe, welchem er auch fernerhin zu entsprechen bemüht sein werde.

Zum Stellvertreter des Vorsitzenden wählt die Versammlung — mit 17 Stimmen von 22, indem eine Stimme für Herrn Reuter, je zwei für die Herren Schöttler und Schwarzenberg abgegeben werden — Herrn Peters,

welcher die Wahl mit dem Ausdruck seines Dankes für dies ebenso ehrenvolle wie überraschende Zeichen guter Meinung und mit dem Versprechen annimmt, derselben vorkommenden Falls nach besten Kräften gerecht werden zu wollen.

Vor weiterem Eintritt in die Tagesordnung hält sich der Herr Vorsitzende verpflichtet, einer Thatsache zu gedenken, welche der Versammlung den ohne Zweifel willkommenen Anlaß zu einer Aeußerung bieten werde. Am 24. d. M. seien es 25 Jahr gewesen, daß der Herr Stadtrath Bammel in das Magistratscollegium eingetreten, welchem er seitdem ohne Unterbrechung angehört habe. Von der Umsicht und Gewissenhaftigkeit, mit der er seinen Amtspflichten und namentlich den schwierigen, verantwortungsvollen und einem Theile unserer Mitbürger so sehr zum Segen reichenden Geschäften eines Mitgliedes der Armendirection obgelegen habe, werden sowohl die gegenwärtigen Mitglieder der Versammlung wie all ihre Vorgänger während dieses Zeitraums Zeugniß abzulegen wissen. Der Herr Vorsitzende glaubt im Namen der Versammlung zu reden, wenn er ausspricht, daß Magistrat und Stadtverordnete dem Herrn Stadtrath Bammel für diese seine hingebende Thätigkeit im Dienste der öffentlichen Wohlfahrt zu innigstem Danke verpflichtet sind.

Die Versammlung erhebt sich von den Sigen.

Herr Stadtrath Bammel dankt der Versammlung von ganzem Herzen für ihre freundliche Gesinnung und bittet, ihm dieselbe auch fernerhin bewahren zu wollen.

Die Tagesordnung wieder aufnehmend,

II. berichtet namens der vereinigten Schul- und Finanzcommission Herr Reif was folgt.

In Folge der diesseitigen Beschlüsse vom 26. Juli v. J. hat der Magistrat zunächst die Frage in Erwägung gezogen, ob es bei der als nöthig anerkannten Herrichtung von 50—60 neuen Schulklassen zulässig sein dürfte, deren je 18 derart in einer Schule zu vereinigen, daß nicht die Zahl der bisherigen Klassenstufen vermehrt, sondern eine entsprechende Anzahl von Parallellklassen eingerichtet würde. Der Schuldirektor verneint dies und schlägt dagegen vor, die mittleren sowohl wie die unteren Bürgerschulen je um eine Klassenstufe zu vermehren, also jene auf 7, diese auf 6 Knaben- und Mädchenklassen zu bringen, und daneben einige Reserveklassen einzurichten, so daß die Gesamtzahl der Klassen in jeder der neuen Schulen 18 bzw. 16 betragen würde. Hingegen hält der Schulvorstand auch die Vereinigung von zwei Parallelschulen unter einem Dache für zulässig, sofern dadurch die Kosten erheblich vermindert werden könnten. Da dies allerdings der Fall, so

Inzwischen ist der Magistrat zu einer andern Ansicht gelangt. Da nämlich einerseits die Erwerbung passender Bauplätze innerhalb der Stadt selbst kostspielig und schwierig ist, andererseits aber die städtische Bevölkerung vor den Thoren von Jahr zu Jahr mehr anwächst, scheint es ebenso vortheilhaft wie billig, eine Anzahl neuer Schulen in diesen neu entstehenden Stadttheilen anzulegen. Von Seiten der Schulmänner und Aerzte wird dieser Plan gebilligt und namentlich auch das constatirt, daß bei nicht allzuweiter Entfernung die Wege nach diesen Schulen auch für die im Innern der Stadt wohnenden Kinder keinen Nachtheil herbeiführen können. Es werden demnach je eine untere und eine mittlere Bürgerschule zwischen dem Wilhelms-, Hohen- und Petriothore, dem Wendens- und Fallersleberthore, und dem Stein- und Augustithore projectirt.

Unter diesen Umständen und da bei der beantragten neuen Organisation des Volksschulwesens die mittleren Bürgerschulen aller Wahrscheinlichkeit nach auf sieben, die unteren auf sechs Klassenstufen werden zu bringen sein, Parallellassen aber erfahrungsmäßig zumeist für die unteren Unterrichtsstufen erforderlich sind, auch im voraus nicht zu bestimmen ist, ob ein neues Schulhaus als mittlere oder als untere Bürgerschule benutzt werden wird, beantragt der Magistrat,

Als geeignete Bauplätze sind für jetzt ins Auge gefaßt: 1) der Garten bei dem Armen- und Pflegehause zwischen dem Petri- und dem Hohenthore; 2) ein dem Apotheker Tiemann gehörendes Grundstück im Glacis zwischen dem August- und dem Steinhore; 3) ein Grundstück am Büldenwege und an der Spielmanns-  
tweie zwischen dem Fallersleber- und dem Wendenthore.

<http://publikationsserver.tu-braunschweig.de/get/64827>

und ohne Weiteres disponirt werden kann. Die Frage, an welcher Stelle desselben das neue Schulhaus gebaut werden soll, unterliegt noch weiterer Erwägung und bleibt daher von der heutigen Berathung ausgeschlossen. Vorläufig ersucht der Magistrat die Versammlung nur,

sich im Allgemeinen damit einverstanden zu erklären, daß dieses Grundstück zu dem gedachten Zweck ausersehen werde.

Das Tiemannsche Grundstück in Verbindung mit einem Theile des dem Kunstgärtner Bültemann gehörigen Gartens würde neben der projectirten Schule noch Raum zu einer von der Stadt an der Nordseite des Windmühlenberges nach dem künftigen Bahnhofe bei St. Leonhard zu führenden Straße gewähren. Da diese Straße demnächst eine unumgängliche Nothwendigkeit sein wird, ihre Anlage aber sehr erschwert und vertheuert würde, wenn inzwischen jene Grundstücke verkauft und bebaut sein sollten, so wird ferner beantragt,

das Tiemannsche Areal für 11,000  $\text{M}$ , der erforderliche Theil des Bültemannschen für 8000  $\text{M}$  unter der Voraussetzung anzukaufen, daß erforderlichen Falls mit dem Apotheker Tiemann eine angemessene Vereinbarung wegen Abtretung eines zu der gedachten Straßenanlage nothwendigen Theiles von seinem Garten am Monumentsplaz zu treffen sein werde.

Wegen des ausersehenen Grundstücks am Bültenwege kann der Magistrat bestimmte Vorschläge noch nicht machen, da noch keine Verhandlung wegen des Kaufpreises stattgefunden hat. Die Versammlung wird demnach für jezt nur um eine Erklärung darüber angegangen,

ob die Gegend zu einem Schulbau geeignet erscheine.

Den Bau der ersten beiden Schulhäuser anlangend, wünscht der Magistrat schließlich einen Ausspruch der Versammlung darüber zu veranlassen,

ob die vorliegenden Baupläne, abgesehen von der Einrichtung von 18 statt 24 Classen, im Allgemeinen genehmigt werden,

indem die Vorlage eines vollständigen Bauprojects nebst Kostenanschlag vorbehalten wird.

Die Commission hat sich den Erwägungen des Magistrats nicht verschließen können. Sie hält demnach ebenfalls sowohl die Einrichtung der neuen Schulen zu 18 Classen, als auch die Verlegung derselben vor die Thore und die getroffene Wahl der Plätze für durchaus zweckmäßig und empfiehlt die bezüglichlichen Vorschläge zur Genehmigung. Hinsichtlich der vorliegenden Baupläne hingegen sind der Commission zwei Bedenken aufgestoßen. Einmal nämlich werden darin Mittelcorridore projectirt, während sonst bei Schulbauten überall Seitencorridore als ein selbstverständliches Erforderniß gesundheitsgemäßer Ausstattung angenommen

werden. Es erscheint der Commission daher zweckmäßig, diesen und einige andere Punkte von ähnlichem Belang einer nochmaligen Prüfung zu unterziehen, und wird demnach commissiönsseitig beantragt,

den Magistrat zu ersuchen, Derselbe wolle die fraglichen Baupläne vor definitiver Feststellung dem Gesundheitsrathе zur Begutachtung vorlegen.

Zweitens hat sich die Frage aufgedrängt, ob es erforderlich, Wohnungen für die Inspectoren in den Schulgebäuden selbst herzustellen, und ob in Anbetracht des damit verbundenen erheblichen Kostenaufwandes darauf nicht ohne erhebliche Nachtheile verzichtet werden könnte. Die Commission beantragt demnach ferner, daß der Magistrat zu einer Erwägung dieser Frage aufgefordert, und falls die Antwort bejahend ausfällt, eine entsprechende Modification der vorliegenden Pläne anheimgelassen werde.

Die Versammlung beschließt in allen Stücken den Commissiönsanträgen gemäß.

Wie weiter

III. namens der Schulcommission auf Grund eines Magistratschreibens vom 13. d. Mts. Herr Schwarzenberg vorträgt, muß zu Ostern d. J. in der dritten mittleren Bürgerschule am Sandwege eine zweite Mädchenklasse eingerichtet, und zu dem Ende ein neuer Lehrer mit 350  $\text{₡}$  Gehalt angestellt, für Zeichnen- und Industrieunterricht Remuneration von bezw. 40 und 36  $\text{₡}$  jährlich, für Anschaffung der erforderlichen Lehrmittel eine einmalige Ausgabe von 30 bis 40  $\text{₡}$  in Ansatz gebracht werden.

Dem Antrage des Magistrates und der Commission gemäß werden diese Posten aus der Gemeindeschul- resp. aus der Stadtkasse von der Versammlung verwilligt.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Einem nach Feststellung der Tagesordnung eingegangenen Magistratsantrage entsprechend, verwilligt die Versammlung auf Bericht des Herrn Vorsitzenden zu Behuf nothwendiger Reparaturen an der städtischen öffentlichen Badeanstalt den Betrag von 90  $\text{₡}$  aus den Beständen der Kasse der polizeilichen Abgabe für Hunde.

Hierauf wird Herrn Steinau das Wort zu einer persönlichen Interpellation ertheilt.

Herr Steinau trägt vor:

Während der letzten Reichstagswahlen habe Herr Schöttler ein Manifest veröffentlicht, in welchem folgende Stelle vorkommt:

„Meine feste Ueberzeugung ist übrigens, daß es den Herren

Bracke und Consorten mit dem Schreien nach Volksbildung gar nicht Ernst ist, daß sie vielmehr „Volksbildung und freie Schule,“ wie so vieles Andere, nur als Köder heraushängen, um damit Gimpel zu fangen.“

Der Antrag auf Freiegebung und Hebung der Volksschule sei in dieser Versammlung von ihm, dem Redner, gestellt und hierauf durchdebattirt worden. Wenn er nun auch nicht verlangen könne, daß jedes Mitglied dieser Versammlung seine Ansichten theile, so habe doch ebensowenig ein Mitglied das Recht, ihn in der öffentlichen Meinung zu schädigen, indem es nachträglich durch eine solche in die Öffentlichkeit geschleuderte Behauptung ausspreche, er sei von der Richtigkeit und Berechtigung seines Antrages nicht überzeugt gewesen. Ein solches Verfahren sei eine Schmähung, und wenn Redner auch annehmen wollte, daß Herr Schöttler bei Abfassung jenes Manifestes sich in einer gereizten Stimmung befunden und es in der That auch für sehr beklagenswerth halte, daß bei den Wahlen die Candidaten in der Presse so oft persönlichen Anfeindungen und Beschimpfungen ausgesetzt seien, welche das Interesse der politischen Parteien nur schädigen — so sei das doch noch immer kein Grund, einen politischen Gegner wegen seiner Ansichten und Anträge der Heuchelei zu beschuldigen, wozu in diesem Falle nicht die geringste Veranlassung vorgelegen habe.

Ganz unverständlich aber sei ihm, Wen Herr Schöttler mit den Gimpeln gemeint haben könne, welche durch seine Forderungen und Anträge gefangen werden sollten.

Herr Bracke habe damals für seinen Antrag gesprochen, und Redner wisse, daß derselbe damit seine volle Ueberzeugung kundgegeben. Herr Bracke wie Redner selbst sei noch heute trotz der Ablehnung dieses Antrages von dessen Rechtmäßigkeit überzeugt, und so fordere er Herrn Schöttler auf, wegen jener unberechtigten und unbegründeten Anklage sich zu entschulden.

Herr Schöttler bekennt, daß der incriminirte Ausspruch seinem Gedächtniß entfallen sei. Vielleicht indes werde Herrn Steinau die Versicherung befriedigen, daß damit keinesfalls auf ihn persönlich und auf seine Anträge in dieser Versammlung gezielt war, sondern lediglich das in den social-demokratischen Versammlungen von Herrn Bracke und anderen Rednern angestimmte Geschrei nach Aufhebung des Schulgelbes charakterisirt werden sollte. Weitere Erklärungen könne er nicht abgeben, bevor er nicht die fragliche Stelle nach Wortlaut und Zusammenhang geprüft habe.

Herr Steinau schickt sich an, Herrn Schöttler ein Exemplar seines Manifestes zugehen zu lassen; doch lehnt Herr Schöttler ab, im Augenblicke näher auf den Fall einzugehen.



Herr Steinau. Diese Erklärung könne ihn wohl einigermaßen, aber nicht vollständig befriedigen. Herr Bracke sei verhindert, dieser Versammlung beizuwohnen, indeß übernehme er, Redner, in diesem Falle seine Vertretung. Kein Mitglied dieser Versammlung habe das Recht, an der Aufrichtigkeit der über einen Gegenstand hier ausgesprochenen Ansicht des Herrn Bracke zu zweifeln, und bei der Debatte sei ein solcher Zweifel auch von Niemand ausgesprochen. Wäre es aber geschehen, so würde Herr Bracke sowohl wie Redner gebührend darauf geantwortet haben. Uebrigens weise er wegen eines ähnlichen Falles noch auf das Protokoll vom 4. April 1872 hin und beantrage:

die Stadtverordneten-Versammlung wolle über das Verfahren des Herrn Schöttler ihre Mißbilligung aussprechen.

Damit wird die öffentliche Sitzung geschlossen.

Vertraulich werden, zunächst von Magistrat und Stadtverordneten gemeinschaftlich, dann von letzteren allein eine Anzahl Steuerreclamationen erledigt.

a Gr.



1874.

(Fortsetzung der Beilage zum 32. Stücke des 1874  
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N<sup>o</sup> 2.

## Verhandlungen

der

### Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 26. Februar 1874.

Abwesend und entschuldigt die Herren Bracke, Lucius, Schöttler, Solmich. Am Magistratsstische Herr Oberbürgermeister Caspari und die Herren Stadträthe Bammel, Carstens und Rittmeyer.

Erst in letzter Stunde ist der Versammlung eine Vorlage des Magistrates zugegangen, deren sofortige Erledigung gewünscht wird. Da es sich lediglich um eine Formalität handelt, hält der Herr Vorsitzende für unbedenklich, den Beschluß der Versammlung ohne weiteres zu veranlassen.

In den Tract der beiden neuen Verbindungsstraßen zwischen der Neuen Promenade und der Hamburger Straße fällt nämlich eine Strecke der Spielmannstwee, deren ganzer oberer Theil zufolge einer Vereinbarung der Unternehmer mit der Hägerer Feldmarksi Interessentenschaft eingezogen werden soll. Das Terrain beider Straßen ist gegen gewisse Verpflichtungen der Stadt überlassen; um nun eine doppelte Uebertragung zu vermeiden, wird wegen des bezeichneten Complexes ein directer Kaufcontract zwischen dem Magistrate und der Hägerer Gemeinde vorgeschlagen. Der zu 250  $\mathfrak{M}$  angelegte Kaufpreis ist jedoch diesseits nicht wirklich zu zahlen, vielmehr in den 1000  $\mathfrak{M}$  einbegriffen, mit denen die Interessentenschaft für die eingehende Strecke der Spielmannstwee aus Staatsmitteln entschädigt wird.

Die Versammlung erteilt dem bezüglichen Contracte beantragter Maßen ihre Zustimmung.

## Der Tagesordnung gemäß

I. berichtet auf Grund eines Magistratschreibens vom 2 d. Mts. namens der Finanzcommission Herr Jasper:

Zum Zwecke einer durch das stete Anwachsen der Gemeinde unvermeidlich gewordenen Vergrößerung der katholischen Kirche hat die Gemeinde selbst die ursprünglich veranschlagte Summe von 6000 ₰ aufgebracht. Bei der Ausführung des Anbaues in- dessen sind die alten Kirchengebäude dermaßen baufällig befunden, daß eine gründliche Reparatur, deren Kosten sich voraussichtlich ebenfalls auf 6000 ₰ belaufen werden, ebenfalls nicht zu umgehen ist. Da aus dem Kirchenvermögen aber nur die laufenden Ausgaben zu decken und die hiesigen Katholiken ihrer Mehrzahl nach wenig bemittelt sind, sieht sich die Gemeinde um Herbeischaffung der fehlenden Gelder in schwere Sorge versetzt. In Anbetracht dieser Umstände und nach dem wiederholt anerkannten Grundsatz, daß dergleichen Unterstüzungen wie den Lutheranern so auch anderen anerkannten Religionsgesellschaften nicht wohl verweigert werden können, giebt der Magistrat anheim, der katholischen Gemeinde in diesem Falle eine Beihilfe im Betrage von 2000 ₰ aus den Erträgen des Kreisfonds zu verwilligen, welchen Antrag die Commission zur Genehmigung dringend befürwortet.

Herr Munte wünscht diesen Beitrag auf 4000 ₰ erhöht zu sehen, weil soviel auch der jüdischen Gemeinde für den Neubau ihrer Synagoge verwilligt ist, die Bauten an der katholischen Kirche aber ein mindestens ebenso dringendes Bedürfnis, während die Mittel der katholischen Gemeinde unfraglich weit geringer seien als die der jüdischen.

Herr Flagge unterstützt diesen Antrag, indem er daran erinnert, daß die starke Zunahme der katholischen Gemeinde in erster Linie durch die Hebung der hiesigen Industrie verursacht ist. Auf den Fall, daß der diesjährige Etat eine solche Erhöhung nicht zulassen sollte, schlägt Redner vor, die anderen 2000 ₰ auf die nächst- jährigen Zinsen des Kreisfonds anzuweisen.

Auch Herr von Seckendorf findet in Erwägung aller obwaltenden Umstände eine gleiche Behandlung beider Gemeinden angezeigt.

Herr Oberbürgermeister Caspari. Zunächst werde man dergleichen Verwilligungen immer nach Verhältniß der erforderlichen Bausummen bemessen müssen. Wenn nun der Magistrat für die katholische Gemeinde bei einem Bedarf von 12,000 ₰ eine Unterstüzung von 2000 ₰ in Vorschlag bringe, während man der jüdischen Gemeinde zu den voranschlagten 103,500 ₰ nur mit 4000 ₰ zu Hilfe gekommen, so seien dabei die geringeren eigenen Mittel der Katholiken bereits ganz augenscheinlich berücksichtigt und könne also von unbilliger Zurücksetzung der letzteren süglich nicht die Rede sein, zumal wenn vollends noch in Anschlag gebracht werde, daß ihnen schlimmsten Falls doch wohl auch von außen eine Unterstüzung zufließen dürfte.

Herr Götte, diesen Erwägungen beistimmend, findet durch die beantragte Einwilligung aller Billigkeit vollauf Genüge geleistet und eine weitergreifende Begünstigung um so weniger am Platze, als gerade die gegenwärtige Finanzlage der Stadt auf allen Seiten zur Einschränkung nöthige. Möge auf den äußersten Nothfall ein fernerer Zuschuß immerhin nicht unbedingt ausgeschlossen sein; für den Augenblick aber scheine keinerlei Anlaß vorzuliegen, über den Magistratsantrag hinauszugehen.

Herr Flagg e vermag sich nicht zu überzeugen, daß die Magistratsvorlage der verschiedenen Lage beider Gemeinden völlig gerecht werde. Eine Subvention der hiesigen Katholiken von außen her scheint ihm durchaus unwahrscheinlich.

Herr Faillard spricht sich gleichfalls für eine Erhöhung der Beihilfe auf 4000  $\text{fl}$  aus, wünscht aber, daß diese Gelegenheit benutzt werde, im voraus ein billiges Entgegenkommen der katholischen Gemeinde zu sichern, falls etwa deren Kirchengrundstück in die Linie einer demnächst herzustellenden directen Verbindung zwischen dem Langenhofe und dem Steinthore fallen sollte.

Herr Oberbürgermeister Caspari erinnert daran, daß diese Verbindung projectirter Maßen der Avenue zum Steinthor gegenüber ausmünden wird und beim Bau der neuen Schule am Sandwege schon berücksichtigt ist, das Grundstück der katholischen Gemeinde also für diesen Fall überhaupt nicht mehr in Betracht kommt. Gegen Herrn Flagges Meinung, als geschähe der katholischen Gemeinde ein Unrecht, wenn ihr nicht dieselbe Summe wie der jüdischen zugestanden würde, legt der Herr Oberbürgermeister aus den schon dargelegten Gründen nochmals Verwahrung ein, indem er außerdem noch hervorhebt, daß die jüdische Gemeinde, wenn auch im allgemeinen wohlhabender als die katholische, andrerseits doch auch ungleich höhere laufende Ausgaben für ihren Gottesdienst zu leisten habe, Ausgaben, welche für den Einzelnen etwa dem Betrage seiner Communalsteuer gleichkommen. Falls sich die Versammlung für Erhöhung des Beitrags entscheiden sollte, werde der Magistrat allerdings keinen Einspruch erheben, sondern nur bitten, die Hälfte auf den nächstjährigen Etat anzuweisen.

Herr Vini hält die Rücksichten auf die beiderseits erforderlichen Bausummen principiell ebenfalls für durchaus gerechtfertigt und eine Beschränkung in diesem Falle um soviel mehr geboten, als bei dem noch fortbauenden Anwachsen der katholischen Gemeinde die Nothwendigkeit fernerer Unterstützungen keineswegs zu den Unmöglichkeiten gehöre.

Herr Graf Görz-Brissberg. Die Verhältnisse der katholischen Gemeinde seien der Beurtheilung und mehr noch der Einwirkung seitens der städtischen Behörden entzogen. Dazu komme, daß die jüngsten Entwicklungsphasen des Katholicismus in keiner Weise dazu angethan, besondere Sympathien zu erwecken. Unter diesen Umständen werde es genügen, wenn man die katholische Gemeinde den anderen nicht

hintansehen, und liege mehr zu thun keinerlei Veranlassung vor. Erwäge man nun einerseits die Kosten des Kirchenbaus beider Gemeinden und andererseits die vielen und großen Ausgaben, welche der Stadt in allernächster Zeit bevorstehen, so müsse einleuchten, daß die Versammlung nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet sei, bei der magistratsseitig beantragten Verwilligung stehen zu bleiben.

Herr Reck kann sich nicht einverstanden erklären, daß die Höhe der Bausumme allein über den Betrag der in Frage stehenden Verwilligung entscheiden dürfe; den einzig richtigen Maßstab dafür gebe vielmehr das vorhandene Bedürfnis ab. Nun habe man hier auf der einen Seite die kleine aber verhältnismäßig wohlhabende jüdische Gemeinde, welche weit über das eigentliche Bedürfnis hinaus einen prächtigen Tempel errichte, auf der andern Seite die stetig anwachsende katholische Gemeinde, welcher die Mittel fehlen, nicht etwa einen Luxusbau, sondern einen unumgänglich erforderlichen Nothbau auszuführen. In Anbetracht dieser Verhältnisse kann Redner sich nur für die Verwilligung von 4000  $\mathfrak{M}$  aussprechen, nicht weil soviel auch den Juden gewährt worden sei, sondern weil das Bedürfnis ein besonders großes. Die herrschenden kirchenpolitischen Gegensätze in diese Frage hereinzu ziehen, werde die Versammlung keinen Anlaß zu nehmen brauchen. Bis jezt haben diese Wirren in ihrem Bereiche keinen Eingang gefunden, und sie auch in Zukunft fern zu halten gebe es sicherlich kein besseres Mittel, als gegen die katholische Minorität unserer Mitbürger nach Recht und Billigkeit zu verfahren.

Nachdem Herr Schwarzenberg mit Hinweisung auf die Möglichkeit, daß auch in hiesiger Stadt eine altkatholische Gemeinde entstehen könnte, welche ebenfalls einen begründeten Anspruch auf Unterstützung aus städtischen Mitteln haben würde, die Beschränkung der für jezt in Frage stehenden Beihilfe auf den Betrag von 2000  $\mathfrak{M}$  nochmals empfohlen hat,

wird die Discussion geschlossen.

Die hierauf eintretende Abstimmung ergibt 11 Stimmen von 22 für den Antrag Herrn Mantes. Indem dann der Herr Vorsikende sich dagegen entscheidet, ist derselbe abgelehnt, und wird hierauf der Magistratsantrag angenommen.

Es folgt

II. durch Herrn v. Seckendorf erstattet, der Bericht der Finanzcommission über einen unterm 2. d. M. ergangenen Antrag des Magistrats in Betreff des Baues der neuen städtischen Realschule.

Auf Grund des unter Mitwirkung des Schuldirectors Ostendorf aus Düsseldorf aufgestellten Programmes hat der Stadtbaumeister zwei Projecte für die innere Ausstattung der neuen Realschule zweiter Ordnung sammt den bezüglichlichen Kostenanschlägen aufgestellt, den Entwurf der Fassade jedoch bis dahin vorbehalten, daß die städtischen

Behörden sich für den einen oder andern dieser Pläne werden entschieden haben. Nach dem einen derselben soll die ganze Schule, einschließlich der Vorbereitungsklassen, in einem Gebäude mit den Corridoren in der Mitte untergebracht werden; nach dem andern, welcher die Corridore an die Seite legt, sind zwei Gebäude erforderlich. Der Bau nach letztem Entwurfe würde veranschlagter Maßen 10,800  $\text{M}$  mehr kosten als der nach ersterem und überdies einen Verlust von 2200  $\text{M}$  an dem Verkaufswerthe der abzustehenden Theile des Kaulitz'schen Hauses verursachen. Da nun aber sowohl nach den Erklärungen des Schuldirectors Ostendorf als nach den Erfahrungen anderer Orte, wie Wien und München, wo den Schulbauten schon seit längerer Zeit große Aufmerksamkeit zugewandt wird, gleichwohl aber immer noch Schulen mit Mittelcorridoren gebaut werden, die Vorzüge der Seitencorridore mehr theoretisch behauptet als von der Praxis bestätigt sind, Ersparnisse aber, wo solche ohne wesentliche Nachtheile erzielt werden können, angesichts der vorliegenden großen Bedürfnisse unsers Schulwesens dringend geboten erscheinen, beantragt der Magistrat, daß die Versammlung sich mit ihm für das erstangedeutete Project einverstanden erkläre, damit alsdann dem Stadtbaumeister Auftrag zum Entwurf einer entsprechenden Fassade ertheilt werden könne.

Zur Vorberathung dieses Antrages hat sich die Finanzcommission mit der Schulcommission in Verbindung gesetzt, und beide sind zu der Ueberzeugung gelangt, daß die Baupläne, wie sie zur Zeit vorliegen, zu mancherlei Bedenken Anlaß geben. Sonamentlich mit Rücksicht auf die mit der neuen Realschule zu verbindende Vorbereitungsschule. Wenn von den drei Klassen derselben die Rede ist, so ist dies so zu verstehen, daß sie auf ein dreiklassiges System basiren soll, keinesfalls aber kann die Meinung sein, als werde man räumlich nur drei Klassen herzurichten haben. Denn voraussichtlich wird diese Schule nicht nur von solchen Schülern besucht werden, welche späterhin den ganzen Realschulcursus durchzumachen beabsichtigen; vielmehr ist, zumal bei der in den Mittelklassen der Bürgerschulen herrschenden Ueberfüllung nicht im mindesten zu bezweifeln, daß in der Vorbereitungsschule bald auch zahlreiche Schüler mit geringeren Bildungsbedürfnissen Zutritt suchen werden. Damit aber ist die Befürchtung gegeben, daß die Vorbereitungsschule in dem gegenwärtig projectirten Umfange für das Bedürfniß von Anbeginn nicht ausreichen wird. Zwar nimmt das vorliegende Project auf eine Parallelklasse für die unterste Stufe Bedacht. Wenn nun aber nach den Erklärungen des Schuldirectors Ostendorf mehr als 30 bis 36 Schüler in jede dieser untersten Klassen nicht wohl aufgenommen werden dürfen, so werden letztere eben nur für einen Bestand von höchstens 72 Schülern Raum gewähren, während angestellten Erhebungen nach von den hiesigen Bürgerschulen 1870 125, 1871 gar 139 Schüler auf die beiden Gymnasien abgegangen sind. Finanziell kann es bei dieser muthmaßlichen hohen Frequenz der Vorbereitungsschulen keinerlei

Bedenten haben, selbige von vornherein so einzurichten, daß sie dem muthmaßlichen Bedürfniß genügen und müssen daher um so mehr die Commissionen Anstand nehmen, die Baupläne so wie sie vorliegen, zur Genehmigung zu empfehlen. Sie beantrage vielmehr,

die Vorlage an den Magistrat zurückgehen zu lassen mit dem Ersuchen, Derselbe wolle durch geeignete Ermittlungen über die muthmaßliche Frequenz sowohl der projectirten Vorbereitungsschule als auch der Realschule selbst zunächst feststellen, ob der vorliegende Plan dem Bedürfniß entspreche oder nicht, und eventuell der Versammlung einen modificirten Plan vorlegen.

Ueber die Frage, ob die anerkannten Vorzüge der Seitencorridore die durch sie bedingten höheren Baukosten aufwiegen oder nicht, haben die Commissionen sich ein kompetentes Urtheil nicht zu bilden vermocht. Sie beantragen daher,

die erbetene Entscheidung über diese Frage bis dahin auszusetzen, daß das in der Sitzung von 29. v. Mts. angeregte Gutachten des Gesundheitsrathes wird eingegangen sein.

Schließlich ersuchen die Commissionen die zur Prüfung der Zweckmäßigkeit von Centralheizungseinrichtungen erwählte Commission, ihr Votum baldmöglichst abzugeben, damit bei Feststellung der in Rede stehenden Baupläne der bezüglichliche Beschluß der Versammlung berücksichtigt werden kann.

Herr Red. hält dafür, daß die Frage nach der demnächstigen Frequenz der städtischen Realschule selbst sehr schwer auch nur mit annähernder Sicherheit zu beantworten ist, da hierauf die Beschaffenheit der neuen Schule selbst sowie die künftige Entwicklung des in einer großen Umwandlung begriffenen höheren Realschulwesens von maßgebendem Einfluß sein dürften. Die Möglichkeit eines sehr starken Andranges von Schülern sei allerdings nicht ausgeschlossen; dennoch aber werde es sich nicht empfehlen können, auf diese immerhin doch ungewisse Aussicht das Schulgebäude gleich durchgehends auf Parallelklassen einzurichten. Zweckmäßiger erscheine, die Anlage so zu treffen, daß im Falle leintretenden Bedürfnisses eine Vergrößerung ohne Schwierigkeit bewirkt werden könne, und in diesem Sinne wünscht Redner den Commissionsantrag näher bestimmt zu sehen. Mit größerer Sicherheit lasse sich eine Berechnung in Betreff der Vorbereitungsschule aufstellen. Denn allerdings sei es in hohem Grade wahrscheinlich, daß ein großer Theil derjenigen Schüler, welche zur Zeit von den Bürgerschulen auf die beiden Gymnasien übergehen, inskünftige nach der neuen Normalschule hindrängen werde; selbst wenn man etwa den Grundsatz aufstellen wollte, hier nur diejenigen aufzunehmen, welche später in die Realschule einzutreten beabsichtigen, so würde es doch kein Mittel geben, hinterher auch wirklich auf Erfüllung einer dahin geleisteten Zusage zu bestehen, und so werde man denn



aufnehmen müssen, was nur irgend komme. Wenn also die Vorbereitungsschule auf die geringe Zahl von 3 bis 4 Klassen eingeschränkt bliebe, würde man in der That bald gar sehr ins Gedränge kommen, zumal der Schuldirector Ostendorf nicht, wie der Herr Referent vorgetragen, 36 sondern 30 Schüler als Maximalzahl für die einzelne Klasse angegeben habe. Auch dieser Eventualität aber werde in der von ihm, dem Redner, empfohlenen Weise vorgesehen werden können.

Herr Vini ist der Ueberzeugung, daß die Frage nach der zweckmäßigsten Lage der Corridors schon jetzt dahin beantwortet werden könne, daß bei einigermaßen günstiger Lage des Schulhauses auch Mittelcorridore durchaus unbedenklich seien.

Herr v. Seckendorf constatirt, daß eine directe Aeußerung über diesen Gegenstand in dem Gutachten des Schuldirectors Ostendorf nicht vorliegt, wohl aber aus dem Berichte des Stadtbaumeisters hervorgeht, daß Seitencorridore im allgemeinen für zweckmäßiger gehalten werden, während sie zugleich allerdings den Bau sehr erheblich vertheuern.

Herr Reuter möchte nach Maßgabe des Commissionsantrages auf die Berathung von Einzelheiten der Anlage für jetzt nicht eingegangen sehen. Die Commission zur Prüfung der Heizvorrichtungen hat sich, wie Redner mittheilt, im Laufe des verflossenen Jahres mehrmals versammelt, ist aber bisher wegen Abwesenheit mehrerer Mitglieder nicht beschlußfähig gewesen. Nunmehr indessen liegt das erforderliche Material gesichtet vor, und ist daher das Votum der Commission in allernächster Zeit zu erwarten.

Den Anträgen der Commissionen und des Herrn Reck gemäß beschließt die Versammlung, die Entscheidung über die fraglichen Punkte vorläufig noch auszusetzen, den Magistrat um Ermittlungen über die muthmaßliche Frequenz der neuen Schule zu ersuchen und zugleich anheimzugeben, daß event. auf die Möglichkeit einer künftigen Vergrößerung des Schulgebäudes Bedacht genommen werde.

Weiter

III. einem unterm 16. d. M. eingegangenen Antrage des Magistrats entsprechend, erklärt die Versammlung sich auf den von Herrn Steinau erstatteten Bericht der Finanzcommission einverstanden, daß die wegen der Kellerparzellen unter dem Schulgebäude östl. Bez. bestehenden Miethverträge mit dem Schuhmachermeister Schiede, der Wittwe Gerecke, dem Bäckermeister Kabe, dem Böttichermeister Bühring und dem Bahnhofsarbeiter Altendorf gewünschter Maßen von Ostern des J. ab unter den bisherigen Bedingungen auf weitere sechs Jahre erneuert werde, dagegen der bislang von dem Schneidermeister Spandau benutzte Kellerraum, da eine Verlängerung des bezüglichen Contractes nicht beantragt ist, bei vorkommender Gelegenheit unter angemessenen Bedingungen anderweit verwerthet werde.

## Wie ferner

IV. Auf Grund eines Magistratschreibens vom 2. Febr. d. J. namens der Finanzcommission Herr v. Seckendorf vorträgt, wird bestehendem Gebrauch nach den Hinterbliebenen activer und pensionirter Staatsbeamten und Lehrer nach deren Hintritt der volle Gehalts- oder Pensionsbetrag nicht nur für den Monat, in welchem ihr Tod erfolgt ist, sondern auch noch für die folgenden zwei sogenannten Gnadenmonate ausbezahlt. Die gleiche Vergünstigung ist für die städtischen Lehrer durch Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom 1. Mai 1846 ebenfalls ein für alle Mal ausgesprochen, für die übrigen städtischen Beamten auf jedesmaligen besondern Antrag vorkommenden Falls immer gewährt worden. Um den hiebei anzustellenden Erhebungen über die Vermögenslage des Verstorbenen überhoben zu sein, welche der Verwilligung stets den Charakter einer Unterstützung giebt, beantragt der Magistrat, daß jene in Betreff der Lehrer getroffene Bestimmung auf die städtischen Beamten überhaupt ausgedehnt werde. Auf den Fall, daß solchem allgemeinen Beschlusse gegründete Bedenken entgegenstehen sollten, geht ein specieller Antrag des Magistrates dahin, der Wittwe des am 30. Januar d. J. mit Tode abgegangenen Stadtraths Dr. jur. Ernst Meyer, welcher nach 39jähriger Dienstzeit vom 1. Januar 1865 ab mit seinem vollen Gehalte von 1200 Thlr. pensionirt war, die Pensionsbeträge für die Monate Februar und März auszubezahlen.

Die Versammlung erklärt sich mit der principiellen Regelung der Frage beantragter Maßen einverstanden.

## Schließlich

V. Kömmt zur Erledigung der in voriger Sitzung gestellte Antrag Herrn Steinaus:

daß die Versammlung ihre Mißbilligung über die Auslassung kundgebe, welche bei Gelegenheit der letzten Reichstagswahlen Herr Schöttler in Bezug auf die an dieser Stelle eingebrachten Anträge der Herrn Bracke und Steinau auf Abschaffung des Schulgeldes in einem Wahlmanifeste veröffentlicht hat.

Zunächst constatirt der Herr Vorsitzende, daß dieser Antrag nach Maßgabe einer Bestimmung der neuerdings zur Annahme gelangten modificirten Geschäftsordnung von 5 Mitgliedern der Versammlung hätte unterstützt sein müssen. Wenn er dies bei Entgegennahme des Antrags übersehen habe, so werde man hierin in diesem Falle nach Beschaffenheit der Sachlage füglich doch kein Hinderniß finden können, denselben nunmehr ohne Weiteres in Berathung zu ziehen.

Den Bericht der Commission für Statuten und Rechtsfachen beginnend, verliest

dann Herr Graf Görz-Brisberg den in Betracht kommenden Passus des Schött-  
erschen Manifestes, welcher folgendermaßen lautet:

Dagegen möchte ich nicht, daß bei dieser Gelegenheit mein Name und meine bürgerliche Ehre geschädigt würden, und dies veranlaßt mich, den Lügen und Verdächtigungen, welche der hiesige sog. »Volksfreund«, um für Herrn Bracke Reclame zu machen, über meine Person verbreitet hat, mit einigen Bemerkungen entgegen zu treten.

1) Der sog. »Volksfreund« behauptet, ich gönnte den Arbeitern ihre unschuldigen Erholungen nicht, würde ihnen solche als Verschwendung und Verschlemmung vor, und dies sollte ich in der Stadtverordneten-Versammlung gesagt haben.

Es ist dies eine freche Lüge.

Mit dem Steinau'schen Antrage, das Schulgeld abzuschaffen, erklärte ich mich zunächst für die Volksschulen im Principe einverstanden, war aber der Meinung, daß diese Angelegenheit nicht von Gemeinde-, sondern von Staatswegen geordnet werden müsse.

Einzelnen Classen der Staatsangehörigen das Schulgeld zu erlassen, dafür könne ich mich nicht erklären, weil diese dadurch in der Meinung ihrer Mitbürger herabgesetzt würden.

Die Aufbringung der geringen Schulgelder würde auch einem ordentlichen Arbeiter nicht schwer werden, denn wenn viele Arbeiter nur einen Groschen wöchentlich von denen zurücklegten, welche sie für manche recht unnütze Dinge (z. B. »für den bekannten Zweck«) ausgeben, so könnten sie das billige Schulgeld zahlen.

Daß ich so und nicht anders gesprochen, daß ich kein Wort gesagt habe, aus dem man entnehmen könnte, ich gönnte den Arbeitern ihre unschuldigen Vergnügungen nicht, werden mir meine sämtlichen Kollegen in der Stadtverordneten-Versammlung gern bezeugen.

Meine feste Ueberzeugung ist übrigens, daß es den Herren Bracke und Consorten mit dem Schreien nach Volksbildung gar nicht ernst ist, daß sie vielmehr »Volksbildung« und »freie Schulen«, wie so vieles Andere, nur als Köder heraushängen, um damit Gimpel zu fangen.

Viele Arbeiter sind schon jetzt für jene Herren zu gebildet und gehen nicht mehr auf ihren Leim; sie wären ja sofort fertig, wenn das ganze Volk so gebildet wäre, ihren Schwindel zu durchschauen!

Man hat mir gesagt, Herr Bracke selbst habe jenen Volksfreundartikel geschrieben. Das mag ich nicht glauben, denn so wenig ich auch mit seinen communistischen Ansichten übereinstimme, so habe ich doch bis

jetzt keine Veranlassung gehabt, ihn für einen Lügner und Gaukler zu halten, um so weniger, als er selbst in jener Stadtverordneten-Versammlung zugegen gewesen ist.«

Nachdem nun auf Grund dieser Auslassung Herr Steinau seinen Antrag gestellt hatte, ist von Seiten Herrn Schöttlers in einem Schreiben an den Herrn Vorsitzenden nachfolgende Erklärung abgegeben:

»An

den Vorsitzenden der Stadtverordneten, Herrn Bankdirector Häusler hier.

Als am vergangenen Donnerstag Herr Steinau in der Stadtverordnetenversammlung seine Interpellation gegen mich richtete, wußte ich mich, wie ich auch erklärte, nicht im Mindesten des Inhaltes des Schriftstückes zu entsinnen, auf welches der Herr sich bezog, und konnte mich also auch nur sehr zurückhaltend darüber erklären. Herr Steinau sprach mit einer so anerkennenswerth ruhigen Haltung und trug seine Beschwerde mit so viel Geschicklichkeit vor, daß ich in der That glaubte, ich hätte in meiner Ansprache etwas gegen Herrn Steinau gesagt.

Nachdem ich mir aber ein Exemplar dieser Ansprache, welches ich von Herrn J. Krampe erhielt, angesehen habe, finde ich, daß ich über oder gegen Herrn Steinau gar nichts gesagt und ebenso wenig einen in der Stadtverordneten-Versammlung verhandelten Gegenstand einer Kritik vor der Deffentlichkeit unterzogen habe.

Ich erkläre also:

- 1) Den Steinau'schen Antrag betreffs der freien Schulen habe ich nur erwähnt, insoweit es nöthig war, auf die Verhandlung hinzuweisen, bei welcher ich mich betreffs der Arbeiter geäußert haben sollte.
- 2) Mit dem Satze: »Daß ich so und nicht anders« u. s. w. ist diese Sache abgethan, und ich spreche in dem folgenden Satze: »Meine feste Ueberzeugung ist übrigens« u. s. w. lediglich meine Ansicht aus über das Reden und Treiben der Herren »Bracke und Consorten«, wie dasselbe in den x. x. x. Volksversammlungen stattgefunden hat.

Mit dem Worte »Consorten« habe ich auch lediglich diejenigen Herren gemeint, welche mit Herrn Bracke oder in dessen Geschäften das Herzogthum bereisten, und kann ich dies um so bestimmter erklären, als ich bis zum 29. d. M. des Glaubens

lebte, daß Herr Steinau nur durch einen Irrthum in jene Gesellschaft gerathen sei.

Hochachtungsvoll

F. W. Schöttler.«

Die Commission sieht sich hiernach nicht in der Lage, den Antrag Herrn Steinaus zur Genehmigung zu empfehlen. Sie läßt sich hierbei zunächst von der Erwägung leiten, daß von Verunglimpfung eines Mitgliedes der Versammlung in diesem Falle überall nicht die Rede sein könne. Wer die mitgetheilte Stelle des Manifestes unbefangen prüfe, werde sich überzeugen müssen, daß Herr Schöttler in den Worten: »Daß ich so und nicht anders — — bezeugen« nur einen Angriff abwehren wollte, welchen aus Anlassung gewisser seiner Aeußerungen hier in der Versammlung der »Volksfreund« gegen ihn gerichtet hatte. Vergleichen müsse selbstverständlich Jedem unbenommen sein. Nachdem mit dem bezeichneten Sage aber sein Streit mit dem »Volksfreunde« erledigt, wende sich Herr Schöttler von den Vorgängen innerhalb der Versammlung ab, um weiter ganz allgemein die Ansicht auszusprechen, daß die ihm gegenüberstehende Partei den Ruf nach Abschaffung des Schulgeldes nur zum Zweck einer Propaganda für ihre anderweitigen Absichten erhebe. Der Person und des Antrages Herrn Steinaus geschehe dabei mit keinem Worte Erwägung. Dazu komme nun noch die in dem mitgetheilten Schreiben enthaltene Erklärung Herrn Schöttlers selbst, welche nach dem Grundsatz, daß Jeder der beste Interpret seiner eigenen Worte sei, jeden etwa noch übrigen Zweifel vollends beseitige. Dem allen zufolge lasse sich nicht annehmen, daß die beanstandete Aeußerung irgendwie persönlich auf Herrn Steinau ziele, und müsse daher dessen Beschwerde thatsächlich hier gegenstandslos erachtet werden. Hiervon aber abgesehen würde sich dem Steinauschen Antrage eine Erwägung formaler Natur entgegenstellen. Den gesetzlichen Bestimmungen wie der Natur der Sache nach habe sich die Versammlung mit städtischen Angelegenheiten zu befassen; hier aber handle es sich um einen im Kampfe um die Reichstagswahlen entstandenen Conflict, eine Angelegenheit also von rein politischem Belange, in welche sich einzumengen die Versammlung nicht nur keinerlei Anlaß habe, sondern geradezu incompetent sei. Demgemäß empfiehlt die Majorität der Commission, in Erwägung, daß die Aeußerung des Herrn Schöttler in seinem Wahlmanifeste vom Januar d. J. weder dem Wortlaute noch auch der von Herrn Schöttler abgegebenen Erklärung nach auf die Verhandlungen der Stadtverordneten sich beziehen, über den Steinauschen Antrag zur Tagesordnung überzugehen.

Die Minorität der Commission ist zwar ebenfalls einverstanden, daß der Gegenstand durch eine motivirte Tagesordnung erledigt werde. Dabei aber von der Ansicht ausgehend, daß in dem Wortlaut des Manifestes immerhin doch eine gewisse

Berunglimpfung Herrn Steinaus enthalten sei, wünscht sie, aus der vorgeschlagenen Motivirung die Worte »weder dem Wortlaute noch auch« weggelassen zu sehen.

Herr Steinau. Es widerstrebe seiner Neigung gegen Abwesende zu polemisieren, und wolle er deshalb, da Herr Schöttler nicht zugegen sei, sich kurz fassen. Die Auffassung der Majorität sei wohl nicht ganz richtig, da das Schöttlersche Manifest auf seinen Antrag ganz besonders hinweise und wiederholt darauf zurückkomme. Die Beleidigung beginne mit dem Satze: »Meine Ueberzeugung ist übrigens« ic. Außerdem ergehe sich das Manifest auch in Widersprüchen, denn während in dem einen Satze Herr Braße der Unwahrheit geziehen werde, besage eine andere Stelle, daß keine Veranlassung vorliegt, denselben für einen Lügner und Gaukler zu halten. — Nach der Ueberzeugung Herrn Steinaus kann die Versammlung, gegenüber dem einmal vorliegenden Wortlau des Schöttlerschen Manifestes, kaum weniger thun, als den Antrag der Minorität anzunehmen, auch deshalb, weil andernfalls ein Präjudiz geschaffen würde, welches möglicher Weise der Versammlung selbst sehr unbequem werden könnte. Redner geht nicht soweit, zu wünschen, daß den Mitgliedern der Versammlung die Möglichkeit abgeschnitten werde, gegen falsche Deutung ihrer Worte sich durch die Presse zu vertheidigen. Wenn aber ein Gegenstand, wie s. B. die Schulfrage, hier in der Versammlung ruhig und leidenschaftslos durchberathen worden, so müsse sie damit abgethan sein und dürfe sie keinen Vorwand zu beleidigenden Angriffen gegen diesen oder jenen Gegner mehr bieten.

Die Versammlung entscheidet sich für den Antrag der Majorität der Commission.

Schließlich wird das Protocoll vom 29. Januar genehmigt, nachdem constatirt ist, daß beim Druck S. 7 die Ueberweisung des Steinauschen Antrags an die Statutencommission unvermerkt geblieben ist.

Damit ist die öffentliche Sitzung geschlossen.

In vertraulicher Sitzung wurde eine Steuerreclamation erledigt und die Wahl von Beisitzern der Steuereinschätzungsdeputation vorgenommen.

1874.

(Fortsetzung der Beilage zum 67. Stücke des 1874  
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N<sup>o</sup> 3.

## Verhandlungen

der  
Stadtverordneten zu Braunschweig.  
Sitzung am 9. April 1874.

Abwesend waren und wurden für entschuldigt gehalten die Herren Ehrenhard, Götte, Reck, Schwarzenberg und Steinmann, von denen Herr Schwarzenberg gegen Schluß der Sitzung noch eintritt. Am Magistratsstische Herr Oberbürgermeister Caspari und die Herren Stadträthe Carstens und Rittmeyer.

Gegen das Protocoll vom 26. Februar erinnert Herr v. Seckendorf, daß an der dort S. 5 Z. 10 v. u. wiedergegebenen Stelle nicht auf »Schüler mit geringeren Bildungsbedürfnissen«, sondern auf solche Bezug genommen sei, die demnächst auf Lehranstalten wie etwa die Günthersche überzugehen beabsichtigen. Im Uebrigen wird das Protocoll genehmigt.

### Vor Beginn der Tagesordnung

I. theilt der Herr Vorsitzende auf Grund einer Eingabe des Schuldirectors an den Schulvorstand mit, daß dieser Tage in Berlin eine Zusammenkunft deutscher Zeichenlehrer stattfinden wird, welche namentlich durch die gleichzeitig veranstaltete Ausstellung der Leistungen von Schülern und Schülerinnen verschiedener Lehranstalten lehrreich zu werden verspricht. Auf Anregung des Königl. Preussischen Unterrichts-Ministeriums hat Herzogl. Landesregierung den Zeichenlehrern der Gymnasien die Theilnahme an dieser Versammlung durch entsprechende Reisezuschüsse erleichtert; eine gleiche Verwilligung für den Zeichenlehrer der höhern Töchter Schule wird von Seiten des Schuldirectors angeregt, vom Magistrate mündlicher Eröffnung nach im Betrage von 25  $\text{fl}$  beantragt, und beantragter Maßen durch die Versammlung ausgesprochen.

### Ferner

II. trägt auf Grund eines Magistratschreibens vom 30. März namens der Finanzcommission Herr v. Seckendorf vor, daß der Herausgeber des hiesigen Adressbuchs, Buchhändler F. H. Meyer, unter Berufung auf die in Folge der stetigen Bevölkerungszunahme und durch Steigerung der Arbeitslöhne erheblich vermehrten Herstellungskosten, eine Erhöhung des bisher seitens der Stadt gewährten Zuschusses von 75  $\text{fl}$  auf 100  $\text{fl}$  beantragt hat. Da das Adressbuch nicht wohl entbehrt werden könnte, die geltend gemachten Schwierigkeiten aber thatsächlich begründet sind und so denn auch Herzogl. Polizei-

directon einer gleichen Erhöhung ihrerseits nicht abgeneigt ist, empfiehlt der Magistrat und ebenso die Commission, dem vorliegenden Gesuche von 1875 an stattzugeben.

Herr Overbürgermeister Caspari führt aus, wie das Adressbuch trotz seiner Gemeinnützigkeit, ja Unentbehrlichkeit, geschäftlich von vornherein eine keineswegs vortheilhafte Unternehmung ist und vollends nicht auf eine die wachsenden Schwierigkeiten der Herstellung auch nur einigermaßen ausgleichende Absatzzunahme zu rechnen hat. Namentlich werde die Redaction mit jedem Jahre mühsamer, und zur Verbesserung des Redactionshonorars sei denn auch die beantragte Zulage bestimmt. Unter diesen Umständen hält Herr Overbürgermeister Caspari die Verwilligung derselben auf alle Fälle und unabhängig von den Entschliefungen Herzogl. Polizeidirection für billig und im städtischen Interesse wünschenswerth.

Herr Solmiz schließt sich dieser Meinung an, rügt indeß, daß das Adressbuch meist erst spät im Jahre zur Versendung kommt und so seinem Zwecke nur in beschränktem Maße gerecht wird.

Herr Bracke findet gegen die beantragte Verwilligung an sich nichts zu erinnern, glaubt auch, daß die Versammlung fort und fort bereit sein werde, dieselbe eintreten zu lassen, hält aber für bedenklich, daß man sich im voraus ein für alle mal binde, und wünscht daher, daß die Genehmigung des erhöhten Zuschusses statt für die Zeit »von 1875 an« zunächst nur »für das Jahr 1875« ausgesprochen werde.

Dem gegenüber weisen die Herren v. Seckendorf und Graf Görz-Wrisberg darauf hin, daß der betreffende Posten in jedem Stadtkassen-Etat wiederkehrt und so von Jahr zu Jahr in das Ermessen der Versammlung gestellt ist, ihre Verwilligung zurückzuziehen. Um jedes mögliche Bedenken abzufchneiden, schlägt Herr Graf Görz-Wrisberg vor, die fraglichen 100  $\text{fl}$  von 1875 ab »bis auf weiteres« auszuwerfen.

Herr Overbürgermeister Caspari erklärt sich mit dieser Fassung namens des Magistrates einverstanden. Hinsichtlich des von Herrn Solmiz geltend gemachten Uebelstandes führt Redner an, daß die Verspätung des Adressbuches zu einem Theile durch die in der Natur der Verhältnisse begründete Schwierigkeit der Aufstellung des alphabetischen Namenregisters und dies Jahr insbesondere durch die späte Fertigstellung der neuen officiellen Seelenlisten verschuldet sei — sehr gegen Wunsch und Willen des Verlegers, von welchem vielmehr die ausdrückliche Zusage vorliege, alles anzuwenden zu wollen, damit die Publication möglichst früh im Jahre erfolgen könne.

Die Versammlung genehmigt den Magistratsantrag in der von Herrn Graf Görz-Wrisberg vorgeschlagenen Form.

#### Der Tagesordnung gemäß

III. berichtet Herr v. Seckendorf namens der Finanzcommission über ein Magistratschreiben vom 17. v. Mts., laut dessen der Gasconsum in hiesiger Stadt, welcher bisher jedes Jahr durchschnittlich um  $8\frac{1}{2}$  Procent zugenommen hat, in dem laufenden Betriebsjahre ungleich bedeutender gestiegen ist, indem die höchste Anforderung an das Gaswerk im vorigen Jahre 6770, in diesem aber 8454 Cubikmeter, also um 24,8 Proc. mehr betrug. Da die drei Gasometer nur 4600 Cubikmeter fassen, so müßte bei solchem Consum jede Störung die größten Verlegenheiten herbeiführen, und kann demselben sonach nur durch äußerste Umsicht und größte Regelmäßigkeit des Betriebes genügt werden. Immerhin aber ist dies ein gefährdrohender Zustand, welcher nicht fortbauern kann. Das Directorium der Gasanstalt



hat daher die Anlagen projectirt, welche zur Abhülfe geeignet scheinen, und bei der Verwaltungsdeputation beantragt, die Ausführung derselben zu genehmigen und der Gasanstalt die überhaupt auf 195,000  $\text{₰}$  veranschlagten Kosten in Raten von 20,000  $\text{₰}$  im Laufe dieses und des nächsten Jahres aus der Stadtkasse vorzuschießen. Die Verwaltungsdeputation hat diese Anträge zur Genehmigung empfohlen, und der Magistrat schließt sich dem unter der Bedingung an,

daß die vorgeliehenen Gelder vom Tage der Auszahlung an mit  $4\frac{1}{2}\%$  Proc. verzinst und mit 1 Proc. und die durch die Abträge ersparten Zinsen amortisirt werden,

wie dies von Seiten des Herzogl. Leihhauses auch bei der der Stadt gewährten Anleihe bedungen ist. Von einer Erhöhung der Gaspreise behufs Berichtigung der Zinsen glaubt die Direction, vorausgesetzt, daß nicht etwa die Kohlenpreise noch weiterhin steigen, für jetzt absehen zu können.

Die Finanzcommission hat sich von der Nothwendigkeit der projectirten Erweiterung überzeugt und die in dem Berichte der Direction ausführlich motivirten und durch Pläne erläuterten Anlagenentwürfe als zweckmäßig anerkennen müssen. Demnach empfiehlt sie den Magistratsantrag zur Genehmigung.

Nachdem Herr Reuter über die Art und Weise, wie die einzelnen Bauten allmählig zur Ausführung gebracht werden sollen, nähere Mittheilung gemacht hat, erklärt sich die Versammlung mit den vorliegenden Anträgen einverstanden.

Endlich

IV berichtet namens der Finanzcommission Herr Haacke:

Die Gebrüder Piepenbrink sind als Buchhalter und Kassirer der eine beim Wasserwerk, der andere bei der Gasanstalt mit einem Gehalte von je 600  $\text{₰}$  ohne alle Nebeneinnahmen angestellt. Seitens der Direction beider Anstalten ist nun bei der Verwaltungsdeputation beantragt, diesen Satz vom 1. Januar d. J. ab auf 800  $\text{₰}$  zu erhöhen, da derselbe den Leistungen der beiden Männer nicht mehr entspreche, und ihnen daher leicht bessere Angebote von anderer Seite gemacht werden könnten, ihr Abgang aber im Interesse des städtischen Dienstes sehr zu beklagen wäre. Der Magistrat erkennt das Gewicht dieser Erwägungen und namentlich auch die Tüchtigkeit und den Eifer der genannten beiden Beamten durchaus an, hält indeß eine Gehaltsverbesserung von 200  $\text{₰}$  mit Rücksicht darauf, daß den übrigen städtischen Hilfsbeamten niemals Zulagen von so hohem Betrage in eins verwilligt sind, für bedenklich und giebt daher in einem Schreiben vom 17. d. M. anheim, solche auch in diesem Falle auf den Betrag von je hundert Thaler zu beschränken, womit die Commission ebenfalls einverstanden ist.

Herr Flagge hat vielfach Gelegenheit gehabt, sich von der ungewöhnlichen Tüchtigkeit der Gebrüder Piepenbrink zu überzeugen, und kann auf Grund dieser seiner Wahrnehmungen die Erhöhung ihrer Gehalte auf je 800  $\text{₰}$  nur für durchaus gerecht halten. Greife dieser Satz über die Gehalte anderer städtischer Beamten in ähnlicher Stellung ja etwas hinaus, so sei andererseits zu erwägen, daß auch die Arbeitslast jener beiden Männer unverhältnismäßig groß sei. Herr Flagge hält demnach den Antrag der Direction aufrecht.

Herr Reuter schließt sich dem an, indem er die amtliche Thätigkeit der Gebrüder Piepenbrink im einzelnen darlegt und namentlich hervorhebt, daß jeder von ihnen regelmäßig an jedem Tage gegen 100 Rechnungen auszuschreiben und einzufassiren, außerdem aber in Folge der von Jahr zu Jahr vorkommenden Erweite-

rungen des Gas- und des Wasserwerkes, zahlreiche außerordentliche Arbeiten zu erledigen hat, welche in anderen Fällen besonders honorirt zu werden pflegen und — an Umfang den entsprechenden Arbeiten bei Neuanlage kleinerer Werke der Art mindestens gleich — keinesfalls in den üblichen Bureaustunden zu bewältigen sind. Seien demnach die Dienstleistungen der Gebrüder Piepenbrink weit umfänglicher als die der meisten anderen städtischen Beamten, so werde füglich auch nicht zu besorgen sein, daß von dieser Seite aus einer ungewöhnlichen Gehaltsverbesserung derselben unliebsame Consequenzen gezogen werden. Schließlich führt Redner an, daß in Berlin die Gehalte des Personals der Gasanstalt nur soweit sie mit Pensionsberechtigung verbunden, von Magistrat und Stadtverordneten zu verwilligen sind, in allen anderen Fällen dagegen die dort wie hier organisirte Verwaltungsdeputation völlig freie Hand hat.

Zu weiterer Erläuterung fügt Herr von Seckendorf hinzu, daß die Gebrüder Piepenbrink eben auch nicht wie andere städtische Beamte pensionsberechtigt, sondern durchaus wie Commis eines kaufmännischen Etablissements angestellt sind. Solche aber seien heutzutage in der That auch für einen Gehalt von 800 ₣ nicht mehr zu haben.

Herr Oberbürgermeister Caspari giebt namens des Magistrates die Erklärung ab, daß derselbe, falls die Versammlung sich für den ursprünglichen Antrag entscheiden sollte, seinerseits keine Einsprache erheben werde. Die Ermäßigung desselben sei nicht so zu erklären, als ob der Magistrat etwa die Anforderung von 800 ₣ den Diensten der Gebrüder Piepenbrink nicht für entsprechend halte; vielmehr werde auch magistratsseitig unbedingt anerkannt, daß dieselben einen Gehalt von 800 ₣ sehr wohl verdienen. Andererseits aber sei vorauszusehen, daß andere Beamte von einer so ungewöhnlichen Aufbesserung Anlaß zu unliebsamen Vergleichen hernehmen und keiner dann sich dabei beruhigen würde, wenn man ihm etwa die größere Tüchtigkeit des Mehrbegünstigten entgegenhielte. Unter diesen Umständen würde der Magistrat allerdings lieber sehen, daß die Versammlung es vorläufig bei den beantragten 100 ₣ bewenden ließe und weitere Erhöhung sich auf eine nahe anderweitige Gelegenheit vorbehielte. Denn auf eine bessere Bezahlung gerade dieser Beamten werde man sich angesichts der Concurrenz andrer geschäftlicher Etablissements allerdings einrichten müssen. Die Normirung/ Gehalte in der von Herrn Reuter angezogenen Weise der Verwaltungsdeputation anheimzustellen, erscheine deswegen unzweckmäßig, weil diese den Beamten näher stehe als die städtischen Behörden, und daher auch unbilligen Zumuthungen immer mehr ausgesetzt sein würde.

Nachdem unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, demnächst bei passender Veranlassung eine weitere Aufbesserung der fraglichen Gehalte eintreten zu lassen, auch die Herren Lucius und Steinau sich für den Magistratsantrag ausgesprochen haben, wird derselbe unter Ablehnung von Herrn Flagges Antrag durch die Versammlung genehmigt.

Auf Anregung des Herrn Vorsitzenden ertheilten die Herren Lucius und Reuter Auskunft über den Stand der Commissionsarbeiten in Betreff der Errichtung eines Schlachthauses und der Heizvorrichtungen in den Schulen, worauf die Sitzung geschlossen wird.

1874.

(Fortsetzung der Beilage zum 99. Stücke des 1874  
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N<sup>o</sup> 4.

## Verhandlungen

der

### Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 30. April 1874.

---

Abwesend und als entschuldigt anzusehen die Herren Bloß, Häusler, Lucius und Schöttler. Am Magistratsstische die Herren Stadträthe Bammel, Carstens, Ramdohr, Rittmeyer.

In Stellvertretung Herrn Häusler's führte den Vorsitz Herr Peters.

Das Protocoll vom 9. April wird zur Genehmigung gestellt. Da aber die Abdrücke erst bei Beginn der Sitzung zur Vertheilung kommen, bleibt die Beschlusfassung darüber ausgesetzt.

Der Tagesordnung gemäß

I. berichtet namens der Statuten-Commission Herr Graf Götz-Wrisberg über den mit einem Magistratschreiben vom 2. April eingegangenen Entwurf eines „Reglements, die executivische Einziehung der Communalsteuer und des Services betreffend“.

Die in der Sitzung vom 27. November v. J. angeregte Frage: ob die executivische Einziehung der städtischen Abgaben nicht auf Grund von der Stadt-Casse ausgestellter Quittungen geschehen könnte, hat der Kämmerer in einem ausführlichen Berichte verneint und dabei namentlich hervorgehoben, daß zwischen der Einziehung der Beiträge zur Gasanstalt und zum Stadtwasserwerke und der Einziehung der rückständigen Steuerabgaben insofern ein großer Unterschied obwaltet, als dort niemals unmittelbar an die Casse, sondern immer nur an den Erheber gegen

Uebergabe der Quittung, hier dagegen freilich auch oft an den Executor, mindestens ebenso oft aber direct an die Stadtkasse Zahlung geleistet wird, was ohne Gefahr großer Verluste nicht abgeändert werden könnte. Da nun in letzterem Falle unbedingt Quittung erteilt werden muß, so würden, wenn solche zuvor schon dem Executor ausgehändigt wäre, allerdings leicht bedenkliche Irrthümer entstehen können.

Demnach hat der Magistrat in dem mit Schreiben vom 2. d. M. übersandten „Reglement die executivische Einziehung der Communalsteuer und des Services betreffend“ § 2 die Einführung von Cassa-Journalen für die Executoren vorgeschrieben, in welche jede empfangene Zahlung sowie alle sonst bei Vollziehung der Execution vorkommenden bemerkenswerthen Thatsachen chronologisch einzutragen sind. Auf Grund dieses Journals hat dann der Executor Verzeichnisse anzulegen und nach diesen unter Vorlegung des Journals selbst die erhobenen Gelder bei Verlust seines Dienstes je nach drei Tagen an die Stadtkasse abzuführen, wo zugleich dessen richtige Führung zu überwachen ist. Der Magistrat hofft, daß durch diese Einrichtung bei gehöriger Controle allen Unrechtfertigkeiten, soweit es überhaupt möglich, werde vorgebeugt sein, und giebt daher anheim, den bezüglichen Paragraph wie den übrigen bereits in einem Schreiben vom 3. November v. J. motivirten Inhalt des Reglements zu genehmigen.

Eine allgemeine Discussion wird nicht für erforderlich gehalten. Die Versammlung tritt demnach sofort in Berathung über §§ 1 und 2 des Reglements, welche folgendermaßen lauten:

### § 1.

Bei der Service-Abgabe werden nach dem Ablaufe jedes Jahres, bei der Communalsteuer nach Ablauf jedes Quartals von der Stadtkasse Verzeichnisse derjenigen Personen aufgestellt, welche die Abgaben noch nicht entrichtet haben. Diese Verzeichnisse werden dem Stadtmagistrate zur Erkennung der executivischen Einziehung eingereicht und, nachdem sie mit der executorischen Clausel versehen sind, den städtischen Executoren zur Einziehung übergeben.

Die Aufstellung der Restanten-Verzeichnisse und deren Uebergabe an die Executoren erfolgt in solchen Abtheilungen, daß die danach zu vollziehenden Executionen etwa binnen 8 Tagen erledigt werden können. Neue Verzeichnisse sind denselben in der Regel nicht eher zu übergeben, als bis die alten erledigt sind; es ist aber darauf zu halten, daß solches in der festgesetzten Frist geschieht, und hat der Rämmerer, wenn einer der Executoren säumig erscheint, demselben die nicht erledigten Listen abzunehmen und die Vollziehung der rückstän-

digen Executionen einem der anderen beiden Executoren zu übertragen. Jedenfalls aber soll dieses geschehen, wenn die Executionen aus einem Jahre nicht bis spätestens Ende April des folgenden Jahres erledigt sind.

## § 2.

Insofern der Debet dem Executor Zahlung anbietet, kann dieser das Geld zwar annehmen und über den Empfang quittiren; er hat aber das Geld binnen drei Tagen an die Stadtkasse abzuliefern, widrigenfalls er seines Dienstes von dem Stadtmagistrate sofort und ohne allen Anspruch auf Pension oder sonstige Entschädigung entlassen werden kann, zu welchem Ende dem Stadtmagistrate von jeder Ordnungswidrigkeit der Executoren seitens des Rämmerers Anzeige zu machen ist.

Jedem Executor ist übrigens bei seinem Dienstantritte ein Journal zu liefern und nach Bedarf zu erneuern, welches derselbe immer bei sich zu führen und in welches er jede ihm geleistete Zahlung sowie alle sonst bei der Vollziehung der Execution vorkommenden bemerkenswerthen Ereignisse chronologisch einzutragen hat. Nach einem auf Grund dieses Journals aufgestellten Verzeichnisse hat dann auch die Ablieferung der erhobenen Gelder an die Stadtkasse zu erfolgen, wobei solches der Stadtkasse jedes Mal vorzulegen und die gehörige Führung desselben von dieser zu überwachen ist.

Herr Steinau hält eine Controle, welche wie die hier vorgeschlagene wesentlich auf den eigenen Vermerken der Executoren beruht, deren Ehelichkeit also zur Voraussetzung nehme, für völlig illusorisch. Andererseits will ihm nicht einleuchten, weshalb das Verfahren, welches sich bei dem Gas- und dem Wasserwerke bewährt hat, für die Stadtkasse unausführbar sein sollte. Allerdings müßten dabei in den Fällen, wo Rückstände unmittelbar bei der Stadtkasse selbst eingehen, die Quittungen zwei Mal ausgeschrieben werden. Zu Irrungen aber könne dies kaum führen, da die geleistete Zahlung dem Executor gegenüber, falls dieser nicht inzwischen schon seitens der Stadtkasse verständigt sein sollte, eben durch die in der Hand des Zahlers befindliche Quittung ausgewiesen werde; und ebenso wenig könne die aus der doppelten Quittirung entstehende Mehrarbeit ins Gewicht fallen, zumal einem so umständlichen Verfahren gegenüber, wie das vom Magistrate empfohlene jedenfalls doch sei.

Herr Bracke, obschon mit dem Vorredner über den Unwerth der in Vorschlag gebrachten Controle nicht durchaus einverstanden, giebt gleichwohl jener andern Einziehungsmethode ebenfalls den Vorzug. Eine Schwierigkeit nämlich, auf welche das vorliegende Reglement keine Rücksicht nehme, ergebe sich daraus, daß

in vielen Fällen mehr als acht Tage zur Einziehung der Rückstände erforderlich seien, innerhalb dieser Zeit also die Ablieferung der jeweils zur Execution stehenden Beträge und daher auch eine geregelte Abrechnung nach Maßgabe des Reglements doch nicht wohl möglich sein werde. Die doppelte Quittung in den gedachten einzelnen Fällen dagegen hält Herr Bracke gleichfalls für keine so große Mühe. Erwäge man, daß die Stadtkasse während eines Vierteljahres schwerlich mehr Quittungen für Restanten, als das Gas- und das Wasserwerk allmonatlich für ihre Abnehmer oder in dem gleichen Zeitraume irgend eine große Zeitung für Annoncen- und Abonnementsgebühren auszustellen habe, so müsse man fast annehmen, daß die von dort erhobenen Bedenken lediglich aus der natürlichen Abneigung entspringen, von einem gewohnten Geschäftsgange abzustehen. Mit den übrigen Bestimmungen der beiden ersten Paragraphen des Reglements einverstanden, beantragt Redner die Einschaltung eines Passus des Inhalts, daß den Executoren neben den Restantenlisten noch eine Quittung für jeden Restanten einzuhändigen und alle acht Tage auf Grund der von ihm inzwischen ausgefolgten Quittungen abzurechnen sei.

Herr Reuter constatirt, daß ein solches Verfahren dem bei dem Gas- und dem Wasserwerke angenommenen ziemlich conform sein würde; denn auch dort werde über die einzuziehenden Beträge nebenher von den Boten selbst Buch geführt. Einfacher sei dasselbe jedenfalls, wie es denn namentlich selbst eine tägliche Ablieferung der eingegangenen Gelder ermögliche. Die Frage sei nur, ob es sich bei der Stadtkasse durchführen lasse. Für geliefertes Gas werden monatlich 2250, im Jahre also 27,060 Rechnungen ausgeschrieben, die Zahl der Rechnungen des Wasserwerks sei vielleicht dieselbe, vielleicht etwas größer; die Stadtkasse hingegen habe es mit 18,000 Steuerpflichtigen zu thun, jährlich also 72,000 Vierteljahrs-Quittungen auszustellen. Entscheidend aber werde sein, die Zahl der Personen zu kennen, welche es erfahrungsmäßig auf Steuerexecution ankommen lassen.

Die in diesem Betreff von Herrn Steinau erbetene Auskunft ertheilt Herr Stadtrath Garstens dahin, daß man die Rechnung immerhin auf ein Drittel bis zur Hälfte aller Steuerpflichtigen werde zu machen haben.

Herr Solmiz hält demnach die doppelte Quittirung bei directer Einzahlung von Steuerrückständen für eine erdrückende Arbeitslast, welche man den Beamten der Stadtkasse um so weniger aufbürden dürfe, als die Controle, wie sie in dem Reglement vorgesehen werde, in Wahrheit völlig ausreichend erscheine.

Herr v. Seckendorf stellt zur Erwägung, daß die Quittungen auf gedruckten Formularen immer sehr einfach zu erledigen sind; seiner Ueberzeugung nach würden sich, wenn für das in Rede stehende Verfahren entschieden werden sollte, sowohl die Executoren als auch das Stadtkassenpersonal sehr bald damit befrenden.

Herr Graf Görz-Wrisberg. Allem Anschein nach werde von den Herren, welche für das Einziehungsverfahren des Gas- und Wasserwerkes eintreten, ein wesentlicher Unterschied zwischen den Debenten dieser Anstalten und denen der Stadtkasse übersehen: der nämlich, daß jene in der Regel sofort Zahlung leisten, diese dagegen, wie Herr Bracke selbst anerkenne, dazu in den meisten Fällen erst nach wiederholten Fristen willig oder im Stande sind. Schuldnern dieser Art gegenüber die Executoren je auf acht Tage mit Quittungen zu versehen, müsse deshalb bedenklich erscheinen, weil bekanntlich der Einwand non numeratae pecuniae außer Kraft getreten, jede Quittung also unter allen Umständen gültig sei. Herr Steinau sei der Ansicht, die in dem Reglement vorgesehene Controle basire lediglich auf den Journalen der Executoren. Wäre dies richtig, so hätte bis jetzt überhaupt keine Controle Statt gehabt; in Wahrheit aber bestehe dieselbe wesentlich darin, daß die Executoren verpflichtet werden, die ihnen zur Zeit aufgetragenen Mahnungen binnen acht Tagen zu erledigen und ihre Einnahmen auf Grund der von ihnen zu führenden Listen je nach drei Tagen abzuliefern, so daß die Journale, die Eintragung der noch übrigen Restanten u. s. w. nur zur Verschärfung der Aufsicht dienen. — Die formelle Behandlung der Sache anlangend, ist Redner der Meinung, daß, falls die Versammlung sich im Sinne der Herren Bracke und Steinau entscheiden sollte, dieser Beschluß zu tief in das vorliegende Reglement eingreifen würde, als daß sich sofort übersehen ließe, ob dieses mit einer solchen Aenderung werde bestehen können. In diesem Falle aber werde die Vorlage nochmals an die Commission zurückgehen müssen.

Herr Steinau vermag jenes erste Bedenken des Vorredners nicht zu theilen, sofern mit der von ihm empfohlenen Einziehungsmethode nur eine desto häufigere Controle verbunden werde. Wenn man freilich, wie der Herr Referent, die Möglichkeit unrichtiger Buchungen seitens der Executoren von vornherein ausgeschlossen denke, sei eigentlich jede Controle überflüssig. Sollte aber die Stadt vor Schaden bewahrt bleiben, so werde jedenfalls richtiger sein, von der Voraussetzung des Gegentheils auszugehen.

Herr v. Seckendorf glaubt, daß die in Frage stehenden beiden Einziehungsmethoden sehr wohl neben einander zur Anwendung kommen können. Gegenüber den Restanten aus Bequemlichkeit oder Vergesslichkeit werde das beim Gas- und Wasserwerke angenommene Verfahren die Einziehung im Interesse der Stadt wahrscheinlich sehr beschleunigen, wogegen bei solchen Rückständen, welche schwer und erst nach wiederholter Mahnung einkommen, die vom Magistrate vorgeschlagene Controle einfacher und sachgemäßer sein dürfte.

Herr Götte gesteht zu, daß ersteres Verfahren viel Bestechendes habe. In Anbetracht aber, daß sich nicht gleich übersehen lasse, ob dasselbe für den gegenwärtigen Zweck durchführbar sei oder nicht, empfiehlt Redner ebenfalls, die Berathung

vorläufig auszusetzen und inzwischen das Reglement zur Vertheilung an die einzelnen Mitglieder der Versammlung vervielfältigen zu lassen.

Herr Reuter rath, unverzüglich wenigstens über die Grundsätze schlüssig zu werden, nach welchen das Reglement demnächst gestaltet werden solle, da der Commission eine Klarstellung der Ansichten hierüber natürlich erwünscht sein müsse. Zur Sache selbst bemerkt Herr Reuter: die Anfertigung der Restantenliste werde mindestens doch dieselbe Zeit erfordern wie die Ausstellung der Quittungen, und, die Zahl der Restanten zu einem Drittel aller Steuerzahler angenommen, in Wirklichkeit eine ungeheure Arbeit sein, weshalb denn auch, wenn der Herr Referent immer von einem alle acht Tage zu erledigenden Verzeichniß rede, die Meinung wohl nur die sein könne, daß mehre dergleichen, etwa nach den Straßen, angelegt werden sollen. Eine wirkliche Verbesserung des Reglements gegenüber dem frühern Verfahren liege in dem öftern Wechsel der Executoren. Daß die Beamten der Stadtkasse durch die Ausstellung von Quittungen in so hohem Maße belästigt werden könnten, hält Redner für eine unbegründete Besorgniß, zumal die Fälle immerhin doch nur selten sein werden, daß ein Restant bei der Kasse selbst Zahlung leistet, während der Executor zu ihm unterwegs ist. Uebrigens erfolge auch die Zahlung für Gas und Wasser keineswegs immer so ganz ohne Anstand, wie der Herr Referent voraussetze; vielmehr gehe namentlich bei der Gasanstalt in Folge naheliegender Differenzen mit den Abnehmern mancher Betrag erst nach wiederholten Mahnungen ein. Schließlich spricht auch Herr Reuter den Wunsch aus, daß in der Folge Vorlagen wie die gegenwärtige vervielfältigt und den einzelnen Mitgliedern der Versammlung rechtzeitig zugestellt werden möchten.

Herr Graf Görz-Brisberg pflichtet diesem bei; doch sei eine derartige Veranstaltung Sache des Magistrats und in dem vorliegenden Falle wohl nur deswegen unterblieben, weil eine möglichst beschleunigte Entscheidung wünschenswerth erschienen. Wenn zur Sache selbst hier wiederholt die Meinung ausgesprochen worden, als widerstrebten die Beamten der Stadtkasse der Einführung eines neuen Verfahrens nur einer eingelebten Gewohnheit zu Liebe, so sei dem entgegenzuhalten, daß man gegen Neuerungen, mit denen die nächstbetheiligten und zur Beurtheilung des praktischen Werthes derselben am besten geeigneten Personen nicht einverstanden, allerdings einigermaßen mißtrauisch sein solle. Gegenüber der Ansicht Herrn Steinaus, als bestche die beabsichtigte Controle nur unter der Voraussetzung vollkommener Ehrlichkeit der Executoren, führt Redner, indem er das Reglement nach seinen Wirkungen nochmals im einzelnen darlegt, den Nachweis, daß keineswegs bloß das Kassenjournal des Executors, sondern der gesammte Mechanismus des Verfahrens eine Controle, und eine durchaus wirksame, ermögliche. Wenn ferner Herr Reuter die Muthmaßung ausspreche, die Ausfertigung von



Quittungen erfordere nicht mehr Arbeit, als die Aufstellung der Restantenverzeichnisse, so möge man dies immerhin unbedingt annehmen; zu bedenken aber sei, daß letztere unter allen Umständen schon deshalb hergestellt werden müssen, weil erst auf Grund dieser Verzeichnisse durch die in ihnen beizufügenden Erklärungen des Magistrats die rückständigen Steuerbeträge executorisch werden. Ein zwieschlächtiges Verfahren endlich, wie es Herr v. Seckendorf in Vorschlag bringe, erscheine unausführbar, einmal weil doch nicht im Voraus zu wissen sei, wer sofort zahlen werde, wer nicht, und sodann auch, weil alle Restanten gleichmäßig behandelt werden müssen.

Herr Stadtrath Rittmeyer führt aus, daß dem Stadtkassenpersonale mit der Ausfertigung von Quittungen ohne Zweifel eine große Last aufgebürdet werden, die Controle auf dieser Grundlage aber rücksichtlich der schnell eingehenden Zahlungen überflüssig, rücksichtlich derer, welche sich länger hinausziehen, ebenfalls hinfällig sein würde. Demnach könne die Frage nur sein, ob die durch das Reglement vorgesehene Controle für genügend zu erachten sei, was Redner namentlich im Hinblick auf die Einrichtung bejahen zu können glaubt, vermöge deren je nach acht Tagen oder schlimmsten Falls doch nach Jahreschluß sich herausstellen werde, ob eine Zahlung geleistet sei oder nicht.

Herr Bracke weist dem gegenüber auf die Möglichkeit einer betrüglichen Verständigung der beiden Executoren hin, deren einer den andern nach Ablauf jedes Jahres controlliren solle. Unbedingte Sicherheit gewähre eben nur die Controle auf Grund von Quittungen. Allerdings seien neben diesen dann auch noch die Restantenlisten aufzustellen; daß aber diese Arbeit die Kräfte des vorhandenen Beamtenpersonals übersteigen sollte, erscheine kaum glaublich, und die doppelte Mühe, welche in den seltenen Fällen erforderlich sei, wo ein Restant vor Eintritt der Execution direkt bei der Stadtkasse zahle, werde vollends kaum in Betracht zu ziehen sein.

Nachdem Herr Graf Görz-Wrisberg hierauf auch die übrigen Paragraphen des Reglements zur vorläufigen Kenntniß der Versammlung gebracht hat,

beschließt diese, daß das Einziehungsverfahren der Gasanstalt und des Wasserwerks auch bei der Stadtkasse eingeführt, das vorliegende Reglement zu entsprechen der Abänderung an die Commission zurückgewiesen und der Magistrat ersucht werde, dasselbe inzwischen vervielfältigen und den einzelnen Mitgliedern der Versammlung zugehen zu lassen.

Hierauf

II. trägt namens der Schulcommission Herr Schwarzenberg vor, daß laut eines Magistratschreibens vom 7. d. M. die Gemeindeschullehrer Neufisch

und Bach unter Berufung auf ihre geschwächte Gesundheit ihre Pensionirung beantragt, und der Schuldirector sowie auch der Schulvorstand dies Gesuch befürwortet haben. Herzogl. Staats-Ministerium hat seine Genehmigung dahin ertheilt, daß beide Pctenten von Dürern d. J. ab mit der reglementmäßigen Pension für ihre bezw. 44- und 38jährige Dienstzeit in den Ruhestand zu versetzen seien. Beide stehen in der ersten Gehaltsklasse; da aber der Lehrer Neufkirch als Cantor zu St. Michaelis auch fernerhin seine freie Wohnung behalten und sonach einen Abzug von 50  $\text{fl}$  jährlich erleiden wird, so beträgt dessen Pension 688  $\text{fl}$  22  $\text{gr}$  6  $\text{d}$ , während die des Lehrers Bach sich auf 662  $\text{fl}$  20  $\text{gr}$  beläuft. Dem Antrage des Magistrats, die Zahlung dieser Sätze zu genehmigen, tritt die Commission bei,

und beschließt in diesem Sinne auch die Versammlung, und zwar auf Vorschlag Herrn Graf Görß-Brisbergs, mit dem Zusätze, daß dem Magistrat die Abrundung der angegebenen Beträge auf bezw. 689 und 663  $\text{fl}$  anheimgegeben werde.

### Wie ferner

III. namens der Schulcommission Herr Schwarzenberg berichtet, sind zufolge eines Magistratschreibens die dritte mittlere und die dritte untere Bürgerschule in ihrer Organisation soweit vorgeschritten, daß die Anstellung zweier Inspectoren nothwendig erscheint. Für die erstgenannte Stelle wird der Gemeindegeschullehrer Töpke, für die andere der Gemeindegeschullehrer Müller vorgeschlagen. Dem Reglement nach hat jeder Inspector an Gehalt zunächst 800  $\text{fl}$  jährlich und daneben freie Wohnung, event. eine Miethentschädigung zu empfangen. Bei der dritten untern Bürgerschule am Sandwege ist eine Wohnung nicht vorhanden; bei der Schule im Prinzenwinkel hat man auf solche zwar Bedacht genommen, doch hält der Schulvorstand für zweckmäßig, dieselbe bis zur principiellen Entscheidung über die Frage, ob überhaupt in den Schulen Inspectorenwohnungen einzurichten, frei zu erhalten, einstweilen aber jedem Inspector ein Arbeitszimmer mit freier Heizung und Beleuchtung und eine jährliche Miethseneschädigung von 170  $\text{fl}$  zu gewähren. Der Magistrat ist damit einverstanden und stellt dem entsprechend für den vorliegenden Fall seine Anträge, mit dem Anheimgeben jedoch, die Bestimmung des Anfangspunktes der betreffenden Zahlungen ihm zu überlassen, da nicht vorauszu sehen ist, wann die beiden Anstellungen die Genehmigung Herzogl. Staatsministeriums erlangen werden. Die Commission schließt sich diesen Anträgen lediglich an.

Auf die Frage Herrn Reuter's: was mit der bereits hergestellten Lehrerwohnung im Prinzenwinkel werden solle?

theilt Herr Reck mit, daß der Schulvorstand dieselbe event. dem etwa anzustellenden zweiten Schuldirektor überwiesen zu sehen wünscht.

Herr Steinau begrüßt mit Genugthuung die Aussicht, daß die Dienstwohnungen der Inspectoren, deren Herstellung und Unterhaltung immer unverhältnißmäßig theuer zu stehen komme, inständigt wegfallen werden. In diesem Falle aber, wo eine solche einmal vorhanden sei, scheine sich doch zu empfehlen, dieselbe auch zeitweilig nicht leer stehen lassen, sondern vorläufig und unter Vorbehalt des Widerrufs dem Inspector einzuräumen.

Herr Flagge glaubt, daß das neue Princip nicht ohne Nachtheil für die Schule werde durchzuführen sein, da die stete Anwesenheit des Inspectors schon zur erfolgreichen Beaufsichtigung der Schule durchaus nothwendig erscheine.

Herr Reck. Die Zweckmäßigkeitsfrage sei in der Schulcommission eingehend zur Erörterung gelangt. Es gebe Schulbezirke, z. B. Dresden und einzelne Orte der Schweiz, wo Dienstwohnungen für Lehrer principiell ausgeschlossen seien, und zwar einmal aus finanziellen Rücksichten und weil ohne solche ein Schulbau besser für seine eigentlichen Zwecke hergerichtet werden kann, sodann aber auch wegen der übrigen Unzukömmlichkeiten, welche sich leicht damit verbinden, insbesondere also der Gefahr für die Schüler bei ansteckenden Krankheiten in der Familie des Lehrers, der Conflicte zwischen dessen privaten Interessen und denen der Schule, des Mißbrauchs der Dienstleistungen der Bedienen u. dgl. m. Diesen Erwägungen habe die Schulcommission sich anschließen müssen. Da aber wünschenswerth erscheine, daß der Inspector zu bestimmten Stunden für Jedermann zugänglich im Schulhause selbst zu finden sei, habe man den Vorschlag gemacht, ihm ein Zimmer anzuweisen, in welchem er sich während der ganzen täglichen Schulzeit aufhalten könne, und damit werde, auch nach der Ansicht des Schuldirectors, allen billigen Ansprüchen des Publicums genügt sein. Wenn dann die Frage aufgeworfen werde, ob man nicht wenigstens die in der Schule am Prinzenwinkel einmal vorhandene Wohnung in Gebrauch geben solle, so sei zu erwidern, daß die Klassen dort vor Michaelis auf keinen Fall bezogen werden können, bis dahin aber die Frage wegen Anstellung eines zweiten Schuldirectors entschieden sein werde. Komme es nicht dazu, so werde die Wohnung allerdings füglich nur dem Inspector überlassen werden können, da sie ihrer ganzen Einrichtung nach als Lehrlocal nicht brauchbar sei. Auf die Gefahr hin, schon nach kurzer Zeit vielleicht wieder räumen zu müssen, werde natürlich der Inspector selbst nicht wünschen können, sich dort häuslich einzurichten.

Herr Flagge giebt zu erwägen, ob die geschilderten Unzuträglichkeiten nicht in demselben Maße Platz greifen könnten, falls demnächst etwa ein Schuldirektor im Schulhause Wohnung nehmen sollte.

Herr Ehrenhard vermag sich nicht mit dem Gedanken zu befreunden, daß

die neuanzustellenden Schulinspectoren schlechter behandelt worden sollen als die älteren. Daß aber 170  $\mathfrak{f}$  Miethentschädigung äußerst gering bemessen sei gegenüber einer Wohnung in natura, welche den damit versehenen Schulinspectoren die Möglichkeit gewähre, stattliche Pensionate einzurichten, liege vor Augen. Herr Ehrenhard beantragt demnach, dieselbe zu mindestens 200  $\mathfrak{f}$  anzusetzen.

Herr Steinau pflichtet dem Einwande Herrn Flagges durchaus bei. Die Schlussfolgerung Herrn Ehrenhards dagegen, den neuanzustellenden Inspectoren müsse ein unverhältnismäßig hohes Wohnungsgeld verwilligt werden, weil den älteren Inspectoren unter anderen Umständen eine noch werthvollere Wohnung zugestanden worden, vermag er als zwingend nicht anzuerkennen. Zu hoch aber im Verhältniß zu dem Gehaltsfuge von 800  $\mathfrak{f}$  erscheine die Miethentschädigung von 170  $\mathfrak{f}$  in der That, wie denn einmal auch bei der Steuereinschätzung immer eine bedeutend niedrigere Proportion angenommen werde, und hier überdies noch in Anschlag zu bringen sei, daß den Inspectoren ihr eigentliches Dienstlocal in den Schulen zur Verfügung gestellt werden solle. Seinerseits stellt demnach Herr Steinau den Antrag, die Miethentschädigung von 170 auf 120  $\mathfrak{f}$  herabzusetzen.

Herr Red. Jener höhere Satz sei das Ergebnis eines Compromisses, indem bei den Berathungen der Schulcommission allerdings ein Fünftel des Gehaltes als durchschnittlich genügend anerkannt, in Erwägung aber, daß die Inspectoren für die vielfältigen Mühewaltungen ihres Amtes nur 100  $\mathfrak{f}$  mehr empfangen als andere Lehrer, ein Aufschlag von 10  $\mathfrak{f}$  billig befunden sei.

Herr Ehrenhard macht für seinen Antrag ferner geltend, daß demnächst jedenfalls doch der Inspector Müller und alle anderen Seinesgleichen sich zurückgesetzt finden müssen, falls ihnen nur eine Miethentschädigung von 170  $\mathfrak{f}$ , dem Inspector Töpfe dagegen die Wohnung am Prinzenwinkel verwilligt würde.

Herr Schwarzenberg hält den Satz von 120  $\mathfrak{f}$  aus den von Herrn Red. entwickelten Gründen für angemessen und in Anbetracht des erwärmten und beleuchteten Dienstlocals in den Schulen selbst keinesfalls für unbillig gering bemessen. Zugleich jedoch empfiehlt Redner, daß dem Magistrate anheim gegeben werde, die Wohnung in der Schule am Prinzenwinkel event. dem dortigen Inspector zu überweisen.

Herr Stadtrath Rittmeyer giebt zu bedenken, wie dieser Ausweg angesichts der Eventualität, daß die fragliche Wohnung über kurz oder lang dem zweiten Schuldirektor eingeräumt werden müsse, weder dem Interesse des Inspectors selbst noch dem der Stadt entsprechen dürfte, und zwar letzteres deshalb, weil in dem angenommenen Falle kostspielige Reparaturen unvermeidlich sein würden.

Herr Vini. Da die Wohnung einmal vorhanden, werde sie unstreitig besser dem Inspector zu überlassen sein, welchem die Aufsicht der Schule obliege, als

einem Schuldirector. Sollte dies principiell vermieden werden, so scheine am zweckmäßigsten, die disponibeln Räume in Schulklassen umzuwandeln, was nach seinem Ermessen doch wohl möglich sein dürfte.

Nachdem damit die Discussion geschlossen ist, erklärt sich die Versammlung unter Ablehnung der von den Herren Steinau und Ehrenhard eingebrachten Anträge einverstanden, daß für die Schule im Prinzenwinkel der Lehrer Töpke, für die am Sandwege der Lehrer Müller jeder mit einem Gehalte von 800  $\mathfrak{M}$  und einer Miethentschädigung von 170  $\mathfrak{M}$  angestellt, und beiden ein auf öffentliche Kosten zu erwärmendes und zu beleuchtendes Dienstlocal in den gedachten Schulen angewiesen werde, wobei dem Magistrat freigestellt sei, ersterem eventuell anstatt der Miethentschädigung die Benutzung der vorhandenen vollen Wohnung zu verwilligen.

## Wie

IV. in einem Magistratschreiben vom 30. d. M. mitgetheilt wird, hat der Maurermeister Bollmer auf seinem Grundstücke östlich von der neuen Promenade neben dem am Kl. Exercierplatze belegenen Garten des Obergerichtsadvocaten Huch ein neues Wohnhaus zu erbauen angefangen, dessen Kellergeschos bereits fertig gestellt ist. Hiergegen ist von dem Obergerichtsadvocaten Huch Klage erhoben und insbesondere der Antrag gestellt, daß Beklagter verurtheilt werde, das fragliche Gebäude, insoweit es nicht in der gesetzlichen Entfernung von der Grenze des klägerischen Grundstücks liegen würde, wieder abzureißen. Gestützt wird diese Klage auf das seit Jahrhunderten bestehende Gewohnheitsrecht, nach welchem auch auf Gartengrundstücken einstöckige Gebäude der Grenze des Nachbarn 6 Fuß, mehrstöckige bis zum halben Betrage ihrer Höhe entfernt bleiben müssen; die Bestimmung des Magistrats vom 6. März 1870, welche die Grundstücke am Kl. Exercierplatze für Baugrund erklärt, bezeichnet Kläger als ungültig, da nach der Landesverfassung das Eigenthumsrecht keine andere Beschränkung als den auf Gesetz und Recht beruhenden unterworfen sei, den Städten aber eine Befugniß, in das Privatrecht einzugreifen, nicht zustehe.

Unter Berufung darauf, daß er durch jenen von Herzogl. Staatsministerium genehmigten Beschluß des Magistrates zur Vornahme des Baues ohne Rücksichtnahme auf das geltend gemachte Gewohnheitsrecht veranlaßt worden sei, und sonach Ministerium wie Magistrate eine Schuld treffe, für welche beide Behörden solidarisch zu haften verpflichtet, hat Beklagter diese und namentlich den Magistrat zu dem gegen den Obergerichtsadvocaten Huch zu führenden Proceß beiladen lassen, und auf den Fall seines Unterliegens beantragt, denselben zum Schadenersatz zu verurtheilen.

Der Magistrat hält die Klage des Obergerichtsadvocaten Huch gegen den Maurermeister Bollmer für unbegründet, weil nach der rev. St.-O. die Städte befugt sind, Gegenstände der Ortspolizei durch Statute zu ordnen, unter diese Kategorie aber auch alle Angelegenheiten der Ortsbaupolizei, mithin unzweifelhaft auch Bestimmungen über die Art und Weise fallen, wie Grundstücke innerhalb des Stadtgebietes bebaut werden dürfen, und ebenso die Bestimmung, welche den Besitzern gestattet, Gebäude unmittelbar auf die Grenzlinie zwischen dem eigenen und dem Nachbargrundstücke zu setzen. Die Zulässigkeit dieser Bestimmung glaubt Magistrat durch den Umstand, daß dadurch Privatrechte beeinträchtigt werden, nicht in Frage gestellt, weil es eben im Charakter jeder polizeilichen Verfügung liegt, die Freiheit der Person oder der Sache jedes Einzelnen im Interesse des Gemeinwesens zu beschränken.

Ebenso unbegründet erscheint dem Magistrate die Adcitation zu dem keregten Proceß und der damit verbundene eventuelle Antrag auf Ersatzleistung. Abgesehen von der Frage, ob einer Gesamtheit wie dem Staate und der Gemeinde überall eine dolose oder culpose Handlung beigemessen werden kann, dürfte eine solche in dem Erlasse von §§ 3 und 4 der Feld- und Gartenordnung vom 15. April 1869 sowie in dem Beschlusse vom 6. März 1870 um soweniger zu finden sein, als einerseits die Frage, ob diese Bestimmungen privatrechtlicher oder rein polizeilicher Natur sind, mindestens sehr zweifelhaft, und andererseits nach der bisherigen Praxis des obersten Gerichtshofes die städtischen Statute, wenn sie, wie im vorliegenden Falle, ordnungsmäßig erlassen, als allgemeingültig und für alle Behörden und Gerichte bindend anerkannt sind. Demnach hat die Stadtgemeinde bei Erlass der fraglichen Bestimmungen in dem guten Glauben gehandelt, sich innerhalb der zuständigen Befugniß zu bewegen, und würde ihr also, falls die Gerichte entgegenstehender Ansicht sein sollten, ein entschuldbarer Irrthum zur Seite stehen.

Unter diesen Umständen hält der Magistrat nicht für erforderlich, der Adcitation Folge zu leisten und die Stadt in dem fraglichen Proceß vertreten zu lassen. Auf den Fall, daß die Versammlung die Sachlage anders auffassen sollte, bittet er um die erforderliche Anweisung.

Die Statutencommission, für welche Herr Graf Götz-Wrisberg berichtet, ist anfangs geneigt gewesen, der Ansicht des Magistrats beizutreten, da sie wie dieser nicht daran zweifelte, daß die Klage des Obergerichtsadvocaten Huch lediglich werde abgewiesen werden. Bei näherer Betrachtung jedoch hat sie rathamer finden müssen, der Adcitation Folge zu leisten. Falls nämlich die erste Entscheidung des Gerichts nicht unbedingt abweisend ausfiele, würde die Stadt doch nicht umhin können, sich auf die Klage einzulassen; welche Nachtheile dann aber eine Haltung wie sie der Magistrat für jetzt empfiehlt, nach sich ziehen könnte, ist von vorn-

herein nicht zu übersehen, zumal da Parteien, welche einem irgendwie an sie herantretenden Proceß auszuweichen versuchen, von den Gerichten leicht als contumaces ungünstiger beurtheilt werden. Unter diesen Umständen giebt die Commission anheim, den Magistrat zur Uebernahme des fraglichen Proceßes zu ermächtigen.

Nachdem Herr Stadtrath Rittmeyer die bei dem Magistratsantrage maßgebend gewesenen Erwägungen nochmals dargelegt hat, entscheidet sich die Versammlung im Sinne der Commission.

### Ferner

V. trägt auf Grund eines Magistratschreibens vom 13. d. M. namens der Finanzcommission Herr Graf Görz-Wrisberg Folgendes vor.

Der Maurermeister Claus II beabsichtigt auf dem vor dem Wendenthore an der Hamburgerstraße im Galgenkampe sub *N* 21 und 22 belegenen 7 Morgen 64 Ruthen 54 Fuß haltenden Stücke Gartenland eine Straße anzulegen und hat, obwohl ihm die erforderliche Genehmigung des Magistrats noch nicht erteilt ist, gleichwohl bereits einzelne Parzellen des an die projectirte Straße grenzenden Terrains als Bauplätze verkauft, u. a. zwei an den Zimmermeister A. Nieß, welcher demnach um Genehmigung zum Bau zweier Wohnhäuser an dieser Stelle nachgesucht hat. Diese Genehmigung hat demselben nun sowohl vom Stadtbauamte als auch in der Recursinstanz vom Magistrate verweigert werden müssen, weil eben die projectirte Straße als eine öffentliche neue Straße noch nicht genehmigt ist, überdies aber auch jeder Wasserabfluß daselbst fehlt und die fraglichen Häuser der Hamburger Straße nicht parallel liegen, also sowohl gegen das Stadterweiterungs-Statut wie gegen die Bauordnung verstoßen würden. Gestützt auf die Behauptung, daß der Stadtgemeinde das Recht nicht zustehe, neue Eigenthumsbeschränkungen, wie solche in den einschlagenden Paragraphen des Stadterweiterungsstatuts und der neuen Bauordnung enthalten sind, zu verfügen, hat der Zimmermeister Nieß gegen die ihm gewordene Bescheidung eine gerichtliche Klage anhängig gemacht. Der Magistrat hält dieselbe für unbegründet, weil die in Frage stehenden Bestimmungen rein baupolizeilicher Natur sind, den Städten aber sowohl nach dem Wortlaut in § 2 der rev. St.-O. als auch nach den Entscheidungen des Obergerichts unzweifelhaft die Befugniß zusteht, Gemeindeangelegenheiten und namentlich Gegenstände der Ortspolizei statutarisch zu ordnen, und richtet demnach an die Versammlung das Ersuchen, ihn zur Führung des gegen ihn anhängig gemachten Proceßes zu autorisiren.

Die Commission schließt sich den Erwägungen des Magistrats an und empfiehlt dessen Antrag zur Genehmigung, da jede Ordnung unmöglich und dem tollsten

Unfuge Thür und Thor geöffnet sein würde, wenn dem Stadterweiterungsstatut zuwider mit Straßenanlagen wie die hier beabsichtigte, vorgegangen werden dürfte.

Herr Bracke fragt an, ob die Genehmigung zu dieser Straßenanlage nachgesucht und event. auf Grund welcher gesetzlichen Bestimmungen dieselbe ver sagt worden sei.

Die Herren Graf Görz-Brisberg und Peters erläutern die Sachlage dahin, daß die Stadt es zunächst überhaupt nicht mit dem Maurermeister Claus als dem Unternehmer der projectirten Straßenanlage, sondern nur mit dem Zimmermeister Nieß zu thun habe, welcher an einer noch nicht genehmigten Straße eigenmächtig zu bauen beabsichtige. Ersterem habe auf seinen Antrag, die projectirte Straße auf Kosten der Stadt herzustellen, der Magistrat eröffnet, daß er nach § 45 des Stadterweiterungsstatuts vor allem die in den §§ 25 — 35 desselben vorgeschriebenen Bedingungen zu erfüllen habe; ein weiterer Bescheid sei noch nicht ergangen.

Herr Bracke erklärt sich durch diese Auskunft befriedigt, worauf die Versammlung dem Magistrate die beantragte Vollmacht erteilt.

Schließlich, nach Schluß der Tagesordnung,

VI. theilt namens der Statutencommission Herr Graf Görz-Brisberg mit, daß laut Rescripts des Herzogl. Staatsministeriums vom 20. d. M. von den durch Beschluß der Landesversammlung zur weitem Dotirung der Kreisfonds angewiesenen 500,000  $\mathfrak{M}$  auf den Kreiscommunalfond Braunschweig die Summe von 75,100  $\mathfrak{M}$  entfällt. Die Commission beantragt, daß mit Belegung dieser Gelder in der rücksichtlich der Hauptsubstanz des hiesigen Kreiscommunalfonds beliebten Weise verfahren werde,

womit die Versammlung sich einverstanden erklärt.

Damit wird die öffentliche Sitzung geschlossen.

In vertraulicher Sitzung erledigt die Versammlung einige Steuerreclamationen.



1874.

(Fortsetzung der Beilage zum 124. Stücke des 1874  
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N<sup>o</sup> 5.

## Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 4. Juni 1874.

Abwesend und als entschuldigt anerkannt die Herren Faillard, Flagge, Jasper, Pellner, Schwarzenberg. Am Magistratstische zugegen Herr Oberbürgermeister Caspari und die Herren Stadträthe Bammel, Bardenwerper, Carstens, Hamdohr, Rittmeyer.

Der Vorsitzende eröffnet die Verhandlungen mit der Anzeige, daß von Seiten des Männerturnvereins und der Turnerschaft des Handwerkervereins an die Mitglieder der Versammlung eine Einladung zum neunten Turnfeste des Braunschweiger Bezirks ergangen ist. Einlasskarten liegen zur Empfangnahme auf.

Ferner theilt der Herr Vorsitzende mit, daß Herr Schöttler ein Exemplar der stenographischen Berichte über die Militärdebatte im Deutschen Reichstage zur Verfügung der Stadtverordneten gestellt hat, und daß der vom Stadtmagistrate vorgelegte Entwurf einer revidirten Bauordnung zur Vorberathung an die Statutencommission verwiesen ist, und die Vorlage demnächst zur Beschlußnahme der Versammlung werde verstellt werden.

Die Protokolle vom 9. und 30. April werden genehmigt, nachdem auf eine schriftliche Reclamation Herrn Schwarzenbergs constatirt ist, daß er nicht, wie es S. 10 des letztern durch einen Druckfehler lautet, 120  $\text{fl}$  als Miethschädigung der Bürgerschulinspectoren für genügend erklärt, vielmehr den Satz von 170  $\text{fl}$  zu rechtfertigen versucht hat.

## Auf der Tagesordnung stehen

### I. zwei Interpellationen Herrn Bracke.

Die erste derselben lautet:

Ist dem Magistrate bekannt, daß es besonders kleinen Gewerbetreibenden und Arbeitern oft begegnet, daß sie entweder gar nicht oder erst nach vieler Mühe in der Nacht ärztliche Hülfe zu erlangen vermögen; daß auch aus Furcht, gar keine Hülfe zu erhalten, oft mehrere Aerzte zugleich von denselben bestellt werden, von denen dann einige sich vergeblich bemühen; und beabsichtigt der Magistrat, diesen Uebelständen — soweit erforderlich auf Kosten der Stadt — Abhülfe zu schaffen?

Zur Motivirung verweist Herr Bracke zunächst auf die mannichfachen Erfahrungen der zu Eingang der Interpellation gekennzeichneten Art. Er erkennt an, daß die Sache ihre zwei Seiten habe, und daß der wegen derartiger Vorkommnisse gegen die Aerzte erhobene oft sehr herbe Tadel nicht immer wohl begründet sei. Denn allerdings, verpflichtet seien die Aerzte zu einer beliebigen Dienstleistung sowenig wie andere Gewerbetreibende; auch müsse billigermaßen berücksichtigt werden, daß sie in vielen Fällen mit Rücksicht auf eine früher eingegangene anderweitige Verpflichtung oder weil sie selbst der Nachtruhe dringend bedürftig, beim besten Willen nicht Folge leisten können. Andererseits aber sei es doch ohne Zweifel, zumal für einen ärmern Mann, welcher keinen Hausarzt halten könne, ein sehr bitteres Gefühl, rechtzeitige Hülfe unter Umständen entbehren zu müssen; und für die Aerzte selbst entstehe aus diesem Verhältniß die gewiß nicht zu unterschätzende Unbequemlichkeit, gelegentlich wie schon erwähnt, zu zweien, dreien und mehreren ganz überflüssiger Weise belästigt zu werden. Eine Abhilfe dieser Uebelstände durch Privatübereinkommen hält Herr Bracke für unmöglich, wie denn auch der unter den Aerzten selbst wohl aufgetauchte Plan einer abwechselnden Nachtwache aus naheliegenden Gründen nicht zur Ausführung gekommen sei. Redner wünscht demnach von Stadt wegen eine Veranstaltung etwa dahin getroffen zu sehen, daß im Hospitale eine ärztliche Nachtwache eingerichtet und zu deren Behuf eine Droschke bereit gehalten, oder auch — was sich vielleicht noch mehr empfehlen dürfte — in verschiedenen Stadtbezirken eine Anzahl von Aerzten gegen Zusage einer Entschädigung aus öffentlichen Mitteln zu unbedingter Hilfeleistung auch in den Fällen verpflichtet werde, wo auf Bezahlung überhaupt nicht oder auf keine angemessene Bezahlung zu rechnen sei. Doch stellt Herr Bracke die Art und Weise einer derartigen Organisation in das Ermessen des Magistrates.

Herr Oberbürgermeister Caspari. Thatsachen wie die von Herren Bracke erwähnten seien allerdings wohl zur Kenntniß des Magistrates gelangt, nie aber eine eigentliche Beschwerde über verweigerte ärztliche Hilfeleistung. Demnach habe der

Magistrat sich für berechtigt gehalten, solche Fälle als vereinzelte anzusehen. Im Ganzen stehe wohl auch außer allem Zweifel, daß die hiesigen Aerzte ihre Berufspflichten willig und oft mit hoher Opferfreudigkeit erfüllen, während andererseits ihre nicht eben seltene Klage über ungerechtfertigte Ansprüche seitens des Publicums sicherlich nicht unbegründet sei. Komme es doch, beispielsweise, wohl vor, daß ein Arzt mitten in der Nacht zu sofortigem Erscheinen genöthigt, seiner Anforderung dann aber, die verordnete Medizin nun sofort anfertigen zu lassen, ganz unbefangen mit einer Bertröstung auf „morgen früh“ begegnet werde. Immerhin halte auch der Magistrat eine Abstellung der gerügten Uebelstände für wünschenswerth; nur werde eine solche keinesweges leicht zu ermöglichen sein. Auf bestimmte Armenärzte werde schon deshalb nicht ein für alle Mal verwiesen werden können, weil in Nothfällen Jedermann sich natürlich an den nächstwohnenden Arzt wende. Unter diesen Umständen beabsichtige der Magistrat, zunächst den ärztlichen Verein zu einer Meinungsäußerung aufzufordern und zugleich seinerseits einen Vorschlag etwa dahin zu machen, daß diejenigen Aerzte, welche bereit sind, event. gegen Zahlung aus der Stadtkasse unter allen Umständen auch nächtliche Krankenbesuche nicht abzulehnen, zu einer Erklärung hierüber beim Magistrate veranlaßt werden möchten.

Die zweite Interpellation Herrn Bracke's lautet:

Hat der Magistrat die Gewißheit, daß durch die in Angriff genommenen Schulbauten die Schülerzahl der einzelnen Klassen auf höchstens 50 herabgemindert werden wird?

Herr Bracke. Wenn es in den höheren Schulen niemals vorkomme, daß in einer Klasse 70, 80 ja bis 100 Schüler und mehr zusammengedrängt werden, wie dies in den Volksschulen bekanntlich gar nicht selten sei, so werde man schon aus dieser Thatsache auf das Vorhandensein sehr gewichtiger Gründe schließen dürfen, welche die Beschränkung der Schülerzahl auf ein erheblich geringeres Maß dringend empfehlen. Dann aber sei auch nicht abzusehen, weshalb die Volksschulen in so schreiender Weise zurückgesetzt werden sollten, zumal da hier solche Ueberfüllung außer den gesundheitlichen Nachtheilen auch noch ungleich schwerere pädagogische nach sich ziehen müsse. Denn gewiß sei es viel leichter, erwachsene Menschen in den schwierigsten Disciplinen zu unterrichten, als jüngere Kinder in den Elementen der Schulbildung; nach dem Urtheil anerkannter Autoritäten gehöre schon eine sehr bedeutende Lehrkraft dazu, mehr als 50 solcher Kinder zu gleicher Zeit in angemessener Weise zu beschäftigen, keine einzelne Menschenkraft aber reiche aus, dies bei 100 Schülern zu erzielen. Bedenke man nun vollends, daß der gegenwärtige Volksunterricht den Zeitforderungen in keiner Weise mehr genüge und daß

andererseits die Meinung, es müsse Jedem, auch dem Aermsten, das Recht zugestanden und die Gelegenheit dargeboten werden, die höchste Bildung zu erlangen, kaum noch auf Widerspruch stoße, so könne sich den Gemeindebehörden die schlaueste Abstellung jenes schreienden Mißverhältnisses nur als unabweisliche Pflicht darstellen. Gegen die Steinauschen Anträge auf Hebung der Volksschule sei geltend gemacht, daß zu solchen Maßnahmen die Gemeindebehörden für sich allein nicht im Stande, zum Theil auch durch bestehende landesgesetzliche Bestimmungen daran behindert seien, und ähnliche Anstände erhebe man gegen das Verlangen nach konfessionslosen Schulen und nach einer einzigen allgemeinen Volksschule. Anders liege die Sache rücksichtlich der jetzt angeregten Forderung: keine Oberbehörde könne die Stadt hlibern, soviel Schulen zu bauen als sie nur immer wolle, in diesem Punkte seien die Gemeindebehörden glücklicherweise Herren in ihrem Hause. Wenn nun allerdings eine Anzahl neuer Schulen theils im Bau begriffen seien, theils wenigstens in bestimmter Aussicht stehen, so erscheine doch zweifelhaft, ob damit ausreichend geholfen sein werde, und hierüber eben wünsche er vom Magistrate eine bestimmte Auskunft zu erhalten.

Herr Oberbürgermeister Caspary glaubt, daß diese Anträge sich schon durch die bekannten früheren Beschlüsse der Versammlung beantworte, wonach die Schülerzahl der einzelnen Volksschulklassen nach und nach auf 50 herabgemindert und zu dem Ende zunächst der Bau von drei neuen Schulen in Angriff genommen werden solle. Erweisen diese sich als nicht ausreichend, was bei der stätigen Bevölkerungszunahme in hiesiger Stadt allerdings wohl nicht grade zu den Unmöglichkeiten gehöre, so werde man eine vierte und eine fünfte Schule bauen und damit so lange fortfahren müssen bis eben das gewünschte Ziel erreicht sei. Inzwischen suche der Magistrat durch Einrichtung interimistischer Schullocale Erleichterung zu schaffen, wie deren vier denn im verflossenen Jahre bezogen seien, was immerhin doch als ein Fortschritt auf dem eingeschlagenen Wege werden gelten dürfen.

Herr Bracke. Er sei sich in der That bewußt, daß er eine neue Forderung nicht angeregt habe, und seine Absicht gehe denn auch nur dahin, für das allseitig als nothwendig Anerkannte möglichste Gewähr zu erlangen.

### Hierauf

II. Stattet Herr Reuter den Bericht der Specialcommission zur Ermittlung der für die städtischen Schulen geeignetsten Heizvorrichtungen ab. Dieselbe beklagt, mit ihren Arbeiten nicht so zeitig zum Abschluß gekommen zu sein, daß deren Resultate noch beim Bau der neuen Schule im Prinzenwinkel hätten verwerthet werden können, und daß diese demnach noch mit den bisher zur Anwendung gekommenen Mantelöfen hat müssen versehen werden. Die seitdem namentlich durch

eingehende Besichtigung der Schulen in Berlin und Dresden gewonnenen Wahrnehmungen, welche der Herr Referent in einem längern Vortrage ausführlich charakterisirt, haben die Commission dann aber zu der Ueberzeugung geführt, daß eine gute Centralheizung erheblich besser ist als die Heizung einzelner Klassen durch Defen, und daß insbesondere die Kellingsche Luftheizung von allen Systemen dieser Art entschieden das vorzüglichste, indem sich damit insbesondere sehr leicht auch eine Ventilation verbinden läßt, welche den Zimmern pro Kopf und Stunde ein Quantum von 15—30 Cubikmeter frischer Luft zuführt. Die Commission verhehlt sich jedoch nicht, daß auch bei dieser Heizmethode noch einzelne Verbesserungen wünschenswerth sind und möglich sein werden. Indem sie daher beantragt, in den neuen Schulen die Kellingsche Luftheizung und Ventilation zur Anwendung zu bringen, giebt sie zugleich anheim, daß der Magistrat ersucht werde, auch ferner die auf diesem Gebiete zu machenden Erfahrungen im Auge zu behalten und eventuell bei künftigen Schulhausbauten zu verwerthen. — Persönlich fügt Herr Reuter hinzu: soweit ihm auf der commissarischen Reise die Schulanlagen anderer Städte zur Anschauung gekommen, dürfe er die Versicherung aussprechen, daß mit Ausnahme der Heizvorrichtungen die hiesigen Schulen es mit jeder andern aufnehmen. Sehr empfehlenswerth aber scheine, und diese Ansicht theile der Stadtbaumeister, daß auch hier für künftige Schulbauten ein für alle Mal ein festes Programm aufgestellt werde, wie solches in München ebenfalls von einer besondern Commission ausgearbeitet worden, deren Material er dem Magistrate vorläufig zur Benützung überweisen werde.

Herr Schöttler ist durch seine Abordnung zum Reichstage behindert gewesen, an den Reisen der Commission Theil zu nehmen. Nach dem nun was ihm diese bei ihrer Anwesenheit in Berlin über die gemachten Beobachtungen mitgetheilt, und zwar namentlich in Anbetracht der Thatsache, daß auf keiner Seite eine wirklich positive Angabe vorgelegen, sondern überall bald die eine bald die andere Heizmethode nur ganz im allgemeinen Beifall gefunden, habe er anfänglich die Ueberzeugung gewonnen, man werde in Braunschweig selbst erst die nöthigen Erfahrungen sammeln müssen und demnach gut thun, sowohl die Luft- als auch die Wasserheizung einzuführen, welche letztere ohne Zweifel ebenso gut wie die Luftheizung und jedes andere System die Zuführung unverdorbener und reiner Luft ermögliche. Nach, allem jedoch, was der Herr Referent soeben vorgetragen, nimmt Redner keinen Anstand, dem Commissionsantrage nun auch seinerseits beizutreten.

Herr Reck gesteht zu, daß, soviel Einrichtungen die Commission auch in Augenschein genommen habe, doch nur äußerst wenig exacte Thatsachen über die Wirksamkeit der verschiedenen Heizmethoden zu ihrer Kenntniß gelangt sind. Namentlich

sei auffallend gewesen, daß das in Sachsen allgemein als vortrefflich anerkannte Kellingsche System in Berlin kaum auch nur bekannt war. Wenn die Commission sich gleichwohl für dieses System schließlich entschieden habe, so sei sie dazu wesentlich durch den Umstand bestimmt worden, daß demselben einmal das Lob nicht versagt werden könne, sehr gründlich durchdacht zu sein, sodann aber auch eine verhältnißmäßig immerhin erhebliche Anzahl von Untersuchungen über die dadurch erzielten Erwärmungs- und Ventilationsresultate beigebracht werden konnten, welche als sehr günstige bezeichnet werden müssen, sofern sie die Möglichkeit ergeben, dreimal soviel Luft in ein Schulzimmer zu bringen als erforderlich ist. Freilich werde man im Sommer auf die natürlichen Ventilationsmittel auch bei diesem System nicht verzichten können, wenn man nicht etwa stark ziehende Schornsteine zu Hilfe nehmen wolle, mittels deren allerdings unbegrenzte Quantitäten frischer Luft herbeigeschafft werden können, deren Anwendung aber mit erheblichen Kosten verknüpft sei.

Der Herr Vorsitzende weist darauf hin, daß es nicht unwichtig sein müsse, wie sich zu der erwählten Methode die wissenschaftliche Theorie stelle, da der bloßen Empirie in solchen Fällen nicht immer zu trauen. Da werde es nun zu großer Beruhigung gereichen, zu wissen, daß, wie ihm mitgetheilt sei, eine der bedeutendsten Autoritäten auf diesem Gebiete, Professor Weiß in Dresden, mit Kelling befreundet, an der Ausarbeitung dessen Systems theilhaftig und mit diesem in seiner gegenwärtigen Gestalt durchaus einverstanden sei.

Herr Reuter führt ferner an, daß auch in Sachsen keineswegs ausschließlich das Kellingsche System in Anwendung gewesen, vielmehr auch mehrfache Versuche mit der Wasserheizung angestellt worden sind. Doch sei man hiervon zurückgekommen, weil sich bei diesem letzteren Heizungsverfahren verschiedentlich Unglücksfälle zugetragen haben, durch welche der ganze Apparat zerstört wurde.

Herr Pini. Die Luftheizung sei keinesweges eine neue Erfindung, vielmehr schon ziemlich alt, und so beruhe denn auch die Kellingsche Methode im wesentlichen nur auf einer Verbesserung des Heizapparates und auf einer Verbindung der Heizkammer mit jedem einzelnen der zu erwärmenden Zimmer durch besondere Zuleitungsröhren. Wenn der Commissionsbericht die Wasserheizung für Schulen nicht geeignet halte, weil sie keine genügende Ventilation ermögliche, so sei dem entgegenzuhalten, daß die bezüglichen Beobachtungen zu Berlin lediglich an einem Privatzimmer angestellt worden, und daß, gesetzt selbst, man habe für diese Heizung bisher wirklich noch keine genügende Ventilationsvorrichtungen, jedenfalls doch noch geeignetere Constructionen zu erfinden seien. Erscheine daher auch die Kellingsche Luftheizung zur Zeit noch als das beste System, so lasse sich doch nicht sagen, ob

demnächst nicht die Wasserheizung gleiche oder vielleicht selbst größere Vortheile bieten werde.

Nachdem damit die Debatte geschlossen ist, ertheilt die Versammlung dem Antrage der Commission ihre Zustimmung.

Ferner

III. trägt namens der vereinigten Schul- und Finanzcommission Herr v. Secken-  
dorf Folgendes vor.

Nach dem Beschlusse der Versammlung am 26. April sind dem Magistrate die vorgelegten Pläne für den Bau der städtischen Realschule mit dem Ersuchen zurückgegeben, durch geeignete Ermittlungen über den muthmaßlich zu erwartenden Besuch sowohl der Vorbereitungsclassen als auch der eigentlichen Realschule ein möglichst sicheres Urtheil darüber zu suchen, ob der projectirte Bau den Anforderungen genüge, event. einen modificirten Plan vorzulegen und auf alle Fälle die Möglichkeit einer künftigen Vergrößerung der erforderlichen Räume ins Auge zu fassen; sodann aber zum Zwecke der Entscheidung über die Frage, ob die Corridore der neuen Schulgebäude seitlich oder in die Mitte zu legen sind, zunächst das erbetene Gutachten des Gesundheitsrathes zu erwarten.

Das demzufolge in Betreff des ersten Punctes eingeholte Gutachten des Schulraths Gravenhorst und der Directoren Verglein und Friedrichs bevorwortet, daß die spätere Frequenz einer neuen Schule sich jeder sichern Beurtheilung a priori entziehe, vorgängige Muthmaßungen darüber also immer sehr mißlich seien. Inzwischen sind die drei Sachverständigen der Meinung, daß die eigentliche Realschule mit ihren zweimal sechs Parallellassen und einer gemeinschaftlichen siebenten Klasse zunächst vollkommen ausreichen werde, und daß, wenn dereinst der entgegengesetzte Fall eintreten sollte, keinesfalls die Einrichtung einer dritten Reihe von Parallellassen thunlich sein würde, dann vielmehr zum Bau einer neuen Schule geschritten werden müßte. In Betreff der Vorbereitungsclassen wird allerdings gezweifelt, ob sie auf die Dauer ausreichen werden, da ihre vier Classen nur 140 Kinder fassen können, binnen drei Jahren aber 385 Schüler auf das Gymnasium und die höhere Realschule abgegangen sind. Auch der Magistrat hat sich nun zwar nicht verhehlt, daß hier wahrscheinlich demnächst eine Ueberfüllung eintreten wird; gleichwohl aber ist er nach wie vor der Ansicht, daß es nicht zweckmäßig sein würde, mit Rücksicht darauf schon jetzt einen größern Bau auszuführen, und zwar einmal weil keineswegs feststeht, daß die gegenwärtig aus den Bürgerschulen auf die gelehrten Schulen übergehenden Schüler inskünftige sämmtlich der Vorbereitungschule zufallen werden, die Größe dieses muthmaßlichen Bedürfnisses also sich von vornherein auch nicht mit annähernder Sicherheit bestimmen läßt, und sodann weil voraussichtlich doch nicht alle Classen der

Realschule sofort oder binnen kurzem gefüllt sein werden und inzwischen die unbenutzten Klassen derselben zur Anstalt für die Vorbereitungsschule dienen können. Hiernach erscheint denn nur erforderlich, einen Platz zu demnächstiger Einrichtung einiger neuen Klassen zu reserviren, was sehr wohl möglich ist, wenn das Kaulitzsche Haus, wie es von Anfang an in der Absicht des Magistrates lag, nicht verkauft wird.

Die Corridorfrage anlangend, so hat der Gesundheitsrath sich nunmehr dahin geäußert, daß Mittelcorridore nur dann für zulässig gelten können, wenn für gehörige Ventilation nicht nur der Corridore selbst, sondern auch sämmtlicher Schullocale gesorgt werde, daß bis jetzt aber keine Ventilationsmethode bekannt sei, welche dieser Forderung völlig genüge, und demnach über die Zulässigkeit von Mittelcorridoren eine Erklärung nicht könne abgegeben werden, bevor ein bestimmtes Ventilationsproject vorliege. Bei dem innigen Zusammenhange der Ventilationsfrage mit der damals noch nicht getroffenen Entscheidung wegen eines Centralheizungssystems, war der Magistrat zu solcher Vorlage noch nicht im Stande. Doch glaubt er auf alle Fälle sagen zu können, daß der Gesundheitsrath mit Außerachtlassung der vorliegenden speciellen Verhältnisse zu sehr einer allgemeinen Theorie nachhänge, da die Ventilation wesentlich immer von der Größe eines Gebäudes und von dem Zwecke desselben abhängig ist. Der Magistrat stellt nicht in Abrede, daß Seitencorridore unter allen Umständen besser sind, als Mittelcorridore; an so große gesundheitliche Nachtheile der letzteren aber, daß die durch Anlage von Seitencorridoren entstehenden Mehrkosten keinerlei Berücksichtigung verdienen, kann er um so weniger glauben, als in den meisten Städten, und auch da wo vor kurzem neue Schulen mit erheblichem Aufwande hergestellt worden, wie in Hannover z. B., Mittelcorridore doch unbedenklich beibehalten sind. Falls indeß nachzuweisen wäre, daß die Mittelcorridore wirklich die angeblichen Nachtheile hereinführen, oder daß die Mehrkosten der Seitencorridore durch deren realen Nutzen aufgewogen werden, ist der Magistrat bereit, dem Rechnung zu tragen.

Beide Commissionen schließen sich diesen Vorschlägen an. In Betreff der Mittelcorridore freilich ist eine Einigung dahin erst nach längerer Debatte erzielt; den Ausschlag hat schließlich aber die Erwägung gegeben, daß die im neuen Realgebäude projectirten Mittelgänge, mit Ausnahme derjenigen im höchsten Stockwerk, wo der Raum vor dem Zeichensaal von obenher wird gelüftet werden müssen, auf beiden Enden mit Fenstern versehen sind, die Ventilation hier also kaum etwas zu wünschen übrig lassen dürfte. Von geringerem Einflusse auf dies Votum ist der Kostenpunct gewesen, obwohl allerdings namentlich das nicht ganz außer Acht bleiben durfte, daß nach dem Gutachten des Stadtbaumeisters die Mehrkosten bei seitlicher Anlage der Corridore sich ganz erheblich noch durch die Centralheizung steigern



würden, sofern dann diese sich über eine größere Fläche erstrecken müßte. Ausdrücklich bemerkt der Herr Referent, daß diese Entscheidung nach Meinung der Commissionen keineswegs eine principielle sein solle, für jeden spätern Schulbau vielmehr die Wahl ebenso vorbehalten werde.

Herr Rost kann sich mit dieser Entscheidung auch im vorliegenden Falle nicht einverstanden erklären. Der übereinstimmenden Erfahrung kompetenter Schulmänner und Techniker zufolge wird durch Seitencorridore die Erhaltung frischer Luft in den Schulzimmern wesentlich erleichtert, und diese Erfahrungen seien denn auch in Städten wie Berlin, München, Wien, obwohl dort ebenfalls eine Anzahl bedeutender Schulbauten rasch nach einander ausgeführt werden mußten, durchgehends berücksichtigt. Nach dem vorhin gefaßten Beschlusse werde man sich vielleicht auf die mit der Kellingschen Luftheizung verbundene Ventilation berufen. Allein mit der Heizung selbst komme, wie bekannt, immer der Hauptmotor der Ventilation in Wegfall, und so werde denn auch bei diesem System namentlich im Sommer eine bessere Luft in den Schulzimmern nur auf mechanischem Wege oder mittelst künstlich erzeugter Temperaturdifferenzen hergestellt werden können, was eins wie das andere keinesfalls ohne bedeutenden Kostenaufwand möglich sein würde. Unter diesen Umständen aber behalte der Corridor als Luftreservoir für die anliegenden Classen eine nicht zu unterschätzende Bedeutung. Die Ventilation von Mittelcorridoren habe natürlich dieselben Schwierigkeiten, wie die der Classen selbst; auch in dem günstigsten Falle, daß dieselben an beiden Enden geöffnet werden können, werde ein frischer Luftstrom im Sommer nur dann eintreten, wenn gerade auf eine der offenen Seiten der Wind steht. So lasse sich für Mittelcorridore in der That schließlich nur der Kostenpunkt anführen. Gegenüber so großen Vortheilen aber, wie die Seitencorridore sie bieten, und bei den großen Anstrengungen, welche die Stadt in allen Uebrigen mache, um ihr Schulwesen auf einen den heutigen Einsichten entsprechenden Normalstand zu bringen, werde man es auf einige Tausend Thaler mehr nicht ansehen dürfen.

Herr Oberbürgermeister Caspari erinnert zunächst, daß es sich gegenwärtig nicht etwa darum handle, die Anlage von Mittelcorridoren ein für alle Mal als obligatorisch hinzustellen; falls sich demnächst erhebliche Uebelstände derselben fühlbar machen sollten, so werde man sich bei künftigen Schulbauten für Seitencorridore entscheiden. Vorläufig glaube der Magistrat, daß positive Nachtheile der Mittelcorridore nicht nachzuweisen und insbesondere bei Ausführung des augenblicklich in Frage stehenden Projectes nicht zu besorgen seien. Wie demnach aber die Sache zu liegen scheine, werde der Kostenpunkt denn doch wohl einige Rücksicht erheischen, zumal es sich nicht, wie der Herr Borredner annehme, um „einige Tausend“, sondern zunächst um ca. 20,000  $\text{M}$  und somit bei den bevorstehenden übrigen

Schulbauten um einen Gegenstand von 100,000  $\text{M}$  drehe. Städten, wie Berlin, welches bekanntlich 5 Millionen für ein neues Rathhaus habe aufwenden können, möge ihre glänzendere Finanzlage erlauben, statt des Guten überall das Bessere oder was man dafür halte, zu wählen. Dergleichen Beispiele aber seien für Braunschweig eben nicht maßgebend, und ihnen gegenüber stehe zudem das Beispiel Hannovers, wo man sonst bei Schulanlagen keinen Luxus scheue und vermuthlich doch auch die gesundheitliche Seite gebührend in Erwägung ziehe, gleichwohl aber alle Schulen mit Mittelcorridoren versehe.

Herr Reuter vermag sich ebenfalls nicht zu überzeugen, daß die Gesundheit der Schulkinder in solchem Maße, wie Herr Reck annimmt, von der Lage der Corridore abhängen sollte. Schlimmsten Falls aber werde auch eine künstliche Ventilation der Schulräume keine so gar große Schwierigkeit haben. Um künstliche Temperaturdifferenzen zu erzeugen, bedürfe es nur einer mit mäßigem Aufwand zu bewirkenden Heizung der Essen, und außerdem gebe es mechanische Ventilationsvorrichtungen, welche jede wünschenswerthe Garantie bieten; eine derselben von überraschender Einfachheit und großer Wirksamkeit verheißt Redner auf Verlangen an diesem Orte vorzuführen. Was dann Herr Reck über die Schulanlagen größerer Städte beibringe, treffe für Wien wenigstens nicht unbedingt zu. Gerade hier habe Redner fünfstöckige Schulgebäude ohne jeden Corridor gefunden; Mittelcorridore auch in München. Nehme man hinzu, daß gegenwärtig nur eine Schule in Betracht komme, und eine solche, bei der besondere Verhältnisse die Anlage von Mittelcorridoren sehr begünstigen, so sei vollends nicht ersichtlich, wie davon der Commission empfohlene Entscheidung zu irgend welchen Bedenken Anlaß geben könne.

Herr Reck giebt zu, daß sich die Nachtheile der Mittelcorridore nicht statistisch erweisen lassen; wenn aber feststehe — und hieran sei kein Zweifel — daß Seitencorridore eine bessere Lüftung ermöglichen, so werde man zu erwägen haben, daß für unsere Jugend das Beste eben gut genug sei. Redner will ferner nicht bestreiten, daß auch in größeren und reicheren Städten Schulen mit Mittelcorridoren gebaut werden. Da diese Städte indeß auch in anderen Stücken nicht für durchaus nachahmenswerthe Beispiele angesehen werden, und unsere Schulen die meisten anderen schon an Nettigkeit und Zweckmäßigkeit der äußeren Ausstattung übertreffen, so sollte man füglich auch in dieser viel wesentlicheren Einrichtung dem erkannten Bessern Raum gewähren. - Geschehe dies bei dieser ersten Gelegenheit nicht, so werde damit ein Präjudiz geschaffen, welches den principiellen Vorbehalt der Commissionen von vornherein illusorisch mache; denn die Neigung zu Ersparnissen werde auch in jedem künftigen Falle ihre Rolle spielen.

Herr Braake fragt an, ob durch regelmäßige Lüftung nicht auch Mittelcorri-

dore gehörig ventilirt werden können, da er andernfalls sich allerdings für die Anlage von Seitencorridoren aussprechen müßte;

Herr Steinau: ob bei Vernachlässigung der natürlichen Lüftung nicht auch Seitencorridore ohne die beabsichtigte Wirkung bleiben müßten?

Herr Ref. Natürlich hänge der Erfolg jeder Ventilationseinrichtung von sachgemäßer Handhabung derselben ab. Als feststehend aber sei anzusehen, daß es schwerer halte, Mittelcorridoren das nöthige Quantum frischer Luft zuzuführen, als Seitencorridoren.

Damit wird die Debatte geschlossen, worauf die Versammlung die Commissionsanträge genehmigt.

Wie ferner

IV. auf Grund eines Magistratschreibens vom 1. April namens der Statutencommission Herr Peters berichtet, hat der Maurermeister D. Spengler, welcher von dem Particulier Markworth die vordem der Altenwiefer Reichbildsgemeinde gehörigen drei Gärten am Marktplatz zu St. Leonhard erworben hat, dem Magistrate das Anerbieten gemacht, von diesem Terrain 2 Morgen 63,5 □ Ruthen zum Straßenareal abzutreten, wenn ihm 1. ein kleiner nördlich vom Burgfriedhofe belegener 5,5 □ Ruthen großer Platz und 2. eine anderweitige auf dem Situationsplane näher bezeichnete 3 Morgen 55 □ Ruthen haltende Wege- und Agerfläche als freies Eigenthum dergestalt überlassen werde, daß er dieses Areal in Verbindung mit der bereits in seinem Besitz befindlichen übrigen Gartenfläche als Baugrund benutzen dürfe, wenn ferner 3. vom Marktplatz aus und über diesen hinweg ein freier Zugang zu seinem Grundstücke geschaffen, und 4. die in der Campestraße bereits vorhandene Wasserleitung längst der Grenzen seines Grundstücks so verlängert werde, daß die dort zu errichtenden Gebäude mit Wasser versorgt werden können; wögegen er sich anheischig macht, an seinem Grundstücke entlang einen 10' breiten, mit Bordquadern eingefasten und regelrecht chauffirten und gran- diten Fußweg sammt Gasse auf seine alleinigen Kosten herstellen zu lassen.

Obwohl nun durch Ausführung dieses Projectes der Marktplatz zu St. Leonhard dem Stadterweiterungsplane entsprechend eine viereckige und vor dessen gegenwärtiger Gestaltung sich vortheilhaft auszeichnende Form erhalten würde, glaubt der Magistrat in Anbetracht der unverhältnismäßigen Opfer, welche der Stadt dadurch auferlegt werden würden, sich dennoch gegen die Annahme der Spenglerschen Offerte aussprechen zu müssen.

Einmal nämlich müßten die Dom- und die Magnigemeinde auf die drei gegenwärtig zu ihren Kirchhöfen führenden Zugänge verzichten, oder es müßte vor den beiden Friedhöfen eine Fahrstraße reservirt bleiben und dagegen dem Maurer-

meister Spengler ein soviel größeres Terrain vom Marktplatze überwiesen werden. Gegen die einfache Verzichtleistung hat sich der Kirchenvorstand von St. Magni bereits entschieden ausgesprochen und scheint auch die Domgemeinde Schwierigkeiten erheben zu wollen. Durch die andere Alternative würden theils die unter 2 und 3 bedungenen Opfer erheblich vergrößert werden, theils auch der Marktplatz an Größe und Gefälligkeit der Form einbüßen. Sodann wird das Eigenthumsrecht an Grund und Boden des Marktplatzes zu St. Leonhard von der Weichbildsgemeinde Altwiek in Anspruch genommen, und verlangt diese für die Abtretung der bezeichneten Fläche eine Entschädigung von 1000  $\text{₰}$ , welche Summe sich bei Ausführung der zweiten Alternative ebenfalls vergrößern würde. Ferner beansprucht Herzogl. Kammer für den Hinwegfall der dem Klostergute St. Leonhard zustehenden Weidgerechtsame auf der dem Maurmeister Spengler abzutretenden und der zum Wege zu legenden Fläche eine Entschädigung, welche sich nach dem Berichte des Stadtbaumeisters auf 1926  $\text{₰}$  und bei Annahme der zweiten Alternative wiederum entsprechend höher berechnen würde. Dazu dann noch die nicht unerheblichen Kosten, welche der Stadt durch die beanspruchte Verlängerung der Wasserleitung würden aufgebürdet werden, sowie endlich die Lasten, welche über kurz oder lang, wenn an der Westseite des Platzes erst mehrere Wohnhäuser entstanden sein werden, für Beschaffung von Canälen zur Abführung des Schmutzwassers und für die nothwendigsten Begebauten übernommen werden müßten.

Nach diesem Allen und da während der nächsten Jahre für unabweisliche Bedürfnisse sehr beträchtliche Aufwendungen zu machen sind, giebt der Magistrat die Ablehnung der in Rede stehenden Offerten anheim.

Die Commission theilt diese Auffassung der Sachlage, und empfiehlt demnach den Antrag des Magistrats zur Genehmigung.

Herr Bock. Die vorliegende Angelegenheit berühre ihn in doppelter Weise. Von der Weichbildsgemeinde Altwiek sei er nämlich als Vorsitzender ihrer Verwaltungs-Deputation ermächtigt, einerseits in Betreff des St. Leonhardplatzes ihre Eigenthumsrechte bestmöglich zu vertreten, andrerseits zur Regulirung desselben im Interesse des öffentlichen Gemeinwohls nach besten Kräften mitzuwirken. Nach dem höchsten Orts sanctionirten Theilungsrecess der Altwieker Gemeinde vom 8. September 1800 haben die theilhaftigen Interessenten den St. Leonhardplatz, welcher damals einen arrondirten Flächenraum von 20 □ Morgen enthielt, gegenseitig als öffentlichen Platz anerkannt und aller Theilung oder anderweiten Disposition darüber entsagt, ohne jedoch irgend einem Dritten eine Befugniß einzuräumen. Nichts desto weniger seien vor circa 35 Jahren durch rechtswidrige Uebergriffe 3 Morgen davon entnommen, später zu Gärten aptirt und im September 1871 mit Genehmigung

des Stadtmagistrats und des Herzoglichen Staatsministeriums für den Preis von 3330  $\text{fl}$  an den Rentier Markworth verkauft, welcher dieselben vor Kurzem wieder für 10,000  $\text{fl}$  an den Maurermeister Spengler veräußert habe. Die vorliegende Offerte des Letzteren verlange nun eine weitere Reducirung des Platzes um circa 1 Morgen 63  $\square$  Ruthen, wodurch die gerechten Ansprüche der Kirchengemeinden St. Magni und St. Blasii hinsichtlich der Zugänge und der Frontlinien ihrer Friedhöfe am St. Leonhardsplatze wesentlich beeinträchtigt werden. Das Eigenthumsrecht am St. Leonhardsplatze stehe nach dem vorerwähnten Theilungsrecess unbestritten der Weichbildsgemeinde Altewiek zu, welche die Abtretung des fragl. Areal's zuerst für 2000  $\text{fl}$  offerirt, diese Offerte indeß im Interesse des öffentlichen Gemeinwohls später auf 1000  $\text{fl}$  ermäßigt habe. Außerdem stehe nach dem fragl. Theilungsrecess der Herzoglichen Cammer für die Domaine St. Leonhard noch das Weiderecht auf dem St. Leonhardplatze zu, für welches dieselbe eine Entschädigungssumme von 1926  $\text{fl}$  in Anspruch nehme, während die Stadt Braunschweig berechtigt ist, die Viehmärkte auf demselben abhalten zu lassen. Der St. Leonhardsplatz in seiner gegenwärtigen Größe von 17 Morgen habe sich dem Vernehmen nach schon seit Jahren für die Viehmärkte als unzulänglich erwiesen; es liege deshalb ohne allen Zweifel im öffentlichen Interesse, auf die vielleicht in nicht allzu ferner Zeit in Aussicht stehende Betriebseröffnung des neuen Eisenbahnhofes Bedacht zu nehmen und die Gelegenheit zur Wiederherstellung des fraglichen Platzes in der von unseren Vorfahren verbrieften arrondirten Größe nicht wieder vorübergehen zu lassen, sondern ehe das widerrechtlich davon entnommene Terrain von 3 Morgen mit Häusern bebaut und so vielleicht für ewige Zeiten dem mit dem ungehinderten öffentlichen Verkehre verknüpften Gemeinwohl entzogen werde, auf die Wiedererwerbung Bedacht zu nehmen. Als Vorsitzender der Verwaltungs-Deputation der Gemeinde Altewiek habe er die Offerte derselben zu vertreten, als Stadtverordneter müsse er indeß die Offerte des Maurermeisters Spengler zur weiteren Verkleinerung des St. Leonhardsplatzes aus dem vorhin angeführten Grunde ablehnen. Herzogl. Landesregierung habe 1671 bei Uebergabe der Stadt deren gesamntes Eigenthum an sich genommen. Jetzt nach 200 Jahren dürfte wohl die Möglichkeit vorhanden sein, mit Hülfe eines Verzichts auf das ihr zustehende Weiderecht eine Wiederherstellung des Platzes und eine Uebertragung des Eigenthums an die Stadt zu ermöglichen; der Stadt aber biete sich bei der nahe bevorstehenden Auflösung der Weichbildsgemeinde Altewiek eine passende Gelegenheit, durch Rückkauf der widerrechtlich davon entnommenen Fläche von 3 Morgen das Eigenthumsrecht am ganzen St. Leonhardsplatze zu erwerben. Redner beantragt demnach, daß einerseits an den Magistrat das Ersuchen gerichtet werde, durch weitere Verhandlungen mit der Landesregierung, der Weichbildsge-

meinde Alterthum und der theilhaftigen Interessenten eine Wiederherstellung des fraglichen Platzes in der durch den Theilungsrecess vom 8. Septbr 1800 verbürgten ursprünglichen Größe von 20 □ Morgen zu erstreben und daß andererseits durch Bewilligung der eventuell erforderlichen Geldmittel seitens der Versammlung zur Erreichung dieses Zieles mitgewirkt werde.

Herr Oberbürgermeister Caspari erklärt sich zu einer sofortigen Aeußerung über diese neuen Vorschläge außer Stande. Für den Augenblick stehe nur das Eine zur Frage, ob man die Spenglerschen Anträge ablehnen wolle oder nicht; wenn Herr Vock zunächst mit deren Ablehnung einverstanden sei, werde der Magistrat das Uebrige natürlich gern in Erwägung ziehen, da principielle Bedenken gegen einen Versuch, wie Herr Vock ihn in Anregung bringe, keinesfalls vorliegen.

Herr Vock verzichtet hiernach auf eine Abstimmung über seinen Antrag, worauf die Versammlung im Sinne der Vorlage beschließt.

Es folgt

V. namens der Finanzcommission durch Herrn Graf Götz v. Wrisberg erstattet, der Bericht über ein Magistratschreiben vom 27. v. Mts., laut dessen der Eisenbahnassistent Althensstedt, welcher an dem von der Bertramstraße ab nach St. Leonhard führenden Wege ein Wohnhaus zu erbauen beabsichtigt, erbötig ist, den Theil seines Grundstückes, welcher behufs der im Stadterweiterungsplane in Aussicht genommenen Verbreiterung zur Straße gezogen werden müßte, bei sofortiger Zahlung für den Preis von 1000  $\mathfrak{f}$  abzutreten oder unbebaut liegen zu lassen. Der Magistrat hat in Erwägung gezogen, ob einer so erheblichen Aufwendung die Bedeutung jener Straße entsprechen würde. Der Marktplatz zu St. Leonhard, auf welchem dieselbe ausmündet, ist von der Stadt aus ebenso leicht und schnell über die Campestraße auf der einen, die Helmstedterstraße auf der andern Seite zu erreichen; nur etwa in dem Falle, daß der vom Magnithore her projectirte Zugang nach der Bertramstraße zur Ausführung gelange, könnte als deren Verlängerung die fragliche Straße eine größere Wichtigkeit gewinnen. Dazu kommt nun noch, daß durch das proponirte Abkommen ein Vorgang geschaffen wäre, welcher unter den obwaltenden Umständen bedenkliche Consequenzen nach sich ziehen müßte. Nach dem Stadterweiterungsplane sollte die Bertramstraße von 8 auf 13,7 m, jener Weg nach St. Leonhard von 7,2 auf 22,83 m erweitert werden. Zu diesem Behuf müßten von den an letzterem belegenen Grundstücken ein Areal von insgesamt 3593,67 □m zur Straße gezogen werden, was nach Verhältniß des für den Althensstedtschen Antheil geforderten Preises eine Ausgabe von mindestens 8000  $\mathfrak{f}$  erfordern würde, da eine erheb-

liche Abminderung im Wege der Expropriation um so weniger zu erwarten steht, als durch einen Ankauf die Ausführung jenes Straßentractus zwischen dem Magnithore und dem Marktplatze zu St. Leonhard und damit ein höherer Werth der angrenzenden Grundstücke gewissermaßen gewährleistet erscheinen würde. Und diese Auffassung würde sich aller Wahrscheinlichkeit nach auch dann schon geltend machen, wenn auch nur das Athenstedt'sche Areal durch gütliche Vereinbarung für 1000  $\mathfrak{R}$  erworben würde. Die übrigen anwohnenden Eigenthümer würden diesen Preis für ihre Forderungen zum Maßstab nehmen, ja diese dürften unter Einmischung von Speculanten demnächst noch gesteigert und gleichzeitig durch wirkliche oder fingirte Bauunternehmungen und sonstige Verfügungen über die zur Straße abzutretenden Grundflächen die Nothwendigkeit herbeigeführt werden, mit deren Abnahme sofort zu verfahren. Der Magistrat glaubt unter diesen Umständen von dem Erwerbe des zunächst in Betracht kommenden Areals absehen zu müssen, und beantragt daher,

- daß in Betreff des Weges von der Bertramstraße zum Marktplatze bei St. Leonhard von der Ausführung des Stadterweiterungsplanes abgesehen werde,

wonach denn dem Eisenbahnassistenten Athenstedt freie Hand zu lassen, das projectirte Wohnhaus auf der andernfalls zur Straße abzutretenden Grundfläche aufzuführen.

Die Statutencommission ist theilweis zu einer andern Anschauung gelangt, indem sie es zunächst für sehr bedenklich hält, von einem so reiflich erwogenen Projecte wie dem im Stadterweiterungsstatut enthaltenen, einem Projecte, dessen thunlichste Aufrechterhaltung so wesentlich von dem öffentlichen Interesse geboten erscheint, bei der ersten eintretenden Schwierigkeit abzuweichen. Abgesehen von dieser allgemeinen Erwägung aber vermag die Commission auch der fraglichen Straße an sich nicht eine so geringe Bedeutung beizumessen wie der Magistrat. Denn wenn schon der Plan, jene directe Verbindung zwischen dem Magnithore und der Bertramstraße herzustellen, für den Augenblick keine Aussicht auf Verwirklichung habe, so werde er jedenfalls doch über kurz oder lang einmal zur Ausführung kommen. Dann aber würde man es ohne allen Zweifel sehr zu beklagen haben, wenn dieser neuen Straße, deren Verlängerung naturgemäß den Beruf habe, den größten Theil des Verkehrs zwischen der Stadt und dem in Aussicht stehenden neuen Bahnhofe bei St. Leonhard zu vermitteln, hier nur eine so schmale Gasse vorgelegt wäre. Andererseits ist die Commission auch zu dem Schlusse gelangt, daß eine Erweiterung dieser Strecke auf 80' nicht vonnöthen ist, und daß also, zumal im Hinblick auf den Kostenpunct, eine geringere Breite immerhin dürfte in Erwägung gezogen werden. Ueber das zulässige Maß freilich hat in der Commission eine Ueberein-

stimmung nicht erzielt werden können. Ihr Vorschlag geht demnach dahin, daß der vorliegende Antrag abgelehnt, dagegen der Magistrat ersucht werde, durch fernere Unterhandlung mit dem Bahnassistenten Athenstedt, event. durch Expropriation desselben, auf Erwerbung eines solchen Terrainstreifens hinzuwirken, wie er nach dem Gutachten Sachverständiger zu ausreichender Verbreiterung des fraglichen Weges erforderlich ist.

Herr Munte befürchtet, daß die gegenwärtig vorliegende Schwierigkeit nur ein Glied einer sehr langen Kette ähnlicher bilden, und daß man sich demnächst doch vor die Alternative gestellt sehen werde, sich entweder ein für alle Mal auf den Ankauf des zu den geplanten Straßenerweiterungen erforderlichen Terrains einzurichten oder aber den Stadterweiterungsplan von Grund aus einer Umarbeitung zu unterziehen.

Herr Bracke hat bisher eine Verbreiterung der in Frage stehenden Straße auf etwa 40' für wünschenswerth gehalten. Nachdem er sich nunmehr aber die Sachlage nochmals vergegenwärtigt hat, ist er zu der Ueberzeugung gekommen, daß diese Straße in ihrer gegenwärtigen Breite füglich erhalten werden könne, da der demnächstige Verkehr zwischen der Stadt und dem neuen Bahnhofe bei St. Leonhard mittels der Helmstedterstraße einerseits, der Campestraße andererseits einer dritten Verbindung auf einem verhältnißmäßig so kleinen Raume voraussichtlich nie erfordern, auch eine neue Brücke vom Magnithore ab schwerlich je ein Bedürfnis sein werde, und angesichts der großen Zahl viel dringlicherer Ausgaben, welche der Stadt bevorstehen, so bedeutende Aufwendungen für eine reine Luxusanlage um so weniger gerechtfertigt erscheinen können, als dieselben, wie in der Vorlage des Magistrats mit Recht hervorgehoben sei, noch andere der Art unsehlbar nach sich ziehen müßten.

Herr Pini. Bei der zunächst zu treffenden Entscheidung komme noch ein Moment in Frage, welches der Herr Referent offenbar übersehen habe. Vor dem jetzigen Plane sei nämlich ein anderer genehmigt gewesen, vermöge dessen das Gethaus am Eingange des fraglichen Weges bereits ziemlich weit habe zurückgenommen werden müssen. Sollte dieser nun so schmal bleiben wie er jetzt sei, so entstehe die Frage, wie damit die durch jene frühere Anlage einmal gegebene Fluchtlinie in Einklang gebracht werden könne. Schon in Anbetracht dieser Schwierigkeit müsse eine Verbreiterung der Straße, wenn nicht auf 80', so doch nach Maßgabe des erwähnten ältern Planes angezeigt erscheinen. Auch hinsichtlich des praktischen Bedürfnisses aber ist Redner anderer Ansicht als Herr Bracke, da der Umweg, welchen die vorhandenen beiden Zugänge nach St. Leonhard beschreiben, die Herstellung jenes dritten unmittelbar vom Magnithor ab früher oder später doch nöthig machen, und dieser dann auch den Anwohnern der Vertrams-



straße in hohem Grade zu Statten kommen werde, welche, fast eine Viertelsunde lang und dicht angebaut, mit der Stadt nur von ihren beiden Endpunkten aus in Verbindung stehe.

Diesen Erwägungen Rechnung tragend, beantragt Herr Lucius, daß der Magistrat ersucht werde, auf eine Verbreiterung der in Rede stehenden Straße bis zu mindestens 48' Bedacht zu nehmen und auf dieses Ziel hin mit dem Bahnassistenten Athenstiedt in Unterhandlung zu treten.

Herr Graf Götz Wrisberg bekennt, in Betreff der Schwierigkeit, auf welche Herr Pini aufmerksam gemacht hat, zunächst keinen Rath zu wissen. Gegenüber dem von Herrn Bracke gegen das Bedürfnis eines directen Zuganges nach St. Leonhard erhobenen Zweifel muß er der Meinung des Herrn Pini beitreten, wobei ihm namentlich das von Gewicht zu sein scheint, was mit Rücksicht auf die Anwohner der Vertramstraße geltend gemacht ist. Herrn Lucius' Antrag hält er für verfrüht, weil die Angelegenheit auf alle Fälle nochmals in der Versammlung zur Sprache kommen und diese dann voraussichtlich besser als zur Zeit im Stande sein werde, sich über das wünschenswerthe Maß einer Verbreiterung auszusprechen.

Herr Steinau. Nach allem was bisher für eine Verbreiterung des Weges nach St. Leonhard angeführt sei, gewinne es den Anschein, als habe man dabei mehr das Bedürfnis der Anlieger der Vertramstraße als irgend welches andere Interesse im Auge. Für den Verkehr nun, welcher sich möglicherweise zwischen der Vertramstraße und dem künftigen Bahnhofe entwickeln könne, würde jener Verbindungsweg in seiner jetzigen Breite auf alle Fälle ausreichen. Die Annahme, daß jemals nur um einer nähern Verbindung mit dieser einen Straße willen die geplante Brücke vom Magnithore ab zu Stande kommen sollte, sei schon durch die Erwägung des Kostenpunctes ausgeschlossen. Dem Güterverkehr zwischen der Stadt und dem Bahnhofe aber würde mit einer solchen wegen des steilen Abfalls der Straße am Magnithore nicht gedient sein.

Herr Pini bezweifelt diese letztere Ansicht, da für den Transport großer Güter der weite Umweg durch das Stein- oder das Augustthor noch viel lästiger sein müßte als die Terrainschwierigkeit auf der bezeichneten Strecke. Sonach lasse sich mit ziemlicher Sicherheit voraussagen, daß jener nähere Weg demnächst in der That werde hergestellt werden müssen; mit wie großen Uebelständen es dann aber verknüpft sein würde, wenn jener große Verkehr längs der ganzen Strecke zwischen St. Leonhard und der Vertramstraße auf eine Gasse von solcher Enge angewiesen wäre, das liege nach den Erfahrungen, welche man innerhalb der Stadt täglich vor Augen habe, auf der flachen Hand.

Herr Schöttler. Wenn die Stadt, gleichviel ob eine Straße demnächst er

weitert werden solle oder nicht, nicht ganz unzweifelhaft das Recht habe vorzuschreiben, daß Neubauten nur in bestimmtem Abstände von der vordern Grenze des Grundstücks angelegt werden dürfen, so müsse er sich schon aus gesundheitlichen Rücksichten gegen den Magistratsantrag aussprechen, zumal die in Betracht kommende Strecke nach ungefährrer Messung auf dem ausliegenden Plane die beträchtliche Länge von 230 Meter habe. Den gesundheitlichen Forderungen und ebenso auch dem Bedürfnis des Verkehrs zwischen der Bertramstraße und St. Leonhard werde mit einer Breite von 50' Genüge zu leisten sein; allerdings aber sei nicht zu verkennen, daß eine Fortsetzung dieses Durchgangs auf das Magnithor zu sehr wünschenswerth sei und dessen Zustandekommen keinesweges zu den Unwahrscheinlichkeiten gehöre, wie dem denn insbesondere die Gefällverhältnisse am Magnithore schon deshalb nicht entgegenstehen könnten, weil Schwierigkeiten derselben Art in noch viel höherm Grade am Steinhore vorhanden seien. Sonach würde Redner ganz unbedingt für eine Verbreiterung des Weges nach St. Leonhard stimmen, wenn er die Gewißheit hätte, ob die Kosten dafür die städtischen Mittel nicht übersteigen würden. Denn darüber dürfe man sich in der That keinen Illusionen hingeben: die Athensstädtsche Forderung könne nicht etwa den normalen Maßstab für einen Voranschlag abgeben, vielmehr werde jede spätere Forderung unzweifelhaft darüber hinausgehen, zumal wenn man die nöthigen Erwerbungen etwa nach und nach mache. Seine Meinung faßt Redner schließlich nochmals dahin zusammen, daß auf keinen Fall die gegenwärtige Breite des fraglichen Weges ausreiche, daß andererseits aber auch die Stadt nicht in der Lage sei, auf immerhin noch ungesicherte Möglichkeiten hin so erhebliche Opfer zu bringen, wie die Verbreiterung dieses Weges auf 80' erfordern würde, und daß, wenn eine solche, einerlei in welchem Maße, überhaupt ins Werk gesetzt werden solle, der sofortige Ankauf des nöthigen Terrains dringend geboten erscheine.

Diesen Ausführungen schließt sich Herr Munte an.

Herr Oberbürgermeister Caspari hingegen vermag die Sachlage nicht so wie Herr Schöttler anzusehen. Denn wenn man auch die Unzulänglichkeit von 25' Straßenbreite zugestehen könne, so folge hieraus doch nicht, daß der Stadt die Verpflichtung obliege, eine Straße wegen eines einzelnen Hauses auf 50' zu bringen und das dazu erforderliche Terrain nun gleich anzukaufen. Den Stadterweiterungsplan werde man in der That wohl einer Revision unterziehen und für die hiernach als unvermeidlich anerkannten Straßenanlagen Grund und Boden allerdings sofort sichern müssen. In dem Maße aber, wie es geschehen würde, wenn etwa den Anwohnern des mittlern Theils der Bertramstraße ein dritter kürzerer Zugang nach der Stadt hin geschaffen werden sollte, werde man bei diesen Feststellungen die Wünsche und Interessen Einzelner nicht berücksichtigen können; denn unmöglich könne

man es den Leuten vor den Thoren bequemer machen als in der Stadt, wo bekanntlich unbequeme Verkehrsstraßen und Umwege in großer Anzahl ebenfalls getragen werden müssen.

Herr Schöttler verwahrt sich gegen die Auffassung, als habe er sich bei dieser Gelegenheit für Anlage einer Verbindungsstraße von der Bertramstraße zur Stadt erklären wollen. Er wisse wohl, daß dazu 150,000  $\text{M}$  und mehr erforderlich wären, keinesweges aber, ob er sich unter allen Umständen für die Ausführung eines solchen Projectes werde entscheiden können. Worauf es ihm in diesem Augenblick ankomme, sei nur dies, daß für den Weg nach St. Leonhard eine Breite von mindestens 50' angestrebt und der Magistrat ersucht werde, dazu entweder auf gutlichem oder im Rechtswege Rath zu schaffen.

Herr Graf Görz-Brisberg anerkennt ebenfalls die Unmöglichkeit, jedem Anbauer vor den Thoren eine allen Forderungen genügende Straße zu schaffen. Hier aber frage es sich, ob von dem einmal genehmigten Stadterweiterungsplane lediglich wegen des Kostenpunctes in einem Falle solle abgewichen werden, wo ein Mann nach Maßgabe dieses Planes zu bauen bereit ist. Falls Magistrat demnächst eine planmäßige Abänderung des bestehenden Projectes auf die Bahn bringe, werde Redner dasselbe aller Wahrscheinlichkeit nach acceptiren. Mit einzelnen willführlichen Abänderungen aber vermöge er sich nicht zu befremden, zumal wenn es sich dabei, wie im vorliegenden Falle, um Conservirung oder Verbesserung einer Straße von nur 25' Breite handle. Wenn dann der Herr Oberbürgermeister betone, daß keine Veranlassung sei, in den neuen Stadttheilen bequemere Straßen zu schaffen als in den alten, so sei das ein Grundsatz, welcher nur zu leicht wieder zu gleicher Regellosigkeit der Straßenanlagen führen dürfte wie die sei, welche im Innern der Stadt allgemein als eine Calamität empfunden werde. Der Uebergang zum Magnithore sei allerdings nur ein Zukunftsproject des Stadtbaumeisters und in den Stadterweiterungsplan nicht mit aufgenommen. Die Commission halte indeß seine Ausführung für sehr wahrscheinlich und sei mit Rücksicht hierauf vorläufig zu der Meinung gelangt, daß die Erweiterung des Weges nach St. Leonhard auf 56 Fuß (= 16 m) zu bemessen sein dürfte. Dieser Vorschlag könne demnach event. auch in den Commissionsantrag eingefügt werden.

Herr Lucius schließt sich dem unter Abänderung des von ihm eingebrachten Antrages an.

Herr Oberbürgermeister Caspari ist mit einer derartigen näheren Präcisirung des Mandates für den Magistrat ebenfalls einverstanden und bittet nur noch, auch die eventuelle Ermächtigung zum Expropriationsverfahren gegen den Bahnhilfsknecht auszusprechen.

Der Herr Vorsitzende. Jener Zugang nach St. Leonhard von der Ber-

tramstraße aus werde einstweilen allerdings noch ein Zukunftsproject bleiben; allein bei den für jeden Güterverkehr in so hohem Grade ungünstigen Steigungsverhältnissen vor dem Steintore werde der neue Bahnhof daselbst keine fünf Jahr bestehen, ohne daß dieses Project zur Ausführung gelange. Gleichwohl sei die Commission nun aber keinesweges der Meinung, daß man die Forderung des Bahnassistenten Althensiedt ohne weiteres gewähren müsse, zumal im Wege der Expropriation doch wohl eine nicht unerhebliche Preisermäßigung zu erwarten stehe. Abgesehen hiervon werde sich auch noch der eine oder andere Ausweg bieten, welcher die Erwerbung des erforderlichen Terrains zu erleichtern geeignet, entweder in der Weise, daß die Stadt dasselbe sofort erwirbt, den Verkäufern aber einstweilen bis zu wirklicher Verbreiterung der Straße gegen einen angemessenen Zins zur Benutzung überläßt, wie in einem ähnlichen Falle kürzlich an der Maschgasse geschehen, oder den Eigenthümern gegen Bewilligung einer jährlichen Rente vorläufig nur die Verpflichtung auferlegt, dasselbe unbebaut zu lassen.

Nachdem damit die Debatte zum Schlusse gelangt ist, genehmigt die Versammlung den Antrag der Commission mit dem auf eine Verbreiterung des fraglichen Weges bis zu 56' zielenden Zusage.

In Anbetracht der vorgerückten Stunde werden die noch übrigen Punkte der Tagesordnung sowie die angesetzten vertraulichen Berathungen für die nächste Sitzung vorbehalten, welche der Herr Vorsitzende nach vierzehn Tagen anzuberaumen verheißt.

---

1874.

(Fortsetzung der Beilage zum 146. Stücke des 1874  
der Braunschweigischen Anzeigen.)

Nr. 6.

# Verhandlungen

der

## Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 18. Juni 1874.

Abwesend und als entschuldigt anerkannt die Herren Ehrenhard, Jasper, Kellner, Pini, Schöttler. Am Magistratsche Herr Oberbürgermeister Caspari und die Herren Stadträthe Bammel, Carstens, Ramdohr, Rittmeyer.

Die Sitzung wird durch den Herrn Vorsitzenden eröffnet.

### Vor Beginn der Tagesordnung

wird Herrn Voss das Wort zu einer Interpellation ertheilt, und trägt derselbe Folgendes vor.

Nachdem er bereits in der letzten Versammlung Gelegenheit genommen, sich über die Rechtsverhältnisse des St. Leonhardsplatzes eingehend zu äußern, finde er es den Umständen angemessen, für die vom Stadtmagistrate bereitwilligst zugesagten Vergleichsverhandlungen zur Wiederherstellung der ursprünglichen Größe des Platzes event. auch noch die Mitwirkung der Versammlung in Anspruch zu nehmen. Durch den zwischen der Weichbildsgemeinde Altenwiefe, den Klöstern Riddagshausen und St. Egidii, dem derzeitigen Fürstl. Waisenhause B. M. V. und den Knochenhäufern des Altenwiefer Scharrens am 8. September 1800 vereinbarten Theilungsrecess sei dieser Platz in der damaligen Größe von ca. 20 □ Morgen als ein zu Viehmärkten sowie zum Lehm- und Sandgraben bestimmter öffentlicher Platz anerkannt und aller Theilung oder anderweiter Disposition, ohne das

jedoch irgend einem Dritten eine Befugniß eingeräumt wäre, entzogen worden. Nichtsdestoweniger habe man laut Reccesses vom 2. September 1839 über die Gemeinheitstheilung zwischen dem combinirten Domainenhaushalte St. Leonhard und der Weichbildsgemeinde Altenwief, eine Fläche von 3 Morgen von jenem Plage widerrechtlich entnommen, zu Gärten umgeschaffen und der Altenwiefer Gemeinde zu ausschließlichem Eigenthume und privater Benutzung überwiesen. Der damalige Stadtmagistrat, welchem die Vertretung der städtischen Interessen an dem St. Leonhardsplage obgelegen, habe sich bei dieser Theilung darauf beschränkt, einen Rechtsanspruch auf Anlage einer Abdeckerei am Haidberge zu erheben, welcher Anspruch indess von den theilhaftigen Interessenten nicht anerkannt und von der Herzogl. Landes-Oekonomie-Commission, weil der Magistrat trotz ausdrücklicher Vorladung zum Termine vom 24. Juni 1839 keinen Bevollmächtigten geschickt, als unbegründet zurückgewiesen sei. Eine Vertretung der städtischen Viehmarktgerichte an dem St. Leonhardsplage finde auf Grund des Theilungsrecesses vom 8. September 1800 bislang nur in der Weise statt, daß von einem städtischen Marktmeister auf den Viehmärkten sog. Stellegelder erhoben und bis auf den heutigen Tag theils an Herzogl. Haupt-Steueramt, theils an die Stadtkasse abgeliefert werden. Im Uebrigen werde der Platz vom Stadtmagistrate alljährlich in der Rechnung der Altenwiefer Weichbildsgemeinde ausdrücklich als Eigenthum derselben anerkannt. Wie nun Redner bereits in der Versammlung vom 4. d. M. hervorgehoben, seien die widerrechtlich vom St. Leonhardsplage entnommenen 3 Morgen am 12. September 1871 mit Genehmigung des Stadtmagistrats und des Herzogl. Staatsministeriums an den Particulier Markworth hieselbst für 3330  $\text{fl}$  öffentlich meistbietend verkauft. Das Kaufgeld sei ebenfalls mit Genehmigung des Stadtmagistrats an die 414 Gemeindeinteressenten zum Zwecke der Auflösung der Weichbildsgemeinde vertheilt und der Vorsitzende der Verwaltungsdeputation durch Autorisation des Stadtmagistrats vom 30. Mai 1872 ermächtigt, das fragliche Areal dem p. Markworth gerichtlich zu tradiren, ohne daß bislang auch nur im Entferntesten das städtische Interesse der Viehmarktgerichte am St. Leonhardsplage in Betracht gezogen wäre. In der Stadtverordnetenversammlung vom 18. Juli 1872 habe man sogar gegen den Käufer der fraglichen Grundstücke, Particulier Markworth, die Aufnahme eines Proceßes zu Gunsten des Stadterweiterungsplans vom 1. Juli 1870 beschlossen. Der Proceß sei durch alle Instanzen für die Stadt verloren gegangen und habe der Stadt viel Geld gekostet. Wenn Redner nicht irre, habe der jetzige Vicepräsident der Versammlung, Herr Obergerichts-Advocat Dr. jur. Peters derzeit als Referent der Statutencommission für die Proceßaufnahme plaidirt und auch als Anwalt der Stadt den Proceß in allen Instanzen verloren. Man habe jahrelang

um den Stadterweiterungsplan behufs Erweiterung des St. Leonhardsplatzes processirt, aber Keiner der Herren Rechtsgelehrten der Commission für Statuten und Rechtsfachen — vielleicht mit Ausnahme des Herrn Brantweinbrennereibesizers Krone — sei bislang auf die Idee gekommen, die städtische Viehmarktgerechtsame am St. Leonhardsplatz im Interesse des Gemeinwohls zu vertreten. Höchstwahrscheinlich werde nun in den nächsten Tagen ein Termin zur gerichtlichen Verlassung der fraglichen Grundstücke anberaumt werden, und erlaube er sich deshalb an den Stadtmagistrat die Frage zu richten: ob es der Sachlage angemessen gefunden werden möchte, in dem Verlastermine die res publica der städtischen Viehmarktgerechtsame am St. Leonhardsplatz zu wahren. Eventuell stelle er den Antrag:

den Stadtmagistrat hierum ausdrücklich zu ersuchen und unter den obwaltenden Umständen die Dringlichkeit dieses Antrages zu beschließen.

Außerdem wünscht Herr Vock noch Auskunft darüber zu haben, auf welchem Rechtstitel die Verpflichtung der Stadt beruhe,

durch einen städtischen Marktmeister in der Sommer- und Wintermesse sog. Stellegelder auf den Viehmärkten bei St. Leonhard erheben und an das Herzogl. Hauptsteueramt abliefern zu lassen.

Herr Oberbürgermeister Caspari erklärt, daß der Magistrat augenblicklich nicht in der Lage sei, die verlangte Auskunft zu erteilen. Doch dürfte nach ungefährter Erwägung der angeführten Thatsachen die Auffassung Herrn Vock's allerdings wohl mancher Einrede zu gewärtigen haben. Uebrigens werde dem Magistrat am erwünschtesten sein, die Sache in Form eines bestimmten Antrages auf die Bahn gebracht zu sehen.

Der Herr Vorsitzende hält für angemessener, vorerst die Beantwortung der Interpellation auf die nächste Tagesordnung zu setzen, da der Antrag Herrn Vock's nur ein eventueller sei und zuvor einer Commission überwiesen werden müsse.

### Der Tagesordnung gemäß

I. erstattet namens der Finanzcommission Herr Steinau Bericht über den mit einem Magistratschreiben vom 30. März eingegangenen Voranschlag für den Wasserwerksbetrieb auf das Jahr 1874. Derselbe schließt mit einer Ausgabe von 29,486 ₰ 20 g, einer Einnahme von 37,600 ₰ ab, hat in seinen einzelnen Positionen zu Erinnerungen keinen Anlaß gegeben und wird demnach zur Genehmigung empfohlen.

In diesem Sinne beschließt auch die Versammlung.

## Herner

II. berichtet auf Grund eines Magistratschreibens vom 15. April namens der Statutencommissiön Herr Lucius:

Nachdem am 21. Februar 1821 auf dem Negidienmarke eine Menageriebude in Flammen aufgegangen war, wurde der Beschluß gefaßt, bretterne Schaubuden, welche bis dahin während der beiden Messen dort und auf dem Kohlmarke aufgestellt wurden, künftig auf den jetzigen Tummelplatz zu verlegen. Kleinere Schaubuden, wie solche jetzt den größten Theil des Platzes einnehmen, kamen damals nur in geringer Zahl vor oder wurden nach wie vor auf dem Kohlmarke untergebracht; die größeren fanden Raum auf dem mittleren Theile des Platzes, sodaß namentlich die Fußwege zu aller Genüge frei blieben. Erst in den letzten Jahren hat mit dem wachsenden Zudrange zum Theil gänzlich werthloser, ja roher Schausstellungen der Umfang und die Art der Benutzung des Tummelplatzes eine arge Belästigung des Publicums und zahlreiche Beschwerden namentlich der Anwohner verursacht. Ein Gesuch, den Lessingplatz von Schaubuden frei zu halten, und solche nach dem Plage bei St. Leonhard, dem Maschploge oder dem Al. Exercierploge zu verweisen, wurde kurz vor Beginn der diesjährigen Wintermesse von dem Polizeidirector Meyer im Magistrate zum Vortrage gebracht. Nach reiflicher Erwägung indeß kam man in der Ansicht überein, daß, wenn nicht etwa ganz auf derartige Ausstellungen verzichtet werden sollte, was doch dem Character der Messe widersprechen und für den Meßverkehr voraussichtlich sehr nachtheilig sein würde, die völlige Verzichtleistung auf den Tummelplatz unmöglich sei, da die Aufstellung von Schaubuden in der Stadt noch weit unthunlicher sein würde, die in Vorschlag gebrachten Außenplätze einmal nicht disponibel, sodann auch zu entlegen sind und ohne unverhältnismäßige Kosten nicht zweckentsprechend hergerichtet, insbesondere nicht mit Gas und Wasser versorgt werden könnten, ein geeigneter anderer Platz aber nicht vorhanden ist. Eine Beschränkung in der Benutzung des Tummelplatzes hingegen, namentlich durch Freierhaltung der dem Fußverkehr dienenden Alleen, durch gänzlichen Ausschluß mancher Geschäfte, wie der Schnaps- und Kneipbuden, der Glückspiele und dergl., durch Schließung des Verkehrs daselbst zu einer bestimmten Abendstunde und durch Unterfügung des Uebernachtens und Haushaltens in den Buden und Wagen, erschien sehr wohl durchführbar, und wurde demnach beschlossen. Bei einer derartigen Regelung der Verhältnisse wird sich die Belästigung der Anwohner und Passanten fortan auf die unvermeidliche Musik und das lebhaftere Treiben während der Meßzeit beschränken.

Inzwischen ist nun auch bei Herzogl. Staatsministerium ein mit zahlreichen Unterschriften versehenes Gesuch eingegangen, dahin gerichtet, daß der Tummelplatz



forperrhin von allen Schaubuden freigehalten und zur Aufstellung des Siegesdenkmals benutzt werde. Von Herzogl. Kreisdirection zu einem gutachtlichen Berichte aufgefordert, ist der Magistrat nach allseitiger Erwägung der in Betracht kommenden Verhältnisse zu folgendem Ergebniss gelangt. Ersteren Antrag betreffend, leuchtet ein, daß es sich dabei in erster Linie um ein Interesse der Anwohner des Tummelplatzes handelt, von denen denn offenbar auch die ganze Agitation ausgeht. Diesen aber wird die Duldung jener unvermeidlichen Uebelstände um so eher zugemuthet werden dürfen, als die Häuser am Tummelplatze bis auf zwei erst nach Dahinverlegung des Meßverkehrs entstanden oder angekauft sind, zu einer Zeit also, da diese unliebsamen Eigenschaften der Gegend bereits vorhanden war. Die Mehrzahl der übrigen Unterzeichner hat sich ohne Zweifel lediglich aus Gefälligkeit betheiligt, und wird den gerügten Uebelständen mit Leichtigkeit aus dem Wege gehen können, wenn sie den Tummelplatz zweimal im Jahre vierzehn Tage meidet, was gegenüber den gewünschten Eingriffen in die Meßfreiheit jedenfalls für das geringere Uebel zu gelten hat. Ebensowenig Gewicht kann dem zweiten Vorschlage beigemessen werden, da es bei dem entschiedenen Widerspruche sehr vieler Sachverständigen mindestens noch sehr zweifelhaft ist, ob sich der Tummelplatz zur Aufstellung des bewussten Denkmals eignet. In dem Falle freilich, daß diese Frage bejaht werden sollte, würden neben dem Siegesdenkmal Schaubuden natürlich nicht mehr aufgeschlagen werden können. Einstweilen jedoch und solange es sich nur um den Conflict der Interessen des Meßverkehrs und der Anwohner des Tummelplatzes handelt, glaubt der Magistrat bei dem früher mit Herzogl. Polizeidirection vereinbarten Beschlusse beharren zu müssen, wünscht indeß vor Erstattung des verlangten Berichts auch die Ansicht der Versammlung zu vernehmen und bittet daher um Prüfung dieser Angelegenheit und um Mittheilung des diesseits gewonnenen Resultats.

Die Commission ist einverstanden, daß eine Aenderung des gegenwärtigen Treibens auf dem Tummelplatze dringend wünschenswerth sei, vermag sich aber für gänzliche Ausschließung der sogenannten Sehenswürdigkeiten ebenfalls nicht auszusprechen und stellt daher den Antrag:

Die Versammlung wolle sich mit den vorgetragenen Ansichten des Magistrates und der Herzoglichen Polizeidirection einverstanden erklären und namentlich den Wunsch aussprechen, daß

- 1) die Promenadenwege des Tummelplatzes während der Meßzeit frei gehalten,
- 2) Schnaps- und Schenkbuden, Glücksspiele, Schießstände und untergeordnete Sehenswürdigkeiten, sowie auch Wagen, die zum Ueberrachten oder zur Führung einer Haushaltung dienen, daselbst nicht geduldet werden und

3) der dortige Messverkehr zu einer bestimmten Abendstunde geschlossen werde.

Herr Flagg e würde dem vorgeschlagenen Mittelwege eine Radicalkur, die gänzliche Aufhebung der Messe, vorziehen. Wolle man dazu aber nicht greifen, sondern auf möglichste Hebung der Messe Bedacht nehmen, was allerdings wohl das Richtigere sein dürfte, dann werde auch von jeder Beschränkung des wesentlich dazu gehörigen und geradezu historisch gewordenen Treibens auf dem Tummelplatze abzusehen sein. Auch in anderen Messstädten von Bedeutung, in Leipzig z. B. sei von dergleichen Beschränkungen keine Rede, und am wenigsten könne zu solchen Maßregeln eine Rücksicht auf die Häuser veranlassen, welche in neuerer Zeit aus freier Entschliessung der Eigenthümer und bei voller Kenntniß der jetzt als Uebelstände angeklagten Verhältnisse in der Umgebung des Tummelplatzes angebaut worden. Redner beantragt demnach, die Petition der Anwohner einfach zurückzuweisen.

Herr K l o ß. Wenn Bestand und Gedeihen der hiesigen Messe von dem gegenwärtigen Treiben auf dem Tummelplatze abhänge, dann möge man sie immerhin getrost zu Grunde gehen lassen. Daß dieses Treiben zu einem wahrhaft empörenden Mißstande ausgeartet, sei nicht bloß den zunächst interessirten Anwohnern, sondern Jedermann dem derselbe vor Augen trete, längst fühlbar geworden. Mit Ausschließung einzelner Etablissements werde nicht viel geholfen sein, auch stehe zu fürchten, daß die Behörden dadurch mit den einmal erteilten Concessionen in mancherlei Conflict gerathen werden. In diesem wie in jenem Betracht erscheine als das einzig Richtige, den gesammten Verkehr vom Tummelplatze hinweg und auf eine andere Stelle zu verweisen, und in diesem Sinne empfiehlt Redner der vorliegenden Eingabe Folge zu geben.

Herr S c h w a r z e n b e r g glaubt, daß das Richtige, wie immer, in der Mitte zwischen den beiden entgegengesetzten Auffassungen liege, in diesem Falle also in den Commissionsanträgen enthalten sei.

Herr R e c k, im Ganzen der gleichen Ansicht, möchte wenigstens die Schießstände als einem durchaus unschuldigen Vergnügen dauernd von der Verweisung ausgenommen sehen.

Herr Oberbürgermeister C a s p a r i macht hiergegen unter Berufung auf bekannte Erfahrungen geltend, daß der Charakter dieses Vergnügens nicht ganz so unbedenklich sei, wie der Herr Vorredner annehme, und bittet auf alle Fälle, nicht den Behörden durch einen so in Specialitäten eingehenden Beschluß die Hände zu binden.

Der Antrag des Herrn K l o ß findet die erforderliche Unterstützung nicht. Der Antrag Herrn Flagg e s, sowie das von Herrn R e c k eingebrachte Amendement werden von der Versammlung abgelehnt, der Commissionsantrag dagegen angenommen.

III. In einem Schreiben vom 6. d. M. sucht der Magistrat um die Ermächtigung nach, bei Gelegenheit einer gefelligen Zusammenkunft zu welcher er den Theilnehmern des vom 19. bis 26. Juli hier stattfindenden nordwestdeutschen Bundeschießen die Räume des Altstadtrathhauses eingeräumt hat, dieses selbst sowie den Markt und die Martinikirche in der bei dergleichen Gelegenheiten üblichen Weise erleuchten zu lassen. Zugleich wird eine Verwilligung von 100  $\mathfrak{g}$  aus der Stadtkasse beantragt, um seitens der Stadt nach dem Vorgange anderer Städte in denen dergleichen Bundeschießen stattgefunden haben, einige Schützenpreise zu stiften. Die Finanzcommission, für welche Herr Götte berichtet, findet bei der Geringsfügigkeit der hier in Betracht kommenden Summen kein Bedenken, beide Verwilligungen zu befürworten.

Herr Steinau würde seine Mitwirkung nicht versagen, wenn es sich darum handelte, eine Versammlung oder Ausstellung zu Studienzwecken zu unterstützen. In dem vorliegenden Falle vermag er sich mit der beabsichtigten Illumination allenfalls zu befreunden; zur Stiftung eines Schützenpreises dagegen sieht er keinerlei Veranlassung. Von der Schützengesellschaft selbst sei eine solche Gabe nicht beantragt, wie in der That denn auch nicht abzusehen wäre, mit welchem Rechte dieselbe eine Beihilfe aus öffentlichen Mitteln in Anspruch nehmen könnte. Denn daß sie und Ihresgleichen höhere Zwecke verfolge wie jede beliebige andere Spielgesellschaft, daß insbesondere etwa den Schießübungen wie sie in diesen Kreisen betrieben werden, heutigen Tages noch irgendwelche vaterländische Bedeutung beizubringen, das werde im Ernst doch wohl Niemand behaupten wollen. Der Vorgang anderer Städte aber, welcher allein zu Gunsten der Verwilligung geltend gemacht werde, sei keinesfalls doch ein durchschlagender Grund, und wenn dabei, wie es scheine, namentlich die Scheu vor der unliebsamen Beurtheilung mitwirke, denen sich Braunschweig durch seine Nichtbetheiligung aussetzen könnte, so werde man solche eben ertragen müssen und ertragen können.

Herr Oberbürgermeister Caspari constatirte, daß der vorliegende Antrag allerdings doch von Seiten der Schützengesellschaft in Anregung gebracht worden, für den Magistrat aber in der That hauptsächlich die Erwägung maßgebend gewesen sei, daß es zu mancherlei dem Rufe unserer Stadt wenig zuträglichem Mißdeutungen Anlaß geben müßte, wenn hier allein seitens der städtischen Behörden den verbundenen Schützengesellschaften mit gänzlicher Theilnahmlosigkeit begegnet würde, zumal da den Wünschen der Betheiligten mit einem so geringfügigen Beitrage genügt werden können. Allerdings müsse man zugeben, daß das heutige Schützenwesen an sich einen militärischen Werth nicht mehr habe, wohl aber seien die damit verbundenen Feste immer noch in höherem Grade als die meisten anderen wirkliche allgemeine Volksbelustigungen, ganz zu geschweigen der Vortheile, welche

den Steuerzahlern indirekt aus dem Zusammenflusse vieler Tausend Fremder erwachsen.

Herr Brause erklärt sich gegen jedwede Verwilligung. Verufe man sich auf den Vorgang anderer Städte, so sei zu erwidern, daß bei einer pflichtmäßigen Entscheidung bekanntlich Niemand frage: was thum Andere? sondern: was ist Recht? Auch die Geringfügigkeit der Forderung sei kein Grund sie zu gewähren, da es für die Rechtmäßigkeit einer Ausgabe wiederum völlig gleichgültig, wie groß oder wie klein dieselbe sei, die gegenwärtige Finanzlage der Stadt aber eine dringende Aufforderung enthalte, überall zu sparen, wo nicht ein ganz unabweisliches Bedürfnis vorliege. Ja, andrerseits dürfte man sagen, gerade die Geringfügigkeit der beanspruchten Summe enthalte einen Grund mehr, sie zu verweigern, sofern es auf die Betheiligten nur den Schein einer gewissen Schätzigkeit werfen könnte, wenn sie für ihre Vereinszwecke um ein so unbedeutendes Geschenk aus öffentlichen Mitteln einkommen. Auch als allgemeine Volksbelustigung könne das bevorstehende Schützenfest nicht gelten: dergleichen gebe es überall nicht mehr, seitdem die verschiedenen Bevölkerungsklassen durch so tiefgehende Spaltungen geschieden, wie dies heutzutage der Fall sei. Dieser unleugbaren Thatsache gegenüber habe die Versammlung kein Recht, die Feste der einen Klasse auf Kosten aller zu unterstützen. Sei die Beleuchtung des Altstadtmarktes u. als eine Ovation der auswärtigen Gäste zu verstehen, dann möge man diese allenfalls genehmigen; an seinem Theil ist Redner freilich mehr geneigt, auch hiergegen Einspruch zu erheben.

Herr Götte bekennt, daß die Commission sich der Gründe, welche gegen den Magistratsantrag sprechen, wohl bewußt gewesen sei. Wenn sie dieselben gleichwohl zur Genehmigung empfehle, so geschehe dies eben aus dem Gesichtspunkte, daß es sich um einen Act der Höflichkeit gegen die fremden Festtheilnehmer handle, welchen man im Interesse des guten Rufes unserer Stadt nicht wohl außer Augen setzen könne.

Herr Lucius gesteht die militärische Bedeutungslosigkeit des Schützenwesens ebenfalls zu, mißt demselben aber um so größeren Werth von einem anderen Standpunkte bei, welchen, freilich in entgegengesetzter Absicht, schon Herr Brause hervorgehoben habe. Gerade die gegenwärtige Trennung der Stände nämlich lasse es als eine Pflicht erscheinen, Feste zu erhalten und womöglich neu hervorzurufen, welche Reich und Arm auf dem Boden eines gemeinsamen Interesses wieder zusammenzuführen geeignet, und eben diese Eigenschaft wohne in ganz besonders hohem Maße solchen bei, die, wie das bevorstehende Bundesschießen, darauf gerichtet sind, den deutschen Mann in seiner Wehrhaftigkeit zu zeigen. Demnach werde er für die Unterstützung dieses Festes ebenso unbedenklich stimmen, wie er seine Zustimmung versagen würde, wenn es sich etwa um ein Fest handelte, welches

die socialdemokratische Partei in geöffneter Absonderung von den übrigen Klassen der Bevölkerung zu feiern gedächte.

Herr Stein au bestreitet, daß das Institut der Schützengesellschaften wirklich noch im Volke wurzele und irgend welche ernsthafte Aufgabe verfolge. Wie es mit der gerühmten Wehrhaftigkeit dieser Leute bestellt sei, darüber könne ein Blick auf ihre Aufzüge sattsam belehren, und in Wahrheit zweifle denn auch Niemand, daß zur Stählung des Körpers alles Andere und namentlich die Turnerei unendlich viel besser geeignet, als das Schützenwesen, dessen Hauptzweck in Gelagen und anderen Vergnügungen bestehe, und welches in Folge davon, weit entfernt, irgend welchen Nutzen zu stiften, bereits manchem Handwerksmanne verderblich geworden sei. Wollen seine Anhänger hier für eine möglichst glänzende Ausstattung des bevorstehenden Bundeschießens wirken, so werde sie natürlich kein Mensch daran hindern; auch sei kein Zweifel, daß den auswärtigen Gästen durch gute Aufnahme in den interessirten Kreisen alle Ehre widerfahren werde. Die Stadt als solche aber habe keine Veranlassung, ihnen eine besondere Theilnahme zu bezeugen, ganz abgesehen davon, daß die Summe von 100  $\text{fl}$  eben ihrer Geringsfügigkeit wegen schwerlich als ein würdiges Zeichen solcher Theilnahme angesehen werden.

Die Debatte wird damit geschlossen.

Herr Oberbürgermeister Caspari. Ohne die Verhandlungen fortsetzen zu wollen, müsse er den Ausführungen Herrn Brackes doch die Thatsache entgegenhalten, daß jedes Gemeinwesen Ehrenausgaben zu machen habe, zu deren Verwilligung die städtischen Organe ebenso wohl wie z. B. jede Vormundschaft berechtigt seien.

Herr Bracke. Er bestreite in diesem Falle nicht das formelle Recht der städtischen Behörden. Aber es gebe ein Recht, welches viel höher stehe als dieses.

Die Anträge des Magistrats werden hierauf — der zweite mit allen gegen zwei Stimmen — genehmigt.

#### IV. Wie ferner

namens der Finanz-Commission Graf Götz-Brisberg vorträgt, befinden sich hinter Damm und Katrepeln zwei Gräben, sogenannte Triebe, welche die Gassen aus zwanzig Häusern aufnehmen und bei dem vormaligen Alexiipflerhause in die Oker münden. Beide Gräben befinden sich in Folge mangelhafter Reinigung in einem Zustande höchster Verwahrlosung und müssen nach dem Gutachten sowohl des Stadtphysicus als auch der zuständigen Baubeamten nothwendig canalisirt werden, wenn ein ordnungsmäßiger Zustand herbeigeführt werden soll. Die Kosten dieser Canalisirung sind auf 883, bei einer für zweckmäßig erachteten

Verlegung des Ausflusses auf 1133  $\text{fl}$  veranschlagt. Zu letztem Behuf ist von Seiten des Herzoglichen Staatsministeriums ein Zuschuß von 248  $\text{fl}$  verwilligt; von den Anwohnern, welche streng genommen zur Uebernahme des ganzen Restes verpflichtet sein dürften, wird, da einzelnen Anliegern die volle ihnen zukommende Quote aufzubringen nicht im Stande sind, nur die Summe von 560  $\frac{1}{2}$   $\text{fl}$  beigetragen werden, wonach denn zur Ausführung der gedachten Arbeiten noch 184  $\text{fl}$  fehlen. In dieser Verlegenheit hat sich Herzogliche Polizeidirection an den Magistrat mit der Bitte um Verwilligung eines Beitrags von 200  $\text{fl}$  gewandt, und bei der großen Wichtigkeit dieser Anlage für die ganze Gegend glaubt der Magistrat diese Bitte bei der Versammlung befürworten zu müssen, mit dem Vorbehalt jedoch, daß die Stadt zur Zahlung erst dann herangezogen werde, nachdem der Staatszuschuß sowie die Beiträge der Anwohner zur Verwendung gekommen sind.

Die Commission schließt sich diesem Antrage an, da die Beseitigung derartiger schreiender Uebelstände allerdings im allgemeinen Interesse höchst wünschenswerth und anders als durch Betheiligung der Gemeinde nicht wohl zu erreichen sei.

Herr Reck beklagt, daß Herzogl. Polizeidirection bei dieser Gelegenheit ihr Augenmerk nicht auch auf die übrigen noch vorhandenen Triebe gerichtet habe, deren Zustand ebenfalls ein so haarsträubender sei, daß, wenn derselbe allgemein fühlbar wäre, die Abhülfe keinen Augenblick würde auf sich warten lassen. Redner weist namentlich auf die Triebe hinter den an der Nordseite des Hagenmarktes belegenen Häusern und auf dem Bruche hin und stellt den Antrag, daß der Magistrat ersucht werde, auf deren möglichst rasche Beseitigung bedacht sein zu wollen.

Herr Reuter würde in diesen Antrag sämtliche Ofergräben im Innern der Stadt einschließen, wenn nicht von Seiten des Magistrats bereits Schritte zu dem gewünschten Ende geschehen wären. Den vorliegenden Antrag anlangend, ist ihm nur die Zweckmäßigkeit der vorgeschlagenen Verlegung des Canalausganges zweifelhaft, da einmal die demnächstige Richtung des Canals hinter der Münzstraße noch keineswegs feststehe, überdies aber auch jene Verlegung durch die projectirte Canalisirung des Ofergrabens zwischen Damm und Katrepeln wahrscheinlich überflüssig werden dürfte.

Dem gegenüber giebt Herr Oberbürgermeister Caspari zu bedenken, daß die aus der Verlängerung des fraglichen Canals erwachsenden Mehrkosten durch den Beitrag Herzogl. Landesregierung gedeckt seien, die Stadt also jedenfalls 200  $\text{fl}$  werde zu verwilligen haben, und demnach kein Grund vorhanden, den Ausgang des Canals auf unbestimmte Zeit offen daliegen zu lassen. Den Antrag Herrn Recks werde der Magistrat in Erwägung ziehen, wie denn auch in früherer Zeit schon seitens der Stadt mit Canalisirung anderer Triebe vorgegangen sei.

Die Hauptschwierigkeit liege nur darin, daß sich die nächsten Interessenten in vielen Fällen zu keinerlei Beiträgen geneigt zeigen; trete in einem solchen Falle die Stadt allein ein, so werde natürlich nie wieder auf eine billige Mitwirkung seitens der Anlieger zu rechnen sein.

Herr Reck vermag nicht abzusehen, wie auf andere Weise den Unzuträglichkeiten ein Ende zu machen, welche bei einbrechenden Epidemien der ganzen Stadt unfehlbar höchst verderblich werden müssen. Uebrigens sei sein Antrag absichtlich ganz allgemein gehalten, und namentlich die Art und Weise der Ausführung durchaus dem Magistrate anheimgestellt. Den Ausgang des jetzt in Rede stehenden Canals beantragtermaßen zu verlegen, scheine abgesehen von allem Uebrigen schon durch das bessere Gefälle des Canals hinter der Münzstraße gerathen. Redner beklagt schließlich, daß man bei den bisherigen Canalisationen, ohne die dagegen geltend gemachten Gründe irgendwie zu berücksichtigen oder zu widerlegen, immer noch Platten zur Anwendung gebracht habe, und wünscht Auskunft darüber, ob in dem vorliegenden Falle wieder zu diesem Material gegriffen oder ob hier endlich einmal ein Versuch mit Thonröhren gemacht werden solle, was in Anbetracht der erforderlichen Größe sehr wohl möglich sein dürfte.

Herr Reuter hält für fraglich, ob der schlechte Untergrund an dieser Stelle einen derartigen Versuch zulassen werde. Der Zustand der anderen Triebe sei nicht überall gleich schlimm, wensichon bei einigen alle Ursachen vorhanden, auf möglichst rasche Abhilfe bedacht zu sein. Die kürzeste Proccedur, dieselben einfach zu zerwerfen, sei deshalb nicht wohl möglich, weil sie zum Theil auch das Wasser von öffentlichen Plätzen aufnehmen. Redner beklagt, daß kein Gesetz existirt, kraft dessen die Anlieger zu Beiträgen für eine Canalisirung nöthigenfalls gezwungen werden können. Die vorgeschlagene Verlängerung des gegenwärtig in Frage stehenden Canales anlangend, so müsse, abgesehen von der Möglichkeit, daß sie in Folge einer anderweitigen Canalisirung des Okergrabens hinter der Münzstraße demnächst überflüssig werden könnte, doch allerdings anerkannt werden, daß einmal das Gefälle des zur Zeit dort vorhandenen Canales diesen zur Aufnahme des Abzugs aus der Triebe in der That sehr geeignet erscheinen lasse, und sodann, daß die Unnehmlichkeit, dessen Mündung auf diese Weise unsichtbar zu machen, mit der Auswendung von 248  $\text{fl}$  nicht zu theuer erkauft sein werde.

Herr Oberbürgermeister Caspari bemerkt, daß über die Art und Weise der beabsichtigten Canalisation der Magistrat nach Lage der Sache keine Auskunft ertheilen, auch der Baudirection keine Vorschriften machen, sondern höchstens das eine oder andere Material in Anregung bringen könne, zumal hinsichtlich des größeren oder geringeren Werthes von Platten- und Röhrenkanälen unter den Sachverständigen noch keine Uebereinstimmung erzielt sei.

Nachdem Herr Graf Görz-Brisberg von einer Verzögerung des so nöthigen Werkes durch nebensächliche Bedenken nochmals dringend abgemahnt hat wird sowohl der Magistratsantrag als auch derjenige Herrn Recks von der Versammlung angenommen.

V. Nachdem in Gemäßheit des Reglements vom 11. Februar 1859 die Neupflasterung des Dammes beschloffen, der Bauplan entworfen und höheren Orts genehmigt war, hat in Betreff der von den Anwohnern an und in ihren Häusern vorzunehmenden Veränderungen das in § 10 des Statuts vom 25. Juni 1860 vorgeschriebene Verfahren stattgefunden, und ist insbesondere die Wittve des Wollhändlers Meyer, da das neue Trottoir 20" tiefer als die unterste Stufe der Landthür und 22 1/2" tiefer als die Einfahrt ihres sub *N* 17 belegenen Hauses zu liegen kam, zu den hiernach erforderlichen Anordnungen event. zur Verfolgung des Recurses innerhalb der Frist von 8 Tagen aufgefordert, mit dem Bedeuten, daß widrigenfalls das Erforderliche auf ihre Kosten vom Magistrate angeordnet werden müßte. Ohne den Recursweg zu beschreiten, hat hierauf die Wittve Meyer zu Protocoll gegen diese Auflage Vorstellung erhoben, auf welche indeß nach eingehender Prüfung abschläglich beschieden ist mit dem Anheingeben, den Recurs hiergegen nunmehr binnen 14 Tagen zu verfolgen. Statt dessen hat die Wittve Meyer durch eine Eingabe vom 17. Juli 1873 Protest gegen das Verfahren eingelegt und unterm 21. Februar d. J. eine Klage wegen Eingriffs in ihr Eigenthumsrecht bei Herzogl. Kreisgerichte eingereicht. In der hierauf erlassenen Verfügung Herzogl. Kreisgerichtes vom 24. Febr. in welcher dieses sich auf Grund von § 9 des Gesetzes vom 19. Mai 1851 für competent erklärt, hat der Magistrat geglaubt, einen Eingriff in die Befugnisse der Verwaltungsbehörden erblicken zu müssen, da nach der beregten, von Herzogl. Staatsministerium genehmigten statistischen Bestimmung das hier wie auch sonst in gleichen Fällen beobachtete Verfahren lediglich in die Hände der Verwaltungsbehörden gelegt, ein processualisches Verfahren aber über die den Hauseigenthümern bei solchem Anlaß aufzuerlegenden Veränderungen unzulässig ist. Herzogliches Kreisgericht hat dann auch in Folge der auf Anhalten des Magistrats erhobenen Einsprache Herzoglicher Kreisdirection laut Verfügung vom 17. April d. J. das gerichtliche Verfahren, insoweit die Klage ein Verbot der fraglichen Veränderungen an der Straße vor dem Hause der Klägerin und an diesem bezweckte, eingestellt; gegen diese Entscheidung aber ist seitens der Klägerin Berufung bei Herzogl. Obergericht eingelegt und beantragt, den erhobenen Einspruch für unbegründet zu erkennen und das Kreisgericht zur Fortsetzung des Verfahrens anzuweisen.

Der Magistrat hält nun diese Berufung aus folgenden Erwägungen für unbegründet.



Das Klagepetitum ist in erster Linie darauf gerichtet, dem Magistrate die in Rede stehenden Veränderungen unbedingt zu verbieten. Eventuell beansprucht die Klageschrift, daß dieselben nur nach vorgängiger Durchführung eines Expropriationsverfahrens oder nach Feststellung und Leistung einer Entschädigung für alle dem Hause erwachsenen Nachtheile zu gestatten oder daß der Magistrat *praevia liquidatione* zum Schadenersatz zu verurtheilen sei. Hiernach handelt es sich zunächst lediglich um die Frage, ob Herzogl. Kreisgericht competent war, jene Veränderungen zu verbieten, was dieses in seiner Entscheidung vom 17. April verneint hat, wie der Magistrat glaubt, mit vollem Rechte, da die Neupflasterung der Straßen eine reine Verwaltungsmaßregel, deren Anordnung und Ausführung durch das Reglement vom 11. Februar 1859 in die Hände des Magistrats sowie der Polizei und der Baudirection gelegt ist. Auch die in Folge der Neupflasterung event. auf Anordnung des Magistrats vorzunehmenden Veränderungen an den Häusern der Anwohner können als ungesetzliche Eingriffe in das Privateigenthum nicht angesehen werden, da sie sich als Ausfluß der Baupolizei charakterisiren. Ein richterliches Verbot solcher von den competenten Behörden getroffenen Maßregeln erscheint mithin unzulässig.

Ungeachtet aber hiernach der Magistrat der Ansicht ist, daß die Berufung der Klägerin von Herzogl. Obergerichte wird zurückgewiesen werden, hält er doch eine Vertretung der Stadt in dem auf den 22. v. M. anberaumten Termine für wünschenswerth. Die Frage sodann, ob der Klägerin eine Entschädigungsforderung gegen den Magistrat zustehe, liegt auf einem ganz andern Felde. In Ansehung dieser event. Frage ist weder seitens Herzoglicher Kreisdirection Einspruch erhoben, noch auch seitens des Kreisgerichtes wegen Incompetenz das Verfahren eingestellt. Auch diesen event. Entschädigungsantrag, welcher demnächst allerdings unzweifelhaft weiter verfolgt werden wird, hält der Magistrat für unbegründet, da, wenn auch der Grundsatz feststeht, daß der Staat oder die Gemeinde für die im Interesse des Gemeinwohls beanspruchte Abtretung von Privatgrundstücken volle Entschädigung zu leisten hat, von einer solchen Abtretung doch im vorliegenden Falle überall nicht die Rede ist. Unzweifelhaft ist die Stadtgemeinde befugt, unter Beobachtung der statutarischen und reglementarischen Vorschriften Neupflasterungen vorzunehmen. Wenn zu diesem Ende die Höher- oder Tieferlegung einer Straße technisch nothwendig wird, so können die Anwohner, denen dadurch etwa Inconvenienzen erwachsen — und daß dieser Fall für die Klägerin demalen eintreten wird, stellt der Magistrat nicht in Abrede — hieraus keinerlei Entschädigungsansprüche herleiten, weil der Vortheil, welchen die Einzelnen von dem Bestehen und der Benutzung eines öffentlichen Weges haben, keineswegs deren privater Rechtsphäre angehört. Demnach stellt der Magistrat den Antrag, ihn zur Führung des seitens

der Wittve Meyer anhängig gemachten Processus in den bezeichneten beiden Richtungen zu ermächtigen.

Herr Peters, welcher diese Mittheilung des Magistrates zur Kenntniß der Versammlung bringt, hat wegen Kürze der Zeit die Ansicht der Statutencommission nicht einholen können, glaubt aus naheliegenden Gründen davon absehen zu müssen, seine persönliche Meinung über den Rechtsfall in den Vordergrund zu stellen, und kann die Entscheidung daher nur dem Ermessen der Versammlung anheimgeben.

Doch hat in der Commission, wie der Herr Vorsitzende erläuternd hinzusetzt, die Meinung überwogen, daß man sich auf die geltend gemachten Entschädigungsansprüche keinesfalls einzulassen habe.

Herr Lucius, rücksichtlich des Rechtes der angeordneten Veränderungen durchaus der Ansicht des Magistrates, hält die Nothwendigkeit einer Entschädigung immerhin doch für wahrscheinlich, wünschon allerdings die bereits gestellte Forderung von 4000  $\text{R}$  übertrieben erscheinen müsse.

Herr Flaggge möchte angesichts des Verhaltens der Klägerin fast den Beschluß für angezeigt halten, nirgend mehr Veränderungen wie die hier angefochtene anzunehmen, bevor die Interessenten zu der Erkenntniß gekommen, wie sehr solche in ihrem eigenen Vortheile liegen.

Herr v. Seckendorf ist überzeugt, daß ein Vergleich des jetzigen Pflasters mit dem früher genügen müßte, dies unwiderleglich darzuthun, und daß überdies nur ein beklagenswerther Mangel an jeglichem Bürgerfinn dahin führen könne, einer so gemeinnützigen Maßregel Schwierigkeiten zu bereiten, wie es in diesem Falle seitens der Wittve Meyer geschehe.

Herr Munte giebt anheim, daß zunächst erst noch der Versuch gemacht werde, zu einem billigen Abkommen mit der Klägerin zu gelangen, ein Versuch, von welchem auch Herr Lucius guten Erfolg hofft.

Die Versammlung indessen beschließt in Gemäßheit des Magistratsantrages.

Schließlich

VI. berichtet namens der Finanzcommission auf Grund eines Magistratschreibens vom 6. d. M. Herr Graf Gorch-Wrisberg, daß von Seiten des Stadtbaumeisters der Antrag gestellt ist, dem Bauunternehmer Henze, welcher als Mindestfordernder den Bau der Husarenpferdeställe am Giersberge ausgeführt hat, eine Extravergütung von 730  $\text{R}$  zu verwilligen, da während der Bauzeit sowohl die Arbeitslöhne als auch die Materialpreise eine nicht vorherzusehende erhebliche Steigerung erfahren haben, und der Unternehmer daher und um so weniger zu seiner Rechnung habe kommen können, als er in Folge der Picitation alle Requisiten 8 % billiger habe liefern müssen als sie veranschlagt waren. Eine

Verpflichtung der Stadt zu derartigen Ersatzeleistungen besteht selbstverständlich nicht, doch scheinen in diesem Falle Billigkeitsgründe dafür zu sprechen, daß auf die angegebenen Verhältnisse Rücksicht genommen werde, und giebt demnach der Magistrat anheim, die beantragte Entschädigung zu verwilligen.

Die Commission hat sich nicht veranlaßt finden können, der Ansicht des Magistrates beizutreten. Sie verkennt nicht, daß der erlittene Verlust für den Unternehmer sehr hart sein mag, kann sich andererseits aber der Erwägung nicht verschließen, daß, wenn Verträge wie der hier in Betracht kommende einmal abgeschlossen sind, eine Nachverwilligung vorkommenden Falles andere Competenten verleiten könnte, mit der stillen Hoffnung auf eine gleiche Vergünstigung leichtsinnig abzuschließen und so die solideren Concurrenten aus dem Felde zu schlagen. Die Commission beantragt demnach die Ablehnung des Magistratsantrages.

Herr Haake dagegen bittet, unter ausdrücklichem Vorbehalt der Abweisung in vorkommenden ähnlichen Fällen diesmal auf die in der That vorliegenden außerordentlichen Verhältnisse billige Rücksicht zu nehmen.

Herr Oberbürgermeister Caspari will das Gewicht der seitens der Commission geltend gemachten Gründe nicht leugnen. Gleichwohl habe der Magistrat geglaubt, sich in diesem Falle zu Gunsten des Unternehmers verwenden zu können, weil die von ihm übernommenen Bauten nach dem Zeugniß des Stadtbaumeisters sehr gut ausgeführt seien, die Schwankungen der Preise in der That nicht voraussehen gewesen und die Lage des Mannes der Art, daß er einen Verlust von solcher Schwere nicht wohl ertragen könne.

Herr Steinau hält dem entgegen, daß der Sachverhalt doch nicht genau so liege, wie der Unternehmer angebe, daß es sich vielmehr einfach um eine Speculation handle, bei der er sich zu seinem Nachtheil geirrt habe. Die gute Ausführung des Baues könne ihm nicht wohl als besonderes Verdienst angerechnet werden, und nach den Monitoren des Stadtbaumeisters selbst hätte er streng genommen noch 310  $\text{R}$  herausgeben müssen. Verzichte man hierauf, so sei der Billigkeit alle Genüge geleistet und zu einer Nachverwilligung vollends kein Grund. Fälle wie diesen dürfe man überhaupt nicht nach dem Gefühle beurtheilen, vielmehr sei der strenge Rechtsstandpunkt hier der einzig richtige.

In gleichem Sinne spricht sich Herr Munte aus; von Verlusten wie der hier in Rede stehende seien in den letzten Jahren viele Unternehmer betroffen; würde also in diesem Falle Rücksicht darauf genommen, so wäre nicht abzusehen, warum man die gleiche Vergünstigung nicht auch anderen in gleicher Lage befindlichen Personen gewähren sollte.

Herr Graf v. B. v. Wrisberg erkennt dankbar an, daß Herr Steinau jenen von ihm übersehenen Punkt zur Sprache gebracht hat: die nach strengem

Recht allerdings unleugbare Verpflichtung des Unternehmers zur Rückzahlung von 310  $\text{fl.}$  Auch die Commission sei der Meinung gewesen, hiervon absehen zu dürfen; noch weiter aber zu gehen und etwa eine Commiseration Platz greifen zu lassen, zu welcher auch die Vorlage des Magistrats keine Aufforderung enthalte, habe ihr selbstverständlich fern liegen müssen.

Der Commissionsantrag wird von der Versammlung angenommen, und damit die öffentliche Sitzung geschlossen.

In der hierauf eintretenden vertraulichen Berathung werden Steuerveranlagungen erledigt.

---

1874.

(Fortsetzung der Beilage zum 170. Stücke des 1874  
der Braunschweigischen Anzeigen.)

№ 7.

## Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 30. Juli 1874.

Abwesend waren und wurden als entschuldigt angesehen die Herren Bräse, Jasper, Kellner, Krone, Lucius, Peters. Am Magistratstische anwesend Herr Oberbürgermeister Caspari und die Herren Stadträthe Bammel, Bardenwerper, Carstens, Rittmeyer.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Herrn Vorsitzenden werden zunächst die Protocolle vom 4. und 18. Juni genehmigt,

worauf, der Tagesordnung gemäß,

I. Herr Stadtrath Rittmeyer zur Beantwortung der am 18. v. Mts. eingebrachten Interpellation Herrn Bock das Wort erhält.

Die erste Frage Herrn Bock ging dahin:

ob es möchte angemessen befunden werden, vor Verlassung der an den Particulier Markworth verkauften drei Morgen vom St. Leonhards-  
plaz die dortige Viehmarktsgerechtsame der Stadt zu wahren.

Wie ein Bericht des Stadtarchivars ergibt, war jedes der fünf Weichbilde Braunschweigs ursprünglich ein selbständiges Gemeinwesen und demnach naturgemäß auch mit seiner besonderen Feldmark versehen, deren arthbare Ländereien getheilter Privatbesitz der Grundeigenthümer des Weichbildes waren, während Wald und Weide nach alter Flurverfassung als Almende von der Gesamtheit der Mark-

genossen pro indiviso genützt wurde. Die seit dem 13. Jahrhundert einsetzende politische Einigung der fünf Weichbilde zu einem Gemeinwesen änderte hierin nichts, vielmehr blieb das Vermögen der einzelnen Weichbilde nach wie vor in getrennter Verwaltung der Weichbildsräthe. Dieser urkundlich bezeugten Sachlage entgegen hat man aus gewissen Bestimmungen der städtischen Polizeiordnung von 1573 zu erweisen versucht, daß sämtliche Weidereviere ursprünglich Eigenthum gemeiner Stadt gewesen, den einzelnen Weichbilden ihr Theil daran nur zur Nutzung überwiesen worden sei. Bei genauerer Betrachtung indeß geben sich die angezogenen Bestimmungen als solche zu erkennen, welche eben rein polizeilicher Natur und zum Schutze der Nutzungsberechtigten gegen die Uebergriife Einzelner erlassen sind, keineswegs also ein Verfügungsrecht des Gemeinen Rathes an der Substanz der Weiden als solcher voraussetzen. Auch von der nach 1671 in Folge der Unterwerfung Braunschweigs eingetretenen Aenderung der städtischen Verfassung blieb das Eigenthumsverhältniß der Weiden unberührt, indem zwar die Weichbildsräthe aufgehoben, die Weichbildsgemeinden als politische Körperschaften ihrer Selbstständigkeit entkleidet und der obrigkeitlichen Gewalt des neugebildeten Magistrates untergeben wurden, die alte Trennung der Feldmarken aber fortbestand und deren Theilhaber von da ab besondere Verwaltungsgenossenschaften bildeten, welche bis auf den heutigen Tag in Wirksamkeit geblieben sind. Zu den Interessenten einzelner städtischer Weidereviere gehörten auch auswärtige Gemeinden, und insbesondere war die Altwiek in Ansehung ihrer Weide mit dem Kloster Ribbadsghausen und den Dörfern Melverode, Klein Stöckheim, Mascherode und Rautheim verknüpft: ein Verhältniß, welches muthmaßlich darauf beruht, daß die Einwohner untergegangener Ortschaften — wie beispielsweise des Dorfes Limbeck, dessen Name in der Bezeichnung des „Lembeken“ (Lembete) Teiches fortlebt — theils in die Altwiek theils nach jenen Dörfern übergesiedelt, ihre Aecker sonach theils der hiesigen, theils den dortigen Gemarkungen einverleibt, ebenso aber auf beiden Seiten auch Antheile der Weiderechtigen verblieben sind. Diese Verknüpfungen waren nun das hauptsächlichste Hinderniß der Culturverbesserungen, welche sich seit Mitte des vorigen Jahrhunderts als Forderung einer entwickelteren Landwirthschaft geltend machten, und wurden daher nach und nach im Wege gütlicher Auseinandersetzung aufgehoben. Zwischen der Altwiek und den genannten fünf auswärtigen Interessenten erfolgte solche durch einen Reces vom 24. November 1769; völlig freie Hand aber gewann die Altwiker Gemeinde erst dann, als durch den Reces vom 8. September 1800 auch die Knochenhauer des Aegidiensthorrens sowie das Aegidienkloster und das Waisenhaus B. M. V. wegen ihres für letztere beiden Interessenten von deren combinirtem Haushalte zu St. Leonhard ausgeübten Mitbehütungsrechtes abgefunden waren. Von den in

Folge dieser Vereinbarung zur Theilung gebrachten Weideflächen wurde der Platz bei St. Leonhard ausgeschieden und als ein öffentlicher Platz anerkannt, welcher hinfort zu Viehmärkten und zur Gewinnung von Lehm und Sand benutzt werden sollte, jedoch mit der ausdrücklichen Bestimmung, daß damit einem Dritten keinerlei Befugniß eingeräumt werde. Trotzdem aber hat in der Folge die Altwiker Gemeinde vertragswidrig drei Morgen dieses Platzes sich angeeignet und zu Gärten umgeschaffen, worein vom Domainenhaushalte St. Leonhard gewilligt ist, indem laut § 10 des Gemeinheitsheilungsrecesses vom 2. September 1839 und nochmaß durch § 1 des Nachtragsrecesses vom Jahre 1853 jene Gärten der Altwiker Gemeinde als Eigenthum belassen wurden. Seitens der Stadt ist hiergegen weder in dem zur Anmeldung etwaiger Ansprüche auf den 24. Juni 1839 angesetzten Termine noch später Einspruch erhoben, 1871 vielmehr der Verkauf der fraglichen Gärten an den Particulier Markworth anstandslos genehmigt.

Die rechtliche Sachlage stellt sich nach dem Allen folgendermaßen dar. Wenn anzunehmen wäre, daß durch den Reces vom 8. September 1800 das Eigenthum am Marktplatze zu St. Leonhard als einer res publica auf die Stadtgemeinde übergegangen sei, so würde die Altwiker Gemeinde ein Eigenthum daran durch langjährigen Besitzstand nicht haben erlangen können, da eine res extra commercium dem Eigenthum von Privatpersonen entzogen ist, mithin auch nicht erseffen werden kann. Ebenso wenig wäre alsdann der Reces vom Jahre 1839 und der Verkauf an Markworth im Jahre 1871 geeignet, ein Eigenthum der Altwiker Gemeinde oder des Käufers Markworth an den fraglichen Gärten zu begründen, da unter der obigen Voraussetzung nur die städtischen Behörden (Magistrat und Stadtverordnete) mit Genehmigung des Herzoglichen Staatsministeriums dem Platze oder einem Theile desselben die Eigenschaft einer res publica hätten entziehen und das Eigenthum daran an eine Privatperson übertragen können, bei dem Recesse von 1839 aber die städtischen Behörden überall nicht mitgewirkt haben und zu dem Verkaufe an Markworth die Genehmigung der Stadtverordneten fehlt. Allein jene Voraussetzung erscheint eben hinfällig. Denn bei der Vereinbarung vom Jahre 1800 trat die Stadt weder als Mitcontrahentin auf, noch ist hinterher ihr der Platz bei St. Leonhard tradirt; wohl aber wird in dem betreffenden Recesse ausdrücklich bemerkt, daß, wenngleich der Platz als ein öffentlicher von den Interessenten wechselseitig anerkannt werde, und sie sich aller Theilung und Disposition darüber begeben, dennoch keinem Dritten eine Befugniß an demselben eingeräumt werden solle. Wenn aber damals der Stadt kein Eigenthum eingeräumt ist, so haben die ursprünglichen Contrahenten, die Altwiker Gemeinde und der combinirte Haushalt zu St. Leonhard, im Recesse von 1839 wirksam über Theile des Platzes verfügen können. Mithin erscheint die Bestimmung,

nach welcher die fraglichen Gärten der Gemeinde belassen sind, als durchaus rechtsbeständig, und trifft somit auch den damaligen wie den gegenwärtigen Magistrat in keiner Weise der Vorwurf, die Geltendmachung eines Rechtes der Stadt verabsäumt zu haben.

Ferner wünschte Herr Vof eine Auskunft darüber:

auf welchem Rechtstitel die Verpflichtung der Stadt beruhe, in der Sommer- und Wintermesse sogenannte Stellgelder auf den Viehmärkten zu St. Leonhard erheben und an das Herzogl. Haupt-Steueramt abliefern zu lassen.

Die zur Zeit bei St. Leonhard abgehaltenen Viehmärkte haben ihren Ursprung von den jährlichen Negidii-Freimärkten der Altenwif genommen und sind anfänglich mit diesen innerhalb der Stadt auf dem Negidienmarke und dem Negidienkirchhofe abgehalten. Erst ein Rathsebdict vom Jahre 1572 verlegte sie vor das Negidienthor, an einen Platz, dessen Lage nicht mehr zu bestimmen ist, der möglicherweise aber bereits der jetzige Viehmarktplatz war. Stellengelder von diesen Märkten finden sich nun vor Unterwerfung der Stadt weder bei der Kämmererei der Altenwif noch bei der der gemeinen Stadt verrechnet. Erst nachdem 1688 von dem seit 1671 durch eine fürstliche Commission verwalteten Gesammtärar der Stadt das sogenannte kleine Aerar zur Sustentation des neugebildeten Stadtmagistrats ausgetrennt war, begannen in dessen Rechnungen auch Stättegelde von den Jahrmärkten zu figuriren, und hiernach wird wahrscheinlich, daß diese Abgaben erst in der Zeit zwischen 1671 und 1687 durch Beschluß der fürstlichen Stadtverwaltungscommission eingeführt sind. Ueber den Ursprung des von Herzoglichem Steuercollegium erhobenen Antheils der Stellengelder ist bis jetzt nichts näheres zu ermitteln gewesen; doch hat die Altwiker Gemeinde einen deshalb 1839 anhängig gemachten Proceß verloren.

Wenngleich hiernach anzunehmen ist, daß der Stadt das Recht zustand, auf dem Platze bei St. Leonhard Viehmärkte abzuhalten, so konnte doch dieses Recht durch Uebereinkunft beschränkt, durch Verjährung ganz oder theilweise verloren werden. Wenn nun die Stadt, obwohl ihr durch den Augenschein, die Rechnungen der Altwiker Gemeinde und sonstige Verhandlungen unzweifelhaft bekannt geworden war, daß die Altwiker Gemeinde sich die fraglichen Gärten angeeignet hatte, und daß ihr dieselben im Jahre 1839 vom combinirten Haushalt zugestanden waren, obgleich also actio nata war, dennoch seit länger als 40 Jahren keine Klage erhob, vielmehr stillschweigend durch Justificirung der Gemeinderechnungen in die Beßnahme consentirte, und endlich auch den Weiterverkauf der Gärten genehmigte, so ist sie jetzt nicht mehr in der Lage, Rechte an den fraglichen Gärten, insbesondere die Viehmarkts-gerechtfame auf denselben, mit Erfolg geltend zu machen,



vielmehr würde ihr die Einrede der Klagerverjährung und der Ersizung sowie die exceptio doli entgegenstehen.

Demnach glaubt Herr Stadtrath Rittmeyer die Interpellation Herrn Bock dahin beantworten zu müssen, daß es nicht für angemessen befunden werden könne, die städtische Viehmarktsgerichte auf dem St. Leonhardsplatz beziehentlich auf den an den Particulier Marktworth verkauften Gärten im Verlaßtermin geltend zu machen. Bei alledem jedoch wird der Wunsch, den Platz im Interesse des Marktverkehrs möglichst zu vergrößern, auch vom Magistrate als durchaus berechtigt anerkannt, zumal nach dem erst jüngst wiederholten Zeugniß des städtischen Marktmeisters der Raum daselbst sich von Jahr zu Jahr mehr als ungenügend herausstellt. Der Magistrat hat denn auch bereits Schritte gethan, das Terrain der fraglichen Gärten für die Stadt zu erwerben, um dann den Platz wieder in seinem früheren Umfange frei zu legen.

Herr Bock erhält das Wort zu einer Berichtigung und bemerkt hierauf: Der Zweck seiner Interpellation sei gewesen, auf eine Freilegung des St. Leonhardsplatzes im Wege gütlicher Vereinbarung hinzuwirken. Zu dem Ende habe er in der Sitzung vom 4. v. Mts. ausdrücklich darauf hingewiesen, daß der Gemeinde Altwiek das Eigenthum daran, der Herzoglichen Cammer für die Domaine St. Leonhard dagegen nur die Servitut der Weidgerechtigkeit an dem fraglichen Platz zustehe, während der Stadtgemeinde gestattet sei, dort die Viehmärkte abhalten zu lassen, daß dies Eigenthumsrecht der Altwiek seit 1835 in dem Corpus bonorum der jährlichen Gemeinderechnungen vom Magistrate ausdrücklich anerkannt werde, auch durch den Receß vom 8. September 1800 Dritten, also auch der Stadtgemeinde, an dem Platz überall keine Befugniß eingeräumt worden sei. Nun habe der Magistrat in einem Berichte an Herzogliches Staats-Ministerium vom 20. v. M. die Interpellation unrichtig dahin aufgefaßt, daß Redner der Ansicht, der St. Leonhardsplatz sei durch den Receß vom 8. September 1800 für einen öffentlichen städtischen Platz erklärt worden. Sodann habe der Magistrat in jenem Berichte behauptet, die Interpellation gehe dahin, ob der Magistrat sich nicht für berechtigt und verpflichtet halte, die gerichtliche Verlassung der vom Particulier Marktworth angekauften drei Gärten zu inhibiren und den Verkauf derselben zu annulliren, um auf diese Weise, eventuell sogar auf Rechnung der Altwiker Gemeinde, eine Verlegung des Platzes zu ermöglichen. Dies könne seine Meinung um so weniger gewesen sein, als der Magistrat selbst die Gemeinde auf Grund eines Rescripts des Herzoglichen Staatsministeriums zum Verkaufe dieser Gärten autorisirt habe. Ueberdies aber weisen die Protocolle vom 4. und 18. v. Mts. zur Genüge nach, daß seine Interpellation von solcher Auffassung der Sachlage nicht ausgegangen sei, und möchte er deshalb den Magistrat

bitten, diese Protocolle dem nächsten Berichte an Herzogliches Staatsministerium beizufügen. In der Sache selbst gereiche es ihm zur Genugthuung, daß der Magistrat aus seiner Interpellation inzwischen Veranlassung genommen habe, mit dem Particulier Markworth gütliche Verhandlungen über den Rückauf der Gärten zur Freilegung des Platzes einzuleiten. Jedenfalls erscheine das Interesse der Stadt an der Regulirung des St. Leonhardplatzes von so wesentlicher Bedeutung, daß er der Versammlung nur empfehlen könne, sich auch fernerhin für diese Angelegenheit zu interessieren.

Es folgt

II. durch Herrn v. Seckendorf erstattet, der Bericht der Finanzcommission über die untern 13. Juni d. J. ergangenen Vorschläge des Magistrats, den Bau einer Husarencaferne betreffend.

Im Auftrage der Intendantur des 10. Armeecorps ist von hiesiger Garnisonverwaltung beim Magistrate der Antrag gestellt, daß auf Kosten der Stadt neben den Husarenpferdeställen am Giersberge eine Cavalleriecaferne erbaut und selbige der Militärverwaltung gegen angemessene Entschädigung zur Disposition gestellt werde. Die deshalb mit der Garnisonverwaltung gepflogenen Verhandlungen haben unter Vorbehalt des Einverständnisses der Versammlung und des Herzoglichen Staatsministeriums zu einer vorläufigen Vereinbarung geführt, nach welcher der Magistrat auf den kürzlich vom Waisenhause erkauften Terrain östlich der neuen Pferdeställe eine Caserne für zwei Escadrons nebst einer Offizier-Speiseanstalt zu erbauen und dieselbe mit Gas- und Wasserleitung zu versehen, die nöthigen Kochherde herzurichten, auch die Koch- und Waschkessel anzuschaffen, die Militärverwaltung dagegen die Ausstattung der Caserne mit dem reglementsmäßigen Utensilien, die Feuerung, die Unterhaltung der im Eigenthum der Stadt verbleibenden Kessel, die tarifsmäßige Vergütung für den Gas- und Wasserconsum und für die Benutzung der Caserne den zu 2151  $\text{₰}$  jährlich berechneten halben Servis der darin untergebrachten Mannschaften, für die Benutzung der Speiseanstalt einen jährlichen Miethzins von 450  $\text{₰}$  zu zahlen übernimmt.

Den Hauptvorthail eines derartigen Abkommens erkennt der Magistrat darin, daß einerseits hiesiger Stadt eine ständige Garnison von mehreren Regimentern Reichstruppen gesichert wird, welche nicht allein die Aufrechterhaltung der gesetzlichen Ordnung gewährleistet, sondern auch einer großen Anzahl Gewerbetreibender Gelegenheit zu mancherlei Verdienst gewährt, und daß andererseits die Hauseigenthümer der immerhin lästigen und kostspieligen Einquartierung überhoben werden. Ganz abgesehen hiervon aber wird die Ausführung des Projectes auch von finanziellem Nutzen sein. Gegenwärtig hat die Stadt je 11 Monate im Jahre Ausmiethequartier

für 250 Mann Husaren zu beschaffen und dafür nach dem Satze von 2  $\mathfrak{g}$  9  $\mathfrak{a}$  pro Mann und Tag eine jährliche Ausgabe von 7562  $\mathfrak{f}$  15  $\mathfrak{g}$  aus der Stadtkasse zu leisten, wogegen an Servis jährlich nur 2333  $\mathfrak{f}$  10  $\mathfrak{g}$  vergütet werden, so daß 5229  $\mathfrak{f}$  5  $\mathfrak{g}$  zu decken bleiben. Die Kosten eines Casernenbaues auf der ursprünglich aufersehenen Stelle zwischen den beiden Pferdeställen am Giersberge werden zu 80,200  $\mathfrak{f}$  veranschlagt. Falls derselbe auf dem Terrain östlich der Pferdeställe zur Ausführung gelangte, würde sich diese Summe durch den Ankauf des Bauplatzes um 2625  $\mathfrak{f}$ , durch Anlage einer c. 66 m laufenden Befriedigung um 1200  $\mathfrak{f}$ , durch Instandsetzung des um c. 1775  $\square$ m größern Hofplatzes um 1475  $\mathfrak{f}$ , insgesammt also auf 85,500  $\mathfrak{f}$  erhöhen. Dazu dann 200  $\mathfrak{f}$  für Anschaffung der Kocheinrichtungen und Kessel sowie bezw. 613  $\mathfrak{f}$  25  $\mathfrak{g}$  und 745  $\mathfrak{f}$  13  $\mathfrak{g}$  für Anlage der Gas- und Wasserleitungen. Bringt man endlich für Unvorhergesehenes noch 2940  $\mathfrak{f}$  22  $\mathfrak{g}$  in Anschlag, so werden sich die Gesamtkosten auf 90,000  $\mathfrak{f}$  belaufen, die jährlichen Ausgaben für Verzinsung und Amortisation mit 6 % 5400  $\mathfrak{f}$ , für Unterhaltung der Baulichkeiten mit 1 % 800  $\mathfrak{f}$ , für Feuerversicherung c. 100  $\mathfrak{f}$ , insgesammt also 6400  $\mathfrak{f}$  betragen. Hiervon die oben benannten Einnahmen an Servis und Miete mit 2601  $\mathfrak{f}$  abgesetzt, bleibe aus der Stadtkasse die Summe von 3799  $\mathfrak{f}$  zu decken: 1430  $\mathfrak{f}$  weniger also als bei dem gegenwärtigen Ausmiethesystem.

Der Magistrat bemerkt, daß bei vorstehenden Anschlägen sowohl der einmaligen als auch der jährlichen Ausgabe sämtliche Posten in mehr als ausreichender Höhe angenommen sind, daß aber selbst dann, wenn man die Baukosten auf 100,000  $\mathfrak{f}$  voranschlagen wollte, immer noch eine jährliche Ersparniß von c. 830  $\mathfrak{f}$  für die Stadtkasse bleiben würde, während andererseits nach allen bisherigen Erfahrungen Ausmiethequartiere zu billigeren Preisen nicht zu beschaffen sind. Unter diesen Umständen giebt der Magistrat anheim, den vorgeschlagenen Bau zu genehmigen, die erforderlichen Geldmittel zu verwilligen und ihn zu deren Beschaffung durch eine Anleihe zu ermächtigen.

Die Commission muß die Erwägungen des Magistrats als wohlbegründet anerkennen und kann daher das Bauproject nur zur Genehmigung empfehlen. Zweifelhaft erscheint ihr nur die Zweckmäßigkeit einer neuen Anleihe, weswegen sie beantragt, den Magistrat zunächst um eine Prüfung der Frage zu ersuchen,

ob es sich nicht empfehlen dürfte, die Mittel zu diesem Bau denjenigen Beständen des Kreisfonds zu entnehmen, welche sich nicht höher als mit  $4\frac{1}{2}$  Proc. verzinsen, und die so verwandten Beträge alsdann in der für die Anleihen bei Herzoglichem Leihhause stipulirten Weise zu verzinsen und zu amortisiren.

Herr Bracke sieht nicht klar, wie die Stadt überhaupt in den Fall kommen

kann, Casernen bauen zu müssen, da die Unterbringung eines stehenden Truppenkörpers billiger Weise Sache der Militärverwaltung wäre. Wenn dazu freilich vermöge der gesetzlichen Cinquantierungspflicht auch die Gemeinde herangezogen werden könne, so handele es sich hier um eine reine Finanzfrage, und in Anbetracht der so zu ermöglichenden Ersparniß werde er dann für den vorliegenden Antrag stimmen können. Ausdrücklich aber verwahrt sich Redner gegen die übrigen Entscheidungsgründe des Magistrats, denen er keinesentheils die vermeintliche Bedeutung nicht zuzuerkennen vermag.

Herr Pini hegt Bedenken gegen den Bauplan, sofern dieser die neue Anlage ein für alle Mal auf den durch das augenblickliche Bedürfnis gebotenen Umfang einzuschränken scheine, während voraussichtlich doch die Militärverwaltung über kurz oder lang werden wünschen müssen, das ganze Regiment in einer Caserne unterzubringen. Wäre aber in diesem Falle die Möglichkeit einer angemessenen Erweiterung des Baues gegeben, so würde damit die Stadt eine Gelegenheit gewonnen haben, unter günstigen Bedingungen das geräumige und werthvolle Areal der Caserne und der Ställe an der Promenade zu erwerben, was augenscheinlich in vielem Betracht kein geringer Vortheil wäre.

Herr Oberbürgermeister Caspari vermuthet, daß Herr Pini einen frühern Entwurf im Auge habe: in seiner gegenwärtigen Gestalt könne der Plan zu der erhobenen Ausstellung nicht wohl Veranlassung bieten. Herrn Bracke verweist der Herr Oberbürgermeister auf die Bestimmungen des Cinquantierungsgesetzes, vermöge deren jeder Stadtgemeinde obliegt, ihre Garnison, soweit die vorhandenen Casernen nicht ausreichen, anderweitig unterzubringen. Die commissionsseitig in Vorschlag gebrachte Verwendung von Geldern des Kreisfonds ist, wie Redner ferner bemerkt, auch vom Magistrate in Erwägung gezogen aber nicht zweckmäßig befunden, da bei solchem Vorgehen Verzinsung und Amortisation die nämlichen sein müßten wie bei einer Anleihe, ein finanzieller Vortheil also damit nicht zu erzielen wäre, der Verkauf und Wiederankauf von Papieren vielmehr mit nicht unerheblichen Kosten verknüpft sein würde, und überdies immerhin dann die Gefahr nahe läge, daß man bei etwa eintretenden Schwierigkeiten der städtischen Finanzlage auf die Aushilfe verfallen könnte, Verzinsung und Amortisation der dem eigenen Vermögen entnommenen Beträge zeitweilig auszusetzen.

In gleichem Sinne spricht sich Herr Solmig aus.

Herr Graf Görz-Brisberg. Die Aussicht auf einen finanziellen Vortheil habe auch der Commission keineswegs vorgeschwebt; der Zweck ihres Antrages sei lediglich der, daß in diesem Falle die Stadt ihr eigener Schuldner und Gläubiger, die schwebende Schuld der Stadt nach außen eingeschränkt bleibe, was als Gewinn allerdings schon deswegen anzuerkennen, weil man nicht wissen könne, wie sich einer Creditforderung der Stadt gegenüber ein Dritter demnächst verhalten

würde. Selbstverständlich sei Voraussetzung des vorgeschlagenen Arrangements regelmäßige Verzinsung und Amortisation in derselben Weise wie bei einer Anleihe. Uebrigens solle dasselbe vorläufig nur einer Erwägung anempfohlen sein, und dies werde vollends auf keinerlei Bedenken stoßen können.

Herr Oberbürgermeister Caspari will die Erörterung dieser Frage nicht weiter führen, sondern nur noch bemerken, daß theoretisch die von dem Herrn Vorredner vertretenen Erwägungen durchaus begründet sein mögen, in der Praxis aber die Sache leicht eine andere Gestalt annehme, da man als sein eigener Gläubiger bekanntlich immer geneigt sei, sich möglichst milde anzusehen, eine Neigung, welche unter den ins Auge gefaßten Verhältnissen an die städtischen Behörden insbesondere dann sehr stark herantreten dürfte, wenn sich über kurz oder lang einmal die Nothwendigkeit einer Erhöhung der Communalsteuern ergeben sollte.

Herr Steinau fürchtet jene Eventualität schon deshalb nicht, weil ohne genügende Sicherstellung der Verzinsung und Amortisation Herzogliches Staatsministerium eine Verwendung von Kreisfondsmitteln überhaupt nicht genehmigen würde. Empfehlen aber müsse sich solche namentlich unter dem Gesichtspuncte, daß die damit zu schaffenden Realwerthe jedenfalls sicherer, als die gegenwärtig den Kreisfond repräsentirenden Papiere, deren augenblicklich hoher Stand aller Wahrscheinlichkeit nach nicht von Dauer sein werde. Sei jetzt beim Verkauf dieser Papiere eine Einbuße nicht zu umgehen, so werde diese immer doch verschwindend klein sein im Vergleich zu den Verlusten, welchen die Stadt in Folge des in Aussicht stehenden Sinkens der Course ausgesetzt sein könnte.

Herr Pini findet sein Bedenken gegen den Bauplan auch durch dessen neueste Gestaltung nicht gehoben und beantragt demzufolge, das Project nur unter dem Vorbehalte zu genehmigen, daß die Möglichkeit einer demnächstigen Erweiterung der Anlage vorgesehen werde.

Herr Reuter wünscht ebenfalls, daß man von vornherein und ohne erst eine Aufforderung der Militärbehörden abzuwarten, den Bau einer Caserne für das ganze Husarenregiment und in Verbindung damit die Erwerbung des jetzigen Casernens- und Stallterrains am Magnithore ins Auge gefaßt hätte. Wie jetzt freilich die Sache liege, nachdem namentlich die Ställe bereits definitiv nur für zwei Schwadronen bemessen worden, werde die von Herrn Pini angeregte Aenderung des Planes schwerlich noch ausführbar sein.

Herr Schöttler hält die Consequenzen des bisherigen Vorgehens nicht für durchaus unabänderlich und empfiehlt die Aufstellung eines erweiterten Bauplans für alle Fälle. Wenn dann beregter Maßen früher oder später die Wünsche der Militärverwaltung und das Interesse der Stadt zusammentreffen sollten, so werde den weiteren Verhandlungen der Weg von vornherein soviel mehr geebnet sein.

Der Herr Oberbürgermeister Caspari hat gegen den Antrag Herrn Pini an und für sich nichts zu erinnern, möchte aber die Absicht einer Speculation auf das bewusste Terrain nicht zu sichtbar in den Vordergrund gestellt sehen, und giebt daher anheim, von der Aufstellung eines erweiterten Bauplanes abzu-  
sehen und es bei einer Prüfung der Frage bewenden zu lassen, ob der Plan ent-  
weder so wie er vorliegt oder mit den entsprechenden Modificationen die Mög-  
lichkeit einer etwa zu wünschenden Vergrößerung der Anlage gewähre.

Für diese Modification des Pini'schen Antrags spricht sich auch Herr Graf  
Görz-Brisberg aus, obwohl er bezweifelt, daß auf dem gegebenen Terrain  
eine Caserne von solchem Umfange, wie sie Herrn Pini vorichwebt, Platz finden  
könne. Keinesfalls aber scheine sich zu empfehlen, der Militärbehörde dieses Pro-  
ject mit einer Besessenheit entgegenzutragen, welche nur geeignet wäre, Ansprüche  
hervorzurufen, denen man im Interesse der Stadt nicht willfahren könnte.

Herr Schöttler verwahrt sich gegen die Anschauung, als fasse er die Er-  
weiterung des vorliegenden Planes gern oder gar mit Vorliebe ins Auge. Sein  
Wunsch gehe vielmehr nur dahin, das was nun einmal als Nothwendigkeit  
an die Stadt herantrete, möglichst zu deren Vortheil gewandt zu sehen.

Nachdem auch Herr Pini die Erklärung abgegeben hat, daß er mit seinem  
Antrage das erweiterte Project nicht etwa früher als nöthig auf die Bahn bringen  
wolle, sondern nur dessen Möglichkeit technisch sicher zu stellen bezwecke,

wird dieser Antrag, sowie auch der der Commission und mit diesen Modifi-  
cationen der Magistratsantrag von der Versammlung genehmigt.

### III. In einem Schreiben vom 27. d. M. trägt der Magistrat vor:

Seitdem die Braunschweigischen Eisenbahnen in das Eigenthum einer Actien-  
gesellschaft übergegangen sind, ist letztere auf Grund der §§ 7--9 des Statuts  
vom 20. November 1851 gleich allen übrigen gewerblichen Etablissements zu den  
ordentlichen und außerordentlichen Beiträgen an die städtische Wegebaucasse und an  
die Cassen der Wilhelmthors- und der Altwiker Feldmarksinteressenschaften heran-  
gezogen. Die Eisenbahndirection erklärte sich auch bereit, die ordentlichen  
Beiträge von der ihr zugehörigen, zu eigentlichen Bahnzwecken nicht verwandten  
Ländereien zu zahlen, bestritt aber ihre Verpflichtung zu außerordentlichen Bei-  
trägen, da die Eisenbahnen nicht als gewerbliche Etablissements im Sinne des an-  
geführten Statuts und des Gesetzes vom 5. Juni 1871 anzusehen seien. Nach-  
dem indeß Herzogl. Staatsministerium auf einen Bericht des Magistrates mittelst  
Rescripts vom 13. December 1871 der dieseitigen Auffassung beigetreten war und  
das Recursgesuch der Eisenbahndirection zurückgewiesen hatte, zahlte diese die au-

ßerordentlichen Beiträge für 1871 und 1872, letztere jedoch unter Vorbehalt der Rückerstattung auf den Fall, daß Herzogliches Staatsministerium auf nochmals verfolgten Recurs wegen ähnlicher Ansprüche verschiedener Kreiscommunalverbände eine andere Entscheidung abgeben sollte. Für das Jahr 1873 ist die Zahlung sämtlicher Beiträge unterblieben. Inzwischen ist durch § 8 des Gesetzes vom 4. April 1874 die Bestimmung getroffen, daß Eisenbahnen sowie Bahnhöfe und Haltestellen zu den gewerblichen Etablissements im Sinne von § 21 der neuen Begeordnung vom Jahre 1871 nicht zu rechnen sind. Hierin nun erkennt die Eisenbahndirection eine authentische Interpretation jenes § 21, vermöge deren sie nicht nur von den außerordentlichen Beiträgen für 1873 befreit, sondern auch zur Rückforderung derer für 1871 und 72 berechtigt sei. Der Magistrat hingegen glaubt diese Auffassung weder dem Wortlaut noch dem Sinne des Gesetzes von 1874 nach zugestehen zu können und hat demnach zunächst die geforderte Rückerstattung abgelehnt und auf Zahlung der Beiträge für 1873 bestanden, dann aber nach mehrfachen Verhandlungen unter Vorbehalt der Genehmigung durch die Stadtverordneten mit der Eisenbahndirection einen Vergleich abgeschlossen, laut dessen diese die für 1871 ohne Vorbehalt gezahlten außerordentlichen Beiträge als eine legale Schuld anerkennt und außerdem die ordentlichen Beiträge für 1873 und 1874 mit  $89\frac{2}{3}$   $\text{fl}$  zahlt, auch auf Rückerstattung der außerordentlichen Beiträge für 1872 verzichtet, die Stadt und die betreffenden Interessentenschaften aber ihre Forderungen auf Zahlung außerordentlicher Beiträge für 1873 schwinden lassen. Diesen Vergleich empfiehlt nunmehr der Magistrat zur Genehmigung.

Einer commissarischen Vorprüfung hat dieser Antrag nicht können unterzogen werden. Auch so jedoch glaubt Herr Graf Görz-Brissberg, welcher das Magistrats Schreiben zum Vortrag bringt, den magistratsseitig empfohlenen Ausweg als den einzig möglichen zur Genehmigung empfehlen zu dürfen,

welche dann auch von der Versammlung ausgesprochen wird.

Ferner

IV. trägt namens der Statuten-Commission Herr Graf Görz-Brissberg Folgendes vor:

Nachdem die in Folge des Beschlusses vom 4. Juni mit dem Eisenbahnassistenten Althenstedt angeknüpften Verhandlungen ohne befriedigendes Ergebnis geblieben sind, hat derselbe unterm 15. Juni eine Klage anhängig gemacht, in welcher er die in Betreff der Fluchtlinie und der technischen Ausführung seines Hausbaues am Wege nach St. Leonhard ergangenen Verfügungen des Stadtbauamts als unberechtigten Eingriff in sein Eigenthum darzustellen versucht und darauf anträgt, daß der Magistrat zum Schadenersatz verurtheilt werde. Der Magistrat

hält diese Klage für unbegründet. Nach § 25 der Bauordnung nämlich ist das Stadtbauamt berechtigt, bei jedem Bau innerhalb des Stadtgebietes die Fluchtlinie festzustellen und event. durch einen städtischen Beamten an Ort und Stelle feststellen zu lassen, auch die Genehmigung des Bauplanes von der Erfüllung gewisser Revisionsbedingungen abhängig zu machen. Involvidiren derartige Anordnungen in einzelnen Fällen eine Eigenthumsbeschränkung, so verstößen sie als Ausflüsse der Baupolizei doch an sich keinesweges gegen § 32 der Landschaftsordnung. Anders verhält sich die Sache freilich dann, wenn die Feststellung der Fluchtlinie wie bei dieser Gelegenheit mit Rücksicht auf eine nach dem Stadterweiterungsplane vorzunehmende Straßenverbreiterung erfolgt. In solchem Falle ist die Stadtgemeinde, wie dies auch § 26 der Bauordnung ausspricht, zur vollen Entschädigung für das unbebaut zu lassende Terrain verpflichtet. Diese Entschädigung aber ist auch dem Eisenbahnassistenten Athenstedt im mindesten nicht verweigert, vielmehr haben die Stadtbehörden ihre Bereitwilligkeit dazu ausdrücklich und durch conclusive Thatfachen zu erkennen gegeben. Wenn zunächst A. mit seiner Offerte, das in Frage stehende Terrain für den Preis von 1000  $\mathfrak{M}$  abzutreten, vom Stadtbauamte unterm 25. April an den Magistrat verwiesen wurde, so war dies, wie ihm bekannt sein mußte, nach Maßgabe der bestehenden Competenzverhältnisse durchaus correct. Von Seiten des Magistrates dann wurde ihm am 27. Mai eröffnet, daß wegen seines Antrags Verhandlungen mit den Stadtverordneten angeknüpft worden, und weiter am 13. Juni, daß von den städtischen Behörden eine Verbreiterung des fraglichen Weges auf 56' beschloffen, der Stadtbaumeister zu entsprechender Feststellung der Fluchtlinie angewiesen und die Stadt bereit sei, das demnach zum Wege fallende Areal mit 50  $\mathfrak{M}$  pro Quadratruthe sofort zu bezahlen — Propositionen, auf welche Kläger unterm 23. Juni mit Gegenvorschlägen geantwortet hat. Es geht aus diesen Umständen zur Evidenz hervor, daß die Stadt zu billiger Entschädigung bereit ist, und daß nur deren Höhe noch in Frage steht, zu einer Klage gegen den Magistrat also, zumal am 15. Juni, keine Veranlassung mehr vorlag. Demnach giebt der Magistrat anheim, ihn zur Uebernahme des eingeleiteten Processes zu ermächtigen.

Ueber die gegenwärtige Sachlage theilt der Magistrat zugleich Folgendes mit.

Die in Gemäßheit des Beschlusses vom 4. Juni festgestellte Fluchtlinie ermöglicht dem Bahnassistenten Athenstedt, sein Haus der Straße 24' näher zu rücken als dies bei einer Straßenbreite von 80' thunlich gewesen wäre. Hierauf indeß hat A. laut Berichts des Stadtbaumeisters vom 16. Juni mit der Erklärung verzichtet, daß er seinen Bau bereits nach Maßgabe der ursprünglichen Fluchtlinie begonnen habe. Unterm 20. Juni hat sich hierauf der Magistrat auch zur Erstattung der Kosten bereit erklärt, welche durch die nunmehr veränderten Disposi-



tionen erwachsen könnten, zugleich aber den Stadtbaumeister beauftragt, den Befund der Erdarbeiten auf dem Athenstedtischen Grundstück am 15. und 22. Juni unter Zuziehung von Zeugen protocollarisch festzustellen, was geschehen ist. Hierauf hat Kläger zwar den offerirten Preis von 50  $\text{₡}$  pro □ Ruthe acceptirt, zugleich aber ausgeführt, daß die erste Feststellung seiner Fluchtlinie maßgebend, die Stadt also verpflichtet sei, ihm zu diesem Preisansatz die 20 □ Ruthen abzukaufen, welche zur Verbreiterung der Straße auf 80' erforderlich gewesen wären, wonach sich eine Forderung wieder auf 1000  $\text{₡}$  belaufen würde. Auf den Fall indeß, daß Herzogliches Staatsministerium die Beschränkung der Straße auf 56' Breite genehmigen sollte, hat A. sich bereit erklärt, das unbebaut gelassene, zur Straße aber nicht erforderliche Terrain als Gartenland für 25  $\text{₡}$  pro □ Ruthe zurückzukaufen, wonach denn seine Forderung sich für 12,2 □ Ruthen à 50  $\text{₡}$  auf 610, für 7,8 □ Rth. à 25  $\text{₡}$  auf 195  $\text{₡}$ , insgesammt also auf 805  $\text{₡}$  stellen würde. Diese Ausführungen vermag der Magistrat als begründet nicht anzuerkennen. Da die städtischen Behörden zu Abänderungen des Stadterweiterungsplanes unter Zustimmung Herzoglichen Staatsministeriums unzweifelhaft berechtigt, diese Zustimmung im vorliegenden Falle beantragt, Kläger von dem veränderten Beschlusse alsbald benachrichtigt und ihm überdies noch die Erstattung der Kosten für die danach vorzunehmenden Veränderungen seines Baues zugesichert ist, so scheint den berechtigten Interessen des Bahnassistenten A. alle irgend billige Rücksicht erwiesen zu sein. Nach dem allen trägt der Magistrat darauf an, zu genehmigen, daß es bei den diesseitigen Offerten vom 20. Juni sein Bewenden habe, die Gegenforderungen des Klägers also abgelehnt und weitere Maßnahmen desselben erwartet werden.

Herr Steinau bedauert, daß auf Kosten der Stadt überhaupt eine Verbreiterung des Weges nach St. Leonhard beliebt worden sei, welche durch keinerlei öffentliches Interesse geboten erscheine und, in der projectirten Weise durchgeführt, voraussichtlich einen Aufwand von 150,000 — 200,000  $\text{₡}$  erfordern werde. Angesichts des nunmehr drohenden Processus, dessen Ausgang immerhin doch zweifelhaft, möchte Redner anheimgeben, noch jetzt auf diese Verbreiterung zu verzichten: bleibe dem Eisenbahnassistenten Athenstedt dergestalt völlig freie Hand, so dürfte er füglich vorziehen, seine Klage freiwillig zurückzunehmen.

Herr Bracke glaubt nicht daran, daß der Proceß auf Seiten der Stadt verloren gehen könne. Werde dann die geplante Verbreiterung der Straße von Herzoglichem Staatsministerium genehmigt, so sei die Stadt in der Lage, das erforderliche Terrain im Wege der Expropriation zu erlangen.

Herr Munte empfiehlt mit Rücksicht auf die materiellen Nachtheile, welche der Kläger durch die veränderten Dispositionen seines Baues ohne Zweifel erleide, den Versuch eines gütlichen Vergleiches.

Herr Oberbürgermeister Caspari erinnert daran, daß der Magistrat sich zum Erlaße des effectiven Schadens von vornherein bereit gezeigt.

Nachdem Herr Graf Görz-Brisberg noch auf den Widerspruch zwischen der Klage des Bahnassistenten Athenstedt und dem factischen Vorgehen desselben hingewiesen, und so auch

Herr Solmig sich entschieden für Uebernahme der Klage ausgesprochen hat, beschließt die Versammlung in beiden Punkten dem Antrage gemäß.

V. Ueberzeugt, damit nur einem Wunsche der Versammlung und weiterer Kreise der hiesigen Bürgerschaft zuvorzukommen, hat der Magistrat die Stiftung eines Gedächtnisses zu Ehren der großen Verdienste ins Auge gefaßt, welche sich der verstorbene Dr. K. Schiller durch sein ganz der gemeinnützigen Pflege von Kunst und Wissenschaft geweihtes Leben, insbesondere aber und in uneigennützigster Weise um das Gedeihen des städtischen Museums erworben hat. Zu dem Ende ist vorläufig die Errichtung eines Grabdenkmals oder die Aufstellung einer Büste und Gedenktafel im städtischen Museum zur Frage gekommen. Mit bestimmten Vorschlägen indes möchte der Magistrat eine Commission beauftragt wissen, in welche er durch Schreiben vom 6. d. M. drei Mitglieder der Versammlung zu wählen beantragt, indem er die Bestimmung von zwei denselben beizuordnenden Magistratsmitgliedern vorbehält.

Die Finanz-Commission, für welche Herr Haake berichtet, ist mit der Absicht des Magistrats in jeder Beziehung einverstanden und empfiehlt daher, deren Ausführung beantragter Maßen in Angriff zu nehmen, unter der Voraussetzung jedoch, daß sich die zu erwartenden Vorschläge in bescheidenen Grenzen halten werden.

Der Herr Vorsitzende betrachtet die Abstimmung als eine gleichzeitig dem Andenken an den Verstorbenen und dessen Thätigkeit gezollte Anerkennung und fordert zur Abstimmung durch Erhebung von den Sätzen auf.

Die Versammlung leistet dieser Aufforderung einstimmig Folge.

In die Commission zu weiterer Verfolgung der Angelegenheit werden seitens der Versammlung durch Acclamation die Herren Haake, Bini und Schwarzenberg gewählt.

Die Vorlagen wegen Verpachtung der Fischerei in der Dfer, sowie in Betreff des Reglements über die Erhebung der Communalsteuer müssen gewisser noch ungehobener Anstände halber von der Tagesordnung abgesetzt werden.

Es folgt demnach

VI. durch Herrn v. Seefendorf erstattet, der Bericht der Finanzcommission über ein Magistratschreiben vom 23. d. Mts.

Nachdem ein Theil der Burgcaserne im vorigen Jahre durch Feuer zerstört

war, hat der Magistrat die Erwerbung derselben für die Stadt in Aussicht genommen und zu dem Ende unter Vorbehalt des Consenses der Stadtverordneten an die Militärverwaltung bestimmte Vorschläge ergehen lassen. Die so angeknüpften Verhandlungen schienen den gewünschten Verlauf zu nehmen, als plötzlich an den Magistrat die Frage gerichtet wurde, ob die Stadt geneigt sei, den abgebrannten Theil der Kaserne allein anzukaufen. Da dieses verneint werden mußte, erfolgte seitens der Militärverwaltung auf Grund einer Verfügung der Intendantur des 10. Armee-corps die Anzeige, daß die Verhandlung als abgebrochen angesehen werde und der abgebrannte Theil der Burgekaserne wieder aufgebaut werden solle. Der Magistrat, welcher die freie Verfügung über das fragliche Grundstück im Interesse der Stadt für höchst wünschenswerth hält, ist nicht gewillt, sich bei jener Entscheidung zu beruhigen, beabsichtigt vielmehr, eine Vorstellung dagegen beim Reichskriegsministerium und nöthigenfalls bei Sr. Majestät dem Kaiser selbst zu machen. Dieser Schritt aber scheint nur dann Erfolg zu verheißen, wenn die Versammlung sich der Ansicht des Magistrats über die Wichtigkeit und den Werth der gewünschten Erwerbung einverstanden und zur Verwilligung der erforderlichen Geldmittel, falls diese den Verhältnissen der Stadt irgend entsprechen, bereit erklärt. Hierüber bittet der Magistrat in einem Schreiben vom 23. d. M. Beschluß zu fassen.

Die Commission empfiehlt die Abgabe einer zustimmenden Erklärung.

Auch Herr Bracke hält die Erwerbung der Kaserne an sich für sehr wünschenswerth, bedenklich aber erscheint ihm, zum Voraus und ganz aufs Ungewisse hinaus die etwa erforderlichen Mittel zu verwilligen.

Herr v. Seckendorf indeß weist darauf hin, wie schon nach dem Magistratsantrage die weitere Erwägung der demnächst zu erwartenden Forderungen des Militairfiscus vorbehalten sein solle,

worauf die Versammlung sich dem Antrage gemäß auszusprechen beschließt.

Wie ferner

VII. Namens der Finanzcommission Herr Haake vorträgt, erlischt am 1. Mai 1875 der mit dem Fuhrherrn Gustav Braunvers abgeschlossene Verdingcontract wegen Abfuhr des Straßen- und Hauskehrichts. Auf dem behufs Abschlusses eines anderweitigen Contracts anberaumten Termine hat der bisherige Contrahent seine Forderung von 635 ₰ auf 900 ₰ erhöht, die geringste Forderung mit 850 ₰ der Fuhrherr Gottlieb Braunvers gestellt. Dessenungeachtet giebt Herzogl. Polizeidirection anheim, abermals mit Gustav Braunvers abzuschließen, da dieser den übernommenen Verpflichtungen bisher nicht nur pünktlich nachgekommen ist, sondern auch den nicht selten darüber hinausgehenden Anforderungen immer bereitwillig entsprochen hat. Diesem Antrage schließt sich der Magistrat in der Erwägung

an, daß die Erhöhung der in dem frühern Contracte bedungenen Summe durch die Steigerung der Tagelöhne sowie der Pferde- und Futterpreise gerechtfertigt und überdies im Verhältniß zu den 1855—69 gewährten 1300 und 1550  $\text{R}$  immerhin noch gering erscheint, die geringe Mehrforderung aber gegenüber der des Gottlieb Braumers theils durch die erprobte Zuverlässigkeit des jetzigen Contrahenten, theils durch den berechtigten Wunsch aufgewogen wird, die Kehrstrabsfuhr und die Anfuhr der Spritzen bei Feuerögefah, wegen welcher ebenfalls mit Gustav Braumer abgeschlossen ist, in einer Hand zu wissen. Demnach wird die Versammlung ersucht, sich einverstanden zu erklären, daß der in Rede stehende Verdingcontract auf die 6 Jahre vom 1. Mai 1875 ab mit dem Fuhrherrn Gustav Braumer abgeschlossen werde.

Herr Pini fragt an, ob bei dem neuen Contracte auch die Abfuhr von den Straßen außerhalb der Stadt ausbedungen sei?

Eventuell beantragt Herr Munte, daß dies unter entsprechender Erhöhung der Verdingssumme noch geschehen möge.

Da nach dem Urtheile des Herrn Vorsitzenden dieser Antrag als ein selbständiger nicht im gegenwärtigen Augenblicke zur Verhandlung gebracht werden kann,

gibt Herr Schöttler anheim, daß der Magistrat ersucht werde, denselben in Erwägung zu ziehen und demnächst der Versammlung eine zweckdienliche Vorlage zu machen.

Herr Haake fragt ferner an, ob wie in andern Städten nicht auch hier die Vornahme der Abfuhr während der Abendstunden auszubedingen und so die Belästigung des Publicums durch den beim Aufladen erregten Staub möglichst einzuschränken wäre.

Herr Schöttler theilt mit, daß zu diesem Ende anderswo die Abfuhrwagen durch eine Wölbung verschlossen sind, und empfiehlt, dem Vicitanten die Verwendung berartiger Wagen gegen Erstattung der Anschaffungskosten aufzuerlegen.

Herr Oberbürgermeister Caspari ertheilt die Zusage, daß der Magistrat sich diese Wünsche thunlichst berücksichtigen werde.

Demnach beschließt die Versammlung in Gemäßheit der Magistratsanträge.

VIII. Laut eines Magistratschreibens vom 20. Juli d. J. weist die nunmehr abgeschlossene Cinquartierungskassenrechnung vom Jahre 1873 bei einer Einnahme von 5534  $\text{R}$  16  $\text{S}$  8  $\text{A}$  eine Ausgabe von 10,596  $\text{R}$  13  $\text{S}$  7  $\text{A}$  aus, wonach noch aus der Stadtkasse ein Vorschuß von 5160  $\text{R}$  26  $\text{S}$  11  $\text{A}$  hat geleistet werden müssen. Nach § 20 des Cinquartierungsstatutes ist nunmehr von den städtischen Behörden Beschluß darüber zu fassen, ob dieses Deficit durch directe Zu-

schiffe oder durch eine Einquartierungssteuer gedeckt werden soll. Der Magistrat spricht sich in einem Schreiben vom 20. d. M. für ersteres aus, da einerseits dieser Modus am leichtesten ausführbar, andererseits aber nach § 24 des Statuts eine Einquartierungssteuer von den Steuerpflichtigen nach Verhältniß ihrer Beiträge zur Communalsteuer aufzubringen wäre, mit dem directen Zuschusse aus der Stadtkasse also auf eins hinauslaufen würde.

Auf Empfehlung der Finanz-Commission, für welche Herr Steinau berichtet, schließt sich dieser Auffassung auch die Versammlung an,

nachdem Herr Oberbürgermeister die Mittheilung gemacht hat, daß ein Theil der verausgabten Kosten aus der Herzogl. Hauptfinanzzasse ersetzt werden wird.

Schließlich

IX. berichtet namens der Finanz-Commission Herr v. Seckendorff über eine unterm 22. d. M. ergangene Vorlage des Magistrats, die Canallirung der Casernenstraße auf der Strecke zwischen dem Giersberge und dem Fallerdeleberthore betreffend.

Bei Genehmigung dieser Anlage war in der Sitzung vom 25. September v. J. der Wunsch ausgesprochen, daß statt der bisher üblichen Platten glasirte Thonröhren möchten zur Anwendung gebracht werden. Zum gutachtlichen Berichte aufgefordert, hat der Stadtbaumeister nunmehr die entgegenstehenden Bedenken hervorgehoben, sich gleichwohl aber für die Anwendung von Thonröhren entschieden. Nach seinem Anschlage werden die Kosten der so auszuführenden Canallirung zwar 7300  $\text{fl}$ , also 1700  $\text{fl}$  mehr als nach dem ursprünglichen, einen Plattenkanal zur Voraussehung nehmenden Anschlage betragen. Da die Anlage aber namentlich mit Rücksicht auf die noch ohne Wasserabfluß daliegenden Husarenbaracken ein dringendes Bedürfnis ist, und jener Kostenbetrag bei Abnahme einer größern Quantität von Thonröhren sich voraussichtlich noch um 25 % verringern wird, so giebt der Magistrat anheim, die fragliche Kanallirung auch unter den gegenwärtigen Verhältnissen zu genehmigen, was seitens der Commission gleichfalls empfohlen wird.

Herr Schöttler bemerkt, daß seinen Erfahrungen zufolge Plattenkanäle immer theurer seien als Canäle aus Thonröhren, falls diese nicht etwa mit gleichem Querschnitt hergestellt werden sollten, was keinesweges erforderlich. Redner hält demnach für wahrscheinlich, daß in diesem Falle seitens der Fabrik übertriebene Forderungen gestellt seien.

Herr Ehrenhard fragt an, ob bei dem Canallirungsplane auf Abflüsse auch für die noch unbebauten Grundstücke Bedacht genommen sei.

Herr Oberbürgermeister Caspari befaßt dies; rücksichtlich der Muthmaßung Herrn Schöttler's dagegen vermag er keine sichere Auskunft zu ertheilen.

Herr Reuter theilt einen Anschlag mit, nach welchem sich der fragliche Canal für 5000  $\text{M}$  würde herstellen lassen, und knüpft daran den Wunsch, in Erwägung gezogen zu sehen, ob es sich namentlich in Anbetracht der starken Ueberbürdung des Stadtbaumeisters nicht empfehlen dürfte, die Canalisirung vor den Thoren mit der Anlage von Gas- und Wasserleitungen in die Hand eines besonderen Technikers zu legen.

Herr v. Seedenborn spricht den Wunsch aus, daß bei Ausführung derartigen Anlagen auch die Baudeputation zu Rathe gezogen werde.

Die Magistratsanträge werden hierauf von der Versammlung genehmigt und damit die Sitzung geschlossen.

1874.

(Fortsetzung der Beilage zum 198. Stücke des 1874  
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N<sup>o</sup> 8.

# Verhandlungen

der

## Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 27. August 1874.

---

Abwesend und für entschuldigt gehalten die Herren Bock, Graf Görz, Brißberg, Götte, Jasper, Kellner, Krone, Solmiz, Steinmann. Am Magistratstische gegenwärtig Herr Oberbürgermeister Caspari und die Herren Stadträthe Bammel und Ramdohr.

Die Sitzung wird durch den Herrn Vorsitzenden eröffnet, und hierauf zunächst das Protocoll vom 30. Juli genehmigt, nachdem constatirt worden, daß E. 5 J. 6 v. n. statt „Verlegung“ zu lesen ist „Freilegung“.

Dann, der Tagesordnung gemäß,

I. schreitet die Versammlung zur Wahl von vier Mitgliedern der Commission für Gewerbesteuerereinschätzungen. Den für das laufende Jahr bestellten Herren Flagge, Jasper, Kloss und Solmiz wird ihr Mandat bis zum 1. October 1875 verlängert.

Die Tagesordnung aussetzend,

II. berichtet der Herr Vorsitzende, daß laut eines nachträglich eingegangenen Magistratschreibens vom 25. c. auf die Tage vom 1. bis 3. October die Jahres-Versammlung deutscher Realschulmänner in hiesiger Stadt anberaumt und von dem Comité zur Vorbereitung des Empfangs dieser Gäste der Antrag gestellt ist, für die freien Abendzusammenkünfte derselben den Saal im Altstadtrathhause mit freier

Beleuchtung zur Verfügung zu stellen und am Abend des dritten Tages in üblicher Weise eine Illumination des Altstadtmarktes zu veranstalten. Seitens des Magistrates werden beide Anliegen zur Genehmigung empfohlen. Eine commissarische Vorprüfung ist bei der Eile der Sache nicht möglich gewesen; auch so jedoch glaubt der Herr Vorsitzende eine zustimmende Erklärung um so unbedenklicher anheimgeben zu können, als viele von den zur Berathung dieses Congresses ausstehenden Fragen auch für die communalen Interessen unserer Stadt von höchster Wichtigkeit sind.

Demgemäß beschließt dann auch die Versammlung.

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist

III. ein Magistratschreiben vom 1. d. Mts., in welchem die Summe von 300  $\text{fl}$  angefordert wird, um nach Maßgabe der Berichte des Schuldirectors Friedrichs und der Turnlehrer Hermann und Meyerding für die dritte mittlere Bürgerschule am Prinzenwinkel die erforderlichen Turngeräthschaften und zwei Schränke zur Aufbewahrung der physikalischen Apparate und der naturhistorischen Sammlungen anzuschaffen.

Die Schul-Commission, für welche Herr Schwarzenberg berichtet, hat sich von der Nothwendigkeit dieser Anschaffungen überzeugt und empfiehlt deren Genehmigung.

Dem Antrage Herrn Ehrenhards, diesen Beschluß an die Bedingung zu knüpfen, daß die Schule am Sandwege namentlich zu Behuf des Turnunterrichts ganz in gleicher Weise ausgestattet werde,

hält Herr Oberbürgermeister Caspari entgegen, daß in dieser Schule kein eigentlicher Turnsaal vorhanden ist, und daher die Turnübungen in der Aula stattfinden müssen, wo begreiflicher Weise manche Geräthe nicht wohl untergebracht werden können.

Nachdem in Folge dieser Erklärung Herr Ehrenhard seinen Antrag zurückgezogen hat,

beschließt die Versammlung im Sinne des Magistrates und der Commission.

Wie ferner

IV. auf Grund eines Magistratschreibens vom 9. d. M. namens der Finanzcommission Herr v. Seckendorf berichtet, befindet sich die sogenannte kleine Triebe hinter den Häusern N 14—19 am Hagenmarke, welche das Haus- und Schmutzwasser dieser Grundstücke in die Oker abführt, in einem äußerst gesundheitswidrigen Zustande. In Folge der deshalb von Herzoglicher Polizeidirection angeknüpften Verhandlungen haben sich die Anwohner nunmehr bereit er-



klärt, die Kosten einer Canalisirung, welche ausschließlich der aus jedem Hause in den Hauptcanal zu führenden Seitencanale auf 274  $\text{P}$  veranschlagt sind, zu zwei Drittheilen zu übernehmen, wenn der Rest seitens der Stadt beigetragen würde. Da die Anlage offenbar wesentlich im Interesse der Anwohner liegt, welche in guten Verhältnissen leben und schlimmstenfalls aus gesundheitspolizeilichen Gründen zur Herstellung eines Canals gezwungen werden könnten, so ist ein Beitrag der Stadt streng genommen durch nichts geboten. Immerhin jedoch obwaltet bei Beseitigung derartiger Schädlichkeiten auch ein öffentliches Interesse, und mit Rücksicht hierauf beantragt der Magistrat die Verwilligung eines Zuschusses im Betrage von 50  $\text{P}$ .

Auf Empfehlung der Commission wird diese Verwilligung ausgesprochen.

V. Schon bei den Verhandlungen über die Gültigkeit des Verkaufs der drei Gärten auf dem Marktplatz zu St. Leonhard hatte der Magistrat sich dahin ausgesprochen, daß deren Erwerbung und Freilegung zu behuf des Marktverkehrs zweckmäßig sein würde. Wie nunmehr der Magistrat in einem Schreiben vom 11. d. M. anzeigt, ist dieser Kauf inzwischen unter Vorbehalt der Genehmigung Herzoglichen Staatsministeriums und der Versammlung auf den Preis von 8500  $\text{P}$  abgeschlossen. Da eine Ermäßigung desselben nicht zu hoffen steht, giebt der Magistrat anheim, den mitgetheilten notariellen Contract gutzuheissen.

Herr Steinau als Berichterstatter der Finanzcommission bittet zunächst um Aufklärung darüber, ob sich der Verkäufer die diesjährige Ernte der fraglichen Gärten und die darauf befindlichen Bäume und Sträucher vorbehalten habe oder nicht.

Herr Oberbürgermeister Caspari glaubt, daß demselben allerdings das Recht zusteht, die Gärten diesmal noch abzurnten, nicht aber Bäume oder Sträucher daraus wegzunehmen.

Herrn Lucius, welcher in Anbetracht des zuvor zwischen dem Particulier Markworth und dem Maurermeister Spengler abgeschlossenen Kaufcontracts Zweifel hegt, ob ersterer zur Zeit überhaupt in der Lage sei, über diese Gärten zu verfügen,

verständigt Herr v. Seckendorf dahin, daß der frühere Käufer die Kaufbedingungen nicht erfüllt, der Verkäufer also gegründete Aussicht hat, den wegen Aufhebung des bestehenden Contractes von ihm erhobenen Rechtsstreit zu seinen Gunsten entschieden zu sehen, auf den entgegengesetzten Fall aber sich contractmäßig vorbehält, seiner Zusage gegen die Stadt entbunden zu sein.

Unter diesen Umständen, kann, wie Herr Steinau weiter berichtet, die Commission den vorliegenden Contract lediglich zur Genehmigung empfehlen, da die notariellen Unzulänglichkeit des Marktplatzes bei St. Leonhard eine

Vergrößerung desselben dringend wünschenswerth erscheinen läßt. Zugleich aber glaubt die Commission anheim geben zu müssen, daß der Magistrat ersucht werde, nunmehr auch mit der Altwiker Gemeinde wegen Ueberlassung des ganzen Platzes in Verhandlung zu treten.

Herr Schwarzerberg wirft die Frage auf, ob die Markworth'schen Gärten im Wege der Expropriation nicht billiger als zu dem stipulirten Kaufpreise zu erlangen sein dürften.

Herr Oberbürgermeister Caspari hält dies nach den bisherigen Erfahrungen für höchst unwahrscheinlich.

Herr Flaggé erinnert an einen frühern Fall, in welchem ein der Stadt ursprünglich für 18,000  $\text{₤}$  angebotenes Grundstück schließlich bei der Expropriation auf 3,000  $\text{₤}$  zu stehen kam. Krieg

Herr Peters führt ferner an, daß der Particulier Markworth in seinem Proceß gegen die Stadt ein Gutachten Sachverständiger beigebracht hat, in welcher die fraglichen Grundstücke zu einem Werthe von 14,000  $\text{₤}$  geschätzt waren.

Herr Faillard weiß aus guter Quelle, daß dem Verkäufer, falls sich das Abkommen mit der Stadt zerschlagen sollte, von anderer Seite ungleich höhere Preise in Aussicht gestellt sind.

Die Versammlung genehmigt demnach den vorliegenden Contract und beschließt, die Erwerbung des ganzen Platzes bei St. Leonhard empfohlener Maßen in Anregung zu bringen.

Hierauf

VI. trägt namens der Finanzcommission Herr Haake vor:

Seit an der Nebenstraße die beiden großen Keller der National-Bierbrauerei angelegt sind, muß deren Schmutzwasser, welches in den beiden jedes Abzugs ermangelnden Seitengräben nicht mehr versiegen kann, durch Abfuhr beseitigt werden. Seitens der Direction ist daher die Anlage eines canalisirten Abflusses in den Canal der Bültenstraße beantragt. Von den zu 1320  $\text{₤}$  veranschlagten Kosten würde nach Vorschrift des Stadterweiterungsstatutes die Hälfte von der Stadt zu übernehmen sein; die andere Hälfte ist die Brauerei zu tragen bereit, welche sich außerdem verpflichtet, auf ihrem Grundstücke außer den nöthigen Einfallschächten mit Geruchsverschluß mindestens zwei wasserdicht gemauerte Schachte zur Aufnahme der Schlammrückstände vom Reinigen der Bierfässer herzurichten und die ganze Anlage unter die Controle der städtischen Begebaubeamten zu stellen. Falls die übrigen Anwohner der Nebenstraße, welche zur Zeit bei dieser Anlage angeblich nicht interessiert sind, späterhin ihr Schmutzwasser in den neuen Canal abführen

wollten, würden sie einen verhältnißmäßigen Kostenbeitrag zu zahlen haben, welcher dann der Stadt zu gut käme. Unter diesen Umständen giebt der Magistrat in einem Schreiben vom 9. d. M. anheim, das Project zu genehmigen und die erforderlichen 660  $\mathcal{R}$  aus der Stadtcasse zu verwilligen — Anträge, welche seitens der Commission zur Annahme empfohlen werden.

Herr Reuter hegt zunächst das Bedenken, ob es wirklich der billigste Weg sein würde, das Stadtgebiete nach und nach in derartig verzettelten kurzen Strecken zu canalisiren. Abgesehen hiervon aber erscheint ihm durchaus unzweckmäßig, die Abflüsse der National-Bierbrauerei durch einen in den Umsluthgraben ausmündenden Canal zu leiten, während sie doch nach Canalisirung der Hamburger Straße, wonach deren Anwohner ebenfalls sehnlichst verlangen, ohne Schwierigkeit mit diesem Tract in Verbindung gesetzt und durch den Hasenwinkel in die Oker unterhalb der Stadt abgeführt werden könnten, und somit dann die Gefahr einer Verunreinigung, wie sie in den westlichen Umsluthgräben bereits eingetreten, wenigstens auf dieser Seite von der Stadt abzuwenden wäre.

Auch Herr Flagge ist den mehr und mehr einreißenden partiellen Canalisirungen entschieden abgeneigt, und dies im gegenwärtigen Falle um so mehr, als man nach Beschaffenheit der Verhältnisse von der National-Bierbrauerei auf alle Fälle größere Opfer erwarten dürfte als sie anbietet. In der Ueberzeugung, daß an die städtischen Behörden über kurz oder lang doch die Nöthigung eines planmäßigen Vorgehens in dieser Sache herantreten werde, beantragt Nedner, die fragliche Anlage nur im Zusammenhange mit einer allgemeinen Canalisirung der Stadttheile vor dem Wendenthore zu genehmigen, zunächst also den Magistrat um Vorlegung eines dahin zielenden Planes zu ersuchen.

Herr Oberbürgermeister Caspari hält dem die Erklärung des städtischen Wegebauconducteurs entgegen, daß eine Verbindung der Canalisationen vor dem Fallersleber- und dem Wendenthore wegen der dazwischen liegenden Wasserseide nicht wohl ausführbar und jedenfalls mit Kosten verknüpft sein würde, welche zur Zeit wenigstens die Kräfte der Stadt übersteigen. Ueberdies aber liege bis jetzt aus den mitinteressirten Privatreisen keinerlei Kundgebung vor, welche auf das von Herrn Reuter vorausgesetzte Verlangen oder gar auf eine große Bereitwilligkeit schließen ließe, dafür an ihrem Theile auch mit einem angemessenen Beitrage einzutreten. Seitens der National-Bierbrauerei hingegen seien annehmbare Vorschläge ergangen, und nach Maßgabe des bisherigen Verfahrens werde man billiger Weise nicht wohl umhin können, auf dieselben einzugehen.

Herr Schöttler übersieht nicht, ob bei der beantragten Canalisirung neben dem Bedürfnisse der National-Bierbrauerei auch ein öffentliches Interesse obwalte oder nicht. Letztern Falls würde er für Ablehnung der Vorlage stimmen.

Herr Steinau. Die von Herrn Reuter erhobenen Bedenken seien bei den Commissionsverhandlungen auch von ihm geltend gemacht worden; den Ausschlag aber habe dann das angeführte Gutachten des Wegebauconducteurs gegeben. Da es sich übrigens keineswegs um eine Verbesserung des Jürgensschen Grundstückes allein, sondern um Verbesserung des Zustandes der ganzen Gegend handle, so könne jetzt auch er nur empfehlen, daß sich die Versammlung im Sinne der Vorlage entscheide.

Herr Reuter hält dafür, daß grade der üble Zustand dieser Gegend das Bedenken steigern müsse, dessen Ursache, die stagnirenden Abgänge aus der National-Bierbrauerei in die Umfluthgräben und so gewissermaßen in die Stadt hereinzuführen. Handle es sich aber um die Brauerei allein, dann müsse er dem Flaggeschen Antrage um so mehr beitreten, als es die seiner Meinung nach einzig richtige Abhilfe durch umfassendere Canalanlagen vollends in die Ferne rücken würde, wenn vorweg einmal dem Bedürfniß des Hauptinteressenten genügt wäre.

Herr Bracke. Da die üblen Abflußverhältnisse bei der National-Bierbrauerei eben durch diese veranlaßt werde, so liege selbstverständlich kein Grund vor, Abhilfe auf Kosten der Stadt zu schaffen, wie denn auch sonst in manchen Fällen füglich die Interessenten zu alleiniger Bestreitung derartiger Anlagen heranzuziehen und auch wohl bereit sein dürften. Herr Bracke giebt demnach anheim, die beantragte Canalisirung zwar zu gestatten, einen Beitrag aus der Stadtkasse aber zu verweigern.

Herr Schöttler möchte einen innerhalb des Stadtgebietes ausmündenden Canal unter allen Umständen vermieden sehen, weil solcher der Umgegend unfehlbar im höchsten Grade beschwerlich fallen würde. Zum Beweise erinnert er daran, daß man in Glesmarode über den Gestank eines Grabens klagte, in welchen, nicht etwa dicht beim Dorfe, sondern am Fußwege nach dem Grünen Jäger, ein Abzugscanal der Actien-Bierbrauerei auf dem Streitberge münde. Diese nun trage hieran unstreitig die geringste Schuld, da sie ihr Schmutzwasser erst ablasse, nach dem es in den Sammelgruben desinficirt worden; die eigentliche Ursache des Uebels seien die Abflüsse der Zuckersfabriken zu Rautheim und Salzbadlum. Jedensfalls aber beweiße diese Erscheinung, auf welche Entfernungen hinaus sich die übeln Einflüsse derartiger Canäle bemerklich machen.

Der Herr Vorsitzende hält es ebenfalls für höchst bedenklich, in die Umfluthgräben, so lange sie als Sammelbassin für die Neustadtmühle dienen, ferner noch die Ausscheidungen großer Etablissements abzuführen. Wie scandalös dadurch die Beschaffenheit des westlichen Okerarmes geworden, sei allbekannt; wolle man

ähnliche Zustände auf der anderen Seite der Stadt nicht auch einreißen sehen, so liege aller Grund vor, sich für den Antrag Herrn Flagges zu entscheiden.

Dieser wird dann auch, nachdem Herr Bracke sein Amendement zurückgezogen hat, von der Versammlung genehmigt.

### Weiter

VII. bringt der Herr Vorsitzende zur Kenntniß der Versammlung, daß der Magistrat mittelst Schreibens vom 10. d. Mts. eine Zuschrift des Eisenbahn-Assistenten Athenstedt mitgetheilt hat, in der dieser seine gegen die Stadt erhobenen Forderungen zu rechtfertigen sucht. Den gleichzeitigen Antrag desselben, ihm die Richtigkeit seiner Angaben zu bescheinigen, glaubt der Magistrat in Anbetracht des inzwischen nach Beschluß der Versammlung vom 30. v. M. übernommenen Processes unberücksichtigt lassen zu müssen. Außerdem bringt der Magistrat zur Kenntniß der Versammlung, daß Herzogl. Staatsministerium durch Rescr. vom 3. d. M. die Herstellung des Weges nach St. Leonhards in einer Breite von 56 Fuß genehmigt und den Magistrat ermächtigt hat, das nöthige Areal zum Preise von 50  $\text{fl}$  pro Quadratruthe anzukaufen und eventuell zu expropriiren.

Dem Wunsche des Bahnassistenten Athenstedt wird durch Vorlesung seines Schreibens genügt. Zu einer Kritik oder Beschlusfassung scheint dasselbe keinen Anlaß zu bieten, weswegen der Herr Vorsitzende beantragt, es lediglich zu den Acten zu nehmen.

Die Versammlung erklärt sich mit dieser Behandlung einverstanden.

VIII. Wie dem Magistrate auf eine Anfrage mitgetheilt ist, beabsichtigt der Bürgerverein dieses Jahr zur Feier des Sieges bei Sedan ein Volksfest zu veranstalten, wie solches für das vergangene Jahr ebenfalls ins Auge gefaßt war: Die Mittel dazu sind insoweit vorhanden, daß von einer öffentlichen Sammlung für diesmal abgesehen werden kann; doch ist dabei auf die für das vorjährige Fest aus der Stadtkasse verwilligten 200  $\text{fl}$  gerechnet und deren Auszahlung demnach beantragt. Da der Magistrat die diesjährige Feier in Anregung gebracht und dabei die Mitwirkung der städtischen Behörden in Aussicht gestellt hat, so empfiehlt er diese Verwilligung nunmehr auch bei der Versammlung.

In der Finanzcommission ist, wie deren Referent, Herr v. Seckendorf berichtet, eine Einigung über diese Vorlage nicht zu erzielen gewesen.

Herr Steinau kann nur seine schon im vorigen Jahre ausgesprochene Ansicht aufrecht erhalten, daß das beabsichtigte Fest weder eine communale noch eine nationale Angelegenheit, sondern lediglich die Veranstaltung einer politischen Partei, und daß demnach, wenngleich natürlich dieser Partei wie jedem Einzelnen die Be-

theiligung unbenommen bleibe, keinesfalls doch Mittel der Stadt dafür in Anspruch genommen werden dürfen. Vor einiger Zeit habe es denn auch den Anschein gehabt, als werde der Magistrat solche Verwilligung aus eigener Initiative ablehnen; jetzt sei in dieser Stimmung freilich wieder ein Umschlag eingetreten; gleichwohl hofft Redner, die Vorlage seitens der Versammlung verworfen zu sehen. Daß es sich hier in der That nur um eine Partei handle, gehe zur Genüge schon aus den Unterschriften des von dem Bürgervereinscomité erlassenen Aufrufs hervor; ein Nationalfest daraus zu machen, werde um so weniger gelingen, als mit Hilfe der officiellen Presse die Hälfte aller Deutschen zu Reichsfeinden gestempelt sei. Denn als solcher werde bekanntlich Jeder bezeichnet, der nicht unbedingt mit Herrn v. Bismarck gehe. Das könne man nun allerdings schon über sich ergehen lassen, wennschon es natürlich hin und wieder als Kränkung empfunden werde. Zu den Unmöglichkeiten aber gehöre es nicht, daß über unser Vaterland einst noch Zeiten wieder hereinbrechen, in denen sich bewähren werde, auf welcher Seite die besseren Patrioten zu finden seien, ob bei den sogenannten Reichsfeinden oder den vermeintlichen Reichstreuen.

Herr Bracke hält eine Verständigung zwischen den beiden einander hier entgegengesetzten Meinungen von vornherein für unmöglich, weil man beiderseits in dieser Sache einen scharf ausgeprägten Parteistandpunkt einnehme. Eben dieses aber müsse die städtischen Behörden, deren einzige Aufgabe ja die Förderung des Gemeinwohls sei, von einer Einmischung zurückhalten, welche die eine Partei zu einem ihrer Ueberzeugung entgegenstehenden Feste zwingen und somit deren Recht offenbar verletzen würde. Unter den Stadtverordneten zwar sei diese Partei, dank der bestehenden Klassenwahlen, nur schwach vertreten; wie wenig dies aber ihrer wirklichen Stärke entspreche, davon habe die letzte Wahl zum Reichstage hinlänglich Zeugniß abgelegt. Denke man sich nur den umgekehrten Fall, daß die socialdemokratische Partei hier in der Majorität wäre und die Gunst dieser Lage dazu benutzen wollte, den Stadtsäckel für ihre Feste in Anspruch zu nehmen: was für ein Geschrei würden dann wohl die Gegner ausschlagen. Ein Volksfest könne naturgemäß nur vom Volke beschlossen werden; für die Sedanfeier aber habe sich in der dieser Tage berufenen Volksversammlung auch nicht eine einzige Stimme erhoben. Sonach kennzeichne sich dieses Fest denn für jeden Unbefangenen als ein Fest der zur Zeit noch in der Majorität befindlichen Kreise, und für ein solches Fest Gelder zu verwenden, welche von den Steuerzahlern insgemein aufgebracht werden, sei genau so ungeheuerlich, wie wenn etwa die katholische Majorität eines städtischen Gemeinwesens öffentliche Zuschüsse für specifisch katholische Feste votiren wollte. Und in dem gegenwärtigen Falle sei ein derartiges Ansinnen noch um soviel verwundlicher, als die Partei, welche den Tag von Sedan zu feiern wünsche, unter

ihren Angehörigen gerade die reichsten Leute der Stadt zähle, denen es eine Kleinigkeit sein würde, die erforderlichen Gelder aus eigenen Mitteln aufzubringen. Ueber die wahre Bedeutung der Sedanfeier als eines Mittels zur Verherrlichung des Militarismus will Redner an dieser Stelle kein Wort mehr verlieren. Dagegen giebt ihm der Aufruf des Bürgervereins an zwei Punkten zu denken, über welche er sich Aufklärung erbitten muß. Einmal nämlich ist dieser Aufruf vom Schuldirector und von sämmtlichen Schulinspectoren mit unterzeichnet: eine Wahrnehmung, bei der sich die Frage aufdränge, ob diese Herren zum Comité als Privatpersonen oder von Amte wegen herangezogen seien. Wenn letzteres, so könne er dies keineswegs in der Ordnung finden. Sodann heiße es in dem Aufruf, das Comité sei auf Anregung der städtischen Behörden zusammengetreten. Seines Wissens könne solche höchstens vom Magistrate ausgegangen sein; hier aber gewinne es den Anschein, als sei auch seitens der Stadtverordneten, und zwar ohne allen Widerspruch, eine dahin zielende Entscheidung getroffen, und das sei eine Verdunkelung des Thatbestandes, über welche er sich seinen Wählern gegenüber zur Rechenschaft verpflichtet fühle.

Herr Oberbürgermeister Caspari. Jene Redewendung des Aufrufs sei insofern nicht ganz glücklich gewählt, als sich die Mitwirkung der städtischen Behörden in der That auf die von Seiten des Magistrates an den Bürgerverein ergangene Anfrage beschränke, ob letzterer die Anordnung für die Sedanfeier wieder wie im vorigen Jahre zu übernehmen gesonnen sei. Die Theilnahme der Schulinspectoren anlangend, so seien diese dazu wie andere Leute auch aufgefodert worden, von ihrem Vorgesetzten aber eine Aufforderung an sie nicht ergangen; nachdem sie ihre Mitwirkung einmal zugesagt, habe man freilich von ihnen erwartet, daß sie in ihren Kreisen nach Vermögen für das Fest wirken würden. Was Herr Steinau über frühere Stimmungen des Magistrates muthmaße, werde darauf zurückzuführen sein, daß der Magistrat die zur vorjährigen Sedanfeier bewilligten 200  $\mathfrak{M}$ , obwohl dazu nach dem Beschlusse der Versammlung durchaus befugt, nicht zur Zahlung angewiesen habe; dies aber sei nur wegen des Ausfalls der Feier unterblieben. In Wahrheit sei der Magistrat heute wie von jeher der Meinung, daß es sich in diesem Falle um ein Fest von allgemeinem Interesse handle und daß es wünschenswerth, diese Anschauung auch von der Mehrheit der andern städtischen Körperschaft ausgesprochen und durch einen angemessenen Geldbeitrag bethätigt zu sehen. Das sei der eigentliche Zweck der Vorlage; denn an sich würde der geringe Zuschuß, wie Herr Brauke ganz richtig bemerkt habe, leicht auch anderweitig aufzubringen sein. Daß es sich in der That aber um ein Fest von allgemeiner Bedeutung handle, bestätige auch der betreffende Erlaß Herzoglicher Landesregierung, und für eine Parteifeier werde man es schon deshalb nicht ausgeben

können, weil bekanntlich Niemand von der Betheiligung an demselben ausgeschlossen werde.

Herr Lucius erinnert an das bekannte Ausschreiben des Erzbischofs von Mainz: auch in der Verkegung der Sedanfeier gehe die socialistische Partei wie schon bei mancher andern Gelegenheit Hand in Hand mit den Ultramontanen. Die Sedanfeier ein Parteifest: so laute die auf beiden Seiten ausgegebene Losung. Das aber sei eben eine offenbare Entstellung des wahren Gedankens dieser Feier. Denn nicht, wie behauptet werde, zur chauvinistischen Verherrlichung des Militarismus solle sie dienen, vielmehr gelte es, den Tag zu feiern, an welchem die deutschen Stämme im siegreichen Kampfe gegen den Erbfeind Deutschlands sich endlich zu einer selbständigen Nation zusammengefunden haben; und in diesem nationalen Gedanken können sich alle Parteien und werde dann auch die große Mehrzahl und darunter sicherlich viele Arbeiter sich vereinigen, trotz dagegen stimmender Volksversammlungen wie die auf welche Herr Bracke sich berufe. Die Betheiligung der Schulinspectoren und die Heranziehung der Schulsjugend hält Redner nicht nur für erlaubt, sondern auch für durchaus nothwendig, da es allerdings von höchster Wichtigkeit, die Vaterlandsliebe in den Herzen der Kinder zu erwecken, und dies um so mehr, als notorisch ja auch von Seiten der Socialdemokraten alles aufgeboten werde, um schon auf die Jugend Einfluß zu gewinnen: seien jüngst doch von einem der hiesigen Führer dieser Partei Gratulationskarten an die Confirmanden des Pflegehauses geschickt. Wenn der Aufruf des Bürgervereins von einer Anregung der städtischen Behörden rede, so möge dieser Ausdruck immerhin nicht ganz richtig sein; daß aber die städtischen Behörden ihre Uebereinstimmung mit der Sedanfeier zu erkennen geben, das sei allerdings in hohem Grade wünschenswerth, und dazu werde beantragter Maßen ohne Zweifel auch die Versammlung die Hand bieten, mit Ausnahme vielleicht Herrn Brackes und Herrn Steinaus, welchen er jetzt wohl auch zu den Socialdemokraten zählen dürfe.

Herr Bracke. Die Thatsache, welche Herr Oberbürgermeister Caspari zur Beichönigung des Magistratsantrages geltend mache: daß von der beabsichtigten Feier Niemand ausgeschlossen sei, rechtfertige keineswegs doch, daß durch einen Beschluß der Versammlung Diejenigen, denen ihre Ueberzeugung die Betheiligung verbiete, zu Beiträgen dafür herangezogen werden sollen. Auch die Kirchen stehen Jedermann offen; dennoch aber würde Redner es als eine schwere Rechtsverletzung ansehen müssen, wenn man ihn, der kein Verlangen habe hineinzugehen, zu irgend welcher Zahlung für Kirchenzwecke nöthigen wollte. Wenn Herr Ultramontanen beschuldige, so könne dies nur auf einer sehr oberflächlichen Anschauung der Verhältnisse beruhen; denn bekanntlich gebe es Fälle, in denen eine



politische Partei nicht umhin könne, mit ihren entschiedensten Gegnern an einem Strang zu ziehen. Die Schuld der Socialisten sei es nicht, wenn die Ultramontanen zur Zeit unter die Reichsfeinde geworfen werden, und vielleicht werde man es noch erleben, daß dieselben in schönster Eintracht mit den besten Reichsfreunden gegen die Socialen vorgehen. Ob übrigens das deutsche Volk in seiner Mehrheit und namentlich die deutschen Arbeiter den Tag von Sedan feiern werden, bleibe abzuwarten.

Herr Steinau. Wenn Herr Lucius behaupte, der Kampf bei Sedan habe die deutschen Stämme geeinigt, so vergesse er, daß Oesterreich dabei nicht mitgefochten habe und auch jetzt noch vom deutschen Reiche ausgeschlossen sei. Erbfeinde seien die Franzosen auf Commando gewesen, wie man sie in einer noch nicht lange hinter uns liegenden Zeit ebenfalls auf Commando für die besten Freunde Deutschlands ausgegeben habe. Ueberhaupt sollte man nicht immer von Erbfeinden reden: die Völker vertragen sich mit einander in der Regel ganz gut, wenn sie nicht durch die Politik der fürstlichen Cabinete gegen einander geheßt werden. Und wie sei das Volk nun belohnt, welches sein Blut in dem letzten Kriege vergossen habe? Durch ein neues Militär-Strafgesetzbuch, durch Ausnahmegesetze, welche das öffentliche Rechtsbewußtsein untergraben, durch die Corruption der öffentlichen Meinung vermittels der officiellen Presse, durch die Gewaltthätigkeiten des Reichskanzlers. Die Kriegserfolge habe das deutsche Reich für sich, und vielleicht wäre es nicht gut gewesen, wenn sie uns gesehlt hätten. Aber auch der Stützen im Innern könne keine Regierung entbehren, und es sei nicht gut, wenn sie sich derselben durch Mißachtung der klarsten Volksrechte beraube, wie es unter andern auch unsere Stadt empfunden habe, indem sie Jahre lang vor Erlass des Reichsmilitärgesetzes die Befreiung der Militärpersonen von den Communalsteuern mußte über sich ergehen lassen. Redner zählt sich nicht zu den Socialdemokraten; der Fahne der Demokratie aber sei er treu geblieben, derselben Fahne, unter welcher einst auch Herr Lucius gestanden. Wenn dieser jetzt dagegen die Gewalt über das Recht stelle, so sei er eben kein Demokrat mehr.

Herr Lucius. Was Herr Steinau unter Demokratie verstehe und ob er ihn für einen Demokraten halte oder nicht, sei ihm völlig gleichgültig. Er trage in sich das Bewußtsein, seine Principien zu keiner Zeit verleugnet zu haben, und wenn dies Herr Steinau mit einer Phrase in Zweifel zu ziehen suche, so habe er dem nur seine Verachtung entgegenzusetzen.

Der Herr Vorsitzende macht dem Redner bemerklieh, daß der Ausdruck „Verachtung“ hier nicht am Platze sei.

Herr Steinau. Er habe gesagt, wenn Herr Lucius die Gewalt über das Recht stelle, so sei er kein Demokrat. Diese Behauptung erhalte er aufrecht,

und daß sich Herr Lucius darüber in unziemlichen Ausdrücken ergehe, sei lediglich seine Sache.

Herr Oberbürgermeister Caspari. Wenn Herr Bracke seine (des Redners) Bemerkung, daß die Theilnahme an der Sedanfeier Jedermann freistehet, als einen Versuch zur Verschönigung des Magistratsantrages auslege, so sei er im Irrthum. Einer Verschönigung bedürfe es in diesem Falle durchaus nicht, da der Magistrat zu jedem Antrage, die Versammlung zu jedem Beschlusse, welche den bestehenden Gesetzen nicht zuwiderlaufen, vollkommen berechtigt seien und überdies nicht nur Zwangspflichten, sondern auch Ehrenpflichten zu erfüllen haben. Um eine solche handle es sich in diesem Falle, und wenn eine Opposition dieselbe als eine reine Parteifrage darzustellen suche, so werde hoffentlich am Sedantage die allgemeine Betheiligung der hiesigen Einwohnerschaft diese Auffassung widerlegen.

Herr Bracke. Wie er schon bei einer früheren Gelegenheit bemerkt habe, stelle er das formelle Recht der städtischen Behörden zu den beantragten Beschlüssen nicht in Abrede. Da er dieselben aber sachlich nicht billige, so habe er seinerseits eben darzuthun gesucht, daß die dafür von dem Herrn Oberbürgermeister geltend gemachten Gründe auf eine Verschönigung hinauslaufen.

Damit wird die Debatte geschlossen und der Magistratsantrag alsdann mit allen Stimmen gegen die der Herren Bracke, Faillard und Steinau angenommen.

IX. Wie der Magistrat unterm 6. Juli mittheilt, war in dem behufs weiterer Verpachtung der städtischen Fischereigerechtfame abgehaltenen Termine das Meistgebot mit 65  $\text{fl}$  für das Jahr von dem Improvisator Hermann abgegeben. Der bisherige Pächter, Fischermeister Haase, hatte, abgesehen von seinem Mindergebot zu 60  $\text{fl}$ , nachträglich auf den Zuschlag ausdrücklich verzichtet, da bei dem gegenwärtigen Zustande der Oker und namentlich der Umfluthgräben die Fische häufig crepiren; der Schenkewirth Gercke zu Eisenbüttel, welcher nur auf die Strecke von dort bis zur Dammühle reflectirte, war mit seinem Angebot ebenfalls weit hinter dem des Improvisators Hermann zurückgeblieben; andere Picitanten hatten sich nicht eingefunden. Der Magistrat gab demnach anheim, ersterem auf 6 Jahr vom 1. April k. J. ab den Zuschlag zu ertheilen. — Nach § 3 der Pachtbedingungen darf auf den städtischen Fischereigewässern Niemand ohne Einwilligung des Pächters ein Gewerbe mit der Vermietbung von Lustschiffen betreiben; doch hatte sich der Improvisator Hermann aus freien Stücken verpflichtet, gegen die von dem Gastwirth Gercke veranstalteten Dampfbootfahrten keinen Einspruch erheben, auch keine Entschädigung dafür beanspruchen zu wollen, und diese Bedingung beantragte der Magistrat in den Contract aufzunehmen. Inzwischen hat laut eines Magistratschreibens vom 22. d. M. jene Bestimmung in § 3 müssen aufgehoben werden, weil die

Reichs-Gewerbeordnung eine derartige Beschränkung ausschließt. Obwohl nun in Folge hiervon der Improvisator Hermann von seinem anfänglichen Geböte auf den Betrag des früheren Pachtpreises von 44  $\text{§}$  zurückgegangen ist, glaubt der Magistrat die Verpachtung unter den dergestalt modificirten Bedingungen doch empfehlen zu können.

Die Finanzcommission, für welche Herr Steinau berichtet, hat sich ebenfalls überzeugen müssen, daß bei der gegenwärtigen Beschaffenheit der Ofer, welche an den bekannten Stellen mehr und mehr zu einem wahren Pestgraben ausarte, auf höhere Erträge der Fischereipacht nicht zu rechnen sei. Sie schließt sich daher dem Antrage des Magistrats an, indem sie nur noch anheim giebt, in den Pachtcontract eine Bestimmung des Inhaltes aufzunehmen, daß der Pächter, falls etwa während der Pachtzeit einzelne Strecken des verpachteten Flußgebietes canalisirt werden sollten, deswegen auf eine Ermäßigung des Pachtgelbes keinen Anspruch habe.

Auch Herr Schwarzenberg spricht die Ueberzeugung aus, daß ohne den höchst traurigen Zustand der Ofercanäle bei hiesiger Stadt das Pachtobject bedeutend gewinnen müßte, und stellt demnach den Antrag, den Magistrat zu geeigneten Maßnahmen aufzufordern, damit die gesundheitswidrigen und die Fischerei in der Ofer beeinträchtigenden Verunreinigungen der Umfluthgräben und insbesondere die Einflüsse aus den anliegenden Fabriken in Zukunft verhütet und beseitigt werden.

Herr Flagge schlägt vor, in Anbetracht des geringen Ertrages die städtische Fischerei vorläufig überhaupt nicht zu verpachten, sondern damit zu warten, bis ein besserer Zustand der Gewässer herbeigeführt sei, um dann in der Lage zu sein, einen angemessenen Pachtpreis zu beanspruchen.

Herr Oberbürgermeister Caspari wünscht den vorgeschlagenen Contract doch zum Abschlusse gebracht zu sehen, da, wenn auch 44  $\text{§}$  kein Gegenstand von Belang seien, andrerseits doch auch kein Grund vorliegen könne, sie von der Hand zu weisen, zumal die Aussicht auf eine Besserung in der Beschaffenheit der Ofergräben bei der notorischen Abneigung der betreffenden Fabrikinhaver gegen jede Mitwirkung zu diesem Effect sehr problematisch sei.

Herr Reuter theilt mit, daß in Folge der wiederholten Anregungen des Gesundheitsrathes die Verhandlungen mit den theilhaftigen Etablissements seitens der Polizeidirection wieder aufgenommen sind, und jüngster Mittheilung zufolge die Anlage eines Canals zwischen dem Wilhelmithore und der Langen Tiefe zur Aufnahme der Abgänge aus den Fabriken an der Pflegehausstraße gesichert erscheint, da die Besitzer einen Beitrag von 15,000  $\text{§}$  zugesagt haben und nun wohl auch die Regierung ein Uebriges thun werde. Demnach rath Herr Reuter,

den Contract in der durch die Commission empfohlenen Form und gleichzeitig den Antrag Herrn Schwarzenbergs zu genehmigen, was seitens der Versammlung hierauf geschieht.

### Schließlich

X. bringt Herr Munte mit Unterstützung der Herren Ehrenhard, Lucius, Pini und Schöttler folgenden Antrag ein:

In Erwägung, daß vor den Thoren ebenso fertige Straßen wie im Innern der Stadt vorhanden sind, und daß die dort wohnende Bevölkerung zu gleichen Communallasten wie alle übrigen Einwohner herangezogen werden, wolle die Versammlung beschließen, daß der Straßen- und Haussehracht aus diesen Stadttheilen in derselben Weise abgefahren werde wie aus der übrigen Stadt.

Nachdem Herr Munte diesen Antrag noch ausführlicher motivirt hat, wird derselbe der Statutencommission überwiesen und damit die öffentliche Sitzung geschlossen.

1874.

(Fortsetzung der Beilage zum 217. Stücke des 1874  
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N<sup>o</sup> 9.

## Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 17. September 1874.

---

Abwesend und für entschuldigt gehalten die Herren Flagge, Haeusler, Reck, Schöttler, v. Seckendorf, Schwarzenberg, Steinmann. Am Magistratsstische Herr Oberbürgermeister Caspari und die Herren Stadträthe Carstens, Ramdohr und Rittmeyer.

An Herrn Haeuslers Stelle führt den Vorsitz Herr Peters.

Das Protocoll vom 28. v. Mts. wird genehmigt, nachdem festgestellt ist, daß in dem bei Erörterung des Ankaufs der Marktwirthlichen Gärten von Herrn Flagge angezogenen Falle (S. 4) das betreffende Grundstück nicht der Stadt sondern der Regierung angeboten war und bei der Expropriation nicht auf 53000, sondern auf 23,000  $\text{M}$  zu stehen kam.

Vor Eintritt in die Tagesordnung

bringt der Herr. Vorsitzende zur Kenntniß der Versammlung zwei selbstständige Anträge.

Der eine, von Herrn Reuter eingebracht, lautet:

In Erwägung, daß die eingetretene Isolirung der Stadt Braunschweig innerhalb der großen Eisenbahnverkehrslinien die gewichtigsten Interessen der hiesigen Bürgerschaft schwer schädigt, wolle die Versammlung eine Com-

mission von fünf Mitgliedern ernennen und den Magistrat um Beordnung zweier seiner Mitglieder ersuchen, um gemeinsam die zu schleuesten Abhülfe dieses Uebelstandes geeigneten Wege zu ermitteln und darüber der Versammlung baldthunlichst Bericht zu erstatten.

Weiter wird von Herrn Vock beantragt:

Die Versammlung wolle entweder die Urheber des Beschlusses vom 18. Juli 1872, durch welchen Herzogl. Staats-Anwaltschaft zur Erhebung einer Anklage gegen ihn wegen vermeintlicher Beleidigung der Versammlung ermächtigt wurde, honoris causa verpflichtet erachten, ihm die in Folge seiner Verurtheilung in erster Instanz erwachsenen Unkosten, als 35  $\text{fl}$ ,  $2\frac{1}{4}$   $\text{gr}$  Vertheidigungs- und 15  $\text{gr}$  Festsetzungsgebühr, zu gleichen Theilen zu erstatten, oder aber, falls dieselben als Mitglieder einer politischen Körperschaft hierzu persönlich nicht verpflichtet erscheinen sollten, in Erwägung, daß das von Herzoglichem Obergerichte in dem Erkenntnisse vom 17. Januar 1873 gerügte widerrechtliche Verfahren am 18. Juni 1872 die Amtslehre der Versammlung berührt, die Erstattung der gedachten Unkosten aus der Stadtkasse beschließen.

Zur Begründung seines Antrags trägt zunächst Herr Reuter vor:

Unsere Vaterstadt, die zweite Stadt im deutschen Reiche, welche sich einer Eisenbahn erfreute und lange Zeit einer der Hauptknotenpunkte des deutschen Eisenbahnnetzes, ist durch die Ungunst der Verhältnisse gegenwärtig zu einer Station vierten Ranges herabgesunken, während die Nachbarstädte Magdeburg und Hannover, welche später zu einer ersten Bahn gelangten, gegenwärtig ungleich günstiger gestellt sind. Magdeburg besitzt nach sechs Richtungen hin directe Bahnverbindungen mit größeren Plätzen; Hannover hat deren freilich erst fünf, wird aber in den nächsten Jahren direct noch mit Hamburg und mit Stettin verbunden sein. Braunschweig dagegen steht in gerader Linie nur mit einzelnen südlicheren Städten des Herzogthums und mit Hannover in Verbindung, so daß man von hier, wie denn schließlich jeder Weg bis ans Ende der Welt führt, allerdings auch mittels der Eisenbahn überall hingelangen kann, aber doch nur mit all den Unannehmlichkeiten und Kosten, welche mit den Umwegen indirecter Verkehrslinien verknüpft sind.

Das Bestreben der früheren Eisenbahnverwaltung war dahin gerichtet, mit den immer nur unter Schwierigkeiten und in geringeren Beträgen zu erlangenden Geldmitteln nach und nach ein möglichst dichtes Eisenbahnnetz über das ganze Land auszuspannen, und ohne Frage ist es ein Segen für dasselbe, daß unter seinen dreizehn

Städten eilf von der Bahn berührt werden. Daß den unter solchen Umständen entstehenden neuen Bahnstrecken eine rationelle Richtung nicht gegeben werden konnte, daß dieselben vielmehr an die bereits vorhandenen Strecken, so weit irgend möglich, angeknüpft wurden, kann natürlich der Landesregierung nicht zum Vorwurf gemacht werden. Ebenso wenig aber läßt sich verkennen, daß dieser Umstand gegenwärtig für die Rentabilität der Bahnen selbst von großem, für die Stadt Braunschweig aber von allergrößtem Nachtheil ist.

So lange sich von unserm Bahnsystem mit Hilfe bald des einen bald des andern Nachbarn gradlinige Concurrenzbahnen fernhalten ließen, konnte man den großen Verkehr zwingen, den Umwegen der Braunschweigischen Bahnen zu folgen. Seit den Umwälzungen des Jahres 1866 aber ist dieses Mittel hinfällig geworden, und da es inzwischen auch nicht gelungen ist, solche Concurrenz durch rechtzeitige Verträge und Concessionen abzuwenden, so liegt nunmehr das Ergebnis zu Tage, daß sich alle umliegenden größeren Städte von den Nachtheilen jener Umwege möglichst emancipirt haben, während selbige für die Stadt Braunschweig fortbestehen und nur um so drückender geworden sind.

Schon der nächste westliche Kreuzungspunkt Lehrte, welcher bekanntlich in Folge eines Compromisses mit Hannover entstanden ist, wurde im Interesse der Stadt Braunschweig vielfach beklagt. In den letzten Jahren aber sind seinesgleichen ringsher um die Stadt Braunschweig — mit Ausnahme der Nordseite, wo die Berlin-Lehrter Bahn gewissermaßen eine chinesische Mauer bildet — in so großer Zahl hergestellt, daß Braunschweig mit seiner bedeutenden Industrie und seinen 65,000 Einwohnern sogar innerhalb der Braunschweigischen Bahnen zu einer Nebenstation geworden und hinsichtlich directer Verbindungen nach allen Seiten sehr viel ungünstiger situiert ist als Jerrheim, Börsum, Wienenburg und Kreienzen. Schöningen kann man von Braunschweig auf drei Wegen erreichen: über Königs-Lutter-Helmstedt, über Wolfenbüttel-Schöppenstedt, über Börsum-Jerrheim; nach allen benachbarten größeren Handelsplätzen hingegen führen nur erhebliche Umwege, obschon diese durch kurze Verbindungsbahnen leicht zu beseitigen ständen. Wie großen Werth aber in anderen Städten auf thunlichst gerade Verbindungen mit anderen Hauptplätzen gelegt wird, geht z. B. daraus hervor, daß Magdeburg obgleich mit der Berlin-Lehrter Bahn bereits durch die Station Stendal verbunden, dennoch bereits einen zweiten Anschluß über Neuhaldenleben nach Debitzfelde zu erreichen gewußt, Hannover, obgleich die Strecke von da über Lehrte nach Hamburg erheblich kürzer ist, als die von Braunschweig über Lehrte dahin, sich gleichwohl doch eine zweite directe Bahn über Walsrode gesichert hat. Unablässig und mit bestem Erfolge sind die Vertretungen dieser Städte bemüht, deren gün-

stige Lage im großen Eisenbahnverbande zu behaupten und wo eine neue Bahn sie zu umgehen droht, nicht allein jeden Schaden abzuwenden, sondern dieselbe durch zweckmäßige Anschlußprojecte sofort sich auch dienstbar zu machen.

Der Handel unserer Stadt war den Nachbarstädten gegenüber durch die Differenzial-Frachtsätze stets benachtheiligt, und leider ist es eine anerkannte Thatsache, daß er keineswegs florirt. Die neuerdings eingetretene Steigerung der Frachtsätze bringt ihn vollends in eine um so schlimmere Lage, als der Aufschlag, welcher zum Theil bis zu 72 % beträgt, von und auf Braunschweig auch für jene Umwege noch zu tragen ist. Dazu kommt, daß diejenigen Landestheile, welche mit ihrem Verkehr früher lediglich auf die hiesige Stadt angewiesen waren, sich jetzt durch die bequemere Eisenbahnverbindung mehr und mehr nach Hannover und demnächst voraussichtlich auch nach Magdeburg gezogen sehen. Nach Hannover hat z. B. das Amt Vorsfelde mittels der Berlin-Lehrter Bahn von Debitzfelde aus täglich eine dreimalige Verbindung, und gleich bequem wird von da wie von dem Amt Calvörde aus binnen wenig Wochen mittels der Bahn Debitzfelde-Neuhaldensleben-Magdeburg der Verkehr mit diesem letztern Orte sein, während nach Braunschweig unter den bestehenden Verhältnissen sich täglich kaum eine Hin- und Hersahrt darbietet. Der Handel und Verkehr mit den 15,000 Eingefessenen beider Aemter muß unter diesen Umständen natürlich für unsere Stadt nach und nach völlig verloren gehen.

Aber auch noch aus einer anderen Rücksicht ist dringend zu wünschen, daß der Stadt so bald als möglich eine Eisenbahnverbindung in nördlicher Richtung mit einem Bahnhofe im Norden der Stadt zu Theil werde. Die Einnündung aller Bahnen in den jetzigen Bahnhof hat nämlich zur Folge gehabt, daß vorzugsweise am Süd- und Südwestrande der Stadt Fabriken in großer Zahl entstanden sind, deren Abflüsse nothwendig die Stadt passieren und dieser große Calamitäten bereiten müssen. Dem weiteren Umsichgreifen dieses Uebelstandes würde am sichersten gewehrt sein, wenn endlich die längst projectirten Bahnen Hildesheim-Braunschweig und Braunschweig-Debitzfelde mit einem Bahnhofe im Norden der Stadt zur Ausführung gelangten, wo für industrielle Anlagen augenscheinlich ein ungleich günstigeres Feld gegeben ist. Höchst wünschenswerth wäre ferner, daß sich diesen Bahnen eine Bahn von hier über Giffhorn nach Uelzen anschlüsse. Damit dann aber Braunschweig wirklich einmal die Vortheile davon trüge, welche jede Concurrenz mit sich bringt, dürften diese drei Linien nicht von den Inhabern der früher herzoglichen Bahnen, sondern nur von einer anderen Gesellschaft gebaut und betrieben werden.

Die gegenwärtigen Besitzer der Braunschweigischen Eisenbahnen, die Bergisch-Märkische und die Potsdam-Magdeburger Eisenbahn-Gesellschaft, werden allerdings



auch wenig Neigung haben, diese Bahnstrecken, mit denen sie sich zum großen Theile selbst Concurrenz machen würden, zu übernehmen, deren Ausführung vielmehr nach Möglichkeit hinaushalten suchen. Doch steht zu hoffen, daß Herzogliches Staatsministerium bei richtiger Darstellung der Sachlage den gewichtigen Interessen der Stadt Braunschweig Geltung verschaffen wird. Um so sicherer wird dies zu erwarten sein, als sowohl die Herzoglich Braunschweigische als die Königlich Preussische Regierung in dem über den Verkauf der Braunschweigischen Eisenbahnen am 23. August 1870 abgeschlossenen Staatsvertrage folgende Verpflichtungen eingegangen sind resp. folgende Vereinbarungen getroffen haben.

Artikel XII dieses Vertrages lautet nämlich:

„Beide Regierungen verpflichten sich gegenseitig, die Herstellung eines möglichst abkürzenden Schienenweges zwischen den Städten Hildesheim und Braunschweig nach Kräften zu fördern und zu diesem Zwecke die Ausführung einer von Hildesheim im Anschlusse an die dortigen Bahnen ausgehenden und in die Braunschweigischen Eisenbahnen möglichst nahe bei der Stadt Braunschweig einmündenden Bahn zu gestatten.

Die Herzogl. Braunschw. Regierung erklärt sich hierdurch, dem Wunsche der Königl. Preussischen Regierung entsprechend, bereit, die Concession zum Bau und Betriebe dieser Eisenbahn für die in ihr Gebiet fallende Strecke demselben Unternehmer zu ertheilen, welcher seitens der Königl. Preussischen Regierung für den in Preussisches Staatsgebiet fallenden Theil der Bahn concessionirt werden wird, sofern nicht die Braunschw. Eisenbahngesellschaft innerhalb dreier Monate nach ihrer Constituirung den Bau und Betrieb der Braunschweigischen Strecke zu übernehmen sich rechtsverbindlich bereit erklärt.

Erhält dieselbe diese Concession nicht, so wird sie von der Herzogl. Braunschweigischen Regierung angehalten werden, dem anderweitigen Unternehmer der Bahn den Anschluß an ihre Bahn in Gemäßheit des § 9 Nr 14 ihres Statuts zu gestatten.“

Ferner bestimmt Artikel XIV. des Vertrages:

„Die Königl. Preussische Regierung, welche für Ihr Staatsgebiet bereits der Herzogl. Braunschweigischen Regierung das Recht zur Herstellung einer Verbindungsbahn zwischen der Stadt Braunschweig und der Berlin Lehter Eisenbahn eingeräumt hat, erklärt sich damit einverstanden, daß diese Concession auf die Braunschweigische Eisenbahngesellschaft übertragen wird.

Falls die letztere jedoch diese Concession nicht bis zum 1. Juli 1875 nachgesucht resp. erlangt haben sollte, soll die Herzogl. Braunschweigische Regierung verpflichtet sein, mit einem Ihr Seitens der Königl. Preussischen Regierung etwa präsentirten Concessionsbewerber wegen Ertheilung der Concession unter den üblichen Bedingungen unverweilt in Verhandlungen zu treten und ihm geeignetenfalls die Concession zu ertheilen, wenn sich die Braunschweigische Eisenbahngesellschaft auf desfallige, unverzüglich zu stellende Aufforderung ihrer Regierung nicht längstens binnen drei Monaten nachträglich zur Uebernahme des Baues und Betriebes der Verbindungsbahn verpflichtet."

In dem Schlussprotocolle ist dann unter 3 und 7 die Richtung dieser Bahnen näher, wenn auch noch nicht definitiv festgestellt.

In dem am 8. März 1870 abgeschlossenen Vertrage über den Verkauf der Bahnen, welcher die jetzigen Besitzer verpflichtet, lauten die ersten hierauf bezüglichen Absätze des § 18:

"Die Herzogliche Regierung sichert der Gesellschaft für etwaige Bahnanlagen

- a. von Braunschweig aus an die Landesgrenze in der Richtung nach Hildesheim, eventuell bis Hildesheim,
- b. von Braunschweig aus zur Verbindung mit der Berlin-Lehrter Bahn,

soweit diese Linien auf Herzogl. Braunschweigisches Gebiet fallen werden, die Landesherrliche Concession hiemit zu und wird mit der Königl. Preussischen Regierung wegen der Erbauung dieser Linien, soweit sie Königlich Preussisches Gebiet berühren, die geeigneten Vereinbarungen einleiten.

Umgekehrt verpflichtet sich die Käuferin namens der zu begründenden Gesellschaft, diese Linien, beziehungsweise jede einzelne derselben in der von der Herzoglichen Regierung unter thunlichster Berücksichtigung der Interessen der Gesellschaft nach Anhörung der Gesellschaftsvorstände zu bestimmenden Richtung und auf Grundlage der festzustellenden Concessionsbedingungen innerhalb eines Jahres nach erfolgter Aufforderung seitens der Regierung in Angriff zu nehmen und innerhalb weiterer dreier Jahre zu vollenden, sowohl für den auf Herzogl. Braunschweigischem Gebiete belegenen Theil derselben, wie auch bezüglich des auf Königlich Preussischem Gebiete belegenen Theils, sofern dieser Bau der Gesellschaft übertragen werden sollte."

In der Sitzung der Landesversammlung am 30. März 1871 hat bereits der Landtagsabgeordnete Seiserth einen hierauf bezüglichen Antrag gestellt, welcher freilich von dem Commissionäreferenten, Abgeordneten Kunzen, nicht befürwortet wurde, weil der neuen Gesellschaft zu ihrer Consolidirung wie zur zweckmäßigen Ausnutzung der damals durch andere Bauten in Anspruch genommenen Arbeitskräfte Zeit gelassen werden müsse. Nichtsdestoweniger wurde dieser Antrag am 26. März 1871 von der Landesversammlung in seiner ursprünglichen Fassung angenommen, und demzufolge Herzogliches Staatsministerium ersucht,

„die Braunschweigische Eisenbahngesellschaft unter Hinweisung auf § 18 des Vertrages über den Verkauf der Eisenbahnen vom 8. März 1870 aufzufordern, den Bau einer Verbindungsbahn zwischen Braunschweig und der Berlin-Lehrter Bahn auszuführen.“

Ueber den weiteren Verlauf dieser Angelegenheit ist Herr Reuter außer Stande Mittheilung zu machen. Doch scheint ihm jetzt, nachdem längst vier Jahr über den Abschluß der fraglichen Verträge verfloßen sind, dringend geboten, daß die städtischen Behörden sich dieser hochwichtigen Sache energisch annehmen. Redner bittet daher die Versammlung, seinem Antrage zuzustimmen.

In Anerkennung der Dringlichkeit dieser Angelegenheit ist die Versammlung bereit, darüber sogleich in Berathung zu treten.

Herr Oberbürgermeister Caspari. Auch dem Magistrate habe natürlich nicht entgehen können, welche Nachtheile dem Gemeinwohl der Stadt aus den soeben gekennzeichneten Verhältnissen erwachsen. Demnach sei darüber bereits am 12. August d. J. an Herzogliches Staatsministerium berichtet und die Frage gestellt, ob die Regierung geneigt, einer Gesellschaft Concession zum Bau und Betriebe der nothwendigen Anschlußbahnen zu erteilen. Eine Antwort sei zwar bis zur Stunde noch nicht eingegangen, dies aber der Natur der Sache nach auch nicht zu erwarten gewesen, und jedenfalls dürfe man nach den bei Gelegenheit des Verkaufs der Eisenbahnen abgegebenen Erklärungen mit aller Bestimmtheit hoffen, daß die Regierung auf einen desfalligen Antrag in der einen oder andern Weise eingehen werde. Jene Erklärungen lauteten nämlich dahin, daß das Landesinteresse durch die auswärtigen Concurrenzbahnen schwer bedroht sei, daß es daher nöthig sein würde, immer größere Geldmittel für den Ausbau der Braunschweigischen Eisenbahnnetzes aufzuwenden, daß dies aber deswegen nicht rathlich erscheine, weil danach die Regierung genöthigt sein würde, auf die pecuniären Interessen der Eisenbahn in erster Linie auch da Rücksicht zu nehmen, wo sie andern berechtigten Interessen etwa entgegenständen; daß dieser Zwang aber nach Veräußerung der Eisenbahnen

wegfallen, dann also für die Regierung nur die merkantilen Interessen des Landes maßgebend sein würden. Müßte die Regierung sich jetzt überzeugen, daß eben diese Interessen die Anlage der Linien Hildesheim-Braunschweig, Braunschweig-Deißfelden und Braunschweig-Nelken unumgänglich erheischen, so könne sie ihre Mitwirkung dazu nicht verweigern, ohne jene ihre eigenen Erklärungen zu desavouiren; und da die Eisenbahngesellschaft sich schwerlich zur Uebernahme dieser Bahnen werde bereit finden lassen, so sei in der That gegründete Aussicht, alles das erreicht zu sehen was Herr Reuter mit Recht als wünschenswerth hinstelle. Gleichwohl finde der Magistrat gegen die Einsetzung einer Commission zur Förderung dieser Angelegenheit seinerseits nichts einzuwenden; im Gegentheil könne es nur höchst zweckmäßig erscheinen, wenn die diesseitigen Forderungen sich als aus dem Einverständniß des Magistrats und der Versammlung hervorgehend darstellen.

Der Antrag Herrn Reuters wird hierauf ohne weitere Discussion einstimmig genehmigt, die somit beschlossene Commissionswahl indessen ausgesetzt, um ebenfalls noch heute, aber in Verbindung mit einer in Aussicht stehenden andern Wahl vorgenommen zu werden.

Die Motivirung des Bockschens Antrags setzt der Herr Vorsitzende an den Schluß der heutigen Verhandlungen.

Der Tagesordnung gemäß sollten nunmehr

I. die unterm 31. v. M. ergangenen Vorschläge des Magistrates in Betreff der Verwaltung des Stadtmuseums zur Verathung kommen. Indessen wird in Uebereinstimmung mit dem Magistrate seitens der Statutencommission durch Herrn Graf Götz-Wrisberg anheimgegeben, diesen Gegenstand, bei dessen Besprechung mehrfach persönliche Frage zu erörtern sind, vertraulich zu erledigen, wozu die Versammlung willigt.

Wie

II. der Herr Vorsitzende mittheilt, ist nach Feststellung der Tagesordnung ein Schreiben vom 14. d. M. eingegangen, in welchem für das Bedellenamt an der dritten mittlern Bürgerschule im Prinzenwinkel der Webermeister Chr. Meyer, der Kutischer Schulze und der Hausmann Chr. Willeke in Vorschlag gebracht werden.

Die von der Versammlung auf Vorschlag des Herrn Vorsitzenden unverzüglich vorgenommene Wahl fällt auf den Webermeister Meyer, worauf dessen Anstellung dem Antrage des Magistrates gemäß vom 1. October ab, mit gleichem Gehalte und den nämlichen Emolumenten wie beides den Bedellen an den übrigen mittleren Bürgerschulen zugebilligt ist, genehmigt wird.

## Hierauf

III. in Ausführung des von Herrn Reuter angeregten Beschlusses, schreitet die Versammlung zur Wahl der Commission für die neuen Eisenbahnanlagen. Es werden dazu die Herren Götte, Haake, Reuter, v. Seckendorf und Stein au bestellt.

Wie sodann, zur Tagesordnung zurückkehrend,

IV. namens der Schulcommission Herr Braeß vorträgt, ist nach dem Berichte des Schuldirectors die Zahl der Schüler und Schülerinnen in den mittleren und unteren Bürgerschulen seit Ostern v. J. um 147 und seit Michaelis v. J. um 94 gestiegen, so daß nunmehr und zwar auf Michaelis nothwendig 6 neue Klassen eingerichtet und für diese je drei Lehrer und Lehrerinnen angestellt werden müssen. Der Magistrat beantragt in einem Schreiben vom 26. v. M. die Genehmigung dieser Maßnahmen, indem er anheimgiebt, für jeden Lehrer 350, für jede Lehrerin 250  $\text{R}$  jährlich und zur Anschaffung von Lehrmitteln für jede der sechs neuen Klassen 20  $\text{R}$  aus der Gemeindefchulkasse zu verwilligen.

Ein Commissionsvotum liegt nicht vor; Doch beschließt die Versammlung ohne Weiteres nach Maßgabe der Magistratsanträge.

V. Durch Beschluß vom 25. September v. J. hatte die Versammlung den vom Magistrate vorgeschlagenen Vergleich wegen Aufhebung der Neustädter Wasserkunst genehmigt, alle weitergehenden Forderungen der Interessentschaft aber abgelehnt und eventuell anheim gegeben, entweder durch Expropriation oder auf andern zulässigen Wege die der Aufhebung dieser Wasserkunst entgegenstehenden Hindernisse zu beseitigen. Nach wiederholten Verhandlungen haben sich nunmehr endlich 37 von den 55 Interessenten bereit finden lassen, alle übrigen Auerbietungen der Stadt, einerlei ob der Verkauf der Neustadtmühle mit oder ohne Wasserkraft oder auch gar nicht zu Stande kommt, zu acceptiren, wenn ihnen der Mitgenuß der städtischen Wasserleitung für  $4\frac{1}{2}$   $\text{R}$  jährlich statt auf 25 auf 30 Jahr eingeräumt würde. Da ein weiteres Zugeständniß nicht zu erlangen ist, die Beseitigung der Interessentschaftsansprüche an die neustädter Wasserkunst aber in hohem Grade wünschenswerth erscheint, so empfiehlt der Magistrat in einem Schreiben vom 31. August das projectirte Uebereinkommen zur Genehmigung.

Die Statutencommission, für welche der Herr Vorsitzende berichtet, hat sich der Ueberzeugung nicht verschließen können, daß dieser Vergleich für die

öffentliche Wohlfahrt hiesiger Stadt von höchstem Interesse ist, da nach dem übereinstimmenden Urtheil aller Sachverständigen ohne Beseitigung der Neustadtmühle eine Abhülfe des verderblichen Zustandes der Merganäle unmöglich, die Erfüllung dieser Bedingung aber wiederum von der Ablösung der Wasserkunftsgerichte abhängig und diese endlich mit dem geforderten Zugeständniß den Umständen nach nicht eben zu theuer erkauft scheint. Demnach kann die Commission den vorliegenden Vertrag nur zur Genehmigung empfehlen,

die hierauf ohne Discussion auch von der Versammlung ausgesprochen wird.

Ferner

VI. trägt namens der Statutencommission Herr Graf Götz-Wrisberg vor:

Der Eigenthümer des Gartens sub N 53 an der Hamburger Straße beabsichtigt einen Neubau seines Wohnhauses und hat sich wegen Feststellung der Fluchtlinie gegen die südlich angrenzende Friedhofsstraße an den Magistrat gewandt. Nach Maßgabe des Stadterweiterungsplanes würde nunmehr ein Streifen von dem gedachten Grundstücke zu dieser Straße zu erwerben sein. Da indeß deren Regulirung nicht nur sehr kostspielig wäre, sondern nach Herstellung der Schleinigstraße auch im öffentlichen Interesse nicht mehr erforderlich und überdies auf der größten Strecke durch den anliegenden Friedhof auf lange Zeit hinaus unmöglich ist, so giebt der Magistrat in einem Schreiben vom 30. v. M. anheim, davon abzugehen und die etwa nöthigen Anordnungen je nach eintretendem Bedürfnis zu treffen.

Die Commission, wenngleich ungern von dem Stadterweiterungsplane abweichend, kann sich doch den angeführten Gründen nicht verschließen und daher nur die Genehmigung der Magistratsproposition empfehlen.

Dem entsprechend beschließt denn auch die Versammlung.

Es folgt,

VII. von Herrn Steinau erstattet, der Bericht der Finanzcommission über ein Magistrats Schreiben vom 3. d. M., den Bau eines städtischen Spritzenhauses nebst Zubehör anlangend.

Wo jetzt am Bruchthore das Haus N ass. 479 steht, lagen vormalig eine herrschaftliche Rossmühle und ein städtisches Spritzenhaus. Als 1832 der Thoreingang erweitert werden mußte, wurden nach Uebereinkunft zwischen Herzoglicher Landesregierung und der Stadt diese Gebäude abgerissen, an die Stadt der Erlös aus dem Verfaufe der Baustellen zum Zwecke des Ankaufs und Abbruchs der „Stadt Hamburg“ überwiesen, und von der Regierung die Verpflichtung übernommen, den Vorbau an der Westseite des Herzoglichen Museums umzubauen, dessen Erd-

geschloß zur Aufbewahrung der städtischen Feuerspritzen einzuräumen und falls dieser Raum in Zukunft eine andere Bestimmung erhalten sollte, ein neues Spritzenhaus von der Größe des abgerissenen am Bruchthore herzustellen. Dieser Fall dürfte nunmehr nahe bevorstehen, da bei den letzten Landtagsverhandlungen ein Ausbau der Museumslocalitäten in Berathung gezogen und in dem desfalls vorgelegten Kostenanschlage 6468  $\text{fl}$  zu Behuf eines Spritzenschuppens aufgeführt sind. Gleichzeitig aber erfordert die Entwicklung des städtischen Feuerlöschwesens außer vergrößerten Spritzenräumen einen Thurm zum Trocknen der Schläuche und für die Uebungen des Steigercorps, wofür 6000  $\text{fl}$  bereits verwilligt sind, ein neues Wachtlocal und einen Stall für zwei Pferde. Der Magistrat hält die Vereinigung aller dieser Localitäten, und zwar möglichst inmitten der Stadt, für zweckmäßig, wünscht auch zur Vermeidung möglicher Differenzen die Mitwirkung Herzoglicher Baudirection ausgeschlossen zu sehen, und hat sich zu dem Ende unter Vorbehalt des Consenses der Versammlung gegen Herzogliches Staatsministerium erboten, die Herstellung sämtlicher Baulichkeiten auf die Stadt allein zu übernehmen, wenn aus Landesmitteln als Zuschuß zu den Kosten des neuen Spritzenhauses 10,000  $\text{fl}$ , außerdem aber noch aus dem Fond zur Verbesserung des Feuerlöschwesens im Lande 5000  $\text{fl}$  angewiesen würden. Herzogliches Staatsministerium ist zu einer Beihilfe von 8000  $\text{fl}$  für ein Spritzenhaus und von 6000  $\text{fl}$  zu den übrigen Kosten des Feuerlöschwesens bereit. Zur Bestreitung aller Ausgaben reichen diese Beträge nun zwar nicht aus, vielmehr wird ein nicht unerheblicher Zuschuß aus der Stadtkasse erforderlich sein. Da andrerseits indeß diese Unterstützung auch nicht unbedeutend ist, und rechtlich jedenfalls ein Mehreres nicht gefordert werden kann, so empfiehlt der Magistrat die Offerte Herzoglicher Landesregierung zur Annahme, indem er Pläne und Kostenanschläge über die demnächst zu machenden Aufwendungen in nahe Aussicht stellt.

Auf Empfehlung der Commission erklärt sich die Versammlung einverstanden.

VIII. Unterm 7. d. M. werden vom Magistrate die Gesuche dreier hiesigen Einwohner um Gewährung von Hypothekendarlehen aus den bisher ebenfalls hypothekarisch in dem Hause sub *M* ass. 3—8 an dem Altstadtmarke und der Gördenstraße angelegten, vor kurzem aber zurückgezahlten Geldern zur Genehmigung empfohlen. Nach eingehender Erörterung aller in Betracht kommenden persönlichen und sachlichen Verhältnisse schließt sich diesem Antrage auch die Finanzcommission an, für welche Herr Jasper berichtet.

Herr Bracke, welcher die Frage aufwirft, wie aus städtischen Mitteln Darlehen verwilligt werden können, während die Stadt selbst vielfach in der Lage sei, leihen zu müssen,

wird von Herrn Oberbürgermeister Caspari dahin verständigt, daß dergleichen Darlehen nicht aus den laufenden Einnahmen sondern von den zum Grundvermögen der Stadt gehörenden Capitalien entnommen werden, welches gesetzlich in seinem Bestande zu erhalten ist. Neuerdings zwar seien auch Capitalien dieser Art auf Beschluß der städtischen Behörden zum Zwecke von Schulbauten verwandt, indessen, wie bekannt, nur als Vorschüsse, welche verzinst und amortisirt werden müssen. Bei kleineren Summen nun würde letzteres den Nachtheil mit sich führen, daß jährlich Beträge zur Rückzahlung gelangten, welche zinsbar nicht wohl anders als bei Herzoglichem Leihhause, also zu  $3\frac{1}{2}\%$  angelegt werden könnten, während die Stadt ihre Anleihen bekanntlich mit  $4\frac{1}{2}\%$  verzinse; und eben mit Rücksicht hierauf müsse es zweckmäßig erscheinen, die in diesem Augenblicke disponibeln Fonds in der beantragten Weise auszuliehen.

Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden.

IX. Gegen die Anwendung des Einziehungsverfahrens der Gasanstalt und des Wasserwerks bei Erhebung der Communalsteuer, wofür die Versammlung sich am 30. April ausgesprochen hatte, werden in dem eingeforderten Berichte des Stadtkämmerers nochmals gewichtige Bedenken erhoben, welche darauf hinauslaufen, daß dies neue Verfahren weder eine besonders sichere Controle der Executoren ermöglichen noch mit geringeren Schwierigkeiten verbunden sein würde als das gegenwärtig übliche. Für den Magistrat sind insbesondere zwei Erwägungen maßgebend gewesen. Da einmal nämlich bei dem neuen Verfahren nur Quittungen über Vierteljahrsbeträge angestellt, kleiner Zahlungsraten also, wie solche jetzt sehr häufig eingehen und vielen Leuten die einzige Möglichkeit gewähren ihre Steuerrückstände abzutragen, von den Executoren nicht angenommen werden könnten; so würde man sich von da ab viel größerer Ausfälle als bisher zu gewärtigen haben. Sodann aber würde dieses Verfahren voraussichtlich auch Anlaß zu zahllosen Streitigkeiten zwischen den Steuerzahlern und den Executoren geben, indem es dabei kaum zu vermeiden wäre, daß von dem Executor auf Grund der ihm behändigten Quittungen Rückstände nochmals eingefordert würden, welche inzwischen bereits bei der Stadtkasse selbst eingezahlt sind. Der Magistrat hat daher in dem der Versammlung zugegangenen gedruckten Reglementsentwurf §§ 2 und 3 den Bemerkungen des Kämmerers gemäß abgeändert und stellt nunmehr den Antrag, das Reglement in dieser Fassung zu genehmigen.

Die Statutencommission, für welche Herr Graf Götz-Brissberg berichtet, kann der Ansicht des Magistrates nur beipflichten. Der Herr Referent hebt hervor, daß somit unter allen zur Vorprüfung dieser Frage berufenen Orga-



nen volle Uebereinstimmung besteht, wonach denn auch die Versammlung sich unbedenklich werde in gleichem Sinne entscheiden dürfen.

Herr Oberbürgermeister Caspari legt nochmals dar, was für die Entscheidung des Magistrates durchschlagend gewesen ist. Die Quittungen den Executoren einmal ausgehändigt, könnte der Kämmerer über keine hinterher etwa direct bei der Stadtkasse angebotene Zahlung ohne persönliches Risico nochmals quittiren. Da ihm solches nicht wohl zuzumuthen, würde er in derartigen Fällen genöthigt sein, die Annahme der Zahlung zu verweigern; das aber wäre schon deswegen mißlich, weil sehr vielen Restanten der Abtrag später vielleicht schwerer fallen oder unmöglich sein dürfte. Ebenso würden auch die Executoren selbst keine Theilzahlungen mehr annehmen können, da ja die Quittungen auf den vollen Steuerbetrag lauten. So oft dieser also nicht gleich in eins gezahlt werden könnte, bliebe ihnen nur die Wahl, sofort entweder die Executionsverfügung zu veranlassen oder den Schuldner zahlungsunfähig zu melden. Durch ein solches Verfahren aber müßten, ganz abgesehen von der größeren Umständlichkeit und den erhöhten Kosten desselben, auch die Rückstände und Ausfälle sich unvermeidlich in einer Weise häufen, daß dadurch der Vortheile größerer Sicherheit den Executoren gegenüber mehr als aufgewogen sein dürfte. Die größtentheils inerzigeblen Steuerrückstände, welche Beispiels halber der verstorbene Stadtrath Rudolphi bei Antritt der Stadtkassenverwaltung vorfand, beliefen sich auf nicht weniger als 60,000  $\mathfrak{R}$ . Habe nun auch die Stadt neuerdings durch Unterschlagung eines Executors etwa 5000  $\mathfrak{R}$  eingebüßt, so vertheilte sich diese Summe doch auf die achtzehn Dienstjahre des Mannes, und mittels der vom Magistrate vorgeschlagenen Controlmaßregeln werde die Gefahr ähnlicher Verluste in Zukunft noch bedeutend eingeschränkt werden, während andererseits auch durch Annahme des in Frage stehenden andern Einziehungsverfahrens die Möglichkeit von Betrügereien keineswegs ganz ausgeschlossen wäre, da namentlich bei der Ungewohnheit des neuen Verfahrens viele Leute voraussichtlich nach wie vor zahlen würden, ohne eine Quittung dafür zu fordern.

Herr Stein au ist geneigt, das abfällige Gutachten der Stadtkassenbeamten zu einem guten Theile auf deren allerdings wohl erklärlichen Widerwillen gegen die angeblich mit erheblichen Mehrarbeiten verknüpfte Abänderung eines altgewohnten Verfahrens zurückzuführen. Daß trotz der bisher geübten Controle Veruntreuungen möglich gewesen, habe die Erfahrung satfam bewiesen, und Niemand könne dafür einstehen, ob nicht neben den leghin constatirten Verlusten der Art noch manche andere vorgefallen, welche verborgen geblieben. Dem gegenüber sei die größere Zuverlässigkeit des vorgeschlagenen neuen Verfahrens überzeugend dargezhan, und was man als Gegengrund geltend zu machen suche, werde vor einer genauern

Prüfung schwerlich bestehen können. Denn eine Nothwendigkeit, die nach Aushändigung der Quittungen an die Executoren etwa bei der Stadtkasse selbst angebotenen Abzahlungen zurückzuweisen, liege im mindesten nicht vor, da ja der Executor gehalten sei, entweder die ihm übergebene Quittung wieder beizubringen oder aber die darauf in Empfang genommenen Gelder abzuliefern, die Kassenbeamten also über das was direct eingezahlt wird, ohne jedes Risiko nochmals quittiren dürften. Auch Ratenzahlungen an die Executoren seien nach wie vor unschwer zu ermöglichen, indem man diese eben nur anweise, jeden Empfang auf die bis zur vollen Berichtigung in ihren Händen verbleibenden Quittungen zu vermerken, was für den Zahler wie für die Abrechnungen mit der Stadtkasse in aller Weise genügen werde, sobald nur das Publicum von dieser Einrichtung einmal in Kenntniß gesetzt sei. Und gleichermaßen lasse sich durch eine öffentliche Bekanntmachung der ebenfalls wohl befürchteten Verwechslung zwischen Staats- und Communalsteuern vorbeugen. Wenn endlich aber die Befürchtung ausgesprochen werde, die Executoren möchten einen zu sofortiger voller Zahlung unfähigen Steuerschuldner allzu leicht ohne weiteres zahlungsfähig melden, so werde dieser Möglichkeit sehr einfach dadurch zu begegnen sein, daß in der Art verdächtigen Fällen zunächst erst noch ein anderer Executor mit der Eintreibung beauftragt werde. Nach dem Allen spricht Redner sein Ersinnen darüber aus, daß die Commission, nachdem sie sich früher in ihrer Majorität für Annahme des Einziehungsverfahrens der Gas- und Wasserwerke ausgesprochen habe, inzwischen zu einem entgegengesetzten Votum gelangt sei;

was Herr Solmig seinerseits in Anbetracht des allerdings nicht zu unterschätzenden Zuwachses an Arbeit und Kosten, welchen das fragliche Verfahren nach sich ziehen müßte, nur mit Genugthuung zu begrüßen vermag.

Herr Bracke hält sachlich trotz aller Gegengründe doch eben dieses Verfahren für das zweckmäßigere. Eine andere Frage aber sei die, was voraussichtlich am schädlichsten wirken würde: eine immerhin bessere Einrichtung zwangsweise, trotz des ausgesprochenen Widerwillens der vollziehenden Organe einzuführen, oder im Einklang mit diesen in eine minder gute zu willigen. Redner entscheidet sich für letzteres und wird demzufolge nunmehr dem Magistratsantrage beistimmen, welcher gegenüber dem bisher Gebräuchlichen allerdings doch einen erheblichen Fortschritt bezeichne.

In gleichem Sinne spricht sich Herr Reuter aus.

Herr Steinau dagegen kann sich nicht einverstanden erklären mit dieser Betrachtungsweise, welche nur zu sehr geeignet, den unberechtigten Einfluß der Bureaukratie zu stärken, indem sie recht eigentlich auf die Maxime hinauslaufe, jede Reform von

dem Gutdünken und dem guten Willen des nächstbetheiligten Beamten abhängig zu machen, während man vernünftiger Weise doch fordern müsse, daß die Beamten sich dem bessern Ermessen der Behörden unbedingt fügen.

Herr Oberbürgermeister Caspari erinnert, daß der Magistrat den Rämmerer zu einem Gutachten ausdrücklich veranlaßt habe. Unter diesen Umständen sei es augenscheinlich doch nur dessen Pflicht gewesen, seine Bedenken gegen die Vorschläge der Versammlung unumwunden auszusprechen. Daß diese Bedenken nicht ohne Gewicht, werde jetzt auch innerhalb der Versammlung von mehreren und persönlich durchaus unbetheiligten Seiten anerkannt. Falls die Versammlung dennoch das weniger erwünschte Einziehungsverfahren beschließen sollte, würden die Stadtkaassenbeamten unzweifelhaft — davon ist Redner zu deren Ehre seit überzeugt — der einmal getroffenen Entscheidung unweigerlich und mit all ihrem anerkannten Eifer nachleben, und keinesfalls werde es einem Mangel ihres guten Willens zuzuschreiben sein, wenn sich der Ausführung dieses Beschlusses hinterher etwa unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstellen sollten.

Auch Herr Graf G ö r g - W r i s b e r g weist darauf hin, daß der Rämmerer in dem vorliegenden Berichte nicht etwa nur eine persönliche Abneigung gegen das in Vorschlag gebrachte Verfahren ausgedrückt, sondern sehr bestimmte Gründe dagegen geltend gemacht habe, deren Prüfung eben Sache der Versammlung sei. Was Herr Stein au von einem Umschwunge in den Ansichten der Commission bemerkt habe, beruhe lediglich auf einen Gedächtnißfehler, da sich die Majorität der Commission in Wahrheit von Anfang an auf das allerentschiedenste gegen das Einziehungsverfahren der Gas- und Wasserwerke ausgesprochen habe;

was Herr Stein au, seinen Irrthum entschuldigend, demnächst anerkennt.

Herr Peters. Allerdings habe jedes der in Frage stehenden Systeme seine Vorzüge; jedes aber auch seine Mängel, und absolute Sicherheit biete keines. Bei solcher Sachlage werde man denn allerdings immer wohl thun, auf die Stimme des Beamten zu hören, welchem die Ausführung der fraglichen Maßregeln obliege. Denn bekanntlich bringe ein solcher bei seiner Beurtheilung, fast unbewußt, eine Reihe einzelner Wahrnehmungen mit in Rechnung, welche jedem Fernerstehenden entgehen und immer nur mit großen Schwierigkeiten zu verdeutlichen seien. Daß der Rämmerer und seine Nebenbeamten sich jedem Beschlusse der Versammlung unbedingt fügen werden, steht für den Redner ebenfalls außer Frage. Wider ihre Uezeugung aber einem Vorschlage von vornherein beizustimmen, werde man ihnen natürlich nicht zumuthen dürfen, und immerhin würde es für äußerst bedenklich gelten müssen, wenn die Versammlung sich entgegen einem mit so großer Bestimmtheit abmahnenden Gutachten der Sachverständigen dennoch für das bewußte Einziehungsverfahren entscheiden sollte.

Einen Grund mehr gegen diese Entscheidung erkennt Herr Reuter in dem Umstande, daß neben dem neuen Verfahren das alte für die Einziehung der Landessteuern beibehalten werden soll. Indem nämlich somit kein einheitlich rationelles System eingeführt würde, könnte es nicht ausbleiben, daß der Widerwille der Beamten gegen die Neuerung fort und fort neue Nahrung fände.

Von verschiedenen Seiten wird auf Schluß der Debatte angetragen. Die Versammlung bezeugt sich einverstanden und beschließt, in die Specialberathung des vom Magistrate empfohlenen Reglements einzutreten.

§ 1. des Entwurfes wird mit einer geringfügigen von Herrn Steinau empfohlenen redactionellen Abänderung — S. 2 Z. 5 v. o. das Wort „beiden“ zu streichen — angenommen,

nachdem einige Bedenken Herrn Pinis in Betreff des zur Erledigung der Executionen jedes Jahres gesetzten Termins durch die Erläuterungen des Herrn Oberbürgermeisters Caspari gehoben sind.

Ohne Discussion genehmigt die Versammlung § 2 des Entwurfes.

Zu § 3 constatirt der Herr Referent daß Alinea 2, 3, 4 und 5 statt „Journal“ richtig zu lesen ist „Restantenverzeichnis.“

Herr Bracke regt einen Zweifel darüber an, ob die hier vorgesehene „Arrestanlage auf den Lohn“ so allgemein statthaft sei, da seiner Meinung nach dieser Maßregel kraft der Reichsgesetzgebung nur schon verdienter Lohn, nicht aber der noch zu verdienende unterliegen könne.

Herr Graf Görs-Wrisberg bekennt sich über diese Frage augenblicklich nicht hinreichend orientirt, läßt also die Richtigkeit des Einwandes dahin gestellt, hält aber auch eine Entscheidung darüber für den gegenwärtigen Zweck nicht für erforderlich, da ja eine gesetzlich unzulässige Beschlagnahme eo ipso hinfällig sein würde.

§ 3 wird hierauf mit der commissionsseitig angeregten Einbesserung gleichfalls genehmigt.

Desgleichen § 4, indem wiederum auf Anregung der Commission Zeile 2 des Entwurfes die Worte „und in den Journalen“ gestrichen werden.

Unverändert und ohne Discussion gelangen die übrigen §§, 5—8, zur Annahme,

worauf dann die Versammlung das ganze Reglement in der somit festgestellten Fassung genehmigt.

IX. Nachdem die Vertramstraße auf der Strecke zwischen der Helmstedter Straße und dem Wege nach St. Leonhard schon vor mehreren Jahren auf Kosten

der Stadt canalisirt ist, haben jetzt auf diese Vergünstigung auch die Anwohner der südlichen Strecke bis zur Kleinen Bertramstraße angetragen. In der Voraussetzung, daß sich dieselben bereit erklären werden, zu den auf 1550  $\text{R}$  veranschlagten Kosten nach Maßgabe des Stadterweiterungsstatutes beizutragen, giebt der Magistrat unterm 6. d. M. anheim, die fragliche Canalisirung zu genehmigen und den übrigen Theil der Kosten auf die städtische Begebaukasse zu übernehmen.

Auf Empfehlung der Finanzcommission, für welche Herr Haake berichtet, erklärt die Versammlung sich einverstanden.

### Schließlich

ertheilt der Herr Vorsitzende Herrn Vock das Wort zur Begründung seines bei Beginn der Sitzung mitgetheilten Antrages.

Auf den Wunsch Herrn Vocks wird das betreffende Schreiben vom 17. d. M. durch den Protokollführer verlesen. Herr Vock zeigt darin an, daß in Folge der auf Anlaß der Versammlung wegen angeblicher Beleidigung derselben gegen ihn erhobenen und in erster Instanz für begründet gehaltenen Klage ihm nach Maßgabe der Strausshweigischen Strafproceßordnung durch Decret des Herzoglichen Kreisgerichts auferlegt ist, dem Advocatanwalt Semler 35  $\text{R}$  2  $\frac{1}{4}$   $\text{g}$  Vertheidigungsgebühr nebst 15  $\text{g}$  Festsetzungsgebühr zu zahlen. Nachdem nun aber durch das Erkenntniß Herzoglichen Obergerichts vom 17. Januar 1873 seine Freisprechung erfolgt ist und die zu dem Ende erwachsenen Vertheidigungskosten auf die Staatskasse übernommen sind, hält sich Herr Vock zu obigem Antrage um so mehr berechtigt, als die bezeichneten Herren bedacht gewesen seien, ihm in einer durch ihre eigene Anschuldigung anhängig gewordenen Sache durch Liquidation von Zeugengebühr eventualiter noch weitere Unkosten zu bereiten.

Auf den Fall, daß die Vorfrage wegen der geschäftsordnungsmäßig erforderlichen Unterstützung seines Antrages erhoben werden sollte, will Herr Vock denselben als eine Eingabe betrachtet wissen, wie solche jeder außerhalb der Versammlung stehende Bürger zu machen berechtigt ist.

Der Herr Vorsitzende erklärt in diesem Falle der Versammlung anheimgeben zu müssen, ob das vorliegende Schreiben zur Discussion gelassen oder lediglich ad acta genommen werden solle. Da indeß Herr Vock laut seiner Unterschrift den Antrag ausdrücklich in seiner Eigenschaft als Stadtverordneter eingebracht habe, so werde allerdings nach § 48 der Geschäftsordnung die Unterstützungsfrage nicht wohl zu umgehen sein.

Herr Vock. Falls die Versammlung sich angegebener Maßen behindert finden sollte, seinem Antrage stattzugeben, würde er seinerseits von der ihm ge-

fehllich zustehenden Befugniß Gebrauch machen müssen, den Fall öffentlich zur Sprache zu bringen.

Herr Bracke verwahrt sich gegen die Auffassung, als erkenne er die in dem vorliegenden Antrage enthaltene Forderung als richtig an, glaubt aber, daß sich derselbe immerhin als eine von außen ergangene Eingabe ansehen lasse, und daß es schon durch den Anstand geboten sei, wenigstens in eine Berathung darüber einzutreten.

Herr Steinau anerkennt, daß Herr Bock seinen Antrag als Mitglied der Versammlung gestellt habe, und will seinerseits ebenfalls nicht von vornherein entscheiden, ob Herr Bock damit der Versammlung gegenüber im Rechte ist oder nicht. Jedenfalls aber werde es besser sein, den Antrag sachlich und ruhig zu debattiren, als Herrn Bock zu nöthigen, seine Sache nach außen zu tragen.

Herr Graf Görz-Brisberg vermag in dieser Drohung Herrn Bocks nur einen Grund mehr zu finden, sich mit dem Antrage überhaupt nicht zu befassen. Wenn Herr Bracke auf das Anstandsgefühl der Versammlung provocire, so wolle ihn, den Redner, bedünken, es würde dem Anstande vor allem entsprochen haben, diese seit fast zwei Jahren erlebte Angelegenheit nun endlich einmal ruhen zu lassen.

Herr Bock erklärt, daß er der Versammlung durch seinen Antrag lediglich habe die Möglichkeit eröffnen wollen, ein gegen ihn begangenes Unrecht wieder gut zu machen.

Da sich auf die Frage des Herrn Vorsitzenden zur Unterstützung des Bock'schen Antrags nur die Herren Bracke und Steinau bereit zeigten, zieht Herr Bock denselben zurück,

worauf die öffentliche Sitzung geschlossen wird.

In vertraulicher Sitzung wurden Vorschläge des Magistrats in Betreff der ferneren Verwaltung des städtischen Museums genehmigt und die noch vorliegenden Steuerreclamationen erledigt.

1874.

(Fortsetzung der Beilage zum 239. Stücke do 1874  
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N<sup>o</sup> 10.

# Verhandlungen

der

## Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 29. October 1874.

Entschuldigt die Herren Faillard, Krone und Steinmann. Am Magistratsstische anwesend Herr Oberbürgermeister Caspari mit den Herren Stadträthen Bammel, Carstens, Ramdohr, Rittmeyer.

Zu einer Reclamation gegen das Protocoll vom 12. September wird Herr Bock das Wort ertheilt. Bezug nehmend auf die S. 18 des fraglichen Protocolls wiedergegebene Aeußerung des Herrn Grafen Görs-Wrisberg beginnt Herr Bock etwa mit den Worten: „Wenn es überhaupt anständig ist, sich einer Ehrenpflicht gegenüber auf Verjährung zu berufen,“ —

worauf ihn der Herr Vorsitzende erinnert, daß die Wiederaufnahme einer in voriger Sitzung abgethanen Verhandlung nicht zulässig ist, in diesem Augenblicke vielmehr nur noch etwaige Unrichtigkeiten des Protocolls zur Erörterung gebracht werden dürfen.

Herr Bock behauptet, nichts vorzubringen was nicht eben zu Behuf seiner Reclamation unbedingt erforderlich sei, und verlangt in der begonnenen Weise fortfahren zu dürfen. Da er dies trotz wiederholter Einrede des Herrn Vorsitzenden durchzusetzen versucht und schließlich erklärt, er werde unter allen Umständen immer wieder genau mit denselben Worten von vorn anfangen,

entzieht ihm der Herr Vorsitzende das Wort, indem er constatirt, daß Herr Bock in keiner Weise zu einer Reclamation gegen das Protocoll geredet hat, und die Versammlung

zur Entscheidung aufruft, ob eine derartige offenbare Verhöhnung seiner Befugniß geduldet werden könne.

Herr Steinau. Was Herr Vock am Protocoll auszustellen finde, sei allerdings noch nicht ersichtlich. Ebenso wenig aber lasse sich schon beurtheilen, wiewfern das Bisherige etwa zur Motivirung seiner Reclamation diene, und demnach werde man Herrn Vock billiger Weise erst müssen ausreden lassen.

Nachdem der Herr Vorsitzende das Verlangen wiederholt hat, daß ehe weitere Ausführungen gestattet würden, die Reclamationen gegen das Protocoll selbst angegeben werden, bezeichnet Herr Vock nunmehr ohne weiteres die Punkte, in denen er eine Berichtigung des Protocolls verlangt. S. 2 Z. 16 v. o. wird als Datum der Sitzung, in welcher beschloffen wurde, wegen Beleidigung der Versammlung Anklage gegen ihn zu erheben, der 18. Juni 1872 angegeben. Wenn auch wenige Zeilen vorher richtig der 18. Juli steht, so hält Herr Vock jene Ungenauigkeit doch für geeignet, den Hergang möglicherweise zu verdunkeln. Ferner ist S. 17 Z. 17 v. o. das Datum des an ihn ergangenen Zahlungsdecretes Herzogl. Kreisgerichts — 11./12. August d. J. — ausgelassen, aus welchem hervorgehe, daß die fragliche Angelegenheit keineswegs schon seit fast zwei Jahren erledigt sei, wie am 17. September Herr Graf Götz-Brissberg behauptet habe. Endlich bemerkt Herr Vock, daß ein § 48 der Geschäftsordnung, mittelst dessen in voriger Sitzung die geschäftliche Behandlung seines Antrags habe motivirt werden sollen, gar nicht existire,

was Herr Peters mit der Bemerkung anerkennt, daß die maßgebende Bestimmung im Nachtrage zur Geschäftsordnung enthalten sei.

Die entsprechenden Berichtigungen des Protocolls werden angeordnet und letzteres im Uebrigen genehmigt.

Vom Magistrate wünscht sodann Herr Bracke Auskunft über die bei den Aufnahmen in die hiesige Bürgerrolle maßgebenden Grundsätze. Zur Begründung dieser Interpellation weist er auf die vielfach beobachtete Thatsache hin, daß der Magistrat einzelne Personen ohne jedes Zuthun ihrerseits zum Bürgerwerden ausdrücklich auffordere, während auf eignen Antrag die einen sofort, andere hingegen erst nach längerer oder kürzerer Zeit zugelassen werden — eine Ungleichmäßigkeit, welche vor allem die Frage aufdränge, ob eine Pflicht und ein Recht zum Eintritt in den hiesigen Gemeindeverband überhaupt noch bestche.

Der Herr Oberbürgermeister Caspari ist zu sofortiger Beantwortung dieser Frage bereit. Wie er Herrn Bracke persönlich bereits mitgetheilt habe, erledigen sich dessen Bedenken nach den Bestimmungen des Reichsgesetzes vom 1. Juni 1870 und des Landesgesetzes vom 30. März 1873 dahin, daß Jeder, der an





Verwilligung einer Beihilfe von 30  $\text{fl}$  jährlich für die Wittve des Zeichenlehrers Ehlers, welcher bei seinem Tode im Jahre 1864 dreißig Jahr lang, nach der damaligen Weise aber ohne feste Anstellung, an der mittlern Bürgerschule westlichen Bezirks unterrichtet hatte und in Anerkennung dieser treuen Dienste persönlich seit 1863 mit einem Ruhegehalte von 60  $\text{fl}$  bedacht worden war.

Namens der Finanzcommission durch Herrn Jasper dringend befürwortet, wird dieser Antrag von der Versammlung ebenfalls ohne weiteres genehmigt.

III. Laut des zur Versammlung in autographischen Abdrücken zugegangenen Geschäftsberichtes des Wasserwerkes haben dessen Einnahmen im verflossenen Jahre 5382  $\text{fl}$  17  $\text{gr}$ , seine Ausgaben 1688  $\text{fl}$  27  $\text{gr}$  2  $\text{sch}$  mehr betragen als veranschlagt war, und schließt demnach die Rechnung mit einem Ueberschusse von 16,621  $\text{fl}$  17  $\text{gr}$  11  $\text{sch}$  ab. In einem Schreiben vom 14. d. M. giebt der Magistrat anheim, der Direction wegen der Rechnungsführung im Jahre 1873, die Uebereinstimmung der einzelnen Posten mit den Büchern vorausgesetzt, Decharge zu ertheilen und deren Vorschläge hinsichtlich der Verwendung des Ueberschusses zu genehmigen, nach welchen

zur Amortisirung . . . . .	1500 $\text{fl}$ — $\text{gr}$ — $\text{sch}$ ,
zu Behuf der erforderlichen Bauten und Erweiterungen . . . . .	10541 " 18 " 10 "
zu Erhöhung des Betriebsfonds auf die Summe von 12,187 $\text{fl}$ — $\text{gr}$ 9 $\text{sch}$ . . . . .	4549 " 29 " 1 "
zu verwenden wären.	

Die Finanzcommission, für welche Herr Haake berichtet, kann sich sämtlichen Anträgen nur anschließen.

Unter Vorbehalt der Bücherrevision werden dieselben dann auch von der Versammlung genehmigt.

IV. Nachdem am 30. Juli d. J. von der Versammlung der Ankauf des Burgkasernegrundstückes als wünschenswerth anerkannt und eventuell die Verwilligung der erforderlichen Geldmittel in Aussicht gestellt war, hat die Garnisonverwaltung gemäß dem Tarat des Bauraths Kuhne für Areal und Gebäude mit Auschluss eines etwa ruthengroßen zu Behuf des Militärcafino vorbehaltenen Stückes 36,000  $\text{fl}$  und für die 10  $\square$ Ruthen, um welche das Grundstück nach einer neuern Vermessung größer ist als angenommen war, 1500  $\text{fl}$  gefordert. Auf Grund eines Gutachtens des Stadtbaumeisters, welcher den Werth des Kaufobjectes bei Annahme einer darauf hastenden Wegerechtigkeit zu 29,000, ohne solche zu 31,000  $\text{fl}$  veranschlagt, hat dann der Magistrat vergleichsweise 30,000  $\text{fl}$  und

Kanalisirung des Oerarmes hinter dem Militärcasino auf Kosten der Stadt, oder falls diese Anlage von der Garnisonverwaltung übernommen würde, 30,500  $\mathfrak{f}$  geboten. Letztere indeß, gestützt auf ein Gegengutachten des Baumeisters Uhlmann beharrt bei dem frühern Tarat, ist aber bereit, für die Kanalisirung 1000  $\mathfrak{f}$  in Absatz zu bringen und jene 1500  $\mathfrak{f}$  für den Mehrbefund des Areals schwinden zu lassen, und hat nunmehr den Magistrat zu unverzüglicher Erklärung aufgefordert. Unter Vorbehalt weiterer Vorschläge über die Verwendung des Platzes giebt daher der Magistrat zunächst die Annahme dieser Offerten anheim, damit der allseits gewünschte Abschluß inzwischen nicht durch Dazwischenkunft Dritter erschwert werde.

Von Herrn v. Seckendorf als Referenten der Finanzcommission wird dieser Antrag bringend befürwortet.

Herr Schwarzenberg, seines theils ebenfalls geneigt, in die angegebene Forderung zu willigen, rath nur, auch Vorkehrung zu treffen, damit die Stadt nicht demnächst etwa wieder in die Lage gerathe, für Beschaffung der jetzt in der Burgkaserne hergerichteten Arrestlocale und Werkstätten auskommen zu müssen.

Herr von Seckendorf hält diesen Fall von vornherein für ausgeschlossen, da der Stadt für diese nach Abschluß des Kaufes vorläufig noch im Gebrauch der Militärbehörden zu belassenden Räumlichkeiten in dem vorliegenden Contractsentwurfe ausdrücklich eine Miethsentschädigung zugesichert werde.

Herr Bracke hat in Erfahrung gebracht, daß das neue Militärcasino zugleich zur Aufnahme einer Compagnie Soldaten solle hergerichtet werden. Wenn dies begründet, dann werde das benachbarte Grundstück natürlich bedeutend weniger werth sein als der Militärfiscus fordere, und sonach die Stadt eine Concurrenz von Privatkäufern schwerlich in dem Maße zu besorgen haben wie der Magistrat annehme. Eine Ermäßigung des geforderten Preises dürfe die Stadt aber auch deswegen schon beanspruchen, weil sie den Bedürfnissen und Wünschen der Militärbehörden ihrerseits immer mit größter Bereitwilligkeit auch da entgegenkomme, wo es sich, wie bei den Bauten für das Husarenregiment, um Lasten handle, welche von Rechts wegen doch das Reich auf sich nehmen müßte.

Herr Oberbürgermeister Caspary theilt mit, daß ein neues Arrestlocal auf Kosten der Militärverwaltung bei der Infanteriekaserne wird hergestellt werden, die nöthigen Handwerker Räume dagegen allerdings in der neuen Husarenkaserne beschafft werden müssen, größere Lasten aber der Stadt damit nicht zufallen, da für die Benützung dieser Kaserne bekanntlich ein angemessener Miethzins stipulirt ist. Der Betrachtung Herrn Brackes hält er die Thatsache entgegen, daß von andrer Seite für die Burgkaserne allein 40,000 und in Verbindung mit dem Militärcasino 60,000  $\mathfrak{f}$  bereits geboten sind, wonach es denn wohl hohe Zeit sein dürfte, das Geschäft seitens der Stadt zum Abschluß zu bringen, zumal die öffentliche Meinung den Verzicht auf diese

Erwerbungs sicherlich nicht billigen würde und der geforderte Preis an sich wirklich keineswegs übertrieben erscheinen könne.

Herr Bracke constatirt, daß diese Mittheilungen lediglich bestätigen, wie der Stadt von Seiten der Militärverwaltung fort und fort neue Opfer zugemuthet werden, während man dort so wenig zu billigen Rücksichten inclinire, daß ein Mehrgebot von etlichen Tausend Thalern alle diesseitigen Wünsche aus dem Felde zu schlagen drohe.

Herr Oberbürgermeister Caspari constatirt seinerseits, daß er nicht habe behaupten wollen, die Militärverwaltung werde auf das höhere Angebot eingehen, sondern nur, daß unter anderem auch diese Möglichkeit in Anschlag zu bringen sei. Hauptfrage bliebe immer die, ob der geforderte Preis angemessen oder nicht, und diese Frage werde von allen Sachverständigen bejaht.

Herr Graf Görz-Brissberg giebt zu bedenken, daß es sich zur Zeit lediglich um den Abschluß eines Vertrags handle, mit welchem die von Herrn Bracke herbeigezogenen Erwägungen durchaus nichts zu thun haben. Bequeme die Stadt sich zu diesem Geschäfte nicht, dann werde die Burgkaserne entweder anderweitig veräußert oder an ihrer Stelle ein dem hiesigen Straßenverkehre jedenfalls höchst unbequemer Neubau aufgeführt werden. Daß gerade im Hinblick auf diese Eventualität die Erwerbung der Burgkaserne für die Stadt allgemein gewünscht werde, und daß zu diesem Zwecke das Publicum noch weit größere Aufwendungen als die jetzt erforderlichen gutheißern würde, sei allbekannt und werde von Niemand in Abrede gestellt werden können.

Herr Reuter erinnert daran, daß dieser allseitig laut gewordene Wunsch durch den Beschluß vom 24. Juli auch an dieser Stelle bereits als vollberechtigt anerkannt ist. So könne es sich jetzt denn nur noch darum handeln, ob die Preisforderung zu hoch sei. Redner berechnet, daß die Kaserne sammt ihren Nebengebäuden, auf Abbruch verkauft, einen Erlös von 8—9000  $\mathfrak{M}$  geben muß, die Stadt also effectiv nur etwa 27—28000  $\mathfrak{M}$  für diese Erwerbung aufzuwenden braucht. Soviel aber sei ohne Zweifel schon die Erleichterung werth, welche dem Straßenverkehre durch die von hier aus endlich zu eröffnenden directen Verbindungen zwischen dem Nord- und dem Süd-, dem Ost- und dem Westende der Stadt geschafft werden kann. Und für diesen Zweck sei es denn auch völlig bedeutungslos, ob demnächst etwa das Militair-Casino mit Mannschaften belegt werden solle oder nicht. Nach dem Allen sieht Herr Reuter keinen Grund, den Abschluß des Kaufes noch länger zu verzögern, zumal auf noch billigere Bedingungen schwerlich zu rechnen sei, wohl aber die Möglichkeit vorliege, daß die Forderungen des Militärfiscus durch die Dazwischenkunft von Privatspeculationen noch gesteigert

werden könnten, und inzwischen mitten in der Stadt eine Ruine erhalten bleibe, welche nichts weniger als eine Zierde sei.

Herr Lucius schließt sich diesen Erwägungen an, indem er namentlich hervorhebt, wie vortheilhaft es für die Stadt sein wird, wenn von dieser Stelle aus endlich mit der Ausführung einer so lange schmerzlich ersehnten durchgreifenden Straßenregulirung begonnen werden kann. In Ansehung dieser Vortheile bekennt Herr Lucius, daß er selbst angenehm überrascht sei, keine höhere Anforderung an die Stadt gestellt zu sehen.

Nachdem damit die Discussion geschlossen ist,

schreitet die Versammlung zur Abstimmung, welche eine große Majorität für den Antrag des Magistrates ergiebt.

Es folgt

V. von Herrn Seckendorf erstattet, der Bericht der Finanz-Commission über ein Magistratschreiben vom 14. d. M., die Erbauung eines provisorischen Steiger- und Schlauchtrockenthurmes für die Feuerwehr betreffend.

Das bereits seit mehreren Jahren fühlbar gewordene Bedürfniß einer derartigen Anlage hat sich vollends unabwieslich seit dem Abbruch der Brücke am Ruhfäutchenplatze herausgestellt, an deren Geländer die Sprigenschläuche bisher getrocknet werden konnten. Gleichzeitig ist, gegenüber den häufigen Klagen über verzögerte Feuerhülfe, ein neues Wachtlocal mit Stallung füglich nicht länger zu entbehren. Da aber die erforderlichen Localitäten definitiv aus verschiedenen Gründen sobald nicht hergestellt werden können, ist zunächst ein provisorischer Bau an der Nordseite des Waschhauses auf dem Rosshofe ins Auge gefaßt, welchen der Zimmermeister Genter noch vor Eintritt des Winters herzustellen und der Stadt zur Benutzung zu überlassen bereit ist, und zwar für 750  $\text{fl}$  das erste Jahr und für 100  $\text{fl}$  nebst 35  $\text{fl}$  Zinsen in jedem folgenden, falls die Wände nur mit Brettern verschalt würden, für 950 bezw. 125  $\text{fl}$  nebst 35  $\text{fl}$  Zinsen bei Ausmauerung der Wände. Der Magistrat glaubt auf dies Projekt eingehen zu müssen, entscheidet sich für die erstgedachte Ausführung und giebt der Versammlung anheim, sich damit einverstanden zu erklären, was ohne Discussion geschieht.

VI. In einem Schreiben vom 21. v. M. trägt der Magistrat vor, daß in Gemäßheit der am 1. Januar f. J. eintretenden Reichsmünzrechnung künftig auch der Service und die Communalsteuer nach Mark und Pfennigen ausgeschrieben werden muß. Beim Service, dessen Beträge durch 12 theilbar sind, bedarf es zu diesem Zwecke nur einer einfachen Umrechnung; bei der Communalsteuer hin-

gegen müssen einmal die Einkommensklassen statt mit  $\frac{7}{447}$  zc. mit  $\frac{9}{949}$  u. s. f. abschließen und außerdem die Sätze der 10., 14. und 18. Klasse um einige Pfennige erhöht werden. Die demgemäß abgeänderten Classificationstabellen werden auf Antrag des Magistrates und in Uebereinstimmung mit der Finanzcommission, für welche Herr Götte berichtet, auch von der Versammlung genehmigt.

### Schließlich

VII. berichtet namens der Statutencommission Herr Graf Götz-Wrisberg über die mit einem Magistratschreiben vom 6. d. M. eingebrachten Vorschläge auf Abänderung des Statuts über die Zusammensetzung des Stadtmagistrats zc. sowie die Dienst- und Gehaltsverhältnisse der städtischen Beamten und Diener.

Nachdem auf dem letzten ordentlichen Landtage außer einer beträchtlichen Erhöhung der Normaltats für sämtliche Staatsdiener, denjenigen Beamten, welche keine freie Wohnung haben, Wohnungsgeldzuschüsse von 200, 150, 110, 80 und 50  $\text{₰}$  verwilligt worden, sind auch die städtischen Beamten mit der Bitte um gleiche Vergünstigung beim Magistrat eingekommen. Der Magistrat hat diesem Gesuche nicht geglaubt stattgeben zu sollen, weil die städtischen Beamten sämtlich in hiesiger Stadt wohnen und demnach, falls ihre bisherigen Einnahmen den hiesigen Verhältnissen nicht mehr entsprechen, eine Verbesserung derselben in Form einer allgemeinen Gehaltserhöhung richtiger erscheinen mußte. Gestützt auf diese Erklärung, haben dann die meisten städtischen Beamten und Diener um eine Verbesserung dieser Art gebeten, worauf der Magistrat die bezüglichen Bestimmungen des Statuts vom 27. November 1871 theils an und für sich, theils im Vergleich mit den Gehaltsätzen der Staatsdiener einer sorgfältigen Prüfung unterzogen und nach deren Ausfall den der Versammlung vorliegenden Entwurf eines neuen Statuts aufgestellt hat.

Die Statutencommission hat zunächst in Erwägung gezogen, ob eine Gehaltserhöhung im allgemeinen für erforderlich gelten dürfe oder nicht. Von einer Seite wurde geltend gemacht, daß, wenn auch eine Verbesserung wenigstens für die niedriger besoldeten Beamten an sich für billig und wünschenswerth gelten könne, der gegenwärtige Augenblick dazu doch nicht geeignet erscheine, da grade jetzt Handel und Wandel schwer darniederliegen, die Arbeitslöhne bedeutend zurückgegangen und demzufolge die Lage der Mehrzahl aller Steuerzahler und vor allen derjenigen, welche die sorgfältigste Berücksichtigung fordern können, nicht der Art sei, daß die Ausgaben der Stadt vermehrt werden dürften. Die übrigen Mitglieder der Commission jedoch haben im allgemeinen die Richtigkeit dieser Thatsachen zwar anerkannt, denselben aber ein entscheidendes Gewicht bei der vorliegenden Frage

nicht beizumessen vermocht. Zunächst nämlich waren sie der Ansicht, es werde sich nicht in Abrede stellen lassen, daß seit den letzten Erhöhungen der städtischen Beamtengehälter im Jahre 1871 eine erhebliche Vertheuerung der meisten und nothwendigsten Lebensbedürfnisse eingetreten, der Werth des Geldes also gesunken und demnach eine entsprechende Zulage für die auf festen Gehalt angewiesenen städtischen Beamten nicht mehr wie billig ist. Die gedrückte Lage der Industrie hält die Commission in ihrer Majorität für eine vorübergehende Erscheinung; eine Berufung auf die Lage des Arbeiterstandes im Sinne der entgegenstehenden Auffassung nicht für zutreffend, da gerade dieser seit 1871 bedeutende Lohnerhöhungen errungen und der inzwischen allerdings eingetretene Rückschlag die Löhne doch keineswegs wieder auf die früheren Säge zurückgedrängt hat. Für entscheidend scheint daher wesentlich die Bedürfnisfrage gelten zu müssen; diese aber ist von den verschiedensten Seiten und namentlich auch von der Regierung und den Ständen unseres Landes bejaht, durch deren einhellige Entschliesung die Gehalte der Staatsdiener vor kurzem, wie schon erwähnt, beträchtlich erhöht worden sind. Und diese Thatsache vornehmlich hat wie früher im Magistrate so auch in der Commission den Ausschlag gegeben, da der Wunsch der städtischen Beamten, sich ihren Berufsgenossen im Staatsdienst einigermaßen gleichgestellt zu sehen, der Natur der Sache nach durchaus gerechtfertigt erscheint. In dem allen aber so, dann, glaubt die Commission, soll man um so weniger Bedenken tragen, diesem Verlangen nach Möglichkeit zu genügen, als andernfalls voraussichtlich in allen Beamtenkreisen eine freudige Pflächtersfüllung mehr und mehr unmöglich werden, an deren Stelle vielmehr, und gewiß sehr zum Schaden des öffentlichen Dienstes, Mißmuth und Widerwillen um sich greifen würde. Die Commission kann daher der Ansicht des Magistrates im allgemeinen nur beipflichten; ihre abweichenden Meinungen in Betreff einzelner Vorschläge des Magistrates darzulegen, vorbehält sie für die Specialdebatte.

Auf Anrathen des Herrn Referenten tritt die Versammlung zunächst in die Discussion der Principalfrage ein.

Herr Bracke erklärt, daß er Derjenige gewesen ist, welcher in der Commission den Vorschlag von den seitens des Herrn Referenten angedeuteten Gesichtspunkten aus bekämpft hat. Dabei müsse er, insoweit wenigstens als es sich nicht um die unteren Beamten der Stadt handle, auch jetzt beharren. Denn die gegenwärtigen Erwerbsverhältnisse, führt Redner aus, sind keineswegs nur vorübergehende. Hat die große Geld- und Handelskrise des Jahres 1857 einen acuten Verlauf genommen, so ist die in Folge des jüngsten Krachs eingetretene allgemeine Geschäftsflaute vielmehr das Symptom einer chronischen Krankheit, die — eine natürliche Folge der in der jüngsten Periode des alles fortreisenden Gründerthums

zu ihrer höchsten Blüthe gelangten unnatürlichen Entwicklung der Industrie — sich tief in den Gesellschaftskörper eingefressen hat und dessen Leben noch lange zerrütten wird. Die verderblichsten Wirkungen dieses Zustandes aber haben am schwersten die Lohnarbeiter und die kleinen Gewerbetreibenden zu empfinden. Zwar ist es ersteren, zum Theil wenigstens, während des großen Aufschwunges, welchen die Industrie unmittelbar nach dem letzten Kriege zu nehmen schien, unter vielfachen Kämpfen gelungen, eine Erhöhung der Löhne herbeizuführen. Allein einmal sind in diesem Bestreben nicht alle Arbeiterkreise gleich glücklich gewesen, und sodann entsprechen selbst die günstigsten Erfolge dieser Art nur etwa der gleichzeitigen Geldentwerthung, so daß auch Diejenigen, deren Löhne nominell allerdings ganz beträchtlich in die Höhe gingen, ihre Lage dadurch doch nur sehr wenig verbessert sahen; und wenn einzelne Lohnsätze, in Gelde ausgedrückt, auch jetzt, nach erfolgtem Rückschlage, noch höher erscheinen als vor dem Kriege, so ist es doch anerkannte Thatsache, daß eben in Folge der anhaltenden Steigerung aller Lebensbedürfnisse die Lage der Arbeiter im Allgemeinen ungünstiger geworden ist als sie vordem war. Redner knüpft hieran eine theoretische Erörterung, welche ihn zu dem Schlusse führt, daß die Preisverhältnisse nicht sowohl, wie irriger Weise wohl angenommen werde, durch die Höhe der Arbeitslöhne, sondern von mancherlei anderen Factoren bedingt sind und ihrerseits dann erst secundär die Arbeiter nöthigen, eine Erhöhung der Löhne anzustreben, was aber nicht leicht im entsprechenden Verhältniß und nie in dem Maße gelinge, daß der Ausfall schlechter Zeiten wie der gegenwärtigen dadurch gedeckt wäre. Für noch ungünstiger aber als die Lage der Lohnarbeiter hält Herr Bracke die der kleinen Gewerbetreibenden. Diese nämlich treffe der gegenwärtige Zustand in doppelter Weise. Wenn ihre Geschäfte überhaupt noch irgend welchen Ertrag liefern, so wird dies nur dadurch ermöglicht, daß der Meister selbst noch wacker mitarbeitet: an eine Verzinsung der darin angelegten kleinen Capitale ist kaum noch zu denken. Sinkt also, wie in diesem Augenblicke, die Arbeitskraft im Werthe, so muß darunter eben auch die Hauptquelle seines Erwerbs leiden — Thatsachen, welche es zur Genüge erklären, daß immer mehr Mitglieder dieser Gesellschaftsklasse trotz alles Fleißes ihre geschäftliche Selbstständigkeit nicht zu behaupten vermögen und in den Stand der Lohnarbeiter herabsinken. Auch direct wird das allgemeine Varniederliegen von Handel und Wandel gerade den kleinen Gewerbetreibenden höchst schmerzlich fühlbar, indem nicht nur jeder ihrer alltäglichen Abnehmer seinen Bedarf möglichst einzuschränken sucht, sondern auch der Großunternehmer manche Arbeit, die er bei gedeihlichem Geschäftsgange kleinen Meistern überwies, nun selbst herzustellen vorzieht. So werde denn auch von der zahlreichen Klasse der kleinen Gewerbetreibenden mit vollem Rechte behauptet werden dürfen, daß sie gerade jetzt einen schweren Kampf um ihre



Existenz zu bestehen haben. — Stellt sich Herr Braße angesichts dieser Wahrnehmungen die gegenwärtige Vorlage als möglichst unzeitgemäß dar, so scheint ihm ein Vergleich der wirthschaftlichen Lage der Beamten mit der der soeben ins Auge gefaßten Steuerzahler vollends dazu angethan, seinen Widerspruch zu rechtfertigen. Die Einnahme eines Beamten ist durchaus sicher, sein eigenes Alter, und, wenn er stirbt, seine Wittwe und seine Waisen sind vor Noth geschützt: Vortheile, welche die Beamtenkarriere, obschon sicherlich nicht immer die lohnendste, dennoch zu einer vielbegehrten machen, und denen der Handwerker und der Arbeiter nichts Ähnliches an die Seite zu stellen hat. Denn der Handwerker, dem es schlecht geht, mag selber zusehen, wie er sich durchschlägt; der Arbeiter, wenn er durch Alter oder Krankheit unfähig geworden ist, muß jüngeren Kräften den Platz räumen und wird meist, ohne Rücksicht auf die Dauer seiner Dienste, dem Armenhause oder der Liebe seiner Angehörigen überlassen. Nicht als ob Redner alle Beamten gerade für besonders weich gebettet hielte: im Gegentheil hat er in den letzten Tagen einen Einblick in die häuslichen Verhältnisse mancher unteren Beamten gewonnen, welche ihm möglich macht, seine principielle Ablehnung zu Gunsten dieser Kategorie einzuschränken. Denn obwohl er nicht eben gefunden, daß es den Unterbeamten etwa schlechter ergeht als vielen Lohnarbeitern und kleinen Handwerkern, so ist doch billig, daß jedem Diener der Stadt wenigstens gewährt werde, was nothdürftig dazu gehört, um eine Familie zu erhalten und dem Absehen auf einen oft zweifelhaften Nebenerwerb zu überheben. Um so entschiedener aber findet sich Herr Braße verpflichtet, gegen die beabsichtigte Erhöhung der Gehalte für die oberen Beamten Front zu machen. Was zum Leben gehöre, sei diesen längst zugebilligt, und darüber hinauszugehen, liege kein Grund vor — auch nicht der Gefahr gegenüber, daß etwa tüchtige Kräfte, durch bessere Aussichten auf anderen Gebieten menschlicher Thätigkeit verlockt, dem communalen Dienste verloren gehen könnten. Allerdings sei es ein abnormes Verhältniß, wenn der Buchhalter eines großen Bankhauses besser gestellt sei, als der erste Beamte eines bedeutenden städtischen Gemeindefens oder gar eines Staates; allein denen, welche sich einmal der Förderung sittlicher Ideen gewidmet haben, dürfe und müsse man auch zumuthen, dafür gelegentlich Opfer zu bringen, und zum Glück sei diese Fähigkeit aus der Welt noch nicht geschwunden. Aus seiner persönlichen Erfahrung weist Redner auf das Beispiel sehr bescheiden honorirter Redacteurs social-demokratischer Blätter hin, welche auf andere weit glänzendere Stellungen ihrem erkannten Beruf zu Liebe freiwillig verzichtet haben; er erinnert ferner an den Finanzminister der Pariser Commune, dessen auch von politischen Gegnern aufrichtig bewunderte Leistungen mit einem Gehalte von 12 Francs täglich bezahlt wurden. Solche Bedürfnislosigkeit will Herr Braße den höchsten Beamten unserer Stadt, deren gesell-

schaftliche Stellung natürlich gewisse Aufwandspflichten mit sich bringe, zwar nicht zumuthen; ebenso wenig aber vermag er den Standpunct Derer zu theilen, welche das Maß für den Gehalt etwa eines Oberbürgermeisters von der Vergleichung mit den 10—15000  $\mathfrak{M}$  Jahreseinkommen eines Großcapitalisten hernehmen. Und das sei auch nicht der Standpunct der großen Masse des Volkes: wenn diese, wie billig, auch ihrerseits zwischen dem Einkommen des Oberbürgermeisters und des Einen oder Andern aus ihrer Mitte einen Vergleich anstelle, so gelange sie zu dem Schlusse, daß ersterem schon reichlich zu Theil geworden sei was er mit gutem Rechte beanspruchen könne.

Herr Lucius. Der Herr Vorredner habe eine Menge von Gesichtspuncten in die Debatte gezogen, welche nicht zur Sache gehören, während zur Entscheidung über die vorliegende Frage doch genüge, auf die einfache Erwägung hinzuweisen, daß jede Commune wie jeder Privatmann verpflichtet ist, Diejenigen welche sich ihnen zu lebenslänglichen Diensten verpflichtet haben, auch auskömmlich zu stellen. Dieser Verpflichtung habe die Stadt Braunschweig bisher nach Kräften genügt, und jetzt, da ein Sinken des Geldwerthes erfolgt ist, wie auch Herr Bracke zugestehet, trete an sie abermals die Frage heran: sollen die städtischen Beamten eine unverschuldete Einbuße an ihren Einnahmen erleiden, oder ist es billig, den Ausfall durch eine Erhöhung der Gehalte zu decken? Der Bejahung dieser Frage könnte nur ein besonderer Nothstand des Gemeinwesens überheben, einen solchen aber habe Herr Bracke in keiner Weise nachgewiesen. Herr Bracke opereire vielmehr mit einer Schilderung der Lage gewisser anderer Gesellschaftsklassen: der Umstand, daß diese nicht so gut ist, wie man wünschen müsse, solle eine Nothigung für die Vertreter der Stadt enthalten, eine erkannte Pflicht gegen deren Beamten unerfüllt zu lassen. In dieser Schlussfolgerung vermißt Herr Lucius die rechte Logik. Und ebenso müßig für die vorliegende Frage wie die Erörterung der Lage der Arbeiter sei die von Herrn Bracke angestellte Untersuchung nach den Ursachen der Geldentwerthung. Wenn dann Herr Bracke eine Parallele zwischen den Verhältnissen der Arbeiter und der Beamten ziehe, so werde sich streiten lassen, auf welcher Seite die Vortheile oder die Nachtheile überwiegen. Denn wenn der Beamte in seinen Einnahmen gesicherter sei als der freie Arbeiter, so könne dieser hinwider seine Kräfte ungehemmter verwerthen und glücklichen Falls zu einem Vermögen gelangen, wie dies einem Beamten niemals möglich sein werde. Erst vor kurzem noch ist Redner mit drei in einem Rechtshandel als Sachverständiger zugezogenen Männern zusammengetroffen, welche sämmtlich als unbemittelte Arbeiter begonnen haben und jetzt Millionäre sind. Zu solchem Erfolge gehöre freilich Arbeitsamkeit, Müchternheit und Sparsamkeit; wer auf die Predigt der Leute höre, welche dem Arbeiter lustig zu leben rathen, da er doch mit aller Anstrengung

nicht vorwärts kommen könne, der habe keine Aussicht darauf. Endlich sei auch die Altersversorgung, ic. keineswegs ein ausschließlicher Vorzug der Beamten-carrière. Große Industrielle — Redner erinnert an Krupp in Essen — zahlen ihren Arbeitern auch Pensionen, und wenn altersschwache Arbeiter in der Regel so ohne weiteres auf die Straße geworfen würden, wie Herr Bracke es glaubhaft zu machen suche, dann würde man ganz andere Haufen von Bettlern umherlaufen sehen, als dies in Wirklichkeit glücklicherweise der Fall sei. Aber möge über diese Dinge zu streiten sein — die Frage auf welche es hier ankomme, sei einfach die: haben sich die Verhältnisse seit 1871 dergestalt verändert, daß die städtischen Beamten mit den dormaligen Gehältern nicht mehr auskommen können? und da diese Frage ganz unzweifelhaft zu bejahen, so findet Redner sich in seinem Gewissen verpflichtet, für die Vorlage zu stimmen wie sie eingebracht ist und zwischen höheren und niederen Beamten keinen Unterschied zu machen, welchen er für unstatthaft halte, da Gerechtigkeit gleichmäßig nach oben wie nach unten geboten sei.

Herr Steinau hält die Vorlage insofern für unglücklich, als die finanziellen Mittel der Stadt augenblicklich grade sehr in Anspruch genommen seien und die allgemeine Geschäftskille überdies lähmend auf die Steuerkraft der Gemeinbeangehörigen rückwirke, wie die große Menge von Steuerreclamationen schon in diesem Jahre gezeigt habe und wahrscheinlich im nächsten Jahre noch in viel höherem Grade zeigen werde. Denn diese Ungunst der Lage werde seiner Ueberzeugung nach allerdings nicht so rasch vorübergehen, wie die Commission anzunehmen geneigt sei. Wenn daher Herr Lucius den Nothstand vermisse, welcher die Ablehnung der Vorlage rechtfertigen könnte, so erkenne er, Redner, denselben eben in der dauernden Verschlechterung aller Einkommen, welche zur Bestreitung der kommunalen Lasten beizusteuern haben. Vom Magistrate werde geltend gemacht, daß die städtischen Beamten den Staatsdienern einigermassen gleichgestellt werden müssen, und in gewissem Sinne sei dies auch ganz richtig. Aber schon jetzt falle der Vergleich vielfach zu Gunsten der ersteren aus, wie denn z. B. die Kreisrichter heutzutage nur bis zu 1600  $\mathfrak{M}$  beziehen, während der Maximalgehalt der besoldeten Stadträthe, welche man mit jenen etwa in eine Linie werde zu stellen haben, schon in dem Normaletat von 1871 auf 1800  $\mathfrak{M}$  festgestellt sei. Für unbegründet hält Redner auch die Behauptung, als seien die Preise aller Lebensbedürfnisse in einer fortwährenden Steigerung begriffen: im Gegentheil, die Miethen seien neuerdings billiger geworden und seit drei oder vier Monaten auch die Korn- und Fleischpreise um 20 bis 30 % zurückgegangen. Auf so wenig stichhaltige Gründe hin solle nun die Stadt mit einer Mehrausgabe von etwa 4000  $\mathfrak{M}$  jährlich belastet werden, welche überdies noch andere unfehlbar nach sich ziehen müsse; denn auch die Gemeindefchullehrer haben sich bereits gerührt, und Andere werden nachkommen.

Nehme man hinzu, wieviel bedeutende Ausgaben sonst noch grade jetzt an die Stadt herantreten, so werde die Aussicht auf eine Erhöhung der Communalsteuer um 50—100 % nicht mehr in weiter Ferne zu stehen scheinen. Unter anderen Umständen wäre auch Herr Steinau nicht abgeneigt, den Beamten jede mögliche Verbesserung angedeihen zu lassen; wie aber zur Zeit die Verhältnisse beschaffen sind, kann er nur die Ablehnung der Vorlage anempfehlen, und würde er noch lieber sehen, wenn der Magistrat dieselbe aus eigener Entschliesung zurückzöge.

Der Herr Oberbürgermeister Caspari erklärt, daß davon keine Rede sein könne, da der Magistrat, ohne von der Nothwendigkeit seiner Anträge überzeugt zu sein, mit selbigen sicherlich nicht vor die Versammlung getreten wäre.

Herr Bock stellte die Anfrage, ob zur Prüfung der Vorlage auch die Finanz-Commission herangezogen sei. Andernfalls giebt er anheim, diese zunächst erst noch damit zu beauftragen.

Der Herr Vorsitzende. Da es sich um Aenderung eines Statutes handle, die concurrirende Finanzfrage auch von untergeordneter Bedeutung sei, so habe das Botum der Statuten-Commission für ausreichend gelten dürfen.

Der Antrag Herrn Bocks auf Ueberweisung der Vorlage an die Finanz-Commission findet nicht die erforderliche Unterstützung.

Herr Bracke. In seinen Einwürfen habe Herr Lucius die rechte Logik vermisst. Daß aber andere Gesellschaftsclassen, und namentlich diejenigen, welche die Mittel des städtischen Haushalts durch Steuern zum größten Theile aufzubringen haben, mindestens ebensoviel Rücksicht auf ihr Wohlbefinden in Anspruch nehmen dürfen wie die Beamten — die zwingende Logik dieses Satzes sollte doch wohl einleuchten. Der Seitenhieb gegen die Socialdemokratie, welchen sich Herr Lucius nicht habe versagen können, sei recht unglücklich geführt. Gewiß eröffne das Auftauchen neuer großer Industrien hier und da auch einzelnen Arbeitern Gelegenheit, Millionäre zu werden; Vorsig und Eggestorff z. B. sei es unter der Gunst solcher Verhältnisse gelungen, sich aus kleinen Anfängen zu ihrem heutigen Besitzstande emporzuarbeiten. Das aber seien verschwindende Ausnahmen, welche lediglich zur Bestätigung der seitens der socialen Partei behaupteten Regel dienen. Wenn freilich Herr Lucius die Mittel und Wege wisse, wie ein Arbeiter unter gewöhnlichen Verhältnissen es soweit bringen könne, dann werde er sich durch eine Belehrung darüber hochverdient machen und den Dank Vieler ernten. Herr Bracke stellt ferner in Abrede, daß im Kreise seiner Parteigenossen den Arbeitern jemals gerathen wäre, nicht zu sparen sondern lustig zu leben; wie sehr im Gegentheil die Socialdemokratie ihre Angehörigen zur Sparsamkeit anleite, beweise das durch ihre Agitation aller Orten ins Leben gerufene vielseitige Rassenwesen. Pensionen endlich werfe wohl auch dieser und jener Unternehmer für seine Arbeiter

aus; in den meisten Fällen aber komme solche Einrichtung nur Denen zu gut, welche bis zum Eintritt der Arbeitsunfähigkeit beschäftigt werden, während die aus irgend welchem Grunde früher Entlassenen ihres Anspruchs verlustig zu gehen pflegen.

Herr Lucius lehnt ab, hier wo man lediglich ins Auge zu fassen habe, was das Gemeinwohl der Stadt in dem vorliegenden bestimmten Falle erheischt, noch weiter auf Erörterungen über die sociale Frage einzugehen. Wenn richtig wäre was Herr Steinau behauptet: daß die herrschende allgemeine Theuerung in Abnahme begriffen sei, dann allerdings würde auch Redner gegen jede Erhöhung der Beamtengehälter stimmen müssen; leider indes entspreche die wirkliche Sachlage jener Voraussetzung mit nichten. Er bleibt bei der Meinung, daß es nicht recht logisch sei, dem Beamten das Nothwendige deshalb versagen zu wollen, weil es manchen andern Gesellschaftsklassen ebenfalls nicht nach Wunsch ergehe. Wenn der Traum des Socialismus zu verwirklichen, jedem Arbeiter sein vollbemesenes Theil an den Gütern und Genüssen dieser Erde zuzuwenden wäre, so würde Redner dazu freudig und nach besten Kräften mitzuwirken suchen; da dies aber unmöglich, so beschränke er sich eben darauf, an dem Punkte hilfreiche Hand zu leisten, wo er sich dazu im Stande und durch seine Pflicht als Stadtverordneter getrieben finde. Ob grade Herr Bracke selbst die Arbeiter dahin berathen habe, nicht zu sparen sondern ihr Leben zu genießen, wisse er nicht; mit aller Bestimmtheit aber erinnere er sich, diese verderbliche Lehre in den Odeonsversammlungen der hiesigen Socialdemokratie mit eigenen Ohren gehört zu haben, und wohl nicht ohne Grund sei bei den letzten Reichstagswahlen den Arbeitern von Seiten der nationalliberalen Partei jenes Wort Franklins zugerufen: „Wer euch sagt, daß ihr anders als durch Fleiß und Sparsamkeit zum Wohlstande gelangen könnt, der ist ein Schurke!

Herr Graf Görz-Brisberg drückt seine Genugthung darüber aus, daß Herr Bracke seine principielle Opposition gegen die ganze Vorlage hat fallen lassen. Freilich habe derselbe nun einen Gegensatz zwischen den untern und den oberen Beamten statuiert, dessen Scheidelinie sich wohl in der Specialdebatte ergeben werde, der auf alle Fälle aber für unberechtigt gelten müsse, da eben jeder Arbeiter, einerlei welche Stellung er einnehme, seines Lohnes werth sei, und je höher er stehe, desto größer natürlich auch die an ihn erhobenen Ansprüche sich gestalten. Liege also überhaupt ein Bedürfnis vor, die Gehälter der Beamten zu erhöhen, so gelte dies ohne Unterschied für alle. Jene Voraussetzung suche Herr Steinau allerdings mit der Annahme zu entkräften, als mache sich neuerdings ein Rückgang in den Preisen der wichtigsten Lebensbedürfnisse bemerklich. Davon aber sei ihm, dem Redner, und aller Wahrscheinlichkeit nach auch Anderen bisher

nichts bewußt geworden. Ebenso bezweifelt Herr Graf Götz-Wrisberg die Richtigkeit der Behauptung, daß die Steuerkraft unserer Stadt geschwächt sei. Nach den jüngst bekannt gewordenen polizeilichen Ermittlungen habe die hiesige Einwohnerzahl seit 1871 um 8000 zugenommen, und bei solchem Anwachsen sei eine Verringerung der Steuerkraft doch nicht wohl denkbar. Wenn endlich Herr Steinau berechne, durch die beantragten Gehaltserhöhungen würde der Verwaltungsaufwand der Stadt um 4000  $\text{M}$  gesteigert werden, so vergesse er, daß die neuen Sätze keineswegs sofort ausgeworfen werden sollen, daß es sich heute vielmehr nur um die Normen handle, innerhalb deren bei der Feststellung des nächstjährigen Etats und in weiterer Folge dem einzelnen Beamten eine Zulage gewährt werden könne. Redner kann daher der Finanzfrage nicht solche Bedeutung beimessen wie Herr Steinau: nach seiner festen Ueberzeugung werde kein Steuerzahler in Folge dieser Vorlage auch nur um einen Pfennig mehr belastet werden und überhaupt eine Steuererhöhung sobald nicht zu besorgen sein.

Ein Antrag auf Schluß der principiellen Debatte wird angenommen.

Zu thatsächlicher Berichtigung bemerkt Herr Steinau: ein den einzelnen Consumenten bereits fühlbares Sinken der Preise habe er nicht behauptet; daß aber seit einiger Zeit Getreide und Vieh beträchtlich billiger geworden, sei allerdings anerkannte Thatsache.

Eine persönliche Bemerkung Herrn Brackes geht dahin, daß das was ihm oder seinen Parteigenossen von Herrn Lucius als eine Abmahnung vom Sparen ausgelegt werde, in Wahrheit nur auf die Warnung vor dem von gewisser Seite proponirten Irrthum werde zurückzuführen sein, als könnte die große Masse der Arbeiter sich durch Sparsamkeit in den Stand der Selbstunternehmer aufschwingen.

Die hierauf beginnende Specialdebatte — welcher Herr Oberbürgermeister Caspari sowie die Herren Stadträthe Garstens und Rittmeyer nicht mehr beiwohnen — richtet sich zunächst, da §§. 1 und 2 des Statuts in der Vorlage unverändert geblieben sind, auf §. 3 des Entwurfs, welcher den Gehalt des Oberbürgermeisters auf 2500—3500, die der besoldeten Stadträthe auf 1400—2000  $\text{M}$  festsetzt und in einem neuen Zusatz die Bestimmung trifft, daß das Wohnungsemolument des Oberbürgermeisters zu dem angenommenen Betrage von 500  $\text{M}$  auch bei der Pensionsquote in Rechnung zu bringen ist.

Die Commission hat diese Erhöhungen als gerechtfertigt um so mehr anerkennen müssen, als auch die erhöhten Sätze im Vergleich zu denen, welche den obersten Gemeindebeamten anderer Städte gleichen Umfangs zugebilligt sind, immer noch für sehr bescheiden gelten dürfen.

Herr Schwarzenberg wendet ein, daß der Ansat für den Oberbürgermeister dem angenommenen Grundsatz, wonach derselbe den höchsten Staatsdienern

gleichzustellen, nicht mehr entspreche, da der Präsident des Obergerichts auf 3200, die Kreisdirectoren auf 1600—2000  $\text{₰}$  bei höchstens 200  $\text{₰}$  Wohnungsgeldern gestellt seien. Redner beantragt demnach, den Maximalgehalt des Oberbürgermeisters ebenfalls auf 3200  $\text{₰}$  einzuschränken.

Dieser Antrag findet nicht die erforderliche Unterstützung. Die Vorschläge des Magistrats werden genehmigt.

§ 4 des Entwurfs enthält unveränderte Bestimmungen des alten Statuts.

§ 5, welcher die Gehaltsverhältnisse des Revisors, des Registrators und des Rentanten der Armenkasse regelt, gelangt ohne Discussion zur Annahme, nachdem

Herr Ehrenhard die Erklärung abgegeben hat, daß er gegen einzelne der in Vorschlag gebrachten Verbesserungen würde stimmen müssen, wenn nach den Mittheilungen des Herrn Oberbürgermeisters nicht auch eine Gehaltserhöhung für die Gemeindefchullehrer bereits in Aussicht genommen zu sein scheine.

§ 6 des Entwurfs führt unter den Hülfsbeamten des Magistrats 2) einen „Vorstand des städtischen Bauwesens“ mit einem jährlichen Gehalte von 1400 bis 1800  $\text{₰}$  u. auf. Die Commission giebt anheim, den Minimalatz auf 1200  $\text{₰}$  festzustellen, da doch der Fall denkbar wäre, daß zu diesem Amte auch ein Mann in verhältnißmäßig jungen Jahren gelangte.

Herr Reuter spricht sich für den Magistratsvorschlag aus, wünscht aber die frühere Bezeichnung „Stadtbaumeister“ beibehalten zu sehen, weil es nicht zweckmäßig erscheine, hier, bei Gelegenheit einer reinen Finanzmaßregel, also ganz beiläufig, eine bis zu gewissem Grade organisatorische Aenderung zu treffen, zumal eine gründliche Neuordnung des städtischen Bauwesens in nicht allzuferner Zeit schon wegen der ihm in dem Werke der Straßenpflasterung zuwachsenden großen Aufgabe unerläßlich sein werde.

Herr v. Seckendorf findet die neue Bezeichnung der Sachlage angemessen, auch dem etwa eintretenden Bedürfnis einer Vergrößerung des Baupersonals in keiner Weise präjudicirlich, und rath demnach zur Annahme derselben,

wogegen sich Herr Schwarzenberg den Reuterischen Erwägungen namentlich auch deswegen anschließt, weil die Bezeichnung „Stadtbaumeister“ vorläufig doch noch in vielen anderen Statuten beibehalten werden müßte.

Die Versammlung entscheidet sich ebenfalls in diesem Sinne und für den commissionsseitig vorgeschlagenen Minimalatz von 1200  $\text{₰}$ . Im Uebrigen wird § 6 nach Maßgabe des Entwurfs genehmigt.

Nach § 7 des frühern Statuts sind dem Stadtbaumeister untergeben ein wissenschaftlich gebildeter Beamter für den Hochbau und ein solcher für den Wege-

bau, jeder mit einem Gehalte von 500 — 900 ₧, sowie zwei technische Hilfsbeamte mit je 300 — 500 ₧ Gehalt. Der neue Entwurf erhöht den Gehaltsfuß des ersten auf 600 — 1000 ₧, setzt an Stelle des zweiten schlechthin einen „Beamten für den Wegebau“, dessen Gehalt sich nur zwischen 500 — 800 ₧ bewegen würde, und gesellt den beiden technischen Beamten unter Erhöhung ihrer Gehalte auf 400 — 600 ₧ einen dritten bei. Die Commission, diese Aenderungen im Uebrigen zur Genehmigung empfehlend, giebt eine Erhöhung dieses letztern Maximalsatzes auf 700 ₧ anheim.

Herr Munte erinnert daran, daß der gegenwärtig fungirende Wegebaubeamte unter der Zusage eines Maximalgehaltes von 900 ₧ angestellt ist, wonach es denn in hohem Grade unbillig sein würde, jetzt bei Verbesserung aller übrigen Gehalte gerade diesen einen um 100 ₧ herabzusetzen. Herr Munte beantragt demnach, es wenigstens bei dem frühern Satze zu belassen.

Herr Pini schließt sich dem auch im Hinblick auf die bevorstehende große Erweiterung des Geschäftskreises dieses Beamten an. Einen dritten Hilfsbeamten hält er für weniger nothwendig als einen zweiten wissenschaftlich gebildeten Beamten, wonach denn ad 1 „ein und wenn nöthig zwei wissenschaftlich gebildete Beamte“, ad 3 „zwei bis drei technische Hilfsbeamte“ aufzustellen wären.

Herr Reuter verzichtet auf eine Erörterung seiner Bedenken gegen die vorliegende Fassung dieses Paragraphen, weil das städtische Bauwesen doch, wie schon gesagt, einer großen Veränderung entgegengehe, welche natürlich aber einer sehr reiflichen Vorprüfung bedürfen werde. Daß dem Wegebaubeamten ein Maximalgehalt von 900 ₧ zugebilligt werde, empfiehlt Redner ebenfalls.

Herr Lucius möchte die betreffende Bestimmung in der frühern Form acceptirt, den Wegebaubeamten also dem andern wissenschaftlichen Beamten in dieser Qualität wie im Gehalte gleichgestellt sehen.

Der Herr Vorsitzende bezeichnet als Grund der neuen Fassung den Wunsch, das zur Zeit bestehende Provisorium, welches mit dem früheren Statute nicht recht vereinbar, beibehalten zu können, giebt aber im Hinblick auf die bevorstehenden eingreifenden Veränderungen anheim, die alte Fassung beizubehalten.

Herr Pini stimmt dem bei, zieht auf diesen Fall seinen Modificationsantrag ad 1 zurück, und empfiehlt, ebenso dann auch die sub 3 ins Auge gefaßte Vermehrung der Hilfsbeamten aufzugeben.

Namens der Commission erklärt sich Herr Graf Görz-Wrisberg mit der Erhöhung des Maximalsatzes sub 2 auf 900 ₧ einverstanden.

Die Versammlung genehmigt den Entwurf sub 1, beschließt, daß die alte Fassung sub 2 wieder hergestellt, der Gehalt des Wegebaubeamten also gleichfalls auf



800—1000  $\mathfrak{M}$  angesetzt werde, und nimmt die Bestimmung sub 3 unter Erhöhung des Maximalbetrages auf 700  $\mathfrak{M}$  an.

Ohne Discussion wird § 8 in der Fassung des Entwurfes genehmigt. §§ 9 und 10 enthalten frühere Bestimmungen.

§ 11 lautet in der neuen Fassung:

„Besoldete städtische Beamte unterliegen den Vorschriften des Gesetzes vom 15. April 1874 *N* 15 und bedürfen zur Uebernahme von Nebenämtern oder Geschäftsführungen irgend welcher Art für Privatpersonen der Zustimmung der städtischen Behörden“.

Die Commission schlägt vor, „dauernde Geschäftsführungen“ zu setzen.

Herr Munte wirft die Frage auf, wozu es neben dem angezogenen Gesetze noch einer besondern statutarischen Bestimmung bedürfe. Falls aber solche für erforderlich gehalten würde, wünscht Redner sie so scharf als irgend möglich gefasst zu sehen.

Herr Lucius schlägt vor, statt „irgend welcher Art“ u. zu setzen: „mit welchen eine regelmäßige Remuneration verbunden ist,“ zieht diesen Antrag aber zurück,

nachdem Herr Peters das genauere ausgeführt hat, wie schwer es sei, eine den Kernpunkt der Frage genau treffende Fassung ausfindig zu machen.

Nachdem der Herr Vorsitzende auch dargelegt hat, wiefern § 11 in der vorliegenden Fassung weiter geht als das Gesetz vom 15. April d. J., wird dieselbe von der Versammlung gebilligt.

§§ 12, 13, 14 und 17 sind Wiederholungen des früheren Statuts. Eine neue als § 15 eingeschaltete Bestimmung, durch welche die den Hinterbliebenen verstorbener Beamten bisher factisch bereits immer verwilligten zwei sogenannten Gnadenmonate zu einer festen Einrichtung erhoben werden, wird ohne Discussion genehmigt.

Desgleichen mit einigen redactionellen Aenderungen §§ 16 und 18 und demnach schließlich der ganze vorliegende Entwurf.

Zugleich wird der Magistrat ermächtigt, die so verwilligten Gehaltsätze demnächst in Reichsmark umrechnen zu lassen.

Nach einigen Mittheilungen über den Stand der Commissionsverhandlungen in Betreff eines städtischen Schlachthauses und der beantragten Absuhr des Rechtes aus den Stadttheilen vor den Thoren, wird die öffentliche Sitzung geschlossen.

Vertraulich wurden einige Steuerreclamationen erledigt.

1874.

(Fortsetzung der Beilage zum 272. Stücke des 1874  
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N<sup>o</sup> 11.

## Verhandlungen

der

### Stadtverordneten zu Braunschweig.

Gemeinschaftliche Sitzung des Magistrats und der Stadtverordneten am  
19. November 1874.

---

Am Magistratsstische Herr Oberbürgermeister Caspari und die Herren Stadträthe Bammel, Bardenwerper, Carstens, Ramdohr, Rittmeyer.  
Von den Stadtverordneten ist Herr v. Seckendorf entschuldigt.

Den Vorsitz führt Herr Oberbürgermeister Caspari.

Nach der Tagesordnung ist

I. die Neuwahl dreier unbesoldeten Stadträthe an Stelle der zu Ende des Jahres ordnungsmäßig ausscheidenden Herren Ramdohr und Bardenwerper, sowie des mit Tode abgegangenen Herrn Grote vorzunehmen.

Wie der Herr Vorsitzende mittheilt, hat Herr Stadtrath Bardenwerper die Erklärung abgegeben, daß er in Rücksicht auf seine Privatgeschäfte eine Wiederwahl würde ablehnen müssen.

Es fallen

im ersten Wahlgange von 29 Stimmen 25 auf Herrn Stadtrath Ramdohr, 3 auf Herrn Finanzrath Kunzen — ein Zettel ist unbeschrieben;

im zweiten von 30 Stimmen 22 auf Herrn Stadtverordneten W. Götte, 3 auf Herrn Finanzrath Kunzen, 2 auf Herrn Stadtverordneten B. v. Seckendorf.

Dorf, je 1 auf Herrn Stadtverordneten W. Flagge und Kaufmann A. Löhner — ein Zettel ist unbeschrieben;

im dritten von 30 Stimmen 18 auf Herrn Stadtverordneten A. Haake, 5 auf Herrn Stadtverordneten M. Solmiz, 2 auf Herrn Provisor Bieling, je 1 auf die Herren Stadtverordneten W. Flagge und Dr. Peters, sowie auf Herrn Finanzrath Kunzen — zwei Zettel sind unbeschrieben.

Demnach ist das Mandat des Herrn Stadtrath Ramdohr auf die nächsten sechs Jahre erneut, für Herrn Stadtrath Bardenwerper, ebenfalls auf sechs Jahr, Herr W. Götte, für Herrn Stadtrath Grote auf drei Jahr Herr A. Haake gewählt.

Sämmtliche drei Herren nehmen die Wahl an.

Sodann

II. erstattet Herr Stadtrath Bammel den Bericht der von Magistrat und Stadtverordneten eingesetzten Commission zur Verathung eines Denkmals für den verstorbenen Dr. F. Schiller.

Nach Erwägung aller in Betracht kommenden Verhältnisse ist die Commission einstimmig zu der Ansicht gelangt, daß es am zweckentsprechendsten sein dürfte, im Treppenhaus des städtischen Museums eine Gedenktafel von grauem Marmor mit einer angemessenen Inschrift und dem bronzenen Reliefporträt des Verstorbenen aufzustellen, außerdem aber dessen Grab auf dem Magnikirchhofe ähnlich wie die unweit davon belegene Ruhestätte G. E. Lessing's durch einen einfachen Denkstein in eiserner Umzäunung auszuzeichnen. Wegen der Ausführung des Reliefbildes ist die Commission mit Herrn Werner Stein von hier in Unterhandlung getreten, einem Schüler Schilling's in Dresden, welcher Dr. Schiller in dieser Weise bereits bei Lebzeiten porträtirt hat. Herr Stein ist erbötig, seine Arbeit in größerm Maßstabe und mit den sonst etwa als wünschenswerth erkannten Aenderungen nochmals auszuführen. Nach diesem Project würden die Kosten des Denkmals im Museum etwa 200  $\mathfrak{M}$  betragen; für die vorgeschlagene Ausschmückung des Grabes würde die Summe von 150  $\mathfrak{M}$  erforderlich sein. Das die Vorschläge, welche der Versammlung seitens der Commission zur Genehmigung empfohlen werden.

Herr Munte ist der Ansicht, daß eine in Kupfer getriebene oder in Bronze-guß hergestellte Porträtbüste den Dank der Stadt wie die Verdienste des Verstorbenen würdiger repräsentiren würde als das vorgeschlagene Reliefporträt, und beantragt demnach die Aufstellung eines Denkmals der erstern Art.

Nachdem dagegen aber von Herrn Stadtrath Bammel sowie von den Herren Haessler und Schwarzenberg geltend gemacht ist, daß eine Büste sammt dem erforderlichen Postament ungleich theuer würde zu stehen kommen,

dabei auch auf die unter allen Umständen doch wünschenswerthe Widmungseinschrift verzichtet werden müßte, und überdies der Kopf Dr. Schillers sich im Relief am besten dürfte darstellen lassen,

wird der Munte'sche Antrag abgelehnt und die Ausführung nach Maßgabe der Commissionsvorschläge genehmigt.

Die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung ist damit erledigt.

In vertraulicher Berathung wurden eine Reihe von Steuer-Reclamationen erledigt.

---

#### Berichtigungen zum Protocoll vom 29. October.

- S. 10, Z. 18 v. o. statt »sondern«, lies »als«.  
 » 12, » 5 v. u. » »Sachverständiger«, l. »Sachverständige«.  
 » 14, » 11 v. o. » »stellte«, l. »stellt«.  
 » 16, » 16 v. u. » »proponirten«, l. »propagirten«.
-

1874.

(Fortsetzung der Beilage zum 282. Stücke des 1874  
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N<sup>o</sup> 12.

# Verhandlungen

der

## Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 3. December 1874.

Entschuldigt Herr Steinmann. Am Magistratstische gegenwärtig Herr Oberbürgermeister Caspari und die Herren Stadträthe Carstens, Ramdohr, Rittmeyer.

Zur Reclamation gegen das vorliegende Protocoll vom 29. October melden sich Herr Steinau und Herr Bock.

Herr Steinau constatirt ein Mißverständniß in der Wiedergabe seiner tatsächlichen Berichtigung S. 16 des Protocolls im zweiten Absätze. Ein Sinken der Lebensmittelpreise seit 1871 habe er nicht behauptet; seine Auslassung sei vielwehrl dahin gegangen, daß seit drei Monaten die Hauptlebensmittel wie Weizen, Roggen und Kartoffeln um 20—30 % im Preise zurückgegangen seien, und ebenso das Fleisch erheblich gewichen.

Die entsprechende Aenderung im Originalprotocolle wird von dem Herrn Vorsitzenden verfügt.

Herr Bock, welchem hierauf das Wort ertheilt wird, verlangt zunächst, um ermessen zu können, ob er seine Reclamation gegen das Protocoll oder gegen eine ihm ertheilte Censur zu richten habe, Einsicht in das Originalprotocoll.

Der Herr Vorsitzende erklärt, daß ihm der Protocollentwurf als Druckbogen zugegangen und nach der von ihm festgestellten Correctur der vorliegende Abdruck erfolgt sei. Der fragliche Correcturbogen ist nach der Erklärung des Protocollführers augenblicklich nicht zur Hand.

Herr Vock beginnt hierauf mit einem Vortrage, der auf eine Beschwerde über die in der letzten Sitzung von dem Vorsitzenden gegen ihn verfügte Entziehung des Wortes hinausgeht, welche er als eine Beschränkung der parlamentarischen Redefreiheit bezeichneth.

Der Herr Vorsitzende macht Herrn Vock aufmerksam, daß zunächst das Protocoll selbst festzustellen, dann aber ihm unbenommen sei, in Form eines Antrags oder wie er es sonst für zweckmäßig halte, eine Beschwerde über den Vorsitzenden einzubringen.

Da Herr Vock trotzdem in der begonnenen Weise fortfährt, wird ihm das Wort von dem Herrn Vorsitzenden entzogen.

Der Herr Vorsitzende constatirt sodann, daß eine Reclamation gegen das Protocoll nicht vorgebracht und dieses demnach genehmigt ist;

worauf Herr Vock sich ohne Entschuldigung aus der Versammlung entfernt.

Der Herr Vorsitzende hält sich der Zustimmung der Versammlung darin versichert, daß er Ausschreitungen gegen die Geschäftsordnung, wie Herr Vock sie wiederholt begangen habe, nicht zulasse.

Ferner spricht Herr Stadtrath Ramdohr, indem er sich zur Annahme der in voriger Sitzung auf ihn gefallenen Wiederwahl in den Magistrat bereit erklärt, der Versammlung seinen Dank für das ihm damit bewiesene Vertrauen aus.

Es folgen Mittheilungen des Herrn Vorsitzenden über Eingänge nach Feststellung der Tagesordnung. Ein Magistratsantrag auf gewisse Terrainverwahrungen in der Louisenstraße wird noch in der heutigen Sitzung erledigt werden können. Einer Eingabe des bisherigen Kunstmeisters Grobleben dagegen, welcher durch Aufhebung der Neustädter Wasserkunst brotlos geworden ist und demnach um anderweitige Beschäftigung, event. um angemessene Unterstützung bittet, ist nach dem Erachten des Herrn Vorsitzenden die Versammlung vorläufig nicht in der Lage weitere Folge zu geben, vielmehr bleibt ein dahin zielender Antrag des Magistrats abzuwarten, an welchen der Bittsteller sich mit dem nämlichen Gesuche gewandt hat.

Der Tagesordnung gemäß

I. gelangen einige von Herrn Steinau eingebrachte Interpellationen zur Verhandlung.

Die erste derselben lautet:

a. Aus welchem Grunde sind die nach § 41 der revib. Städte-Ordnung

vom 19. März 1850 im October vorzunehmenden Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung in diesem Jahre hinausgeschoben?

b. Ist es wahr, daß bereits Exemplare der Wählerliste an einzelne Mitglieder der Versammlung oder an andere Personen abgegeben sind?

Zur Begründung der ersten Frage weist Herr Steinau darauf hin, daß einmal die eingetretene Verspätung, unzweifelhaft gegen die Absicht des Gesetzgebers, insofern einen wesentlichen Nachtheil mit sich bringe, als viele Wähler unmittelbar vor dem Weihnachtsfeste durch Geschäfte behindert seien, den Wahlen die ihrer Wichtigkeit entsprechende Aufmerksamkeit zuzuwenden. Sodann aber werde auch die Forderung nur gerecht erscheinen, daß der Magistrat, welcher die Beobachtung der Statuten der Bürgerschaft mit Recht bei jeder Gelegenheit zur Pflicht mache, dieselben an seinem Theil ebenfalls streng aufrecht zu erhalten suche. Redner erkennt an, daß die Aufstellung der Wählerlisten in diesem Jahre mit größeren Schwierigkeiten verbunden sei als früher, glaubt aber, daß eine neun Monat vorhergesehene Arbeit immerhin rechtzeitig hätte beendet sein können, und wünscht demnach dem Magistrate Gelegenheit zu einer Erklärung darüber zu geben, ob etwa besondere Umstände dies unmöglich gemacht haben. Die zweite Frage ist durch das mit großer Bestimmtheit aufgetretene Gerücht veranlaßt, als seien die Wählerlisten in gewissen Kreisen schon vor ihrer Veröffentlichung bekannt gegeben. Redner hat dem für seine Person keinen Glauben geschenkt, vielmehr nach besten Kräften widersprochen. Im Interesse des Magistrates selbst aber hält er für geboten, daß auch von kompetenter Seite dieses Gerücht in aller Form abgewiesen werde.

Herr Oberbürgermeister Caspari kann bestätigen, daß die Wählerlisten bislang Niemandem zugänglich gewesen, indem das fertige Manuscript unverzüglich in die Druckerei gegeben, die gedruckten Exemplare aber erst heute von dort eingeliefert sind. Die lange Verzögerung der Wahlen ist auch dem Magistrate sehr unangenehm, ließ sich indeß nicht verhüten, weil die polizeilichen Seelenlisten, welche den Wählerlisten zu Grunde gelegt werden mußten, in Folge großer Unvollständigkeit der Hausbücher erst lange nach Ostern eingingen, und nachdem letztere dann ziemlich weit gefördert waren, die Thatsache sich herausstellte, daß die letzten Einschätzungen die Grenze der einzelnen Wählerklassen wesentlich verschoben haben, wonach denn mit der Arbeit von vorn begonnen werden mußte. Alle diese Schwierigkeiten aber werden inskünftige wegfällen. Da nun die Listen zunächst vierzehn Tage auszuliegen haben, und hierauf die Weihnachtstage unmittelbar bevorstehen werden, hat der Magistrat für zweckmäßig gehalten, die Wahlen auf die Tage vom 28. bis zum 30. December anzusetzen.

Zweitens wird von Herrn Steinau die Anfrage gestellt:

Welche Schritte sind seitens der von Magistrat und Stadtverord-

neten am 17. September d. J. gewählten Commission geschehen, um das Interesse der Stadt Braunschweig in Betreff directer Eisenbahnverbindungen mit Giffhorn-Nelzen, mit Debitfeld und mit Hildesheim zu wahren?

Wie Herr Steinau mittheilt, hat die Commission in ihrer ersten Sitzung beschlossen, durch eine Deputation Herrn Geh.-Rath Zimmermann um Aufklärung über die in Betracht kommenden Rechte und Absichten der Landesregierung gegenüber der Eisenbahngesellschaft bitten zu lassen. Seitdem aber ist die Commission nicht wieder versammelt gewesen, und auch sonst hat nicht verlautet, was die Deputation ausgerichtet. Dagegen ist inzwischen mittels der Presse Mancherlei in die Oeffentlichkeit gedrungen was den Eindruck macht, als werde in dieser Angelegenheit von verschiedenen Seiten mehr der vermeintliche Nutzen einzelner Stadttheile als das Gesamtinteresse des Gemeinwesens verfolgt. Ferner soll, dem Vernehmen nach, die Eisenbahngesellschaft mit dem Plane umgehen, statt jener directen Linien Zweigbahnen von ~~Peistert~~ <sup>Reidingen</sup> und Schandelaß ab zu bauen, womit unserer Stadt natürlich abermals wenig gedient wäre. Herr Steinau sieht in diesen Thatfachen eine dringende Nothigung, daß die Commission sich mit ihrem Gegenstande angelerntlicher als bisher beschäftige und hält sich demnach zu der Frage berechtigt, aus welchen Gründen dieselbe nicht zusammenberufen ist, um zunächst den Bericht ihrer Deputation entgegenzunehmen.

Herr Oberbürgermeister Caspari berichtet hierauf, daß nach dem Beschlusse der Commission er selbst und die Herren Haake und Reuter sich zu Herrn Geh.-Rath Zimmermann begeben und diesem die bewußten Anliegen der Stadt bestens vorgetragen haben. Geh.-Rath Zimmermann erklärte, daß die Frage schon auch seitens der Regierung in Anregung gebracht worden; sich über deren Stellung in dieser Angelegenheit auszulassen, sei er indes nicht in der Lage, bevor nicht die eigenen Beschlüsse der Eisenbahngesellschaft sammt den bezüglichlichen Berichten des Regierungscommissairs vorliegen. Unbedenklich dagegen wurde der Deputation auf ihren Wunsch die Zusicherung ertheilt, daß diese Berichte demnächst auch der Commission zugehen sollen. Diese Mittheilungen werden die Grundlagen jedes weiteren Vorgehens liefern; da sie bis jetzt noch nicht eingegangen sind, schien auch kein Anlaß zu einer Berufung der Commission vorzuliegen.

In seiner dritten Interpellation stellt Herr Steinau folgende Fragen:

- a. Wie kommt es, daß der Versammlung noch immer keine Mittheilungen darüber gemacht sind, ob die auf Grund ihrer Beschlüsse im vorigen Jahre mit Herzoglicher Landesregierung wegen der Eigenthums- und



Nutzungsrechte am Kleinen Exercierplatze angeknüpften Verhandlungen zu einem Abschlusse geführt sind? Eventuell

- b. welche Schritte gedenkt der Magistrat zu thun, um diesen Gegenstand in Bälde zu einem gedeihlichen Ende zu führen?

Zur Motivirung dieser Fragen verweist Herr Steinau zunächst auf die seitens der Regierung wie der Militärverwaltung gezeigte Bereitwilligkeit zu einem billigen Abkommen. Daß der Gegenstand nun aber endlich auch erledigt werde, erscheint ihm um so wünschenswerther, als der Platz unter den gegenwärtigen Verhältnissen mehr und mehr der Verwüstung anheimfalle. Aus den Acten hat Redner ersehen, daß der Magistrat Herzogliches Finanzcollegium um Beschleunigung der Angelegenheit gebeten hat, und da es hiernach fast den Anschein gewinnt, als falle dieser Behörde die Verschleppung zur Last, so wünscht er, daß der Magistrat seitens der Versammlung ersucht werde, sich mit einer Beschwerde darüber an Herzogliches Staatsministerium zu wenden.

Herr Oberbürgermeister Caspari. Wie Herr Steinau selbst angeführt, habe der Magistrat geeignete Erinnerungen nicht verabsäumt, und nach der letzten Verfügung sollte nach sechs Wochen abermals eine solche abgelassen werden. Inzwischen aber wird einer Mittheilung des Herrn Grafen Görz-Brisberg nach der gewünschte Abschluß schon in nächster Zeit erfolgen.

Sodann

II. berichtet namens der Finanzcommission Herr v. Seckendorf über den mit einem Magistratschreiben vom 23. October eingegangenen Kreisfondsetat für das Jahr 1875.

Die Jahreseinnahme desselben beziffert sich auf 89,515 Mk. Die Verwaltungskosten betragen 150 Mk; von dem Reste sollen

- |  |            |
|--|------------|
| 1) zur Wegebaukasse . . . . .                  | 18,000 Mk. |
| 2) für Straßenpflasterungen und Canalisirungen | 12,000 "   |
| 3) zur Kirchenkasse . . . . .                  | 12,000 "   |
| 4) an die Stadtkasse für Schulbauten . . .     | 47,365 "   |

Zuschuß geleistet werden, letzterer, mittels dessen Einnahme und Ausgabe sich compensiren, unter dem Vorbehalt einer Verminderung oder Vermehrung je nach Ausgabe der etwa eintretenden Veränderungen des Einnahmeetat. Die Commission empfiehlt diese Vorschläge zur Genehmigung.

In Anbetracht der überaus schlechten Beschaffenheit des Pflasters gewisser Straßen und Plätze beantragt Herr Flaggé, den betreffenden Posten um 3000 Mk. zu erhöhen und diese Summe von dem Zuschuß für Schulbauten in Abzug zu bringen.

Der Herr Vorsitzende wendet ein, daß mit solchem Beschlusse materiell nichts erreicht sein würde, sofern dadurch dem Magistrate nur die Befugniß ertheilt, nicht aber auch eine Nöthigung auferlegt wäre, jene Summe gewünschter Maßen zu verwenden;

Auch Herr v. Seckendorf will wenig zweckmäßig erscheinen, Geld für einen bestimmten Zweck zu verwilligen, bevor ausdrücklich auch die Durchführung der erforderlichen Maßregeln beschlossen sei.

Herr Graf Görz-Brissberg erinnert ferner, daß die Summe von 3000 Mark im Verhältniß zu dem was die gewünschten Pflasterungsarbeiten kosten würden, verschwindend klein sei, daß es sich überdies auch gar nicht um Feststellung eines Wegebauetats, sondern um einen Zuschuß zu anderweitig aufzubringenden Mitteln handle, und daß endlich bei der eigenthümlichen Sachlage, nach welcher dazu Stadt und Staat gemeinschaftlich in dem Verhältniß 1 : 5 beitragen, eine einseitige Verwilligung der städtischen Behörden allerlei Schwierigkeiten veranlassen würde, da immerhin sehr fraglich sei, ob Herzogliche Landesregierung geneigt wäre, jener Quote entsprechend ihrerseits dann auch 15,000 Mark zur Verfügung zu stellen.

Herr Oberbürgermeister Caspari tritt diesen Ausführungen bei, erinnert daran, daß Verhandlungen über eine Ablösung jener Verpflichtung der Staatskasse eingeleitet sind, und giebt anheim, die Bedürfnisfrage bis nach Abschluß eines Abkommens der Art ruhen zu lassen, da alsdann alles Erforderliche im Zusammenhange zur Vorlage kommen werde.

Herr Flaggé findet sich durch diese Aussicht vor der Hand befriedigt und zieht demnach seinen Antrag mit der Erklärung zurück, daß er wesentlich eben nur eine Anregung der Sache beabsichtigt und dazu die gegenwärtige Verhandlung deswegen für geeignet gehalten habe, weil der Kreisfond ja gemeinnützigen Zwecken aller Art gewidmet sei.

Der Stat wird hierauf in allen seinen Positionen genehmigt.

Wie ferner

III. namens. der Finanzcommission Herr v. Seckendorf berichtet, hat Herzogliches Staatsministerium auf ein Gesuch des Magistrates, der Stadt zum Ankauf der Burgkaserne ein Drittel des Kaufpreises aus der Haupt-Finanzkasse zu bewilligen, einen Zuschuß von 10,000  $\text{M}$  unter der Bedingung zugesichert, daß über die künftige Verwendung des Kaufobjectes nicht ohne seine Genehmigung verfügt werde. Der Magistrat, welcher einerseits dieses Verlangen unter den obwaltenden Umständen für durchaus gerechtfertigt hält, andererseits einen Widerspruch der Landesregierung gegen die diesseitigen Absichten nicht glaubt befürchten zu

müssen, giebt der Versammlung in einem Schreiben vom 17. v. M. anheim, jene Zusicherung bestens anzunehmen.

Die Commission schließt sich diesem Antrage an, empfiehlt jedoch, auf die erwähnte Bedingung nur mit dem Vorbehalt einzugehen, daß, falls etwa die vorausgesetzte Einigung nicht zu erzielen stände, der Zuschuß zurückgezahlt und damit das alleinige Verfügungsrecht der Stadt wieder hergestellt werden könnte.

Herr Flagg e hält bei aller Anerkennung des Wohlmeinens der Landesregierung Differenzen wegen Verwendung des Burgplatzes doch fast für unvermeidlich, und beantragt demnach, daß der Magistrat veranlaßt werde, zunächst erst noch einen Versuch zu machen, ob nicht vielleicht Herzogliches Staatsministerium zum Verzicht auf jene seine Bedingung zu bewegen sei.

Herr Reuter erwartet von solchem Schritte keinen Erfolg, kann aber auch der fraglichen Bedingung keine so ernste Bedeutung beimessen, da das vornehmste Interesse der Stadt, aus dem Areal der Burgkaserne einen freien Platz zu schaffen, bei der Regierung voraussichtlich nicht auf Widerstand stoßen werde, falls aber die Burgkaserne doch wieder aufgebaut würde, eine Mitbestimmung der Regierung über das Wie kaum bedenklich scheinen könnte. Gegen die äußersten Möglichkeiten gebe überdies die seitens der Finanzcommission empfohlene Clausel ein geeignetes Mittel an die Hand. Freilich bleibe dahin gestellt, wie es bei Rückzahlung des Zuschusses mit der Vergütung von Zins und Zinseszins gehalten werden solle; Redner denkt, der Magistrat werde mit Herzoglichem Staatsministerium dahin übereinkommen, daß in gedachtem Falle einfach nur das Capital selbst zurückzugeben sei.

Auch Herr Schwarzenberg spricht die feste Ueberzeugung aus, daß jeder irgend sachgemäße Vorschlag in Betreff der Verwendung des Burgplatzes unter allen Umständen die Genehmigung Herzoglichen Staatsministeriums finden werden, und beantragt demnach, dessen Offerte wie sie vorliegt anzunehmen.

Herr Steinau. Daß Herzogliches Staatsministerium sich ein Mitbestimmungsrecht am Burgplatz ganz im allgemeinen vorbehalte, habe vermuthlich seinen guten Grund, da es seine ~~Bedingungen~~ sonst ebenfogut ganz bestimmt hätte formuliren können. Unter diesen Umständen aber müsse man allerdings denn auch den Fall ins Auge fassen, daß die gewünschte Uebereinstimmung etwa nicht zu erzielen wäre. Die Gebundenheit des diesseitigen Verfügungsrechtes könnte dieses Eigenthum möglicherweise in dem Maße entwerthen, daß dadurch der Zuschuß von 10,000  $\mathfrak{M}$  mehr als aufgewogen würde, und mit Rücksicht auf diese Eventualität müsse die Cautel der Finanzcommission durchaus gerechtfertigt erscheinen. Auch die Erstattung der Zinsen werde eventuell keine Schwierigkeit haben, und auf Zinseszinsen werde die Regierung keinen Anspruch machen.

42  
Bedenken

Herr Oberbürgermeister Caspari erklärt den Flaggeschen Antrag für unannehmbar. Der gegenwärtigen Staatsregierung gegenüber theilt er unbedingt die Zuversicht Herrn Schwarzenbergs; da immerhin jedoch die Verhältnisse sich ändern können, so sei gegen den Antrag der Commission allerdings nichts einzuwenden. Am liebsten freilich sähe es der Magistrat, wenn die Versammlung in dem Vertrauen, daß Herzogliches Staatsministerium sich der vorbehaltenen Befugniß nicht anders als sachgemäß bedienen werde, die Offerte annähme wie sie vorliegt; da andernfalls die Regierung ihrerseits vielleicht vorziehen möchte, die in Aussicht gestellten 10,000  $\mathfrak{M}$  zurückzubehalten, bis über den Burgplatz erst Verfügung getroffen sei.

Aus demselben Grunde hält auch Herr Graf Görz-Wrisberg eine solche Beschlusfassung für die rathlichste, zumal er, obwohl gewissermaßen der Urheber des Commissionsantrages, doch die Befürchtungen, aus denen derselbe hervorgegangen, für seine Person nicht theilt und in der von Herzoglichem Staatsministerium gestellten Bedingung nur einen natürlichen Ausfluß des alten Grundsatzes erkennt, daß Einer wo er mit thatet auch mit zu rathen habe. Wie Herr Steinau so wenig Werth auf eine Beitrag von 10,000  $\mathfrak{M}$  legen könne, ist dem Redner nicht recht verständlich.

Herr Steinau erläutert dies dahin, daß er es nicht für zweckmäßig halten könne, sich für ein Drittel der Kaufgelder in der Verfügung über das ganze Object von einem fremden Willen unbedingt abhängig zu machen, und dies um so weniger, als die Verhältnisse zwischen der Stadt und dem Staate so schon in hohem Grade verwickelt seien.

Herr Flagge bekennt, daß er seinen Antrag nicht würde gestellt haben, wenn nicht auch aus der Cautel der Commission hervorgegangen wäre, daß gegen die Annahme der Regierungsproposition allerlei Bedenken obwalten. Wiefern übrigens sein Antrag den gewünschten Fortgang der Sache gefährden könnte, vermag er nicht einzusehen.

Herr Reuter giebt zu erwägen, daß der in Aussicht gestellte Zuschuß in der That doch mehr als ein Drittel des Kaufpreises repräsentire, da von den zu zahlenden 36,000  $\mathfrak{M}$  der Abbruchswerth der Gebäude mit 7—8000  $\mathfrak{M}$  abgehe; daß ferner aber es sich demnächst nicht allein darum handeln werde, was mit der Kaserne werden solle, sondern wahrscheinlich auch um die Verwerthung gewisser Theile des Areals als Baugrund. Wegen der Kaserne sei, wie gesagt, eine Differenz mit Herzoglichem Staatsministerium nicht wohl denkbar; letztere Eventualität aber könnte, falls etwa eine spätere Regierung den verwilligten Zuschuß zurückverlangen wüßte, leicht eine Handhabe zu Forderungen bieten, denen die Stadt sich nicht fügen dürfte; und namentlich im Hinblick hierauf scheine sich in der That zu empfehlen, den

Fall einer Rückzahlung des Zuschusses ganz außer Betracht zu lassen, denselben vielmehr unwiderruflich an- und die Bedingung Herzoglichen Staatsministeriums mit in den Kauf zu nehmen. In gewissem Sinne glaubt Redner dieselbe sogar freudig begrüßen zu müssen, da sie implicite das Zugeständniß enthalte, daß die Regierung von vornherein in die Verfügung über den Platz nicht einzureden hätte.

Herr Schwarzenberg stimmt diesen Ausführungen vollkommen bei und hält demnach seinen Antrag auf unbedingte Annahme der Regierungsproposition aufrecht, indem er denselben eventuell nur dahin zu modificiren geneigt ist, daß der Stadt die freie Verfügung über den Burgplatz zu allen rein städtischen Zwecken vorbehalten werde.

Herr Oberbürgermeister Caspary bittet, letztern Antrag fallen zu lassen, da er die Sache nur noch mehr verwickeln würde, sofern alsdann natürlich bei jeder vorkommenden Gelegenheit immer erst die Frage gelöst werden müßte, ob ein rein städtischer Zweck vorliege oder nicht. Herrn Flagge gegenüber macht Redner geltend, daß nicht abzusehen sei, wie die gewünschte Remonstration begründet werden könnte, dem Magistrate also nichts übrig bleiben würde, als einfach um Rücknahme der fraglichen Bedingung zu bitten. Dann aber würde muthmaßlich der schon bezeichnete Fall eintreten: die Regierung würde vorziehen, den Zuschuß innewubehalten, bis die in Betracht kommende Verfügung getroffen worden, und da dieses wiederum nicht möglich, ehe auch das Posthaus und noch einige andere Theile des benachbarten Reviers in den neuen Regulierungsplan aufgenommen werden können, so dürfe voraussichtlich lange Zeit verfließen, bevor die Zahlung erfolgte, mittlerrveil aber die Stadt der Zinsen des Zuschusses verlustig gehen.

Nachdem sich hierauf auch Herr Solmiz für unbedingte Annahme der Regierungsproposition ausgesprochen hat,

ziehen die Herren Schwarzenberg und Flagge ihre Anträge zurück.

Desgleichen wird dann von der Versammlung der commissionsseitig empfohlene Vorbehalt abgelehnt und sonach dem Magistratsantrage gemäß die unbedingte Annahme der Regierungsproposition beschloffen.

IV. Bei dem mehr und mehr fühlbar gewordenen Raummangel der höhern Töcherschule war schon seit längerer Zeit der Plan in Erwägung gezogen, zum Bau einer zweiten Töcherschule das benachbarte Grundstück der Blindenanstalt zu erwerben, was — abgesehen von den übrigen Vortheilen der Lage — namentlich deswegen wünschenswerth schien, weil dieses Grundstück je nach Bedarf auch in der Folge noch leicht zu vergrößern wäre, beide Schulen dann auch einem

Director unterstellt werden und mehre Localitäten, wie die Turn- und Zeichensäle gemeinschaftlich benutzen könnten. Nachdem nun seit dem 1. October d. J. die Insassen des Blindeninstitutes in die Anstalt zu Hannover versetzt sind, hat sich der Magistrat mit Herrn Provisor Bieling vorläufig dahin geeinigt, daß der Stadt dieses Grundstück zu dem durch Taxat des Stadtbaumeisters ermittelten Preise von 13,500  $\text{M}$  zu Verfügung gestellt und Ostern k. J. überwiesen werden, das Kaufgeld aber mit  $4\frac{1}{2}\%$  verzinslich und auf halbjährige Kündigung daran stehen bleiben soll.

Wie Herr Steinau als Referent berichtet, kann die Finanzcommission den Ankauf selbst nur empfehlen, nicht so unbedingt jedoch die Vorschläge des Magistrates hinsichtlich der Verwendung des Grundstückes, da sie ganz entschieden der Meinung sei, daß vor allem für die Volksschule Rath zu schaffen.

Herr v. Seefeldorf bemerkt zunächst, daß der Herr Referent hierin doch wohl mehr seine eigene Meinung ausgedrückt habe als die der Commission: wenigstens sei ihm selber nicht erinnerlich, daß deren Votum in diesem Sinne ausgefallen wäre. Für seine Person ist Redner im Gegentheil durchaus einverstanden, daß gegen die bei der höhern Töchter Schule bestehenden Uebelstände, wenn zunächst auch nur provisorisch, Abhilfe geschafft werden müsse. Nach einer Mittheilung des Schuldirectors seien die vier unteren Klassen seit mehreren Jahren constant mit 60 Schülerinnen besetzt; dazu komme dann noch, daß hier bisher nur ein Cursus durch sieben Klassen möglich gewesen, während eine nunmehr ziemlich in ganz Deutschland durchgeführte Organisation der höhern Töcherschulen auf einem neunklassigen Cursus basire. In Folge davon haben einerseits schon seit Jahren bei weitem nicht alle aus hiesiger Stadt angemeldeten Schülerinnen Aufnahme finden können und auswärtige meist gänzlich abgewiesen werden müssen, während andererseits auch die Ausbildung der Schülerinnen nicht die Stufe erreichen konnte, welche das Gouvernamentexamen anderer Staaten voraussetzt — Mängel, deren Beseitigung nicht nur an sich, sondern auch im allernächsten Interesse der Stadt dringend geboten erscheint, da namentlich ein stärkerer Zuzug auswärtiger Schülerinnen vielen Einwohnern nicht zu unterschätzende Vortheile eintragen würde. Nach einem Ueberblicke des Redners wäre zu dem Ende zunächst etwa für acht neue Klassen Raum zu schaffen, und würden dazu die Gebäude des Blindeninstitutes nebst der Wohnung des Directors ausreichen; doch enthält er sich bestimmter Anträge in dieser Richtung, indem bei dem gegenwärtigen Stande der Sache eine Anregung zu genügen scheint.

Herr Steinau. In der Commission sei ganz ausdrücklich anerkannt, daß

die Herstellung von Volksschulen das nächste und dringendste Bedürfnis, und daß daher, ehe nicht die Befriedigung dieses Bedürfnisses hinlänglich gewährleistet erscheine, für Real- und höhere Töchterschulen nichts verwilligt werden könne, zumal diese allenfalls auch durch geeignete Privatanstalten zu ersetzen seien.

Herr Oberbürgermeister Caspari erklärt sich namens des Magistrates durchaus befriedigt, wenn vor allem der Ankauf des Grundstückes verwilligt werde; alle anderen Fragen seien vor der Hand nur als beiläufige zu betrachten. Uebrigens nehme den Magistrat die Sorge um Vermehrung der Schullocalen, wie bekannt, unablässig in Anspruch, wie denn im nächsten Jahre, abgesehen von der städtischen Realschule, der Bau von zwei neuen Volksschulen werde in Angriff genommen werden, und ebenso die Herstellung einer zweiten höhern Töcherschule ins Auge gefaßt sei, da der Magistrat, abweichend von der durch Herrn Steinau vertretenen Ansicht, Privatschulen allerdings doch immer nur als unvollkommenen Nothbehelf ansehen könne.

Herr v. Seckendorf hebt hervor, wie die höhere Töcherschule sich auch finanziell als eine keineswegs unvortheilhafte Anlage bewährt hat. Bis voriges Jahr nämlich habe diese Schule sich selbst unterhalten; in diesem Jahre seien 5 % ihrer Kosten aus der Stadtkasse zu decken gewesen, und wenn für das nächste Jahr allerdings ein Zuschuß von 25 % erforderlich sein werde, so stehe dem das Deficit der Volksschulen bislang mit 75 % gegenüber und werde selbiges veranschlagter Maßen demnächst auf 79 % anwachsen.

Herr Graf Görz-Brisberg hat das Commissionsvotum ebenfalls nicht in solchem Sinne aufgefaßt wie Herr Steinau. Wäre in der Commission ein Auspruch der Art gefallen, so würde Redner nicht haben umhin können, Einspruch dagegen zu erheben, da ihm, wie sehr er auch anerkennt, daß für die Volksschule noch Manches geschehen muß, doch nicht sachgemäß scheinen könnte, zum Voraus dergleichen principielle Beschlüsse zu fassen.

Herr Steinau beharrt bei seiner Auffassung, indem er daran erinnert, wie ganz ausdrücklich gesagt worden: vor allem Andern sei dahin zu trachten, daß der Neubau von Volksschulen gefördert werde,

was andererseits Herr v. Seckendorf deswegen bezweifeln muß, weil eine derartig abweichende Meinung ihn als Vorsitzenden der Commission veranlaßt haben würde, eine Abstimmung zu provociren.

Der Herr Vorsitzende findet diese Differenz durch die Annahme erledigt, daß Herr Steinau eine discursiv geäußerte Meinung als endgültiges Votum aufgefaßt habe; glaubt nach dem Vorgekommenen aber constatiren zu können, daß ein solches in dem angenommenen Sinne nicht vorliege.

Nachdem Herr Bracke sich ebenfalls dahin ausgesprochen hat, daß die Bedürfnisse der Volksschule als die nächstliegenden dem aller übrigen Bildungsanstalten voranzustellen und namentlich demnächst auch die Uebernahme des Schulgeldes auf die Communalsteuer ins Auge zu fassen sei,

wird der Magistratsantrag von der Versammlung genehmigt.

Es folgt

V. durch Herrn Bracke erstattet, der Bericht der Statutencommission über den am 27. August d. J. eingebrachten Antrag Herrn Munte:

In Erwägung, daß vor den Thoren ebenso fertige Straßen wie im Innern der Stadt vorhanden sind, und daß die dort wohnende Bevölkerung zu gleichen Communallasten wie alle übrigen Einwohner herangezogen wird, wolle die Versammlung beschließen, daß der Haus- und Straßengericht aus diesen Stadttheilen in derselben Weise abgeführt werde wie aus der übrigen Stadt.

Die Commission hat anerkannt, daß sich, seitdem vor mehreren Jahren ein ähnlicher Antrag vom Magistrate abschlägig beschieden wurde, die Verhältnisse durch den fortgeschrittenen Anbau der äußern Stadt allerdings einigermaßen geändert haben, und daß demnach, in gewisser Ausdehnung wenigstens, die Abfuhr des Hausgechts für diese neue Straßen der Billigkeit entsprechen dürfte. Anderseits aber läßt sich von vornherein noch in keiner Weise übersehen, ob die Lasten, welche der Stadtkasse damit würden auferlegt werden, irgend in richtigem Verhältnisse zu dem von den Außenwohnern mit Recht zu beanspruchenden Antheil an der Fürsorge der städtischen Behörden stehen würden, da, um nur ein Moment hervorzuheben, die Straßenlänge der innern Stadt mit 50,000 Einwohnern 4 Meilen betrage, die Länge der Straßen vor den Thoren hingegen mit ihren 15,000 Einwohnern bisher noch gar nicht bekannt sei. Unter diesen Umständen empfiehlt die Commission folgende Beschlußnahme:

In Erwägung, daß eine Organisation der Abfuhr des Hausgechts auch vor den Thoren der Stadt wünschenswerth, die Anordnung dieser Maßregel indeß vor weiterer Untersuchung über deren Ausdehnung und die dadurch entstehenden Kosten bedenklich erscheint,

beschließt die Versammlung den Magistrat zu ersuchen, durch Verhandlungen mit Herzoglicher Polizeidirection, resp. mit einem Fuhrwerksunternehmer die Grundlagen für eine weitere Beschlußfassung in obigen Beziehungen zu ermitteln.

Herr Munte macht geltend, daß sein Antrag ausdrücklich nur auf die „bereits



fertigen<sup>d</sup> Straßen vor den Thoren Bezug nimmt, wonach denn die Entscheidung darüber kaum von solcher Schwierigkeit sein könne, wie es der Commission erscheine.

Gleicher Meinung ist Herr Pini. Durch § 16 sei die Qualität derjenigen Straßen außerhalb der Barriären, welche auf Theilnahme an den städtischen Wohlfahrts Einrichtungen Anspruch haben, genügend gekennzeichnet. Wenn hiernach die Ausdehnung der Abfuhr des Hauskehrichts, um welche es sich hauptsächlich handle, von den städtischen Behörden festgestellt würde, so könnte dies schwerlich eine bedenkliche Belastung der städtischen Finanzen nach sich ziehen.

Die Versammlung entscheidet sich indeß für den Antrag der Commission.

### Schließlich

VI. gelangt das nach Feststellung der Tagesordnung eingegangene Schreiben des Magistrates vom 1. d. M. zur Berathung, laut dessen der Tischlermeister Jung und der Finanzsecretär Beste von ihren Grundstücken an der Louisenstraße bzw. 1 Nr 10 □Meter und 93 □Meter zu Behuf der Straße unbebaut haben liegen lassen müssen, und ersterer nunmehr den Ankauf jenes Stückes seitens der Stadt und zwar für den Preis von 250 ₰ und mit dem Beding beantragt hat, daß er zu den Kosten der ersten Instandsetzung des Fußweges nicht herangezogen und ebenso eine in Folge der projectirten Straßenverbreiterung nothwendige Veränderung an dem Einfallschacht vor seinem Hause ausschließlich von der Stadt übernommen werde, während der Finanzsecretär Beste die Abtretung seines Stückes zwar nicht wünscht, aber bereit ist, dasselbe mit Ausschluß des eisernen Stadets der Stadt für 350 ₰ zu überlassen. Da die planmäßige Erweiterung der Louisenstraße wünschenswerth erscheint, die gestellten Preisforderungen auch nach dem Gutachten des Stadtbaumeisters nicht übertrieben sind, giebt der Magistrat die Genehmigung dieser Käufe anheim, indem er bemerkt, daß zu dem gleichen Zwecke auch Verhandlungen über die Erwerbung eines Stallgebäudes des Gärtners Küster bereits eingeleitet sind, der Abschluß des Kaufcontractes aber, um nicht der Stadt zu große Opfer auf einmal aufzuerlegen, bis zum nächsten Jahre verschoben bleiben soll.

Die Finanzcommission hat, wie Herr v. Seckendorf berichtet, diese Vorlage bereits geprüft und kann nur deren Genehmigung anheim geben, welche hierauf seitens der Versammlung ohne weiteres ausgesprochen wird.

In vertraulicher Sitzung wurden verschiedene Steuerreclamationen erledigt und die Communalsteuern für die hiesigen Actiengesellschaften sowie die anzunehmenden Einkommenssätze der Gewerbs- und Fabrikgehülfen festgestellt.

**Berichtigung.**

Herr Stadtrath Hamböhr war in der gemeinschaftlichen Sitzung vom 19. November nicht anwesend.

---

1874.

(Fortsetzung der Beilage zum 294. Stücke des 1874  
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N<sup>o</sup> 13.

# Verhandlungen

der

## Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 17. December 1874.

Am Magistratsstische Herr Oberbürgermeister Caspari mit den Herren Stadträthen Carstens, Ramdohr und Rittmeyer. Von den Stadtverordneten werden die Herren Krone, Lucius, Steinmann für entschuldigt gehalten.

Herr Vock hat eine Abmeldung eingesandt, in der er zugleich unter Berufung auf § 64 der rev. Städteordnung den Entschluß zu erkennen giebt, seine Theilnahme an den Verhandlungen unter dem Vorsitze Herrn Häuslers solange zu suspendiren, „wie ein amtliches Protocoll, welches Einsicht in die Censur resp. Correctur des Vorsitzenden gewährt, nicht geführt und ebenmäßig die vorherige Veröffentlichung und nachherige Genehmigung angeblicher Protocollabdrücke auf Grund einer Gedächtnißübung von circa 4 — 6 Wochen als eine der Repräsentation der Bürgerchaft angemessene Geschäftsordnung betrachtet wird“.

Der Herr Vorsitzende glaubt sein Verfahren hinsichtlich der Protocolle als den Bestimmungen der Geschäftsordnung und den Beschlüssen der Versammlung entsprechend in jeder Weise aufrecht halten zu können, und stellt letzterer anheim, ob die Abwesenheit Herrn Vocks aus dem angeführten Grunde für entschuldigt gelten dürfe oder nicht.

Die Versammlung erkennt Herrn Vock einstimmig als nicht entschuldigt.

Das Protocoll vom 3. d. M. wird genehmigt, nachdem der Herr Vorsitzende constatirt hat, daß S. 4 Z. 14 v. o. „Gleibingen“ statt Leiferde zu lesen, und S. 13 vor M VI. die am Ende des vorliegenden Protocolls nachgetragene Verhandlung ausgelassen ist.

### Vor Beginn der Tagesordnung

theilt der Herr Vorsitzende ein Magistratschreiben vom 7. d. M. mit, laut dessen die nach Beschluß vom 24. Juli v. J. alljährlich mitzutheilende generelle Zusammenstellung der Steuerpflichtigen wegen Mangels an geeigneten Arbeitskräften für die hierzu erforderlichen, zum Theil sehr zeitraubenden Ermittlungen bis jetzt nicht konnte in Angriff genommen werden, und auch die namentliche Zusammenstellung, welche nach Beschluß vom 20. Februar d. J. zu den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen fertig zu stellen war, sich bis in die zweite Hälfte dieses Jahres verzögert hat, weil die frühere Vertheilung der stimmberechtigten Bürger in die drei Wahlklassen mit den diesjährigen Einschätzungen nicht mehr stimmte und letztere sich erst gegen Mitte d. J. zum Abschluß bringen ließen. Mit diesen nunmehr veröffentlichten Listen ist die bedeutendste und schwierigste Vorarbeit einer generellen Zusammenstellung der Bürger, Nichtbürger und Frauen vollendet; die Beantwortung der weitem Frage: von wieviel Steuerpflichtigen die Steuer wegen Zahlungsunfähigkeit oder aus anderen Gründen niederzuschlagen war, muß bis nach Einziehung der vorhandenen Rückstände vorbehalten werden; doch glaubt der Magistrat die Vorlage jener generellen Zusammenstellung für das Jahr 1874 in baldige Aussicht stellen zu können.

Das bezügliche Schreiben wird zu den Acten genommen.

Hierauf in die Tagesordnung eintretend,

I. berichtet der Herr Vorsitzende auf Grund eines Magistratschreibens vom 8. d. M. Folgendes.

Nachdem zu Behuf einer Canalisirung der Straße hinter dem Bahnhofe bereits am 24. October 1872 die Summe von 1400  $\mathfrak{M}$  verwilligt war, welche halb aus der städtischen Wegebaukasse entnommen, halb von den Anliegern aufgebracht werden sollte, wurde bei Berathung des diesjährigen Etats der Wegebaukasse in Anbetracht der überaus schlechten Beschaffenheit dieser Straße auch deren Pflasterung als dringendes Bedürfnis anerkannt. Seitdem sind von dem städtischen Wegebaucommissär die Kosten

der Pflasterung auf 33,800  $\mathfrak{M}$ ,

der Canalisirung auf 13,100 „

veranschlagt — Beträge, welche sich für die Stadt durch die Beisteuern der Anlieger zwar um einige tausend Thaler vermindern, durch die größere Kostspieligkeit der Canalisirung aber um ebensoviel vermehren dürften. Nach den Anschlägen des Stadtbaumeisters hätten die Anwohner bezw. 13,633 und 15,763  $\mathcal{F}$  beizutragen, während die jährlichen Unterhaltungskosten sich bei Chausseirung der Fahrbahn auf 1550  $\mathcal{F}$ , bei voller Pflasterung derselben auf 700  $\mathcal{F}$  belaufen würden. Der Magistrat würde unter anderen Umständen nunmehr zunächst selbst seinen Entschluß fassen und hierauf die Entscheidung der Versammlung nachzusehen haben. Bei der hohen Wichtigkeit dieser Anlage aber hält er den Beirath der Versammlung schon bei der fernern Vorprüfung der Sache für wünschenswerth, und beantragt zu dem Ende, daß eine Commission von dreien ihrer Mitglieder bestellt werde. Der Herr Vorsitzende findet gegen diesen Weg der geschäftlichen Behandlung nichts zu erinnern.

Herr Flagge stimmt dem bei, giebt aber anheim, die erforderliche Wahl erst im nächsten Jahre vorzunehmen, weil die inzwischen eintretenden Neuwahlen den jetzigen Bestand der Versammlung voraussichtlich einigermaßen verändern werden.

Herr Oberbürgermeister Caspari findet einen solchen Aufschub insofern unbedenklich, als bis Neujahr wahrscheinlich doch nichts mehr zur Förderung dieser Angelegenheit geschehen könnte. Andererseits allerdings sei wünschenswerth, demnächst dann sobald als möglich zu einem Entschluß zu kommen, damit bei Zeiten Bestellung auf Platten und Steine gemacht werden könne, welche nicht immer in genügender Menge zu haben seien.

Herr Schwarzenberg sieht keinen Grund, die Commission nicht schon heute zu ernennen, da sich drei geeignete Persönlichkeiten doch wohl auch unter denjenigen Herren finden dürften, deren Mandat mit diesem Jahre noch nicht ablaufe, eventuell aber leicht eine Ergänzungswahl vorgenommen werden könnte.

Nachdem hierauf der Antrag Herrn Flagges von der Versammlung abgelehnt ist,

setzt der Herr Vorsitzende die Commissionswahl zum Schlusse der heutigen Sitzung an, indem er anheimgiebt, das Augenmerk dabei vornehmlich auf die achtzehn demnächst nicht ausscheidenden Mitglieder zu richten, mit Ausnahme etwa der Herren Pini und Schöttler, von denen ersterer vermöge seines amtlichen Verhältnisses zur Eisenbahngesellschaft, letzterer in eigener Sache persönlich bei der projectirten Anlage interessiert seien.

Herr Oberbürgermeister Caspari spricht in Betreff Herrn Pini's den entgegengelegten Wunsch aus, da dessen technische Sachkenntniß grade bei diesen Berathungen sehr erwünscht sein würde.

## Hierauf

II. berichtet namens der Finanzcommission Herr v. Seckendorf über den Geschäftsbericht der Gasanstalt für das Betriebsjahr 1872/73, welcher der Versammlung in autographischen Abdrücken zugegangen ist.

Nach dem Voranschlage war eine Jahresproduction von 1,330,000 Cubikmeter und ein Gewinn von 14,549  $\text{\$}$  in Aussicht genommen. Die wirkliche Production betrug nur 1,303,285 Cubikmeter, der Gewinn dagegen 16,341  $\text{\$}$  14  $\text{g}$  4  $\text{A}$ . Der Magistrat findet dieses Ergebniß laut eines Schreibens vom 11. d. M. durch die Erläuterungen der Direction hinlänglich begründet und beantragt demnach,

daß der Direction, sofern der Rechnungsabschluß mit den Büchern übereinstimmt, Decharge ertheilt werde.

Im Einverständniß mit den Vorschlägen der Direction giebt der Magistrat ferner anheim,

von dem erzielten Ueberschusse

2600  $\text{\$}$  zur Ausloosung von 26 Obligationen,

3401  $\text{\$}$  1  $\text{g}$  2  $\text{A}$  für die beschlossenen Erweiterungen des Röhrennetzes,

10,700  $\text{\$}$  13  $\text{g}$  2  $\text{A}$  für den Bau des neuen Gaswerks  
zur Verfügung zu stellen —

Verwendungen, über welche die Abrechnung seiner Zeit folgen werde.

Die Commission schließt sich diesen Anträgen lediglich an, welche dann auch von der Versammlung genehmigt werden.

## Es folgt

III. durch Herrn v. Seckendorf erstattet, der Bericht der Finanzcommission über die auszüglich im Druck vorliegenden Etats der städtischen Kassen auf das Jahr 1875.

Da die Abschlüsse der Specialestats in den Ausgaben oder Einnahmen des Stadtkassenetats vorzutragen sind, so gelangen zunächst erstere zur Berathung.

1. Der Etat des Armenwesens schließt bei Mk. 57113,33 Einnahme und 99101,83 Ausgabe mit einem Deficit von Mk. 41988,50, welches aus der Stadtkasse zu decken ist.

Die Einnahmen geben zu keiner Erinnerung Anlaß.

Von den Ausgaben gelangen die Zinsen auf angeliehene Capitalien ohne Weiterung zur Annahme.

Dagegen werden bei den Besoldungspositionen die für den Rentanten mit 150 und für die fünf Armenboten mit je 48 Mark ausgeworfenen Gehaltsverbesserungen

von Herrn Steinau beanstandet, welcher Bezug nehmend auf seine Ausführungen bei Gelegenheit des neuen Statuts über die Dienst- und Gehaltsverhältnisse der städtischen Beamten, an die schwierige Finanzlage der Stadt und die misslichen Erwerbsverhältnisse der Mehrzahl aller Steuerzahler erinnert, — Momente, gegen welche in diesem Falle auch die Absezierungen an den übrigen Ausgabenpositionen des vorliegenden Etats um so weniger ins Gewicht zu fallen scheinen, als man erst noch abzuwarten habe, ob selbige sich in Wirklichkeit werden durchführen lassen.

Seitens der Versammlung werden indeß beantragter Maßen sowohl die Besoldungspositionen als weiter dann ohne Discussion die Ansätze für Unterhaltung der unteren Bürgerschulen und für Pensionen genehmigt.

Nach Maßgabe des Bedarfs im Jahre 1873 sind ferner ausgefetzt

für wöchentliche Almosen . . .	18000	Mk. (1872 : 21000),
„ außerordentliche Unterstützungen . . .	300	„ ( „ : 360),
„ für die auswärtig untergebrachten Armen . . . . .	600	„ ( „ : 480),
„ Miethsgelder . . . . .	10500	„ ( „ : 12000),
„ Bekleidung der Armen . . . . .	3900	„ ( „ : 4800),
„ Unterhaltung des Armen- und Pflegehauses . . . . .	27000	Mk.

Herr Bräde würde die hiernach in Aussicht stehenden Erleichterungen der Armenpflege mit großer Genugthuung begrüßen, wenn er nicht fürchten müßte, daß die den Annahmen des Etats zu Grunde liegenden Thatsachen mehr das Resultat eines übel angebrachten Sparsystems seien denn Anzeichen wirklicher Abnahme der Bedürftigkeit. Redner führt an, daß die wöchentliche Unterstützung für gänzlich Arbeitsunfähige in der Regel nur 1  $\text{fl}$  10  $\text{gr}$  betrage, was offenbar doch schon für eine einzelne Person, geschweige denn für eine Familie, weitaus unzulänglich; daß vollends aber vielen nur momentan, etwa durch Krankheits- und Sterbefälle, zurückgekommenen Familien eine Unterstützung nur sehr schwer oder gar nicht gewährt werde, so daß Arme dieser Art nicht selten auf den Bettel gehen müssen, um einen der Ihrigen nur beerdigen zu können. Die richtige Verwendung der vorhandenen Mittel möge allerdings ihre großen Schwierigkeiten haben, mancher Unwürdige sich herandrängen. Besser aber, man lasse in zweifelhaften Fällen eine gewisse Liberalität Platz greifen und binde sich dabei auch an den Etat nicht allzu

ängstlich, als daß aus unzeitiger Sparsamkeit wirklich Nothleidende ohne genügende Hülfe gelassen werden.

Herr Oberbürgermeister Caspari. Wenn Fälle, wie die soeben angeführten, sich auch nicht geradezu als unmöglich nachweisen lassen, so habe andererseits doch Herr Bracke selbst schon erfahren, wie leicht man irre geführt werden könne, wenn man sein Urtheil lediglich auf den Anschein und das Vorbringen einzelner Personen gründe. Vor Allem sei zu erwägen, daß alle Unterstützungen der hiesigen Armenanstalt nach Maßgabe statutarischer Bestimmungen geleistet werden, an welche die Pfleger gebunden sind. Eine Revision des Statutes stehe allerdings bevor; allein weder durch seine eigenen Erfahrungen noch durch die Berichte aus anderen Städten finde der Magistrat sich zu einer Erhöhung der reglementarischen Unterstützungssätze bewogen, da diese schon jetzt hier reichlicher bemessen seien als an den meisten anderen Orten. In Nothfällen sodann treten überdies auch außerordentliche Hülfsleistungen ein, wozu S. Hoheit der Herzog alljährlich die Summe von 800  $\text{fl}$  zur Verfügung stelle, so daß hierauf im Etat nicht mehr brauche Bedacht genommen zu werden. Ob die etatmäßigen Positionen unter allen Umständen ausreichen werden, könne selbstverständlich so wenig der Magistrat wie die Armen-Direction voraussagen; anders aber als nach den Rechnungen des Vorjahrs lasse sich der Etat doch eben nicht aufstellen. Wenn nun die Rechnung von 1873 eine Abnahme der Unterstützungen ergebe, so sei dies keinesfalls einer rigoroseren Handhabung des Reglements, sondern in der That einer wirklichen Verminderung des Bedürfnisses zuzuschreiben, wie solche denn auch in keiner Weise überraschen könne, wenn man bedenke, daß sich die Arbeitsgelegenheit neuerdings erheblich vervielfältigt hat und — beispiels halber — zahlreiche Bauhandwerker, welche vordem im Winter mehr oder weniger auf öffentliche Unterstützung angewiesen waren, jetzt während dieser Jahreszeit ausreichenden Verdienst in den Fabriken finden. Mit aller Bestimmtheit glaubt der Herr Oberbürgermeister behaupten zu dürfen, daß die hiesige Armenpflege eifrigst bemüht ist, allen irgend begründeten Ansprüchen zu genügen, daß somit bisher schon geschehen ist und auch ferner geschehen wird, was Herrn Bracke am Herzen liegt, und daß viele Klagen, nach denen man vielleicht das Gegentheil annehmen möchte, lediglich auf unbedeudende Ansprüche zurückzuführen sind. Denn daß auch solche in der That gar nicht selten auftreten, ließe sich durch viele Beispiele darthun; nur eins dieser Art sei die Erfahrung, daß gelegentlich wohl bei Todesfällen die Armenkasse in Contribution gesetzt wird, und hinterher dann beim Begräbniß zwei, drei Kutschen auffahren.

Nachdem hierauf die Ansätze für Unterstützungen genehmigt sind, gelangen



ohne Diskussion alle übrigen Ausgabe-Positionen und schließlich der gesammte Etat des Armenwesens zur Annahme.

2. Nach dem Etat für die Gemeindeschulen steht 42895,82 Mk. Einnahme eine Ausgabe von insgesammt 19895,82 Mk. gegenüber und ist demnach aus der Stadtkasse die Summe von 155000 Mk. zuzuschießen.

Die Einnahmen werden ohne Widerspruch genehmigt.

Unter den Ausgaben figuriren an letzter Stelle 1800 Mark zur Vestretzung einer neuen Organisation und Aufbesserung der Gehalte. Die Versammlung nimmt diesen Posten vorweg in Berathung und verwilligt ihn,

nachdem der Herr Oberbürgermeister Caspari ausdrücklich anerkannt hat, daß die Verwendung dieses Extraordinariums demnächst noch den besonderen Beschlüssen der Versammlung zu unterstellen ist.

Genehmigt werden sodann auch die Besoldungs- und Remunerationsätze, von denen nur der letzte — 1350 Mk. zu Behuf der Präparandenanstalt — eine Discussion hervorruft,

indem Herr Bracke denselben in Anbetracht der großen Mängel des Instituts zu streichen empfiehlt. Redner macht namentlich geltend, daß ein naturwissenschaftlicher Unterricht, wie ihn die Präparanden genießen, den heutigen Anforderungen in keiner Weise genüge. Denn gründliche Kenntniß wenigstens aller Grundlehren der Naturwissenschaft werde unleugbar mehr und mehr ein Erforderniß der Volksbildung; dieser Forderung aber könne die Schule nicht entsprechen, wenn die Lehrer nicht durch ein gründliches Studium der Physik und Chemie herangebildet, sondern mit diesen Dingen, wie hier, vielleicht in einer einzigen Stunde wöchentlich und ohne die erforderlichen Apparate, bekannt gemacht werden. Eine zeitgemäße Reform im Unterrichtsplane der Präparandenanstalt müsse demnach dringend geboten erscheinen, und wenn sich die städtischen Behörden leider in der eigenthümlichen Lage befinden, für das Schulwesen der Stadt zwar die Mittel herbeizuschaffen, bei dessen Einrichtung aber keinerlei entscheidenden Einfluß zu haben, so werde ein Druck in der als nothwendig erkannten Richtung eben nur gelegentlich durch Verweigerung der diesseitigen Beiträge auszuüben sein. Auch in den Volksschulen selbst wünscht Herr Bracke den naturwissenschaftlichen Unterricht auf einen höheren Stand gebracht und zu dem Ende vornehmlich ausreichende Beträge zur Ergänzung der Sammlungen, der physikalischen Kabinete u. im Etat ausgeworfen zu sehen.

Hinsichtlich dieses letztern Punktes verweist Herr v. Siedendorf auf die im vorliegenden Etat unter dem Titel „Verschiedenes“ aufgeführten 3001,57 Mk.,

welche hauptsächlich zur Beschaffung von Unterrichtsmitteln bestimmt sind, wie dafür denn auch schon seit Jahren wachsende Beträge — 1872 680 ₰, 1873 750 ₰ — ausgesetzt waren.

Herr Oberbürgermeister Caspari fügt hinzu, daß zu diesem Behuf regelmäßig auch alle für Schulversäumnisse eingehenden Strafgelber verwandt und außerdem gelegentlich nicht unbedeutende extraordinäre Aufwendungen gemacht werden, welche in diesem Jahre z. B. für zwei auseinandergesetzte Bürgerschulen die Summe von 2—300 ₰ erreichen. Wegen des Unterrichts in der Präparandenanstalt, über welchen er augenblicklich genaue Auskunft nicht geben kann, verheißt Redner Erkundigungen einzuziehen und nöthigenfalls darauf zu dringen, daß etwa vorhandene Lücken ausgefüllt werden.

Der Beitrag für die Präparanden-Anstalt wird genehmigt. Gegen die noch übrigen Ausgabenpositionen des Gemeindeschul-Etats erhebt sich kein Einwand.

3. Der Etat für die höhere Töchterschule erfordert bei Mk. 24690 Einnahme und 32519,70 Ausgabe einen Zuschuß von Mk. 7826,70 aus der Stadtkasse.

Es entspinnt sich zunächst eine allgemeine Debatte.

Herr Bracke. Obschon ihm peinlich, bei diesen Etatberathungen immer fast der Einzige zu sein, welcher Bedenken vorbringt, so könne er solche doch auch diesem Etat gegenüber nicht unterdrücken. Zunächst überrascht ihn die Veranschlagung der Einnahmen. Nach dem nämlich was jüngst Herr v. Seckendorf über die Nothwendigkeit einer Erweiterung der höhern Töchterschule vorgetragen habe, müsse man auf eine bedeutende Zunahme oder Frequenz dieser Anstalt schließen. Wenn man nun aber für Schulgelber nur den früheren Betrag in Rechnung gestellt finde, so dränge sich die Frage auf, ob dabei etwa auf häufigen Erlaß Rücksicht genommen sei. Unter den Ausgaben sodann figurirt für Heizung 1200 Mk. Da der nämliche Posten für die mittleren Bürgerschulen insgesammt zu 3000, für sämtliche untere Bürgerschulen zu 1800 Mk. angenommen werde, so müssen nothwendig in der höheren Töchterschule größere und zahlreichere Räumlichkeiten vorhanden, gegen Ueberfüllung dort also schon jetzt besser vorgesorgt sein, als in den Volksschulen. Diese Ungleichmäßigkeit aber erscheine doppelt unbillig, wenn man in Anschlag bringe, daß die höhere Töchterschule an sich schon die allgemeine Volksbildung mit Nothwendigkeit schädige. Denn eben dadurch, daß hier den besser situirten Klassen die Möglichkeit entgegengebracht werde, ihren Kindern eine höhere Bildung angeeignen zu lassen als die Volksschule in ihrer jetzigen Gestalt gewähren könne, werde in diesen Kreisen jedes Interesse an der Hebung der Volksschule von vornherein lahm gelegt, während letztere ohne allen Zweifel sofort einen

bedeutenden Aufschwung nehmen würde, wenn auf sie bis zu einem gewissen Lebensalter die Jugend aller Klassen angewiesen wäre, was auch aus pädagogischen Rücksichten von namhaften Autoritäten lebhaft befürwortet werde. Habe man nun, so lange die höhere Töcherschule ihre Kosten aus eigenen Erträgen deckte, mit einigem Scheine von Recht geltend machen können, sie werde eben von ihren Interessenten selbst unterhalten, so werde jetzt, da man zur Unterstützung dieses einseitigen Bedürfnisses der höheren Stände die Beiträge anderer Steuerzahler in Anspruch nehme, auch dieser Einwand hinfällig. Nach dem Allen erklärt Redner sich außer Stande, den aus der Stadtkasse geforderten Zuschuß zu verwilligen.

Herr Oberbürgermeister Caspari. Die Veranschlagung der Schulgelber beruhe selbstverständlich auf keiner positiven Rechnung, sondern lediglich auf dem Ergebniss des Jahres 1873, wonach denn der wirkliche Ertrag immerhin höher oder niedriger ausfallen könne. Nachlaß am Schulgelde, jedoch nie eines ganzen Betrages sondern nur eines größeren oder geringeren Theils, finde unter Umständen statt; die Entscheidung darüber siehe beim Schulvorstande. Die Position für Heizung anlangend, so seien darin auch die Kosten für Beleuchtung einbegriffen, diese aber nicht ganz unerheblich, da in den Localitäten der höheren Töcherschule während der Abendstunden die Schülerinnen des Lehrerinnenseminars unterrichtet werden. Seine den allgemeinen Theorien des Vorredners entgegengesetzten Ansichten des nähern zu entwickeln, hält Herr Oberbürgermeister Caspari für überflüssig. Auf der Hand liege, daß die Gemeinde ihren Töchtern eine höhere Ausbildung, wie sie mancher Frauenberuf fordere, ebensowohl ermöglichen müsse, wie für das gleiche Bedürfnis der Knaben Realschulen errichtet werden. Die Aufhebung der höheren Töcherschulen sei denn auch bisher noch von keiner Seite für wünschenswerth erklärt. Wollte man damit aber dennoch den Ansichten Herrn Brackes gemäß verfahren, so würde dies voraussichtlich nicht etwa zu der gewünschten Vereinigung der Kinder aller Klassen in der Volksschule sondern nur dahin führen, daß neue Privatschulen auftauchten und so der höhere Mädchenunterricht wiederum unverantwortlichen Unternehmern anheimfiele, was doch ein offener Rückschritt sein würde.

Herr Götte erinnert daran, daß der Etat der höheren Töcherschule jetzt zum ersten Mal seit deren Bestehen ein Minus ausweist, und daß der erforderliche Zuschuß von 7820 Mk. gegenüber den für die Bürgerschulen verwilligten 155000 Mk. sehr mäßig sei und keinesfalls die Anforderungen übersteige, welche billigerweise doch auch die hauptsächlich dabei interessirten Kreise an die öffentlichen Mittel zu stellen berechtigt seien.

Herr v. Seckendorf erklärt, bei den neulichen Verhandlungen über die hö-

here Töchter Schule ausdrücklich hervorgehoben zu haben, daß deren Schülerzahl während der letzten Jahre constant geblieben ist.

Herr Schwarzenberg hält dem entgegen, daß der Schulgeldertrag für 1873 auf 7600  $\text{M}$  veranschlagt war, daß in Wirklichkeit aber 8100  $\text{M}$  eingegangen sind, in jenem Jahre also die Frequenz der Anstalt jedenfalls zugenommen hat.

Herr Bracke dankt für die empfangenen Berichtigungen und Aufklärungen. Um aber die von Herrn Götte angeführten Zahlen richtig zu würdigen, müsse man auch die Schülerzahl der höheren Töchter Schule einerseits, der Bürgerschulen andererseits in Anschlag bringen. Den Kern der Sache treffe unstreitig das Jugendschicksal des Herrn Oberbürgermeisters, daß es sich um die Vorbereitung auf einen künftigen Beruf handle. Darin eben liege die Ungerechtigkeit, daß man den Beruf eines Kindes je nach der Lebenslage seiner Eltern für vorausbestimmt halte, während derselbe doch vielmehr von Fleiß und Anlagen bedingt sei, welche von der Geburt bekanntlich unabhängig.

Herr Graf Götz-Brissberg legt gegen die von Herrn Bracke vorgebrachten Ansichten nachdrücklichst Verwahrung ein. Herr Bracke habe sich nicht gescheut, die höhere Töchter Schule als eine gemeinschädliche Anstalt zu bezeichnen. Das gehe doch in der That zu weit, und wenn je, so gelte dem gegenüber der Satz, daß wer zu viel beweist, eben nichts beweist. Wohin sollte es wohl führen, wenn man solchen Meinungen Folge gäbe? Offenbar zu nichts andern als zur allgemeinen Gleichmacherel. Denn mit demselben Rechte wie die höhere Töchter Schule müßte man alsdann alle höheren Unterrichtsanstalten in Stadt und Land bis zu den Universitäten hinauf abschaffen, und dazu werde kein gewissenhafter Mann die Hand bieten können. Redner ersucht demnach die Versammlung, Theorien wie den von Herrn Bracke geltend gemachten, auf das allerentschiedenste entgegenzutreten.

Herr Bracke berichtigt die Auffassung des Herrn Vorredners dahin, daß er die höhere Töchter Schule nicht für eine gemeinschädliche Anstalt erklärt, sondern nur dargethan habe, wiefern die Volksschule nothwendig darunter leiden müsse, daß bevorzugte Gesellschaftsklassen das Bedürfnis nach besserer Schulbildung ihrer Kinder durch besondere, ausschließlich für sie geschaffene Unterrichtsanstalten befriedigt finden. Wenn Herr Graf Götz-Brissberg diese Ansicht nicht billige, so sei das lediglich seine Sache; seinerseits aber müsse Redner den Herrn Grafen bitten, aus seinen Worten keinen Unfann herauszudeuten. Denn ein Unfann wäre es, wenn er, wie Herr Graf Götz-Brissberg ihm zutraue, die Abschaffung alles höheren Unterrichts forderte. In Wahrheit gehe sein Streben vielmehr grade auf eine Hebung der

gesamten Volksbildung, und zu diesem Ziel würde seiner Uebergangung nach eben am besten hingewirkt werden, wenn alle Kinder ohne Ausnahme bis zu einer gewissen Altersgrenze, welche von den Pädagogen zu bestimmen wäre, eine und dieselbe Schule besuchten, und später dann nur die fleißigsten und begabtesten auf die höheren Bildungsanstalten übergingen.

Bei dem Worte „Unsinn“ unterbricht Herr Graf Bötz-Brisberg den Redner, indem er an den Herrn Vorsitzenden das Ersuchen richtet, Herrn Bracke zur Ordnung zu rufen.

Der Herr Vorsitzende giebt dem keine Folge und motivirt dies, nachdem Herr Bracke geendigt, mit der Erklärung, daß er es für keinen Verstoß gegen die parlamentarische Ordnung halte, wenn Jemand eine ihm selbst irthümlicher Weise beigegebene Meinung mit jenem starken Ausdrucke censure.

Herr Solmiz. Nach Herrn Brackes eigener Aeußerung sei demselben peinlich, daß er bei der gegenwärtigen Berathung meistens allein das Wort ergreife. An mehreren Stellen wäre dies in der That auch wohl zu vermeiden gewesen. Im Interesse eines raschern Fortschritts der Verhandlungen aber könne man nur wünschen, daß die Debatten nicht dergestalt unnöthig in die Länge gezogen werden.

Herr Steinau glaubt diese Betrachtungsweise mit aller Entschiedenheit ablehnen zu müssen, da es dem Zweck der hier gepflogenen Verhandlungen schnurstracks zuwiderlaufen würde, wenn ein Mitglied der Versammlung aus irgend welchen Nebenrücksichten darauf verzichten wollte, seine Einwendungen gegen vorliegende Anträge nach bestem Ermessen geltend zu machen.

Die Debatte wird damit geschlossen, der Etat der höheren Töcherschule sowohl in den Einnahmen wie in den Ausgaben genehmigt.

Desgleichen dann ohne Discussion die Etats

4. des Lehrerinnenseminars,
5. der Wegebaukasse und
6. der polizeilichen Abgabe für Hunde.

7. Der Etat über außerordentliche Ausgaben im Jahre 1875 erheischt

für den Ankauf der Burgtascherne . . . . .	Mk. 78000,
" " " der Blindenanstalt . . . . .	" 40500,
" " Bau der Realschule . . . . .	" 90000,
" " " " Bürgerschule im Pflegehausgarten . . . . .	" 90000,
" " " " Bürgerschule vor dem Augustithore . . . . .	" 90000,
" " " " Hufarenkascherne . . . . .	" 90000,

für den Bau eines Gebäudes zu Behuf des Löschwesens	Mt. 18000,
„ Wegebauten . . . . .	„ 76427,
„ den Ankauf von Ländereien zur Verbreiterung verschiedener Wege . . . . .	„ 10000,

insgesamt also die Summe von 582927 Mt. Zu einer Beschlussnahme indeß geben diese Anschläge dormalen keine Veranlassung, da sie nur zu vorläufiger Nachricht über die im nächsten Jahre etwa durch Anleihen zu deckenden Bedürfnisse mitgetheilt werden.

9. Zum Stadtkassenetat übergehend, giebt der Herr Referent zunächst anheim, den Magistrat zu eruchen, daß instündige statt der bloß summarischen Angabe eine genauere Specification des Activ- und Passivvermögens der Stadt auch in den gedruckten Etatauszügen vorgetragen werde. Zugleich spricht bei dieser Gelegenheit der Herr Referent den Wunsch aus, behufs leichterer Information über frühere Vorkommnisse jedem Protocolle der Versammlung eine übersichtliche Aufführung der Verhandlungsgegenstände vorangestellt zu sehen.

Auf Vorschlag des Protocollführers wird letzterer Antrag dahin erweitert, daß auch zu jedem Jahrgang der Protocolle ein Sachregister angefertigt und gedruckt werde.

An ersteres Desiderium anknüpfend, erklärt Herr Steinau eine Vervielfältigung der den Etats hinzugefügte Erläuterungen, eventuell der Begleitschreiben des Magistrates für sehr wünschenswerth.

Der Herr Vorsitzende vertraut, daß der Magistrat schon nach dieser Verlautbarung Anlaß nehmen werde, den Wünschen der Versammlung entgegenzukommen. Die beantragte Einrichtung hinsichtlich der Protocolle wird von der Versammlung gutgeheißen.

Die muthmaßlichen Einnahmen der Stadtcasse beziffern sich auf Mt. 324926,99 und werden nach dieser Veranschlagung ohne Weiterung genehmigt.

Desgleichen die ersten fünf Capitel der Ausgabe.

Gelegentlich des sechsten: Besoldungen und Löhne, beantragt die Commission, die für den Wegebau-Commissär Deneke mit 2250 Mt. ausgeworfene Remuneration gemäß der beüßlichen Norm in dem neuen Statut über die Gehalts- und Dienstverhältnisse der städtischen Beamten auf 2400 Mt. zu erhöhen. Nach einer längeren Erörterung jedoch, an welcher sich Herr Oberbürgermeister Caspari und die Herren Graf Görz-Wrisberg, Munte, Pini und Schwarzenberg theilnehmen, wird anerkannt, daß jene Bestimmung auf den gegenwärtigen

Fall keine Anwendung finden kann, und demgemäß der ursprüngliche Ansat beibehalten.

Alle übrigen Positionen dieses Capitels — zunächst mit Ausnahme der Gehaltsätze für die Magistratsmitglieder, welche auf Wunsch des Herrn Oberbürgermeisters bis nach Erledigung der übrigen Theile des Etats ausgesetzt bleiben — gelangen unbeanstandet zur Annahme.

Ebenso Capitel 7 — 12.

Capitel 13: Polizei- und Wohlfahrtsanstalten, zeigt unter den Positionen für das Löschwesen die Remuneration des Commandeurs der städtischen Gesamtfeuerwehr von 900 auf 1500 Mk. erhöht. Der Magistrat motivirt dies in einem Schreiben vom 30. v. M. damit, daß er nach § 2 des Gesetzes vom 2. April d. J. im Einverständniß mit Herzoglicher Polizei-Direction Herrn Reuter auch die am 1. Januar 1875 anzutretenden Functionen eines Kreis-Branddirectors übertragen hat.

Bei Eröffnung der Discussion über diesen Ansat zieht sich Herr Reuter zurück.

In Anbetracht, daß diese Functionen wesentlich nur als eine Erweiterung des communalen Amtes desselben zu betrachten, hält der Herr Vorsitzende für unbedenklich, die angeforderten 600 Mk. vorgeschlagener Maßen in Form eines Zuschlages auf die für letzteres ausgeworfene Remuneration zu verwilligen.

Gegen den Vorschlag des Herrn Grafen Götz-Brissberg jedoch: diesen Posten in eins als Gehalt für den Kreis-Branddirector aufzuführen,

macht der Herr Vorsitzende geltend, daß dies den Bestimmungen des Statutes über das Feuerlöschwesen nicht entsprechen würde.

Herr Schöttler und der Herr Oberbürgermeister Caspari schließen sich diesem Einwande an, letzterer indem er besonders noch hervorhebt, daß bei der Wahl des Commandeurs der Gesamtfeuerwehr dieser selbst eine gewisse Mitwirkung zusteht.

Der Posten wird hierauf genehmigt.

Hinsichtlich der Straßenbeleuchtung, für welche 29700 Mk. ausgeworfen sind,

regt Herr Bini die Frage an, ob nicht in Rücksicht auf die wachsende Ausdehnung der Stadt eine angemessene Erhöhung dieses seit Jahren stationär gebliebenen Postens an der Zeit sein dürfte.

Die Herren Munte und Steinau befürworten solche ebenfalls, indem sie an die vielfachen und zum größten Theil nur allzu begründeten Klagen über die Unzulänglichkeit der Beleuchtung in den Außenstraßen erinnern.

Herr Oberbürgermeister Caspari hält dem entgegen, daß die Stadt, um den Wünschen der Herren Vorredner zu genügen, einseitig eine unverhältnißmäßig große Last auf sich nehmen müßte, da Herzogliche Landesregierung bis jetzt nicht zu bewegen gewesen, ihren einmal fixirten Beitrag zu den Beleuchtungskosten zu erhöhen.

Gleichwohl sind, wie Herr Reuter ausführt, innerhalb der letzten zehn Jahre die Straßenlaternen um mehr als zweihundert vermehrt worden. Lasse die Beleuchtung dennoch an manchen Punkten zu wünschen übrig, was allerdings nicht in Abrede zu stellen, so dürfe man nicht vergessen, einmal, daß erfahrungsmäßig bei den in erster Linie Interessirten meist sehr wenig Bereitwilligkeit vorhanden sei, die Weiterführung der Röhrenlinien durch Garantie eines angemessenen Privatconsums zu ermöglichen; sodann aber und vor Allem, daß die Hauptschwierigkeit in der nach Verhältniß ihrer Einwohnerzahl viel zu großen Ausdehnung der Stadt liege. Eine gleichmäßig ausreichende Beleuchtung in allen Stadttheilen durchzuführen, würde nur mit Drangabe sämtlicher Ueberschüsse des Gaswerks möglich sein, da es sich dabei natürlich nicht allein um einen bedeutend vermehrten Gasconsum, sondern auch um ein ganz bedeutendes Anlagecapital für die Zuleitungen handeln würde.

Dem Einwande Herrn Pinis, daß jedenfalls doch jene 200 neubinzukommenden Flammen eine Erhöhung des etatmäßigen Anschlages erhelfen dürften, begegnet der Herr Vorsitzende mit dem Hinweis, daß solche keinen rechten Zweck hätte, so lange nicht auch von Herzoglichem Staatsministerium eine Verpflichtung zu höheren Beiträgen anerkannt werde. Redner möchte zunächst daher den Magistrat um Anknüpfung weiterer Verhandlungen in dieser Richtung ersucht sehen.

Herr Oberbürgermeister Caspari hält indeß überhaupt nicht für vorthellhaft, eine Aenderung des bestehenden Vertrages anzuregen, da dieser zu einer Zeit geschlossen ist, als 1000 Cubikfuß Gas 8  $\text{P}$  kosteten, und demnach Herzogliches Staatsministerium die inzwischen eingetretene Herabsetzung der Gaspreise leicht als Grund vorwenden könnte, nicht nur eine Erhöhung der Beiträge aus Landesmitteln abzulehnen, sondern selbst auf deren Verminderung zu dringen.

Herr Schöttler kann aus eigener Wahrnehmung versichern, daß in Berlin, sobald abends die allerdings glänzend erleuchteten Päden geschlossen sind, die Straßenbeleuchtung schlechter ist als hier an den schlechtesten Stellen; und dasselbe gelte von Magdeburg, wo er viel Gelegenheit gehabt zu hören, wie man Braunschweig wegen seiner Straßenbeleuchtung geradezu beneidet. Seien gleichwohl nun ohne Zweifel die von den Herren Munte und Steinau vertretenen Wünsche an sich



vollberechtigt, so dürfe andrerseits doch nicht außer Acht bleiben, worauf schon Herr Reuter hingewiesen habe, daß Braunschweig unter den deutschen Städten seiner Bevölkerung nach den vierundzwanzigsten, nach seiner räumlichen Ausdehnung aber den siebenten Platz einnimmt, und daß die Gasanstalt überdies alle Ursach habe, sich gegen Ansprüche, welche über das Statut hinausgehen, ablehnend zu verhalten. Denn die Gaspreise seien herabgesetzt, die Kohlen und andere Betriebserfordernisse theurer geworden, und sonach auch bei regelmäßigem Fortgang der Dinge der Zeitpunkt wahrscheinlich nicht mehr allzu fern, wo die bisherigen Ueberschüsse der Gasanstalt ausfallen werden.

Herr Reuter kann dies alles nur bestätigen. In Betreff Berlins fügt er hinzu, daß dort bei siebenzehnfacher Einwohnerzahl noch nicht zehnmal soviel öffentliche Laternen unterhalten werden wie hier, mißt übrigens bei der großen Verschiedenheit der hier und anderwärts maßgebenden Verhältnisse derartigen Vergleichs mit anderen Städten in dieser Frage nur einen sehr bedingten Werth bei. Während z. B. Hannover für seine ganze öffentliche Beleuchtung in Folge eines Contracts mit den Unternehmern des Gaswerks nur 5400  $\mathcal{F}$  aufzuwenden brauche, koste dieselbe der hiesigen Stadtkasse 9800  $\mathcal{F}$ . Auch werde eine beiläufige Besprechung dieser Angelegenheit aus Anlaß des Stats kaum zu befriedigenden Ergebnissen führen können; dagegen scheine sich allerdings zu empfehlen, daß die Wünsche der Herren Munte und Pini einmal von der Verwaltungsdeputation in Berathung genommen würden.

Herr Pini erklärt, daß er damit den Zweck seiner Anrede für erreicht halten könnte;

worauf die fragliche Position verwilligt wird.

Ohne Discussion genehmigt die Versammlung die übrigen Ansätze des 13. Capitels sowie Capitel 14 und 15.

Im 16. Capitel werden für Services, Proviant- und Fouragegelder an die Staatskasse Mk. 20914,41 angefordert.

Nachdem Herr Peters über den augenblicklichen Stand des wegen dieser Abgabe gegen Herzogliche Landesregierung eingeleiteten Processus Bericht erstattet hat,

wird auch diese Position genehmigt.

Dessgleichen Capitel 17—20 und schließlich die Capitel 6 für die Mitglieder des Stadtmagistrats ausgeworfenen Gehaltsätze,

nachdem letzteren gegenüber Herr Bracke seine Stellung gleichen Sinnes wie vorher im Allgemeinen schon Herr Steinau gewahrt hat.

Die Summe aller Ausgaben beläuft sich auf Mk. 750926,99. Davon die Einnahmen mit Mk. 324926,99 in Abzug gebracht, bleibt ein Deficit von Mk. 426000, zu dessen Deckung durch eine nach den bisherigen Grundsätzen auszufreibende Communalsteuer der Magistrat ermächtigt wird.

Hierauf

schreitet die Versammlung zur Wahl der Commission, welche gemeinschaftlich mit dem Magistrate das Project einer Pflasterung der Straße hinter dem Bahnhofe vorberathen soll. Es werden dazu die Herren Flaggé, Pini und Reuter bestellt.

Den Bericht der Commission zur Errichtung eines Schlachthauses hat Herr Reck auf heute vorbereitet; doch wird dieser Vortrag in Anbetracht der schon sehr vorgerückten Zeit zur nächsten Sitzung hinausgestellt.

Zum Schlusse nimmt Herr Peters das Wort wie folgt.

„Gestatten Sie mir, meine Herren, vor Schluß der heutigen, letzten öffentlichen Sitzung in diesem Jahre noch mit einigen Worten des bevorstehenden Ausscheidens unseres verehrten Vorsitzenden und dessen verdienstvollen Wirkens in dieser Versammlung zu gedenken.“

„Geehrter Herr College Häusler! Mit innigem Bedauern erfüllt es uns, daß die Verhältnisse Ihnen nicht gestatten, bei den bevorstehenden Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung eine Wiederwahl anzunehmen, die sich andernfalls bei dem Vertrauen Ihrer Wähler zweifellos wiederum auf Sie gelenkt haben würde. Bereits im Jahre 1850, in dem verhältnißmäßig frühen Lebensalter von 27 Jahren, wegen Ihrer hervorragenden Talente und Ihrer besonderen Befähigung für öffentliche Angelegenheiten in diese Versammlung berufen, haben Sie derselben nunmehr 24 Jahre, also 4 volle Wahlperioden hindurch ununterbrochen als Mitglied angehört und das Vertrauen, welches Ihnen von Ihren Wählern entgegenbracht worden, in glänzender Weise gerechtfertigt. Mannhaft und offen sind Sie mit Wort und That jederzeit für Ihre Ueberzeugung eingetreten, die Sie stets durch gewichtige Gründe zu stützen wußten; mit seltenem Eifer und Geschick haben Sie sich seit nunmehr 7 Jahren als Vorsitzender dieser Versammlung der Leitung der Geschäfte unterzogen und durch die Art und Weise Ihrer Geschäftsführung bei allen Mitgliedern der Versammlung auch für den minder anziehenden Theil der Geschäfte reges Interesse zu erwecken und zu erhalten verstanden. Empfangen Sie dafür als schwachen Zoll der Anerkennung unseren aufrichtigen, innigen Dank,

mit der Versicherung, daß das Andenken an Ihre hohen Verdienste um die Versammlung und an die mit Ihnen in gemeinschaftlicher Thätigkeit verlebten Stunden in uns nie erlöschen wird! Und wenn diese Stunden Ihnen nicht immer die ungemischte Freude am Amte gewährt haben, so wollen Sie dagegen in Betracht ziehen, daß im öffentlichen Leben auch die treueste Pflichterfüllung nicht immer die allgemeine Anerkennung sichert, und daß der schönste Lohn des Mannes in dem Bewußtsein besteht, stets das Beste gewollt und redlich erstrebt zu haben! Sollte Sie daher, wie zu erwarten, nach wenigen Jahren ehrenvoller Ruhe der einmüthige Wunsch Ihrer Wähler in diese Versammlung zurückrufen, so wollen Sie nicht zögern, dem Rufe Folge zu leisten und als guter Bürger Ihre bewährte Kraft von Neuem einzusetzen für das Wohl der Versammlung, für das Wohl der Vaterstadt! In diesem Sinne rufe ich Ihnen namens der Versammlung heute beim Scheiden ein herzliches Lebewohl, zugleich aber ein hoffnungsvolles Auf Wiedersehen zu, indem ich die geehrten Mitglieder der Versammlung ersuche, zum Zeichen ihrer Uebereinstimmung mit meinen Worten sich von ihren Eitzen zu erheben."

Alle Anwesenden folgen dieser Aufforderung und hören stehend die Erwiderung Herrn Häuslers an, welcher in bewegten Worten seinen Dank für solche ihn hoch ehrende Gesinnungen ausspricht und die Versicherung hinzufügt, jeder Förderung des Gemeinwohls, wie er demselben bis jetzt nach Kräften zu dienen bemüht gewesen sei, so auch fernerhin seine volle Theilnahme zuwenden und einem etwa in späteren Jahren an ihn ergehenden Rufe zum Wiedereintritt in diese Versammlung, falls sein jetziger Beruf ihm dann irgend Ruhe dazu gönnen sollte, mit Freuden Folge leisten zu wollen.

Damit ist die öffentliche Sitzung geschlossen.

Vertraulich wurde eine Unterstützung verwilligt, die Steuerveranlagung mehrerer Actiengesellschaften festgestellt und eine Anzahl von Reclamationen erledigt.

### N a c h t r a g

zum Protocolle vom 3. December

(S. 13 vor der VI. Verhandlung einzuschalten).

Indem zur Verbreiterung der Karlsstraße von dem Grundstücke **M** 22 eine Fläche von 11 □ Ruthen hat abgetreten werden müssen, ist letzteres in zwei ge-

trennte Stücke von  $10\frac{1}{2}$  und 24 □ Ruthen zerlegt und damit die Möglichkeit ausgeschlossen, das kleinere als Bauplatz zu verwerthen. Der Eigenthümer hat demnach beantragt, daß seitens der Stadt sämtliche  $45\frac{1}{2}$  □ Ruthen zum Preise von 200  $\text{₤}$  übernommen würden, und nachträglich auf Grund eines Tarates des Begebaucommissärs seine Preisforderung auf 150  $\text{₤}$  ermäßigt. In einem Schreiben vom 18. v. M. beantragt nunmehr der Magistrat, daß diesem Antrage stattgegeben werde, womit die Versammlung auf den von Herrn v. Seckendorf erstatteten empfehlenden Bericht der Finanzcommission sich einverstanden erklärt.

### Berichtigung.

S. 1 des Protocolls N 12 ist unter den als anwesend aufgeführten Magistratsmitgliedern Herr Stadtrath Bammel hinzuzufügen.

---